

Madjiguène Cissé  
Papiere für alle



Madjiguène Cissé

# Papiere für alle

Aus dem Französischen von  
Nicola Schieweck-Rajeswaran

**A s s o z i a t i o n   A**

Titel der französischen Ausgabe:

***Parole de sans-papiers***

Paris 1999

© der aktualisierten deutschsprachigen Ausgabe  
Berlin, Hamburg, Göttingen 2002:

Assoziation A  
Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin  
Tel.: ++49-30-69582971

ISBN 3-935936-14-1

Titelgestaltung: kv  
Sazz: rfw & theb  
Druck: Winddruck Siegen

# Inhalt

## **Aus dem Schatten treten**

7

Ihr Afrika ist die Sahelzone · Ein Foyer in Montreuil · Gesetz auf Gesetz · Mai 68 in Dakar · Wer schuldet wem etwas?

## **Besetzung, Räumung und Odyssee**

35

Die Kirche · Ein trauriges Szenario · Das Ende des alten Kolonialismus · IWF und Weltbank · Auf der Straße · Die Tour der Solidarität

## **Die Eroberung der Autonomie**

53

Vermittlung? · Die Papiere der Sans Papiers · Die Halle in der Rue Pajol · Den Alltag organisieren · Sichtbar sein · Die Rechte der einen sind die Rechte aller · Bilder von Afrikanerinnen und Afrikanern · Eine Bürgerschaft ohne Papiere · Auf nach Saint-Bernard!

## **Halb Frankreich kommt vorbei**

81

Hungerstreik · Eine Generalprobe? · Geteilte Wut · Die große Beunruhigung

## **Die Räumung der Kirche Saint-Bernard**

97

Monsieur Martin · Das Huhn und das Handy · Dialog mit Tauben · Ein ganz besonderer Tag · Morgengrauen · Im Abschiebegefängnis von Vincennes · Der Nachrichtendienst · Im Arrest · 23. Strafkamer · Symbole

## **Frauen ohne Papiere: Die Sans Papiers**

125

Frauen in Afrika · Der tägliche Kampf ums Überleben · Der Kampf und der Sexismus · Komplizinnenschaft

## **Landesweite Koordinierung**

**139**

Menschen ohne Rechte · Die Linke rudert zurück · Die Konstruktion von Rechtlosigkeit · Fauler Zauber · Weichenstellungen im Kampf · Zuerst auf die eigenen Kräfte zählen · Schikane · Das Mögliche und das Unmögliche · Ein uraltes Recht · Nichts ist zu Ende · Über Frankreich hinaus

## **Tous ensemble – alle zusammen!**

**175**

ImmigrantInnen haben eine Geschichte · Foyers – Wohnheime der Ausgrenzung · Wir sind zusammen · Die Sprache der Enteigneten

## **Schluss ist noch lange nicht**

**195**

## **Postscriptum: Vorläufige Bilanz Ende 2000**

**199**

Die Linken an der Macht und die „soziale Bewegung“ · Das Jahr 2000 · Verschärfungen der Repression · Kritik kommt aus dem Staatsapparat · Der Mangel an Arbeitskräften · Leben und Sterben der Sans Papiers: Die Banalisierung des Schreckens · Nachtrag Mai 2002

## **Anhang**

**211**

1. Rede von Madjiguène Cissé anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietsky-Medaille am 6.12.1998 · 2. Die Anführerin der Sans Papiers – Nachruf von Christian Jakob in der taz · 3. Glossar

# Aus dem Schatten treten

Gebendet vom Scheinwerferlicht der Fernsehkameras tauchen am 18. März 1996 plötzlich, wie aus einem Tunnel, 300 Afrikaner auf und fordern ihre Legalisierung, als sei dies das Selbstverständlichste auf der Welt. Ihre Aktion, die Besetzung der Kirche *Saint-Ambroise* im 11. Arrondissement in Paris, kommt völlig überraschend. Nicht wenige sehen darin einen Akt der Verzweiflung ohne jede Perspektive, zumal der große Arbeitskampf um die Sozialversicherung mit seinem kläglichen Ergebnis noch nicht einmal drei Monate zurücklag: Der Regierung von Premierminister Juppé hatte man zwar nur geringfügige Zugeständnisse abgetrotzt, die geplante Änderung der Sozialversicherung aber hatte nicht verhindert werden können. Dennoch wurde dieser 18. März zum Beginn eines Konfliktes mit dem französischen Staat, der bis heute nicht beendet ist.

Außer einem Zairer, einigen Nordafrikanern und einem Paar aus Haiti stammten die *Sans Papiers* in der Kirche *Saint-Ambroise* alle aus Westafrika, die große Mehrheit aus Mali, die anderen aus dem Senegal, aus Mauretanien und aus Guinea – also vor allem aus einst von Frankreich kolonialisierten Ländern. Sie teilten dieselbe Kultur, sprachen dieselben Sprachen, vor allem Soninke, Bambara, Dyakanke, Peul und Wolof; die meisten von ihnen beherrschten mindestens zwei dieser Sprachen fließend. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt war der Wille, aus dem Schattendasein zu treten. Die »Illegalen«, wie man sie nannte, wollten nicht länger warten – sie hatten genug davon, ständig schikaniert, gejagt und an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Jetzt waren sie da, leibhaftig, unübersehbar und fest entschlossen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und für eine Veränderung ihrer Situation zu kämpfen.

## Ihr Afrika ist die Sahelzone

Senegalesen, Mauritanier und Malier kommen aus dem Afrika der Sahelzone, das ist auch mein Afrika – die Zone zwischen der Wüste

und den tropischen Regionen, die fortschreitend von der Desertifikation eingenommen wird. Wer von uns erinnert sich nicht an die schreckliche Dürre Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre und daran, wie viele Opfer sie gekostet hatte? Wer erinnert sich nicht an das harte Los der Bauern mit ihrem stillen Blick auf das dürr gewordene Land, mit dem sie nichts mehr anfangen konnten, und an das der Viehzüchter und ihre Ohnmacht vor den Geiern, die sich auf das Gerippe ihres Viehs stürzten? Diese von westlichen Fernsehsendern gefilmten apokalyptischen Bilder waren damals um die Welt gegangen.

In einem Gebiet ohne regelmäßige Niederschläge hängt das Schicksal einer Bevölkerung, die zu 70% aus Bauern besteht, von den Launen des Himmels ab. Was kann ein Bauer schon tun, wenn der Regen zum erwarteten Zeitpunkt ausbleibt? Eine der Folgen dieser Desertifikation war die Abwanderung vom Land, eine verbreitete Erscheinung in allen Ländern der Sahelzone. Ein oder mehrere Familienmitglieder müssen vom Dorf in die Stadt ziehen, um Arbeit zu suchen. Junge Frauen werden zu bereits in der Stadt lebenden Verwandten oder Bekannten geschickt und arbeiten als Mädchen für alles in Familien mittlerer oder höherer Angestellter, aber auch in Familien bescheidenerer Herkunft. Auch ältere, manchmal sogar verheiratete Frauen suchen sich für die Dauer der Trockenzeit Arbeit in der Stadt. Sie erledigen anstelle der Frauen, die außer Haus arbeiten, die anfallende Hausarbeit. Einige arbeiten als Waschfrauen für mehrere Familien gleichzeitig und müssen deren Häuser nach einem genau aufgestellten Plan aufsuchen. Andere versuchen sich in Kleinhandel, indem sie Lebensmittel, Süßigkeiten, billigen Nippes, gebrauchte Kleidung oder en gros gekaufte Handwerksprodukte verkaufen bzw. weiterverkaufen.

Wenn junge Männer ihr Dorf verlassen, sind sie meistens nur in bäuerlichen Tätigkeiten erfahren. Damit sie für die Ernährung der im Dorf gebliebenen Familie etwas verdienen können, lernen sie direkt am Arbeitsplatz und üben alle möglichen Arten von kleinen Tätigkeiten aus: Frisör, Wächter, LKW-Beifahrer, Maurer, Tischler, Koch, fliegender Händler ...

Das so verdiente Geld dient dazu, Lebensmittel zu kaufen, Grundnahrungsmittel, Getreide und Trockenfisch, eine wichtige Proteinquelle in Gegenden, die weit vom Meer entfernt liegen. Regelmäßig werden Pakete an die im Dorf gebliebene Familie



geschickt. Wenn die Regenzeit naht, kaufen die meisten Saisonarbeiter Kleidung, manchmal Möbel und kehren damit in die Dörfer zurück, wo sie dann die Felder pflügen und auf die ersten Regenfälle warten. Von den Ernten erhoffen sie sich einen Ertrag, der eine etwas weitere Reise ermöglicht – und so kann der Zyklus wieder aufgenommen und ausgeweitet werden.

Im Allgemeinen ist die nächste Großstadt das erste Ziel. Von der Familie vorbereitet gehen die Reisenden, wenn sie nicht die ersten Migranten in ihrer Familie sind, zunächst einmal zu Verwandten, die schon dort leben und die ihnen bei der Vorbereitung der nächsten Schritte helfen können. Ein angestrebter Beruf steht genauso wenig fest wie das endgültige Ziel dieser Odyssee in mehreren Etappen. Die geringen finanziellen Mittel und die Schwierigkeit Ersparnisse anzulegen bringen die Migranten dazu, dass sie meistens, bevor sie nach Europa kommen, in der Hauptstadt eines Nachbarlandes Station machen, wenn sie nicht ganz dort bleiben.

Dieses Weggehen in Etappen ist für die Verwandten auch eine Art Test, der es ihnen ermöglicht, die Treue des Migranten zu seinen Versprechungen zu überprüfen. Denn da die Reise zum Teil von der Familie mit finanziert wird, steht dieser auch das Recht auf Kontrolle zu. Es ist eine stillschweigende Übereinkunft, deren Einhaltung in gewisser Weise Voraussetzung für erneute familiäre Investitionen bildet, wenn der Migrant seine Reise nicht selbst finanzieren konnte. Sobald sich jedoch eine Aussicht auf sozialen Erfolg aufzutun scheint, lässt sich der Migrant nieder, denn er ist ja mehr dazu verpflichtet, ein gutes Resultat zu erzielen, indem er seine Familie finanziell entlastet und später unterstützt, als an einem bestimmten Ort anzukommen. Real aber lässt man sich nicht fest nieder, eher hat man nun einen regelmäßigen Anlaufpunkt. Das entspricht der alten Regel, dass man für die Trockenzeit einen Anlaufpunkt für eine Tätigkeit braucht, während die winterliche Regenzeit der Feldarbeit vorbehalten ist. Diesen Zusammenhang drückt die Wolof-Bezeichnung »navetane« für Migrant treffend aus. Ursprünglich bezeichnete der Ausdruck »navetane« junge Leute, die kein eigenes Feld besaßen und während der Winterbestellung (navet) von Dorf zu Dorf zogen, um Saisonarbeit als Landarbeiter aufzunehmen. Aber im heutigen Sprachgebrauch dient er zur Bezeichnung eines Migranten.

Die Winterbestellung dauert drei bis vier Monate und oft beginnt der Kreislauf dann von Neuem: Rückkehr in die Stadt, Sich-Durchschlagen bis zur nächsten Regenzeit. Immer bleibt ein Bauer seinem Land verbunden, und die Bindungen der Westafrikaner an ihre Familie sind sehr stark. Die meisten Afrikaner von *Saint-Ambroise* sind in mehreren Ländern Afrikas oder des Maghreb gewesen, bevor sie nach Frankreich gelangten. So sind die Migrationen zwischen Dörfern, Städten und afrikanischen Ländern zahlreicher als man es sich gemeinhin vorstellt.

Ein Kolloquium an der Cheick Anta Diop Universität von Dakar kam im Dezember 1996 zum gleichen Schluss:

»Im Gegensatz zu einigen überkommenen Ideen, die das Phänomen Migration vor allem von Süden gen Norden verlaufen sehen, (...) zeigt die Analyse der westafrikanischen Migration sehr gut, dass der Hauptteil der Migrationsbewegungen sich innerhalb eines jeweils bestimmten geographischen Gebietes des afrikanischen Kontinents vollzieht (...). Die Elfenbeinküste allein konzentriert 81% der Migrationsströme auf sich, sei es als Ausreise- oder als Aufnahmeland. (...) Der Senegal exportiert mehr als 11% seiner Migranten außerhalb dieses Gebietes und Mali mehr als 10%. Das bedeutet aber vor allem, dass 90% der Emigranten aus dem Senegal und aus Mali sich in einem anderen Land der Region niederlassen. Europa wird selten als Ziel angepeilt, und die Zahl der Zielländer wird immer größer.«<sup>1</sup>

Mali ist ein gutes Beispiel dafür: 96,5% (3.631.385 Personen) aller Auslands-Malier leben in anderen afrikanischen Staaten, 81,6% (2.961.500) allein in Westafrika. Zum Vergleich: nur 2,7% (102.000) emigrierten nach Europa.<sup>2</sup>

Zu Beginn der siebziger Jahre brachen als Folge der Dürrekatastrophen und der fortschreitenden Desertifikation die landwirtschaftlichen Tätigkeiten zusammen und beschleunigten die Landflucht. Die Vororte der afrikanischen Großstädte wuchsen, Slums sprossen wie Pilze aus dem Boden. Tagsüber traf man hier nur einige Frauen und Kinder, erst am Ende ihres Arbeitstages kehrten die neuen Stadtbewohner hierher zurück. Seit etwa zwanzig Jahren hat sich die Situation in diesen Hüttensiedlungen ständig verschlechtert. Die vorhandene Arbeit reicht für den Zustrom an

1 Mouvement, Zeitschrift, Hrsg. OMI, Nr. 14, Januar 1997, S.23

2 Außenministerium von Mali, Delegation der Malier, die nicht in Mali leben 1996

Neuankömmlingen nicht mehr aus. Promiskuität, zu hohe Mieten und Delinquenz machen das Leben in den meisten afrikanischen Großstädten schwer.

Nur die wenigsten Menschen verlassen auf ihrer Reise den afrikanischen Kontinent. Afrikaner, die aus einer ehemaligen französischen Kolonie stammen und Französisch sprechen oder verstehen, haben dabei oft Frankreich im Kopf, das für sie kein vollkommen fremdes Land ist. Noch heute ist Französisch die offizielle Medien- und Verwaltungssprache und wird an den Schulen unterrichtet, auch wenn seit der »Unabhängigkeit« der sechziger Jahre in einigen Ländern – relativ erfolglos – Anstrengungen zur Förderung der Nationalsprachen unternommen werden.

## Ein Foyer in Montreuil

Bei der Ankunft in Frankreich werden afrikanische Emigranten oft durch einen Freund oder Bekannten in einem »Foyer«, einem Wohnheim für ausländische Arbeiter untergebracht. Für jeden in Frankreich lebenden Afrikaner ist das Foyer der soziale Dienst schlechthin: Sobald dir etwas fehlt oder du etwas schicken willst, ist der erste Reflex, ins Foyer zu gehen. Es ist Ort für Verabredungen, quasi eine Dependance der Flughafenhalle, Treffpunkt für Kommende und Gehende. Und so fanden auch die Vorbereitungstreffen zur Besetzung der Kirche *Saint-Ambroise* in einem Foyer statt – dem Foyer von Montreuil.

Einige der zukünftigen »Sans Papiers von *Saint-Ambroise*« wohnten in diesem siebenstöckigen Gebäude, das direkt an die Autobahn grenzt. Andere kamen regelmäßig dorthin. Am Eingang befindet sich auf der linken Seite eine kleine Treppe, die man hinuntergehen muss, um zu den Gemeinschaftsräumen zu kommen – Fernsehraum, Moschee, Eingangsraum, der gleichzeitig als »Mini-Markt« dient, auf einigen Tischen gibt es Zigaretten, Getränke, Esswaren und afrikanische Gegenstände ... Kurz vor dem Flur, der zur Moschee und zu den Briefkästen führt, befindet sich der große Gemeinschaftsraum. Vom Hof aus fällt Licht auf den vorderen Teil dieses Raumes, und schon von hier aus kann man durch die großen Fenster im Halbdunkel des hinteren Teils die Marktstände und ihre Verkäufer erkennen. Dieser kleine Markt ist für die Afrikaner wie

ein Stück Heimat, eine Rekonstruktion, die diesem Ort einen Hauch von Nostalgie verleiht. Außer den Bewohnern des Foyers kommen auch andere Emigranten und einige Franzosen hier vorbei, um sich mit tropischen Waren einzudecken. Zu jeder Zeit findet man hier Kolanüsse, das afrikanische Kaugummi, Karité-Butter und viele andere für die Emigranten unverzichtbare Esswaren.

In diesem Raum kamen am 16. März 1996 Samba, Dioumassi, Konté, Kanouté, Diaré und einige andere in einem Gespräch unter Männern zu dem Ergebnis, dass ihr Leben ein schwarzes Loch geworden war, eine einzige Ungerechtigkeit, absurd bis zum geht nicht mehr: Fast nur noch negativ waren die Bescheide, die sie an den Schaltern der Präfekturen bekamen. Sie fühlten sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt, in den Schatten verbannt. Egal ob verheiratet oder ledig, die Verwaltung differenzierte nicht, es war, als ob auf einer höheren Ebene gegebene Anweisungen die Maschen des Netzes immer enger zusammenziehen sollten. Der Regierungswechsel im Mai 1995 hatte sicherlich einige Monate lang zunächst Illusionen geweckt. Man hofft immer, dass ein neuer Staatschef Legalisierungsmaßnahmen beschließt, die die Landschaft bereinigen und die neue siebenjährige Amtszeit unter einen guten Stern stellen sollen. Seit fast einem Jahr aber war diesbezüglich nichts mehr zu erwarten. Sicher, der verhasste Pasqua war nicht mehr Innenminister, aber seine Ersetzung durch Jean-Louis Debré war nicht gerade ermutigend, handelte es sich bei ihm doch um einen mindestens ebenso herablassenden und eitlen Mann, der zudem wortkarg war und glaubte die Allüren eines Dorfgendarmen an den Tag legen zu müssen.

Diaré wurde damit beauftragt, andere Afrikaner aufzusuchen, die sich in einer ähnlichen Lage befanden, und sie mit der kleinen Gruppe der ersten Aufbegehrenden in Kontakt zu bringen. Der Name Diaré bedeutet auf Soninke »Griot«. Ein Griot ist traditionell ein umherziehender Sänger und Magier, in Afrika ist er auch heute für die Verbindung zwischen den verschiedenen Familien, Besitzungen und Dörfern verantwortlich. Weil er die guten wie die schlechten Nachrichten zu überbringen hat, wird er gleichzeitig respektiert und gefürchtet. Diaré hat eine ganz typische Geschichte. Eines Tages bekam ich sie von ihm zu hören:

»Warum ich bereit war zu kämpfen? Ich bin ledig. Ich bin also nicht verheiratet, weder in meinem Land noch hier. 1990 bin ich

nach Frankreich gekommen. Seitdem habe ich mich so durchgeschlagen, Gott sei Dank. Nur einmal haben sie mich verhaftet, 1992. Das war morgens, so gegen 9 Uhr an der Métro-Station *Belleville*, weißt du, da sind doch ganz oft Polizisten.« Sie haben ihn nach seinen Papieren gefragt und Diaré hat ihnen seinen Pass aus Mali gegeben. »Wir nehmen ihn mit auf die *Cité!*« beschlossen sie. Diaré findet sich also in der Polizeipräfektur von Paris wieder, auf der *Île de la Cité*, neben dem Justizpalast und gegenüber der Kirche *Notre-Dame de Paris*. »Ich hatte keine Angst, denn ich hatte ja nichts verbochen.« Als Diaré dies sagte, erinnerte er mich an Kafkas Joseph K.: »ohne dass er etwas Böses getan hätte, wurde er eines Tages verhaftet.« Diaré musste bis 16 Uhr in der 12. Abteilung des Nachrichtendienstes bleiben. »Dann haben sie mich gerufen und mir gesagt, dass ich frei sei und gehen könne und haben mir eine Vorladung gegeben: »Kommen Sie an dem Tag wieder, der auf der Vorladung steht, dann bekommen Sie Ihre Papiere, eine Aufenthaltserlaubnis für zehn Jahre.«« Bevor er die Polizeipräfektur verließ, weigerten sich allerdings die Polizisten, ihm seinen Pass wiederzugeben. »Ich bin ins Foyer zurückgegangen und habe die Vorladung dort Freunden gezeigt. Alle haben mir davon abgeraten, auf die Ladung zu reagieren.« Ein Sans Papiers aus Mali, der zu einer ebensolchen Vorladung erschienen war, hatte sich anschließend in einem Charterflug nach Bamako wiedergefunden. »Ich bin nie zur Ladung erschienen. Aber sie behielten meinen Pass, ein Dokument, das es ihnen ermöglicht, mich einfach abzuschieben, wenn ich wieder einmal bei einer Personenkontrolle festgenommen werde. Sie bräuchten dafür dann nicht einmal mehr einen Passierschein vom Konsulat. Da habe ich mir gesagt, dass der gemeinsame Kampf meine einzige Chance ist und bin voll eingestiegen.«

Diaré war in gewisser Weise der rechte Arm von Samba.<sup>3</sup>

Samba ist ein Mann, auf den in der Community der Leute aus der Gegend von Lambidou und darüber hinaus bis nach Kayes voller Respekt gehört wird. Kayes ist die Bezirkshauptstadt einer vor allem ländlichen Gegend, die durch das Klima der Sahelzone bestimmt ist und seit zwanzig Jahren unter Dürre zu leiden hat. Die lange Trockenzeit dauert dort acht oder neun Monate, die Regenzeit drei bis vier Monate. Kayes, im Westen von Mali gelegen, war während der

---

<sup>3</sup> Ich habe den Namen hier und auch bei anderen Personen geändert.

französischen Kolonialherrschaft eine wichtige Handelsstadt und ist bis heute ein wichtiger Knotenpunkt geblieben. Die Ankunft des Schnellzuges Dakar-Bamako – an dem allerdings nur der Name schnell ist – im Bahnhof von Kayes ist jedes Mal ein sehenswertes Ereignis.

Auch Samba ließ es sich nicht nehmen, von hier aus aufzubrechen. Seit einigen Jahren lebt er in Frankreich. Er war ein Sans Papiers geworden («man wird zu einem Sans Papiers, man ist nicht so geboren», sagt einer unserer Freunde) und hatte sich eine gefälschte Aufenthaltserlaubnis besorgen müssen, um eine Anstellung in einer Reinigungsfirma zu bekommen. Bei einem Einsatz im Flughafen verlangte ein Beamter, der es ein bisschen genauer als seine Kollegen nahm, auch die Papiere des Reinigungspersonals. Die Falle schnappte zu: Samba wurde festgenommen und ihm drohte die Ausweisung. Er kannte den Leiter einer Unterstützungsgruppe und rief ihn an. Durch seine Intervention kam er wieder raus, aber er blieb ohne Papiere.

Als ihn Familienmitglieder und Freunde besuchten, von denen viele in der gleichen Situation waren wie er selbst, übernahm Samba die Verantwortung für eine folgenreiche Entscheidung – ein »Kommando« mit ihm selbst an der Spitze sollte alles auf eine Karte setzen: »Wir alle gehen in die Kirche, mit Frauen und Kindern. Entweder sie legalisieren uns oder sie schieben uns per Charterflug in unsere Länder ab. Auf keinen Fall lassen wir uns das länger gefallen!«

Diaré, der Griot, der die gesamte Community aus der Gegend rund um Kayes kannte, wurde damit beauftragt, die Informationen zu streuen und Tag und Ort eines ersten Treffens bekannt zu geben. Zu dem Treffen fanden sich etwa vierzig Männer ein, alle aus Mali. Diaré berichtet: »Wir haben uns zusammengesetzt und alle festgestellt, dass wir nicht mehr länger versteckt leben können. Wir mussten handeln.« Samba schlug vor, Solidaritätsgruppen und -organisationen anzurufen. Eine dieser Gruppen schickte ein Mitglied zum zweiten Treffen am nächsten Tag.

»Dieser Delegierte der Unterstützungsgruppe verlangte von uns, dass wir ihm unsere Anträge auf Aufenthaltserlaubnis fotokopieren und die Kopien dann seiner Gruppe geben sollten. Er riet uns nachdrücklich davon ab, eine Aktion zu machen. Wir haben uns höflich für seine Ratschläge bedankt, bevor er das Treffen

verließ. Dann haben wir selber weitergemacht, denn wir wollten unser Schicksal nicht schon wieder in die Hände einer Unterstützungsgruppe legen. Wie viele Fotokopien hatten wir nicht schon gemacht, die jetzt in den Schubladen der Unterstützungsgruppen vor sich hin schimmelten!«

Es wurde die Entscheidung getroffen, am Montag früh die Kirche *Saint-Ambroise* im 11. Pariser Arrondissement zu besetzen. Warum *Saint-Ambroise*? Ganz einfach deshalb, weil es die Kirche in Paris ist, die am schnellsten und besten vom Foyer im Vorort Montreuil aus mit der Métro zu erreichen ist. »In Paris selbst mussten wir aktiv werden und so das Herz des Landes treffen.«

Die Sans Papiers sollten sich ab acht Uhr rund um die Kirche einfinden. Man musste vor allen Dingen acht geben, nicht aufzufallen, während man in den Straßen rund um die Kirche verteilt auf das Ende der Messe wartete. Einige Stunden später hatte die Gruppe sich mehr als vervierfacht. Den Rest erledigten dann die französischen Medien fast von ganz alleine, nachdem sie erst einmal durch überzogene Reaktionen des Erzbistums und gewisse Unterstützungsgruppen aufmerksam gemacht worden waren. Da Kanouté, der andere Griot, sehr gut französisch spricht, wurde er zu einem der ersten Sprecher der Gruppe. In einer reichen und bildhaften Sprache erklärte er den Journalisten das Geschehen und übersetzte den Familien die Dialoge. In den schwierigsten Momenten gelang es ihm, die Atmosphäre zu entspannen und die Stimmung angenehmer zu machen, hier ein Witz, da ein nettes Wort.

Dodo war auch da, ebenso Moussa Sankanou. Dodo war 1992 im Wohnungskampf in Vincennes aktiv gewesen. Auch Moussa beherrschte die Kunst, die gesamte Zuhörerschaft jedes Mal zum Lachen zu bringen, wenn er in der Sprache Molières das Wort ergriff. Er hatte zu den 101 Maliern gehört, die 1986 vom damaligen Innenminister Pasqua in einer spektakulären Aktion per Charter abgeschoben worden waren – aber er war wieder nach Frankreich zurückgekommen.

## Gesetze auf Gesetz

Die Frauen und Männer, die sich am 18. März 1996 in der Kirche *Saint-Ambroise* zusammenfanden, konfrontierten ganz Frankreich unüberhörbar mit der Unmenschlichkeit ihrer Lage, in die sie die französischen Ausländergesetze, allen voran die von Pasqua, gebracht hatten. In diesem Kampf wird es viel um die Pasqua-Gesetze von 1986 und 1993 gehen, unter denen fast alle Sans Papiers zu leiden haben. Aber es wird auch um »sozialistische« Gesetze wie das Joxe-Gesetz von 1989 gehen.

Sie alle stehen in der Tradition einer ganzen Gesetzesserie ab 1974, als der nach der Ölkrise von 1973 beschlossene Stopp der Arbeitsimmigration in Kraft trat. Frankreich musste damals auf mehreren Ebenen seine Haltung gegenüber seinen ehemaligen Kolonien und ihren Staatsangehörigen ändern. Diejenigen, die man »aus dem Busch« geholt hatte, um ein in den Kriegs- und Besatzungsjahren ausgeblutetes Land wieder aufzubauen, wurden in dieser Zeit der »Energiekrise« zu Unerwünschten. Die Gesetze, mit denen die Politik der »Grenzschließung« umgesetzt werden soll, schaffen absurde Situationen, ganze Zonen der Rechtlosigkeit. Sie fabrizieren »Illegale«, die von fundamentalen Menschenrechten ausgeschlossen werden. Frauen, Männer und Kinder in »unrechtmäßiger Aufenthaltssituation«. Ihrer, so sagte man, müsse man sich entledigen, um die »Integration« des anderen Teils der Immigration, der »legal« in Frankreich Lebenden, zu ermöglichen. Repression gegen diese »illegale Einwanderung« gehörte zum Programm aller Regierungen, rechter wie linker: Die Einreise begrenzen, so wenige wie möglich legalisieren, so viele wie möglich abschieben. Schließung, Kontrolle, Beherrschung, Repression, Bekämpfung – dieses bezeichnende Vokabular passt eigentlich nicht so recht zum »Land der Menschenrechte«, und doch ist es das, was benutzt wurde und heute noch benutzt wird.

Der Grundlagentext, der Einreise und Aufenthalt von Ausländern in Frankreich regelt, die *Ordonnance du 2 novembre 1945*, die Verordnung vom 2. November 1945, wird in bestimmten Abständen immer wieder modifiziert. Die wichtigsten Änderungen sollen im Folgenden aufgeführt werden.<sup>4</sup>

---

4 noch detaillierter nachzulesen in: Ute Lindemann, Sans-papiers-Proteste und



Nach der Legalisierung von ungefähr 130.000 Sans Papiers 1981 und 1982 müssen mit Beginn der siebenjährigen Amtszeit von Mitterand Ausländer, die nach Frankreich kommen wollen, einen vom Bürgermeister bestätigten Unterkunftsnachweis vorlegen. 1984 endlich wird die Aufenthaltserlaubnis auf zehn Jahre eingeführt, die berühmte »*carte de résident*«, doch die Politik der »Kontrolle des Zustroms« entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft wird beibehalten.

1986 führt die Chirac-Regierung die Abschiebung per Charterflug ein. Das erste Pasqua-Gesetz vom 9. September 1986 gibt dem Präfekten die Möglichkeit, die Strafe der »Rückführung zur Grenze« (*»reconduite à la frontière«*) zu verhängen, die selbst bei Einlegung von Rechtsmitteln oder Antrag auf Strafaussetzung zur Bewährung vollstreckt werden kann. Dieses erste Pasqua-Gesetz, von dem die Präfekturen rigide Gebrauch machen, bringt die Sans Papiers in eine ganz prekäre Lage – aber es verunsichert auch Menschen, die Papiere haben und nun immer mehr mit Problemen konfrontiert werden, wenn sie ihren Aufenthaltstitel verlängern wollen.

Bevor es 1993 zu dem zweiten Gesetzespaket von Pasqua kommt, wird in einem Zwischenspiel unter einem nunmehr sozialistischen Innenminister mit dem nach diesem benannten Joxe-Gesetz vom 2. August 1989 das erste Pasqua-Gesetz aus dem Jahre 1986 in einigen Punkten erst einmal wieder entschärft; so werden Restriktionen bei der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung auf zehn Jahre, der »*carte de résident*«, überprüft, und wenn die Abschiebekommission Einspruch gegen die Entscheidung des Ministers erhebt, ist dieser jetzt dazu angehalten, dem Rechnung zu tragen. Andere Verschärfungen des Pasqua-Gesetzes von 1986 hingegen hebt Joxe nicht auf.

Im Allgemeinen hat seit 1981 der Wechsel von Links- und Rechtsregierungen dazu geführt, dass beide sich in dieser Materie gegenseitig zu übertrumpfen suchten. Die Rechte macht die Drecksarbeit, die darauf folgende Linke nimmt einige positive Retuschen vor, behält aber im Kern den repressiven Charakter der Gesetze bei. Das Resultat ist auf lange Sicht, von 1974 bis heute, eine grundlegende Verschlechterung der Situation mit ständig zunehmender Unsicherheit für MigrantInnen. Auch das Gesetz Chevènement schreibt sich in dieselbe Logik ein, behält es doch von

Pasqua oder Debré eingeführte sehr anfechtbare Verfügungen bei. Noch gefährlicher sind die zweiten Pasqua-Gesetze von 1993, weil sie MigrantInnen bewusst als Feinde der »öffentlichen Ordnung« definieren. In der Tageszeitung *Le Monde* vom 2. Juni 1993 erklärt Pasqua, er tendiere »in Richtung Null-Einwanderung«.

Seine Gesetze verfolgen drei Hauptziele: strenges Vorgehen gegen illegale Einwanderung, Verteidigung der »öffentlichen Ordnung« und Entfernen unerwünschter Ausländer.

Neue Artikel<sup>5</sup> werden in die Verordnung vom 2. November 1945 eingeführt: Im Paragraphen über die Einreise in und die Ausreise aus dem Staatsgebiet schreibt eine neue Bestimmung (Art. 5.3) jetzt vor, dass die Unterkunftsbedingungen durch das *Office des migrations internationales (OMI)* bestätigt werden müssen, bevor der Bürgermeister der Kommune oder des Arrondissements das »*certificat d' hébergement*«, den Wohnungsnachweis, abzeichnen kann. Diese Prozedur, die mehrere Wochen bzw. Monate dauern kann, soll Besucher entmutigen. Obwohl laut Gesetz die Bürgermeister nicht das Recht haben, die Ausgabe des Wohnungsnachweises abzulehnen, werden manche Bürgermeister genau in dieser Richtung initiativ, entweder ganz offen wie der Abgeordnete und Bürgermeister der Partei der Neogaullisten *RPR* von Savigny-sur-Orge, der im Herbst 1995 öffentlich kundtat, dass er Wohnungsnachweise für Migranten nicht mehr abzeichnen gedenke.<sup>6</sup> Oder indem die Anträge einfach nicht bearbeitet werden. Ergebnis dieser Schikanen ist zum einen, dass Eltern daran gehindert werden, die Hochzeit ihrer Kinder mitzufeiern, Großeltern ihr gerade geborenes Enkelkind nicht mehr herzen können und dass Kinder ihre kranken Eltern nicht besuchen können, zum anderen wird die polizeiliche Kontrolle über die Wohnsituation von MigrantInnen und französischen Bürgern, die sie beherbergen, institutionalisiert.

Wenn Staatsangehörige bestimmter Länder (Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Demokratische Volksrepublik Korea, Georgien, Irak, Iran, Jordanien, Libanon, Libyen, Jemen – und auch Palästinenser) das französische Staatsgebiet verlassen wollen,

---

5 Die in dieser Analyse zitierten Artikel beziehen sich auf die durch die Pasqua-Gesetze von 1993 modifizierte Verordnung vom 2. November 1945.

6 Vgl. auch die entsprechende Position des *RPR*-Abgeordneten und Bürgermeisters von Bourges, Serge Lepeltier in der Zeitschrift *La Croix* vom 17.4.1996

müssen sie das bei der Polizeipräfektur melden und ein Ausreisevisum vorlegen. Das bedeutet einen schweren Eingriff in die Ein- und Ausreisefreiheit – der Antragsteller hat es schließlich nicht in der Hand, wann die Verwaltung, die ja für ihre bürokratische Langsamkeit bekannt ist, ihm das Visum schließlich ausstellt.

Die Erteilung von Aufenthaltstiteln wird an neue Bedingungen geknüpft. Das Ausstellen einer befristeten Aufenthaltserlaubnis für Jugendliche, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Frankreich eingereist sind (Art. 12b) oder die »carte de résident«, die Aufenthaltserlaubnis (Art. 15) für manche Gruppen von MigrantInnen, wird nun von der »Abwesenheit einer Störung der öffentlichen Ordnung« und – bei der »carte de résident« – von der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts abhängig gemacht. Demzufolge können auch juristisch vor einer Abschiebung »geschützte« Personengruppen, wie zum Beispiel Ehegatten von Franzosen oder Eltern französischer Kinder, Aufenthaltstitel verweigert werden. Damit wird eine Personengruppe geschaffen, die keinen Status besitzt, aber nicht ungesetzlich ist, die berühmte Gruppe der »ni-ni«, der »weder-noch«, weder abschiebbar noch legalisierbar.

Studenten allerdings können im Gegensatz zu Nicht-Studenten selbst nach einem zehnjährigen legalen Aufenthalt keine »carte de résident« erhalten (Art. 15.12). Die Verwaltung kann die Ausstellung oder Erneuerung einer »carte de résident« ebenfalls verweigern, wenn »der ausländische Staatsbürger und seine Ehepartner in Polygamie leben«. Opfer dieser Regelung sind in erster Linie die Frauen. Sie, die Hauptleidtragenden der Polygamie, werden genauso bestraft wie die Ehemänner (Art. 15b). Die prekäre Situation der Polygamen, die aus dieser Verweigerung der Legalisierung bzw. Erneuerung ihrer Aufenthaltstitel herrührt, bekräftigt alle Vorurteile diesen Familien gegenüber und trifft damit vor allem die Kinder, die die Folgen (Unsicherheit, fehlende soziale Absicherung, Schulprobleme ...) einer Situation zu tragen haben, für die sie eindeutig nicht verantwortlich sind.

Die Ausstellung einer »carte de résident« für Ehegatten von Franzosen wird nun an eine Vielzahl von Bedingungen geknüpft: ein Jahr Ehe, eine tatsächliche Lebensgemeinschaft, Beibehaltung der französischen Staatsangehörigkeit des Ehegatten, Eintrag der Ehe in das französische Standesamtsregister, wenn sie im Ausland

geschlossen wurde sowie Rechtmäßigkeit des Aufenthalts. Diese letzte Bedingung schließt Sans Papiers aus, die also selbst wenn sie einen Franzosen oder eine Französin heiraten – was zwar gesetzlich nicht verboten, in der Praxis aber sehr schwierig ist – keine Papiere für ein Leben in Frankreich erhalten können.

Ähnlich drakonischen Bedingungen unterliegt nun auch die Familienzusammenführung. Ein Migrant, der seine Familie nachkommen lassen will, muss seit mindestens zwei Jahren in Frankreich wohnen und Inhaber eines mindestens ein Jahr gültigen Aufenthaltstitels sein (Art. 29). Die Familienzusammenführung kann verweigert werden

- wenn der Antragsteller keine regelmäßigen und ausreichenden persönlichen Einkünfte zur Gewährleistung des Familienunterhaltes nachweisen kann
- wenn er nicht über eine Wohnung verfügt, die für eine vergleichbare in Frankreich lebende Familie als normal angesehen wird
- wenn die Anwesenheit von Familienmitgliedern, für die die Familienzusammenführung beantragt wurde, in Frankreich eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung darstellt
- wenn diese Personen unter einer Krankheit oder einem Gebrechen leiden, das die öffentliche Gesundheit in Gefahr bringt wenn die Personen sich schon auf französischem Staatsgebiet aufhalten.

Eine nur teilweise Familienzusammenführung kann lediglich in Ausnahmefällen genehmigt werden, denn die Zusammenführung muss prinzipiell für die gesamte Familie beantragt werden. So ist aus dem Recht auf Familienzusammenführung im Ergebnis ein abstraktes Prinzip geworden, das in der Realität kaum noch in Anspruch genommen werden kann. Die für den Großteil der MigrantInnen besonders schwer zu erfüllenden Bedingungen und die oft sehr langen Rechtswege bringen diese dazu, gegen das Gesetz zu verstoßen und mit anderen Mitteln zu versuchen, ihre Familienmitglieder kommen zu lassen – und die stehen dann oft ohne Papiere da.

Was die soziale Absicherung betrifft, hat das Gesetz vom 24. August 1993 eine sehr große Anzahl an MigrantInnen in eine extrem ungeschützte Situation gebracht, indem es das Recht auf Sozialleistungen von der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts abhängig macht. Obwohl die meisten MigrantInnen Sozialabgaben leisteten, als sie Papiere hatten, können ihnen jetzt allein deshalb die Leistungen

gestrichen werden, weil sie keine Papiere mehr haben. Das Gesetz verstößt damit gegen das Gleichheitsprinzip, indem es diese MigrantInnen ausgliedert und sie um ihre durch Beitragszahlungen erworbenen Ansprüche bringt. Ganze Familien sind gezwungen, sich mit den gerade vorhandenen Mitteln zu kurieren, Krankheiten »auszubrüten« und mit ansehen zu müssen, wie sich ihr allgemeiner Gesundheitszustand immer mehr verschlechtert. Vor allem die Kinder haben unter dieser Situation zu leiden. Wenn den Eltern Sozial- und Krankenversicherung sowie Sozialhilfe entzogen werden, verlieren auch die Kinder per Gesetz alle diesbezüglichen Ansprüche.

Auf diese Weise verletzt Frankreich nicht nur die Grundprinzipien der Sozialversicherung, sondern auch seine internationalen Verpflichtungen: die Kinderrechtskonvention von 1989, die dem Kind das Recht auf bestmögliche Gesundheit und Krankheitsversorgung zusichert und das Recht auf Leistungen der Sozial- und Krankenversicherung sowie das Recht auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard. Die von mehr als 20 Staaten unterzeichnete Konvention 118 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO legt die Gleichheit von Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern in der Sozialversicherung fest und macht in ihrem 4. Artikel die Gleichbehandlung ohne Bedingung eines festen Wohnsitzes zum Grundsatz, wobei laut Artikel 1 unter dem Terminus Wohnsitz der gewohnheitsmäßige Wohnsitz verstanden wird. Kooperations- und Assoziierungsabkommen, die mit einigen Ländern wie Algerien, Marokko, Tunesien, der Türkei, Tschechien und der Slowakei sowie etwa 60 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) im Rahmen des Lomé-Abkommens geschlossen wurden, legen in Bezug auf die Sozialversicherung die Gleichbehandlung der Arbeiter aus diesen Ländern mit denen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union fest. Die Konvention 118 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO macht ebenfalls die Gleichbehandlung bezüglich der Arbeitsbedingungen sowie der Entlohnung zum Grundsatz, allerdings ohne Konsequenzen für Aufenthaltstitel in der EU.

Schließlich erweiterten die Pasqua-Gesetze die Ausweisungsmöglichkeiten der Präfektur, die sog. »*reconduite à la frontière*«, Rückführungen zur Grenze. Es wird damit möglich, eine »*interdiction du territoire français*« (ITF), d.h. eine Abschiebung inkl. Verbot des Betretens französischen Staatsgebiets gegen einen

bislang vor Abschiebung »geschützten« Migranten auszusprechen, wenn dieser die öffentliche Sicherheit und Ordnung stört. Die maximale Abschiebehaftdauer wird um 72 Stunden auf insgesamt sieben Tage verlängert.

Vor einer derart großen Zahl an Verschärfungen, Zusätzen und Änderungen und angesichts des konjunkturellen Charakters eines solchen Gesetzes, das jeglicher Vorstellung von Recht und Gesetz im Land des Universalismus Hohn spricht, schlägt es einem leicht die Sprache. Man kann sich nur allzu gut die zig Vorsprachen vorstellen, die ewigen Warteschlangen für Erlaubnisse, Nachweise, Formulare, kurz: all die Papiere, die ein Sans Papiers benötigt, um Papiere zu bekommen.

Auch wenn die Aufmerksamkeit vor allem auf die Pasqua-Gesetze gerichtet ist, sollte man nicht vergessen, dass die »Ledigen« oder die »abgewiesenen Kläger« von *Saint-Ambroise* nicht von der Rechten produzierte Sans Papiers sind.

Sie verloren ihre Papiere dadurch, dass die linken Regierungen Rocard und später Cresson durch die Reformierung der OFPRA 1990 die Ausstellung von Ablehnungsbescheiden für Asylbewerber vorantrieben, indem sie 1991 Asylbewerbern die Arbeitserlaubnis entzogen und somit illegaler Beschäftigung Vorschub leisteten.

Nach Verabschiedung der Gesetze waren Proteste der Migranten-Unterstützungsgruppen, die, wenn auch zaghaft, die Alarmglocke geläutet hatten, bei der Regierung ungehört verhallt. Ruhe, so schien es, hatte sich eingestellt. Aber wie konnte es angesichts von so viel Leid ruhig bleiben?

Schließlich waren es doch – so die düstere Bilanz – genau diese ungerechten Gesetze, die in ihrer Konsequenz erst die meisten Sans Papiers fabrizierten, die sich dann an diesem 18. März 1996 in Bewegung setzten und damit einem verfassungsmäßig verbrieften Recht der République Française wieder Geltung verschafften: dem Recht zum Aufstand!

Gegen zehn Uhr morgens hörte ich im Radio, was mich wie ein Schlag traf und in inneren Aufruhr versetzte: Es warf mein gesamtes Tagesprogramm um – und das der kommenden Monate. Ich ließ alles stehen und liegen und schloss mich meinen Landsleuten an, die in der Kirche *Saint-Ambroise* Zuflucht gesucht hatten.

Die erste Sache, die mich verblüffte, war ein gewisses Missverhältnis zwischen der ständig im Radio wiederholten Meldung und

dieser Menschenansammlung an einem ganz gewöhnlichen Ort, der gar nicht besonders groß war. Anfangs hatte ich den Eindruck von Unwirklichkeit. Eine Kirche, darin viele Schwarze, ein ständiges Kommen und Gehen. Schnell hatte ich meinen Platz gefunden. Es gab Leute, die ich das erste Mal sah, andere, die ich kannte, manchmal nur daher, dass ich ihnen schon einmal begegnet war, in Paris – oder in Dakar.

## Mai 68 in Dakar

Den Senegal habe ich das erste Mal 1974 verlassen, um mein in Dakar begonnenes Studium fortzusetzen. Das war mein erster Kontakt mit Europa, diesem gleichzeitig nahen und doch fernen Kontinent, der durch mehrere Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte mit Afrika verbunden ist. Ich bin in der Altstadt von Dakar geboren und in Pikine, einem der vielen Vororte von Dakar, aufgewachsen. Mein Vater, der nie eine Schule besucht hatte – Schreiben und Lesen hatte er sich selbst beigebracht –, wusste sehr wohl, wie wichtig Bildung in der heutigen Welt ist, und bestand darauf, dass seine Kinder zur Schule gingen. Ich war eine gute Schülerin und Sportlerin und habe die Zeit, die ich in der Grundschule von Pikine wie auch im Kennedy-Gymnasium von Dakar verbracht habe, in guter Erinnerung.

Die Revolte vom Mai 1968 hatte in den französischsprachigen afrikanischen Ländern ein starkes Echo. Wir hatten im wahrsten Sinne des Wortes eine direkte Verbindung mit Paris und verfolgten das aufregende Geschehen der Pariser Studentenbewegung im Radio und in den Zeitungen. Man muss dazu wissen, dass Pariser Ereignisse in Dakar schon immer ein großes Echo hatten. Das lässt sich bis in die Kolonialzeit zurückverfolgen und rührt sicher daher, dass Dakar einst Hauptstadt von Französisch-Westafrika war. Unser Schuljahr wurde durch einen lang anhaltenden Streik von Schülern, Studenten und Lehrpersonal und dann auch Arbeitern durcheinandergewirbelt, es herrschte eine allgemeine Aufstandsstimmung. Auch ich beteiligte mich, wie die meisten Schülerinnen meiner Klasse, an den Demonstrationen. Wir waren in der 9. Klasse. Wissensdurstig wie wir waren, stürzten wir uns auf »subversive« Lektüren, die meine intellektuelle Neugier nur noch steigern soll-

ten: Lenin, Mao Tse-Tung, Marx, dann die afrikanischen Patrioten Kwamé Nkrumah, Patrice Lumumba, Cheick Anta Diop, aber auch Angela Davis, Malcolm X und Jean-Paul Sartre – ihre Schriften machten unter uns die Runde, ohne dass die Aufseherinnen etwas davon mitbekamen. Das Internat unseres Mädchengymnasiums hatte eine sehr strikte Hausordnung: Es gab feste Zeiten fürs Aufstehen, für die Schularbeiten und für das Mittag- und Abendessen, es gab festgelegte kleine und große Ausflüge sowie Spaziergänge, immer unter den wachsamen Augen der Aufseherinnen, und es gab Strafen. Die Direktorin, Frau Ndiaye, eine mit einem Senegalesen verheiratete Französin, war ausgesprochen streng. Ich persönlich hatte mich nie über ihre Autorität zu beklagen. Ich glaube, sie hatte ein gutes Gespür für Gerechtigkeit. Dennoch fand ich es willkürlich, dass junge Frauen einen Schulverweis bekamen, wenn sie schwanger wurden, während junge Väter nicht von dieser Maßnahme betroffen waren und ihre Schulzeit ohne Probleme fortsetzen konnten. Aber das war eines der zahlreichen Tabuthemen, das im offiziellen Lehrplan nicht vorkam und über das die Lehrer, fast alle Franzosen, grundsätzlich keine Diskussion zuließen. Ein Geschichtslehrer regte sich jedes Mal total auf, wenn an der Tafel stand »Nieder mit dem Neo-Kolonialismus«, verließ die Klasse und kam in Begleitung der Direktorin oder einer Aufseherin wieder, die uns mit den schlimmsten Strafen drohten, sollten wir es noch einmal wagen – dies sei der Gipfel der Unverschämtheit. Dabei haben wir uns immer gefragt, was ihm denn, wo der Senegal sich doch gerade seines ersten Jahrzehnts der so genannten »Unabhängigkeit« erfreuen durfte, an unserer Lieblingsparole nicht gefiel!

Ich beendete die sieben Jahre Gymnasium erfolgreich mit einem Abitur der A2-Serie (mit den Wahlfächern Philosophie und Latein), aber trotzdem mochte ich diesen für mich wichtigen Anlass in meinem Leben als Gymnasiastin nicht feiern, denn meine beste Freundin, in guten wie in schlechten Tagen, war durchgefallen. Sie war zwar eine gute Schülerin, hat aber trotzdem nie die Möglichkeit bekommen, die Prüfung zu wiederholen.

Die meisten meiner Klassenkameradinnen begannen nach dem Abitur kein Studium, sondern wurden Krankenschwestern, Hebammen oder Lehrerinnen. Sie kamen aus bescheidenen Verhältnissen und waren gezwungen zu arbeiten, um der Familie zu helfen, wenn sie nicht schon eine ältere Schwester oder einen älteren Bruder



hatten, die zum Familienunterhalt beitrugen. Mein Vater wünschte, dass ich studierte. Ein Fachbereich für Germanistik war gerade an der Universität von Dakar eingerichtet worden, finanziert wurde er von der BRD, die sich davon einen – wenn auch späten – Einstieg in den Wettlauf um kulturellen Einfluss in Afrika versprach. An der Universität von Dakar war die geisteswissenschaftliche Fakultät am stärksten politisiert. Die Protestbewegung von 1968 war dort noch nicht am Ende, es gab einen ganzen Zyklus von Unistreiks. Ich begann also Germanistik zu studieren. Im Gymnasium hatte Frau Ndiaye mich überzeugt, Deutsch zu wählen anstatt Spanisch, das ich wie die meisten meiner Klassenkameradinnen belegt hatte. Eine Lehrerin, die bei ihren Schülerinnen sehr beliebt war und die eine gute Pädagogin war, hatte mich Gefallen an der deutschen Sprache finden lassen. Nach zwei Jahren hatte ich mein Universitätsdiplom in Literaturwissenschaft in der Tasche und gehörte zu den vier besten Studierenden, die mit einem Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes belohnt wurden: Wir durften unser Studium in Deutschland an der Universität Saarbrücken fortsetzen! Der Studienplan hatte die Ausbildung von afrikanischen Deutschlehrern zum Ziel. Wir wussten allerdings noch nichts von dem zwischen dem Senegal und der BRD geschlossenen Vertrag; obwohl es uns doch direkt anging, erfuhren wir erst davon, als wir die Abschlussprüfung bereits abgelegt hatten: Die BRD hatte investiert, damit wir *im Senegal* Deutsch unterrichten. Wir mussten nach zwei Jahren wieder zurück. Wir waren empört. Wie konnten sie ein Abkommen, das uns betraf, ohne unser Wissen abschließen? Was für eine Frechheit! Wir protestierten aufs Heftigste und stellten klar, dass wir unseren Beruf selbst aussuchen würden. Für uns hatten sich jedenfalls nur die an die Vereinbarungen zu halten, die sie auch geschlossen hatten. Die lokale Presse griff diese Auseinandersetzung schnell auf und machte eine Affäre daraus, und das brachte uns, als wir wieder im Senegal waren, das Erscheinen vor dem Disziplinarausschuss der Universität von Dakar ein. Unsere Saarbrückener Proteste wurden wie ein diplomatischer Zwischenfall bewertet. Letztendlich hätten wir die Möglichkeit gehabt, einfach in Deutschland zu bleiben, zwei Promotionsstudenten aus Togo hatten dies auch getan. Aber alle Senegalesen hatten sich aus persönlichen oder familiären Gründen entschlossen zurückzugehen. Nach zwei Jahren kehrte

ich also mit den Universitätsabschlüssen »Licence« und »Maîtrise« in den Senegal zurück, und begann – nach einem Jahr pädagogischer Fortbildung – an der *École normale supérieure* von Dakar als Deutschlehrerin zu arbeiten.

Dieser erste Kontakt mit Europa war für mich eher gut verlaufen, weil ich die Sprache schon beherrschte oder weil ich mich dadurch, dass ich selbst in einer Großstadt aufgewachsen war, nicht so fremd in dem Land fühlte oder auch weil ich in einem Studentenwohnheim untergebracht war, einem Ort, der traditionell offener ist als andere. In den ersten Tagen war ich allerdings etwas verwirrt von der Sonne, die nicht untergehen wollte, und hatte Schwierigkeiten einzuschlafen. Bei uns im Senegal wird es sehr schnell Nacht.

Ich wurde mir dort jedoch der Kluft bewusst, die uns von den reichen Ländern trennt, des Unterschiedes zwischen Entwicklung und Unterentwicklung. Ich glaube, dass dieser erste Aufenthalt mich in meiner tiefen Überzeugung bestärkt hat, dass es vordringlich darum gehen muss, Afrika aus seiner alarmierenden Situation herauszuholen. Schon als kleines Mädchen hatte ich mir die Fragen gestellt: Warum sind die Leute so arm? Warum konnten Arbeiter, die den ganzen Tag lang schufteten, kaum ihre Familien ernähren?

Bei meiner Ankunft in Afrika war mein erster Schock nach zwei Jahren Abwesenheit die glühende Hitze, die einen überfällt, sobald man aus dem Flugzeug steigt – was für ein Kontrast zu der in Deutschland herrschenden Kälte! Ich hatte das Gefühl zu ersticken. Auch verwirrte mich das Chaos, das am Flughafen herrschte: Kofferträger rissen einem Koffer und Taschen aus der Hand, und der Weg zum Zoll wurde zu einem wahren Kampf. Aber mein Erstauen überstieg alle Grenzen, als der Zöllner ganz freundlich nach einem kleinen Geschenk aus Deutschland fragte, egal was! Der Taxifahrer verlangte bei der Ankunft das Dreifache des normalen Preises. Wenn man aus Europa ankam, musste man ihrer Meinung nach sicher Kohle haben.

Die Neugierigkeit von meiner Ankunft verbreitete sich wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund. Am nächsten Tag kamen in dem Arbeiterviertel, in dem ich wohnte, die Neugierigsten zu uns, um meine »Metamorphose« persönlich in Augenschein zu nehmen. Mein zukünftiger Mann, ein Senegalese, den ich in Deutschland kennen gelernt hatte, wurde ebenso begutachtet. Es war wie ein

Test, um zu sehen, ob wir die Werte der Community beibehalten oder ob wir unsere Wurzeln verloren hatten. Wir mussten sehr schnell heiraten, denn es kam nicht mehr in Frage, unseren Gefühlen freien Lauf zu lassen. In Afrika werden die Gefühle, die man empfindet, nicht öffentlich gezeigt. Aber auch nach der Hochzeit hatten wir den Eindruck, ständig beobachtet zu werden.

Wir verbrachten unser pädagogisches Ausbildungsjahr gemeinsam an der *École Normale Supérieure* von Dakar. Es stand für uns nie in Frage, unsere Kultur aufzugeben, aber wir waren auch nicht mehr dazu bereit, alle Härten und Einschränkungen zu akzeptieren. Die Zugehörigkeit zur Community hat schließlich auch ihre Nachteile. Die Gesellschaft stellt Bedingungen und erwartet, dass man sie erfüllt, oft unabhängig von den Ideen oder den Wünschen der Einzelnen. Wir waren im ersten Praktikumsjahr, und für eine Super-Hochzeit wollten wir auf keinen Fall unsere gesamten Ersparnisse ausgeben. Da gab es in unseren Augen andere Prioritäten.

Wie wir unser Leben organisiert haben, hob sich schon stark vom traditionellen Bild der senegalesischen Familie ab, die um das Familienoberhaupt herum strukturiert ist. Wir hatten beide Einkommen, und so fand ich es normal, dass wir uns auch beide um den Haushalt kümmerten. Die Geburt von Fatou, unserer ältesten Tochter, wurde in aller Bescheidenheit gefeiert und war von dem Gedanken bestimmt, ihr eine Bildung unter guten Bedingungen zu ermöglichen. Wir haben versucht, unsere drei Kinder, eine zweite Tochter und einen Sohn, so zu erziehen, dass wir ihnen das beibrachten, was wir an unseren Werten positiv fanden: Respekt gegenüber Älteren, Gastfreundschaft, Höflichkeit, Aufrichtigkeit, Mut. Aber wir achteten auch darauf, dass sie eine gewisse geistige Aufgeschlossenheit entwickeln konnten. Es ist heutzutage schwierig, Kinder zu erziehen. Das Umfeld und die Medien bringen importierte oberflächliche Vorbilder in Umlauf, die der gesamten Welt die »Errungenschaften« des Westens demonstrieren sollten. Durch Diskussionen und Lektüre versuchten wir, kritisches Denkvermögen bei den Kindern zu entwickeln, mit dem sie zwischen Gutem und Schlechtem, Nützlichem und Überflüssigem unterscheiden lernen. Gerade uns als Deutschlehrern war es ein großes Anliegen, dass sie eine möglichst gute Schulausbildung bekommen. Wir unterrichteten beide an einer staatlichen Schule, haben die Kinder aber an einer guten Privatschule angemeldet. Wir stellen

nicht die Kompetenz unserer Kollegen im staatlichen Sektor in Frage, aber als Folge der vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auferlegten Budgetkürzungen hatten sich die Bedingungen an den staatlichen Schulen ernsthaft verschlechtert (überfüllte Klassen, fehlende Materialien und Lehrermangel). Als die Schüler nicht mehr bereit waren, diese Zustände stillschweigend hinzunehmen und Schulkämpfe begannen, und gleich einen nach dem anderen, hatte dies zweimal zur Folge, dass die Kurse des gesamten Jahres für ungültig erklärt wurden. So gab es innerhalb von sechs Jahren zwei nicht anerkannte Jahre, 1988 und 1994! Natürlich gab es auch an den staatlichen Schulen Schüler, die es zu guten Abschlüssen brachten. Aber wie viel mehr wären es, wenn sie nur halbwegs korrekte Bedingungen vorfänden! Für einen Lehrer ist es wirklich schwer, mit anzusehen, wie gute Schüler eine Klasse wiederholen müssen, nur weil das Jahr nicht anerkannt wurde.

Uns ist oft der Vorwurf gemacht worden, dass wir unsere Kinder nicht in staatliche Schulen eingeschrieben haben, obwohl wir doch selber dort Lehrer waren. Aber ist es nicht der Traum aller Eltern, für die eigenen Kinder und ihre Zukunft alles und vor allem nur das Beste zu tun? Ein Ziel hatten wir uns gesetzt: uns selbst eine Rente zu sichern, was doch legitim ist, und unseren Kindern eine Zukunft zu ermöglichen, in der sie die Mittel hätten, ihr Leben als Erwachsene selbstständig zu gestalten. Die Ergebnisse, die sie erzielten und noch erzielen, entsprechen denn auch ganz unseren Erwartungen.

Ich hatte Kontakt zu Freunden gehalten, die ich während meiner zwei Jahre in Europa gewonnen hatte. Regelmäßig reiste ich dorthin, um Weiterbildungen zu besuchen oder Konferenzanladungen zu folgen. Mein letzter Besuch in Frankreich hatte familiäre Gründe. Das Studium von Fatou und später dann ihrer Schwester Marama sollte vorbereitet werden. Sie waren gut im Gymnasium, Fatous Abitur rückte näher und die Frage nach dem Studium stellte sich. Ebenso wie die staatlichen Schulen litt die Universität von Dakar extrem unter mangelhafter finanzieller Ausstattung. Wir haben lange mit den Kindern darüber diskutiert und schließlich entschieden, sie zum Studium nach Europa zu schicken, und zwar nach Frankreich oder nach Deutschland. An ein Stipendium war nicht zu denken, denn in Afrika muss man dafür einen

langen Arm haben und der jeweiligen Regierung nahe stehen, und das war bei uns nicht der Fall. Ich hatte bereits aufgehört als Lehrerin zu arbeiten.

Die Entscheidung, zu gehen und meinen Mann mit den beiden Kindern zurückzulassen, war schwierig. Ich ließ mich in Paris nieder, fand ohne Schwierigkeiten eine Arbeit und schrieb mich an der Uni ein, um mein Studium fortzusetzen. Es sollte nur ein oder anderthalb Jahre dauern, die Zeit, die nötig war, um für Fatou einen Platz an der Universität und ein Zimmer zu finden und ihr zu helfen, sich einzugewöhnen. Als im März 1996 der Kampf der Sans Papiers begann, hatte ich eigentlich vor, im Juli nach Dakar zurückzukehren. Aber wie das Schicksal manchmal so spielt ...

Im Rahmen der unseren Länder seit den siebziger Jahren von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds auferlegten »Strukturanpassungsprogramme« wurde der Senegal dazu gezwungen, die Lohnkosten im öffentlichen Dienst drastisch zu reduzieren. Der Staat hatte deshalb die Beamten, egal aus welchem Berufszweig, dazu aufgefordert, den öffentlichen Dienst »freiwillig zu verlassen«. Trotz aller Proteste trat diese absurde Maßnahme schließlich in Kraft.

Das Fehlen neuer Ausbildungsmöglichkeiten und die geringen Aussichten auf eine erfolgreiche Berufslaufbahn, die ungebrochene Herrschaft von Veruntreuung und Klüngelwirtschaft, die den Nährboden für Misswirtschaft und Korruption bildet, und das bis in die Spitzen eines Staates, der seine langjährigen Verantwortlichkeiten missachtet, all das hatte schon seit langem die Wege sozialen Aufstiegs nach Fähigkeit und Verdienst blockiert. Jenseits der allmächtigen Partei gibt es keine Chancen. Die Bilanz wird jedes Jahr katastrophaler, Mittelmaß und Blockade aller positiven Ansätze lassen das Land immer tiefer in Armut versinken. So sah ich das, und ich stellte mir immer mehr Fragen: Gab es für ein armes, von der Krise geschütteltes Land überhaupt keinen Ausweg mehr, welche anderen Werte galt es denn zu verteidigen? Bei diesen und ähnlichen Regierenden wird man mit Sicherheit kein Beispiel von persönlichem Einsatz finden. Mich als Lehrerin der Oberstufe hatte es hingegen immer gefreut, wenn ich auf meine guten Schüler auch deshalb stolz sein konnte, weil ich – ohne alle Eitelkeit – auch meinen eigenen Anteil an ihrem Fortkommen ausmachen konnte.

## Wer schuldet wem etwas?

Ohne Zweifel verdanke ich die Wertschätzung des persönlichen Einsatzes meiner Familie. Mein Urgroßvater väterlicherseits hat einer ganzen Region, die sich von der Grenze Cayors bis fast ans Kap Verde erstreckt, seinen Namen gegeben.

Kagne, so hieß er, hatte sein Anwesen auf einem weiten Grünplateau, das der bescheidenen Fläche Senegals zugerechnet wurde. In diesem Gebiet, zu dem den Kolonisten und ihren Agenten der Zugang verboten war, nahm er die Steuern ein und kontrollierte allein die Ein- und Ausreise. Niemand, der sich seiner Gastfreundschaft nicht sicher sein konnte, wagte sich in diese »befreite Zone«, die er indessen nicht als seinen Privatbesitz ansah, sondern als ein Gebiet außerhalb jeglicher Herrschaft. Für die Kolonialverwaltung stand er im Ruf eines Straßenräubers, obwohl ihn alles, was in der Region Rang und Namen hatte, regelmäßig besuchte. Er war allerdings Animist und beugte sich niemandem. Man sagte ihm nach, er lasse es nie zu, dass irgendwer sich an Schwachen, Alten, Frauen oder Kindern vergreife. Kagne, mein Urgroßvater väterlicherseits, war ein Rebell, entschlossen und nicht zu korrumpieren, so eine Art Robin Hood der Tropen. Von ihm muss ich wohl irgendetwas geerbt haben, das mich so aufsässig macht gegen jegliche Unterdrückung und das alle Versuche, mich zu unterwerfen, misslingen lässt.

Tatsächlich hatte ich schon immer diese kämpferische Ader, vor allem wenn ich finde, dass es um eine gerechte Sache geht. Dieser Reflex, zu kämpfen oder mich sogleich an die Seite derer zu begeben, die kämpfen, reicht weit bis in meine Jugend, ja sogar Kindheit zurück. Mehrere Mitglieder meiner Familie, die ursprünglich mütterlicher- wie väterlicherseits aus der Region von Thiès stammt, sind – zum Teil schon vor mehreren Jahrzehnten – in die Region von Dakar emigriert und haben sich dort niedergelassen. Ich selbst bin in der Altstadt von Dakar geboren, inmitten von Arbeitern und armen Bauern, die in dieses riesige Elendsviertel gezogen waren, um den Beginn der Regenzeit abzuwarten und darauf hofften, einen Teil ihrer letzten Ernte in der Stadt verkaufen zu können. Nichtsdestotrotz verbrachte ich eine glückliche Kindheit in unserer monogamen Familie. Mein Vater, Autodidakt, Busfahrer,

gab sein Bestes für die positive Entwicklung von uns drei Kindern (ich habe noch zwei Brüder). Meine Mutter, viel jünger als ihr Mann, Hausfrau und Analphabetin, hatte gelernt, den Männern zu gehorchen, zuerst ihrem Vater, einem reichen Händler, der alle Frauen der Familie in seine Geschäfte einspann, und dann meinem Vater, wie es sich für eine gute Ehefrau gehörte, die sich um ihre Kinder und den Haushalt zu kümmern hatte.

Die Schwester meiner Mutter, Tante Ndiémé, verstand sich hingegen überhaupt nicht mit ihrem Vater, weil sie eher rebellischen Charakters war. Sie war nicht gewillt, auf all seine Launen einzugehen, wie sie es gern formulierte. Sie war davon überzeugt, dass der liebe Gott niemals schlief, niemals die Augen zu tat, dass er alles sehe und wisse und nicht lange fackeln würde, meinen Großvater zu bestrafen, der nur deshalb zu Reichtum kam, weil er andere ausbeutete. Und als mein Großvater dann tatsächlich als Folge eines Einbruchs, von dem er sich nie wieder erholen sollte, komplett bankrott ging, konnte dies laut Tante Ndiémé nur Ausfluss göttlicher Gerechtigkeit sein. Tante Ndiémé ertrug weder die Ausbeutung von Menschen noch ihre Arroganz. Sie war eine schöne Frau, der der Hof gemacht wurde, und sie zögerte nicht lange, das heilige Band der Ehe zu brechen, sobald es nicht mehr ging. Sie stand im Ruf, immer ihren Kopf durchzusetzen, und zu ihrer Zeit war das schlecht angesehen, vor allem wenn es sich um eine Frau handelte. Aber Tante Ndiémés Durst nach Unabhängigkeit war stärker als alle Vorurteile und sie nahm dafür alle Konsequenzen auf sich. Mit Tante Ndiémé habe ich mich immer gut verstanden.

Neben meinem Beruf als Deutschlehrerin versuchte ich dem Teil der Bevölkerung behilflich zu sein, der niemals die Gelegenheit gehabt hatte, zur Schule zu gehen. Ehrenamtlich gab ich Alphabetisierungskurse für Frauen, Arbeiter und Arbeitslose. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass das Lernen von Fremdsprachen immer sinnvoll ist. Weil meine berufliche Fähigkeit zu unterrichten für die Bedürfnisse meines Landes, wie ich sie wahrnahm, von Nutzen sein konnte, fühlte ich mich denn auch dazu verpflichtet, meine Freizeit denen zu widmen, die die Schule nicht besucht hatten. Zusammen mit Kollegen und Freunden verbrachten wir die Zeit damit, Erwachsenen in Abendkursen Lesen und Schreiben in Französisch und afrikanischen Sprachen

beizubringen. In einer Welt, in der man immer mehr mit Hinweisschildern, Plakaten und Formularen konfrontiert wird, ist es grundlegend geworden, Lesen und Schreiben zu beherrschen. Alphabetisierungskurse zu geben war für uns Intellektuelle so etwas wie eine kleine Entlastung, aber es brachte auch denen etwas, die zum Lernen in die Kurse kamen. Wir hatten fast keine didaktischen Mittel, alles mussten wir am Anfang neu erfinden, egal ob es um die Herangehensweise, das Material oder die Methode ging. Einige von uns konnten nach und nach richtige Unterrichtsstunden, Legenden und Märchen entwerfen und schriftlich festhalten und für unsere Zwecke einsetzen; dabei konnten sie sich auf die Arbeiten von Professor Cheick Anta Diop stützen, den 1986 verstorbenen großen Historiker, Ägyptologen und senegalesischen Linguisten, dessen Namen die Universität von Dakar heute trägt, sowie auf die Arbeiten von Linguisten wie Sakhir Thiam, der Mathematikprofessor an der Universität von Dakar war.

Parallel dazu diskutierten wir ständig die Rolle der Frankophonie, der Französischsprachigkeit. Woran beteiligten wir uns da? Durch die Französischsprachigkeit hat Frankreich seine Mythen, Modelle, Legenden, seine Kultur transportiert und alles getan, um die traditionellen Kulturen Afrikas zu ersticken und sie als rückständig und manchmal sogar als barbarisch darzustellen. Dabei konnte es sich auf die Nachwirkungen von drei Jahrhunderten Präsenz stützen und einen großen Teil Afrikas auch über sein direktes Einflussgebiet hinaus ganz nach seinem Bild modellieren. Während historische afrikanische Bezüge begraben wurden, gab es große Werbekampagnen für westliche »Neuheiten«, die uns mehr Wohlstand bringen sollten. Die Französischsprachigkeit hat es Frankreich erst ermöglicht, sein Prestige und seine Dominanz nicht zu verlieren – trotz der militärischen Niederlage von 1940, trotz eigener ökonomischer Schwäche und obwohl die Entkolonialisierung unter miserablen Bedingungen ablief, während zeitgleich die französische Armee einen Krieg gegen das algerische Volk führte. Frankreich war so virtuell auch weiterhin immer präsent und ließ das Trugbild von Entwicklung und Wachstum durch seine Sprache ohne jeden Bezug zur Realität in den prächtigsten Farben schillern. Das französischsprachige Afrika findet es für seinen Teil normal, die französische Sprache



bei sich zu beherbergen, weil es durch die Zweitsprache etwas mit Frankreich teilt, wobei Teilen jedoch nicht ganz das richtige Wort ist. Denn es ist ein sehr ungleiches Teilen.

Dieses Bewusstsein des schuldhaften Verhaltens Frankreichs und der Abhängigkeit der Regierungen unserer Länder von Frankreich haben sowohl beim Auslösen wie auch im Verlauf des Kampfes der Sans Papiers eine wichtige Rolle gespielt, die ja zu großen Teilen aus den ehemaligen Kolonien stammten. Die Rebellion vom 18. März ähnelt sehr einem Versuch, diese nie beglichene historische Schuld wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Ein plötzliches Auffahren, eine Revolte, um zu sagen: »Wir lassen es nicht mehr zu, dass Frankreich uns weiterhin so behandelt wie unsere Herkunftsstaaten: mit Ausbeutung, Verachtung und Paternalismus.«



# Besetzung, Räumung und Odyssee

Am 18. März 1996 weiß ganz Frankreich, dass in der Kirche *Saint-Ambroise* etwas passiert. Die »Illegalen« sind da, leibhaftig vor den Fernsehkameras. Sie sehen überhaupt nicht böse aus, gar nicht wie Betrüger, die sich auf Kosten der Französischen Republik ein schönes Leben machen – oder die »Kosten« fallen wohl doch eher bescheiden aus. Auf jeden Fall verstecken sie sich nicht, und so bekommt man zu sehen: »Sie«, die »Illegalen«, das sind auch viele Frauen und Kinder.

## Die Kirche

Man stelle sich nur die Politiker vor, die alles daran gesetzt hatten, dass die »Illegalen« in der Öffentlichkeit gar nicht existent waren, dass sie still bleiben würden, aus Angst vor der Polizei und ob der eigenen Schwäche. Diese Politiker, die sich niemals hätten vorstellen können, dass diese Schatten der Finsternis es je wagen würden ... Und wie sie es doch an diesem 18. März gewagt hatten! Das Blatt wendete sich, die Karten wurden gerade neu gemischt.

Ich wollte gehört werden. Wir wollten, dass man uns zuhört. Dafür mussten wir zuerst einmal miteinander reden. Die sprachliche Barriere hindert mich daran nur im allerersten Augenblick. Ich spreche weder Bambara noch Soninké. Sehr schnell aber fand ich heraus, wer Wolof sprach: Bébé, Valérie, Ababacar. Unter Frauen baut sich der Kontakt einfacher und schneller auf. Wir machten uns eine kleine Ecke im hinteren Teil der Kirche zurecht und begannen damit, den Alltag zu organisieren.

Ich kannte Bébé bereits, da ich sie auf öffentlichen Versammlungen im Senegal getroffen hatte. Im Laufe der Jahre, die auf die Wahlen vom Februar 1988 folgten, organisierten wir zusammen Demonstrationen gegen den Wahlbetrug und gingen gemeinsam auf die Straße: Spontan-Demos über verschiedene Märkte von Dakar, nächtliche Topfkonzerte in mehreren Stadtteilen gleichzeitig, Meetings, aber auch Festnahmen, Polizeigewahrsam, Prozesse, das alles gehörte zu unseren gemeinsamen Erfahrungen. Daher rührte

unser geheimes Einverständnis, ja eine Art Komplizinnenschaft, die verschiedene Leute dazu brachte, uns für Schwestern zu halten. Wir beide ließen sie in diesem Glauben.

Wie all die anderen, die da waren, hatte auch ich keine Ahnung, was passieren würde. Vor uns lag das Unbekannte, doch verloren sind allein die Schlachten, die man nicht führt. Nur in einer Sache waren wir uns sicher: Es stand nicht zur Debatte, dass wir wieder ins Dunkel zurückgingen, uns weiter an der Wand entlang schlichen und insgeheim alles hassten, was eine Uniform trug. Und wir wollten unser Schicksal nicht mehr an andere delegieren. Etwas Schlimmeres als das, was wir bis jetzt erlebt hatten, konnte uns ohnehin nicht passieren. Manche von uns konnten nicht mehr in ihr Land zurück, die einen aus Sicherheitsgründen, andere weil sie ihren Lebensmittelpunkt inzwischen in Frankreich hatten. Die meisten von uns sind legal nach Frankreich eingereist, haben hier mehrere Jahre gearbeitet, in die verschiedenen Kassen eingezahlt, Steuern und Abgaben geleistet und konnten dann ihren Aufenthaltstitel nicht verlängern. Pasqua passte gut auf...

In den ersten Tagen herrschte ein unglaubliches Chaos in der Kirche, in der zudem etwa vierzig Sans Papiers einen Hungerstreik begonnen hatten. Seit den siebziger Jahren wird der Kampf der Sans Papiers immer wieder aufs Neue von Hungerstreiks »gekrönt«. Dieser Hungerstreik aber schien mir besonders problematisch, weil er unvorbereitet war und auch weil wir vom Zulauf der Sans Papiers, die auf einmal von überall her zu uns kamen, regelrecht überfordert waren. Wir wollten nicht im Chaos untergehen, wir mussten die Gruppe strukturieren, Verantwortliche benennen, uns organisieren.

Schon im Senegal hatte ich Erfahrungen in sozialen Bewegungen gemacht. Als ich hier nun die große Konfusion sah und bemerkte, wie sich nach und nach eine lockere Organisation entlang den traditionellen Mustern unseres sozialen Lebens herausbildete – so hatte die Delegiertengruppe einen Vorsitzenden, der in etwa der Rolle eines Dorfchefs entsprach – war ich der Meinung, dass die Struktur nicht so bleiben durfte, wie sie gerade war. Die Bezugnahme auf unsere Kultur konnte den Zusammenhalt der Bewegung regelrecht zementieren, das war der Clou der politischen Situation – und deshalb musste dieser Bezug auf intelligente Weise noch verstärkt und ausgebaut werden. Sonst drohte unsere Aktion in die Irre zu laufen. Mir war sofort klar, dass unsere Stärke in der Einheit

liegt, im Zusammenbleiben, was auch geschehen mag, und dass wir auf eine breite Unterstützung angewiesen waren. Je mehr wir wären, desto größer wären auch die Chancen, unsere Situation zu verändern und noch mehr Freunde zu mobilisieren.

Ich war davon überzeugt, dass wir uns dieses Mal nicht auf Verhandlungen einlassen durften, die dann andere – wie sonst so oft – in unserem Namen führten, seien es nun Vertreter der Kirche oder eine Unterstützerguppe. Unsere Anträge abzugeben und uns auf Großmut und guten Willen zu verlassen, das hatten wir alle schon jahrelang ohne großen Erfolg versucht. Die meisten von uns hatten Anträge bei der *Cimade*, der *GISTI*, dem *Secours catholique* oder in einer *ASTI* abgegeben.

Warten, warten, immer nur warten. Die Verwaltung zog die Mänschen des Netzes immer enger zu. Nur von Zeit zu Zeit flutschten ein oder zwei isolierte Legalisierungen durch. Eine Legalisierung konnte es nur noch, da war ich mir sicher, durch eine politische Entscheidung geben, die aber nur gefällt werden würde, wenn wir selber, ohne jegliche Delegation, es schaffen würden, die öffentliche Meinung für unser Anliegen zu gewinnen. Wir mussten also vermeiden, uns wieder zu isolieren, indem wir unsere Anträge dieser oder jener Unterstützungsgruppe geben würden, und so unseren Kampf wieder bloß zu einem individuellen Kampf mit den Behörden verkommen zu lassen. Uns erklären, alles wiederholen und noch einmal erklären, dann unsere Aktion ausweiten und sie zu einer unabhängigen Bewegung machen, die aber durch hundert Fäden mit anderen Kämpfen verbunden ist – das war mein Credo. Wir mussten die Lügen eine nach der anderen auseinander nehmen, die durch die Regierungen, rechte wie linke, in der Öffentlichkeit immer wieder verbreitet wurden, um uns als Sündenböcke für ihre Probleme auszumachen, Probleme, die weit über die Thematik der Migranten hinausreichten und die zu lösen sie offenbar nicht in der Lage sind.

Vom Dienstag, dem 19. März an stellten wir mit Hilfe all derer, die lesen und schreiben konnten, einen Tisch vor der Kirche auf und begannen, Hunderte von Sans Papiers, die sich spontan meldeten, in Listen einzutragen und ihnen ihre Anträge zusammenzustellen. Innerhalb von drei Tagen hatten wir mehr als tausend Anträge. Sorgfältig wurden sie in Taschen im Inneren der Kirche aufbewahrt, unter Bänken in einer Ecke neben den Hungerstreikenden, gut geschützt vor allen indiskreten Blicken.

Vertreter von Unterstützungsgruppen und Bewegungen, aber auch Einzelne kamen, um uns zu begrüßen, uns zu unterstützen und um Kontakt zu uns aufzunehmen. Am Abend des 19. März hielten wir zusammen mit ihnen ein erstes gemeinsames Treffen ab.

Die Kirche fühlte sich durch unsere Besetzung sehr gestört. Sie konnte uns nur eine Vermittlung vorschlagen, von der wir allerdings wussten, dass sie eine Warteschleife darstellte. Zwei Jahre später, aus Anlass der zweijährigen Besetzung von *Saint-Ambroise*, hatten wir eine Diskussion mit Pater Caveau, dem damaligen Pfarrer der Kirche. Er gestand uns, dass er wegen der Dimension, die die Ereignisse annahm, in Panik geraten war. Konfrontiert mit unserer Entschlossenheit und unfähig, die Verantwortung zu übernehmen, uns länger zu beherbergen, forderte der Pfarrer deshalb ein Eingreifen der Polizei. Zuvor hatte er uns einen kleinen Saal angeboten, was geheißen hätte, sich von einem Teil der Gruppe, nämlich den Unverheirateten, zu trennen.

Am Dienstag fiel die Messe aus.

Am Mittwoch, dem 20. März, stand ich während des Besuchs von Kardinal Lustiger hinter ihm, als er von der Presse interviewt wurde. Wir begriffen, dass die Kirche uns nicht mehr haben wollte. Erneut machte sich Verbitterung breit. Kardinal Lustiger, der Verständnis für »unsere verzweifelte Situation« beteuerte, gab uns zu verstehen, dass wir dennoch nicht länger Gäste der Kirche bleiben könnten. Wir waren enttäuscht. Diese Haltung der Kirche ließ auch von Seiten der Regierung nichts Gutes ahnen.

Donnerstag, der 21. März, der europäische Tag gegen Rassismus, war jedoch ein schlechtes Datum für die Räumung von protestierenden Afrikanern. Aufschub also.

Am Freitag, dem 22. März bei Sonnenaufgang wurden wir mit großem Getöse von Polizeikräften geweckt. Sie führten etwa vierzig Männer in das Abschiebegefängnis von Vincennes ab. Um 9 Uhr stand der Rest der Gruppe vor dem Rathaus des 11. Arrondissement, dessen Bürgermeister einen linken Ruf hatte, uns aber die Gastfreundschaft verweigerte. Draußen schützten sich Frauen, Kinder und Männer unter provisorischen Zelten vor dem Regen. Bekannte Gesichter wie Abbé Pierre, Bischoff Gaillot, Fodé Sylla, Jean-Claude Amara, und verschiedene Aktivisten aus Unterstützungsgruppen waren ebenfalls gekommen. Angesichts der gescheiterten Verhandlungen mit dem Bürgermeister über eine Bleibe

haben wir schließlich in der *Japy*-Turnhalle, nur einige Meter vom Rathaus entfernt, Zuflucht gesucht.

Wir erfuhren, dass unter der deutschen Besatzung die Halle dazu gedient hatte, die später Deportierten und die zum Arbeitsdienst Rekrutierten zusammenzutreiben. Auch nach der großen Massenverhaftung des *Vel d'Hiv* vom 16. Juli 1942 wurden jüdische Frauen, Kinder und Männer hier festgehalten und anschließend bis zu ihrer Deportation im Lager Drancy interniert. Ursprünglich hatte das Lager einmal dazu gedient, die spanischen Flüchtlinge nach dem Sieg Francos aufzunehmen – kurzum es war einer der ersten Orte der Abschiebehaft. Wir befanden uns also an einem historischen Ort des Leidens, von dunklen Geistern bewohnt, an die wir uns gewöhnen mussten, doch der symbolische Zusammenhang gab uns zu denken. Schwere Bedingungen also, vor allem für die Mütter und Kinder.

Zugleich aber passierte es auch ständig, dass wir uns anlächelten, wir und all die, die zu unserer Unterstützung gekommen waren und uns ohne Bedingungen begleiteten, und das gab uns neue Hoffnung. Auf die Frage »Wie schafft ihr es bloß weiterzumachen?«, die uns so oft gestellt wurde, antwortete ich immer: »Dank eurer Solidarität«. Es gab immer mehr Zeichen, dass die Zeit der Gleichgültigkeit uns gegenüber vorbei war, etwas hatte gebebt und war ins Wanken geraten: Die Räumung der Kirche auf Veranlassung des Pfarrers ließ die Christen nicht gleichgültig. Einige verliehen ihrer Empörung Ausdruck, indem sie sagten: »Als man die Sans Papiers auf die Straße setzte, hat man auch Christus vor die Tür gesetzt.«

Am Samstag, dem 23. März, wurden die festgenommenen Unverheirateten dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Rund um die Sporthalle unseres Gymnasiums stellte die Polizei Absperrungen auf und ließ niemanden mehr rein oder raus. Das Polizeiaufgebot ließ uns eine neue Räumung befürchten, aber was blieb uns anderes als abzuwarten? Während des Wartens konnten wir nur versuchen, die Bedingungen für uns etwas erträglicher zu machen. Die Polizisten filzten alles, was uns zukommen sollte, und nur nach endlosen Verhandlungen ließen sie Nahrung, Wasser, Milch und Windeln für die Kinder passieren. Wir alle waren müde, aber nicht ohne Hoffnung. Hier und da brachen kleine Gruppen urplötzlich in Lachen aus und versuchten so, etwas von der vertrauten Nest-

wärme der Foyers herüber zu retten; es war ein ständiges Kommen und Gehen, es gab ekligen Kaffee, der uns aber aufwärmte, immer wieder kräftiges Händeschütteln und Umarmungen, und all das entschädigte uns für die Härte der Unterbringung.

## Ein trauriges Szenario

Am Sonntag, dem 24. März, wurden wir erneut von tausend Polizisten der Spezialeinheit CRS geweckt. Mit ihren Helmen und bis an die Zähne bewaffnet machten sie den Eindruck, als wollten sie gefährliche Terroristen aus ihrem Nest vertreiben. Das Wohnviertel wurde abgeriegelt, Unterstützer außerhalb der Halle gleich festgenommen. In der Halle schließlich formierten sich zwei Bullenkettens zu einem Kreuz, das die Gruppe vierteilte, wobei verboten war, das jeweilige Viereck zu verlassen. Eine Bullenreihe hatte sich auf der Balustrade aufgereiht, die sich über die gesamte Länge des Raumes erstreckte und hatte von dort oben alle Gesichter und jede noch so kleine Bewegung im Blick. In dem allgemeinen Chaos, das auf das brutale Wecken folgte, fanden sich Kinder von ihren Eltern getrennt, das Gepäck lag überall verstreut herum. Die Polizisten begannen uns auseinander zu sortieren, die Verheirateten wurden von den Unverheirateten getrennt. Das Ganze sollte offensichtlich nach allen Regeln der Kunst durchgeführt werden.

Zum Beweis wurde die ganze Szene von den Polizeikameras auf das Sorgfältigste gefilmt. Jedem Schauspieler seine Großaufnahme, eine Kamera für die Totale, eine andere, die die Gruppenszenen dokumentierte. All das passierte außerhalb der Sichtweite von Aktivisten aus Solidaritätsgruppen, denn die Sortierung nach Schwarz und Weiß war schon vorgenommen worden. Die Weißen hatten als Erste die Halle verlassen müssen – alles unter dem wachsamen Blick des Polizeipräfekten von Paris, Massoni, der persönlich gekommen war, um der Räumung beizuwohnen. Wie konnte er bloß die rassistischen Beschimpfungen von zwei in Zivil gekleideten Personen, einem Mann und einer Frau, überhört haben? »Sehen Sie sich das einmal an, die verbringen ihre Zeit damit, Kinder zu machen ... Wir haben keinen Platz für diese ganzen Gören ... Es sind doch wirklich zu viele! Da in Afrika haben die doch genug Platz. Da ist es doch schön, immer Sonnenschein ...



Euren Kindern würde es da bestimmt besser gehen. Geht doch zurück nach Hause!» Diese Art von Beschimpfungen bekommen Sans Papiers oft zu hören, wenn sie von der Polizei kontrolliert werden, auf der Wache, im Gefängnis. Das ist wohl Teil des Szenarios.

Dies ist die traurige Realität von Polizeimaßnahmen, die sich letztendlich alle gleichen, ja auf das Schlimmste gleichen ...

Es geht ihnen darum, uns zu demütigen, zu entmutigen, uns die Hoffnung zu zerstören. Gegen neun Uhr war die Räumung beendet. Wir fanden uns in »Wannen« wieder, die in Richtung Abschiebehaftanstalt von Vincennes fuhren. An was denkt man in solchen Momenten? An die Beziehungen Frankreichs zu unseren Herkunftsländern, denn wir alle tragen eine Geschichte in uns. Erinnerungen unserer Väter, unserer Vorfahren, Erzählungen von Sklavenhandel und Kolonialisierung. Wir alle haben Bilder und Situationen des Neo-Kolonialismus erlebt. Jetzt durchleben wir sie wieder wie in einem schlechten Traum, mitten im Herzen der Stadt der Aufklärung ...

## Das Ende des alten Kolonialismus

Unsere Beziehungen zu Europa und speziell zu Frankreich standen immer schon unter dem Siegel von Dominanz und Gewalt. Die Brutalität der Zwangsmaßnahmen hat das kollektive Gedächtnis auf Dauer geprägt. Noch heute ist die Reaktion auf einen Fremden, der mit dem Auto auf dem Dorfplatz ankommt, instinktiv erst einmal Weglaufen. Und in der Tat haben uns ja die Kolonialisten, die islamischen und die christlichen Missionare, immer nur etwas aufgezwungen, wenn nötig mit Gewalt: Die einen drückten uns ihre Religion, die anderen ihre Lebensart und die dritten Zwangsarbeit auf, nachdem sie das Gebiet besetzt hatten. Die als großartiges Werk der Kolonialisierung gepriesene Zivilisation hat es Frankreich und anderen europäischen Ländern ermöglicht, Länder unter ihrer Vormundschaft ohne Gegenleistung auszubeuten. Für die Menschen aus Dakar steht ein tragisches Ereignis stellvertretend für all die anderen: das Massaker von 1944 an den senegalesischen Scharfschützen. Die Kolonialverwaltung war durch den Zusammenbruch von 1940 und die Besatzungsjahre tief in Mitleidenschaft gezogen. Nach ihrer Demobilisierung forderten die Scharfschützen, die aus

Westafrika stammten, einen Sold ein, bevor sie nach Hause zurückkehrten. Dies schuf Verwirrung in der Kolonialbehörde, die alle Anwendungen von Emanzipation im Keim ersticken wollte. In der Nacht des 1. Dezember 1944 massakrierte die Kolonialarmee im Lager von Thiaroye, einem kleinen Fischerdörfchen etwa 20 Kilometer von Dakar entfernt, die Scharfschützen, die vor ihrer Rückführung in die jeweiligen Heimatländer zusammengesperrt worden waren und die das ihnen geschuldete Geld verlangten, was ihnen als Akt der Meuterei ausgelegt wurde. Laut Doktor Hilaire Deffon, der offiziell damit beauftragt wurde, die Opfer zu identifizieren, gab es 35 Tote, andere Quellen aber sprechen von 200 Toten.

Das also ist die Geisteshaltung der Kolonialisten; immer dazu bereit, Gewalt anzuwenden, um die eigene Autorität zu festigen! Nach dem Krieg brauchte Frankreich mehr denn je seine Kolonien, in denen es zahlreiche und besonders billige Arbeitskräfte sowie Rohstoffe zu günstigen Preisen gab und die zudem einen profitablen Absatzmarkt für die eigenen Produkte darstellten.

Der in denselben Bataillonen, in denselben Gräben geführte Kampf, die gemeinsam erlittenen Erniedrigungen in den Gefängnissen der Nazis, all das hatte die Beziehungen zwischen diesen Soldaten und den Kolonialisten verändert. Das Bild vom arroganten Kolonialherren mit Hut und gepflegten Manieren verschwand zugunsten eines Weißen, der auch Angst haben und weinen konnte und dessen Äußeres jetzt weniger zählte. Ein neues Selbstbewusstsein war bei den Kolonialisierten entstanden, die sich jetzt, da sie Frankreich verteidigt hatten, zuweilen als Patrioten ansahen und nicht mehr akzeptieren wollten, als minderwertig behandelt zu werden. Ein kleines Stück von dem Land, zu dessen Befreiung sie beigetragen hatten, stand ihnen jetzt doch ganz selbstverständlich zu.

Alle Nachkommen dieser senegalesischen Scharfschützen haben diesen Anspruch im Kopf, sind es doch ihre Vorfahren, die so viele Opfer gebracht haben, als sie an der Seite französischer oder alliierter Soldaten kämpften. Frankreich hatte sie zu seinem Nutzen in den beiden Weltkriegen im Kampf gegen Deutschland eingesetzt, aber auch zwischen den beiden Kriegen, um die Rebellionen niederzuschlagen, die in seinem Kolonialreich ausgebrochen waren: in Marokko während des Rif-Krieges, in Syrien gegen die Drusen, in Vietnam gegen Bauernaufstände.

1944 - 1945 brachten die Ereignisse von Thiaroye wie auch die von Madagaskar, Hanoi oder Constantine Risse im kolonialen Empire hervor. Frankreich beunruhigten diese Revolten, die sich in Vietnam und Algerien zu veritablen Revolutionen ausweiteten, und die Proteste, die in allen Kolonien zunahmen. Deshalb und um den Unabhängigkeitsbewegungen und dem Zerfall der eigenen Autorität vorzubeugen, zog Frankreich es vor, mit seinen ehemaligen Kolonien einen Status der Unabhängigkeit auszuhandeln, einen Status, der diese zu balkanisierten und so auch zukünftig von seinem Willen abhängigen Staaten machen sollte. Ohne physische Präsenz war Frankreich doch immer da, seine Interessen wurden kontinuierlich von Marionettenregierungen verteidigt, die über die Stabilität der Beziehungen zu Frankreich zu wachen hatten. Im Gegenzug wurden diese unterstützt und erhielten jedes Mal französischen Beistand, wenn ihre eigene Legitimität angegriffen wurde.

## IWF und Weltbank

Seit Anfang der sechziger Jahre setzten die Bankiers der so genannten entwickelten Länder auf eine offensive Kreditpolitik gegenüber den so genannten unterentwickelten Ländern. Die Namen ändern sich, die Realitäten bleiben die gleichen und das Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd wächst weiter. Um die Schulden zurückzuzahlen, hat man inzwischen unsere gesamten Wirtschaftssysteme unter Vormundschaft genommen und steuert sie vor allem entsprechend den jeweils präsenten ausländischen Interessen.

Zwischen 1961 und 1968 sind die Auslandsschulden der Dritten Welt von 21,5 Milliarden Dollar auf 47,5 Milliarden Dollar gestiegen. Zwischen 1971 und 1980 verachtachten sich diese Schulden und stiegen von ungefähr 70 Milliarden Dollar auf mehr als 560 Milliarden Dollar.<sup>1</sup>

Seit dieser Zeit mussten unsere Länder, wenn sie westliche Hilfe erhalten wollten, sich als »gute Schüler« des IWF und der Weltbank aufführen und sich an deren Vorgaben halten. Die Weltwirtschaftskrise von 1974 lenkte neben anderen Auswirkungen die

---

1 Éric Toussaint, *La Bourse ou la vie, La finance contre les peuples*, Brüssel, 1998, S. 114

lukrativen Investitionen der Finanzflüsse aus den Ölgeschäften in die europäischen Banken und hatten parallel dazu die inszenierte Überverschuldung der afrikanischen Länder und Lateinamerikas zur Folge. So konnten die Kredite für die Dritte Welt weiter steigen, sie gingen in Großprojekte der Infrastruktur, mussten aber auch schon das Zahlungsbilanzdefizit einiger Länder des Südens kompensieren helfen. Diese Länder hatten nun um jeden Preis zu exportieren. Sehr schnell entstehen die Begriffe Moratorium und Umschuldung – letztlich auch nichts anderes als eine Verlängerung der ökonomischen Abhängigkeit unserer Länder.

Auch die Kontrollmechanismen befinden sich in der Hand der industrialisierten Länder des Nordens – über den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und den Pariser und Londoner Club. Strukturanpassungsprogramme werden den verschiedenen Ländern aufgezwungen. Éric Toussaint stellt fest: »Jedes Jahr zahlt das Afrika südlich der Sahara im Rahmen der Schuldenrückzahlung viermal so viel zurück wie die Höhe des gesamten Gesundheits- und Bildungsetats dieser Großregion.«<sup>2</sup> Die Prioritäten sind so gewollt: Schuldenrückzahlung hat Vorrang vor Entwicklungsfinanzierung.

Ein Beispiel unter hundert anderen: Die Regierung von Tansania wendete 1993 - 1994 155 Millionen Dollar für die Schuldenrückzahlung auf, konnte gleichzeitig aber nur die Hälfte dieser Summe aufbringen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser auszubauen, ein Projekt von großer Dringlichkeit, leiden doch 14 Millionen Tansanier unter Trinkwassernot – mit gesundheitlichen Folgen, die sich jeder ausmalen kann.

Die ersten Maßnahmen, die ergriffen werden, um den Forderungen der internationalen Finanziers nachzukommen, bestehen darin, staatliche Gelder in den Sektoren, die manche gern »unproduktiv« nennen (eigentlich müssten sie, ginge es nach mir, »lebensnotwendig« heißen) zu kürzen: Gesundheit, Bildung, Kultur, Jugend, Sport, Kunst, Stadtentwicklung, soziale Absicherung von Frauen, Kindern und alten Menschen, Freizeit sowie Umweltpolitik und Kampf gegen die Desertifikation.

Auf den höheren Ebenen ist Korruption zur Regel geworden. Ärmere Schichten, die allein auf sich selbst gestellt sind, bauen sich notgedrungen eine Parallelwirtschaft auf, die auf Recycling, kleinen Jobs sowie Herstellung von allen möglichen Produkten

---

2 ebenda, S. 256

aus Schrott u.ä. basiert. Dieser Sektor hat eine rasante Entwicklung erlebt, eine schier unglaubliche Zunahme von originellen und vielfältigen Aktivitäten – parallel zur allgemeinen Stimmung des »Rette-sich-wer-kann«, die mit dem Rückzug der Staaten aus ihrer Verantwortung, ja ihrem »Abdanken« aufkam. Viele von uns, selbst die Jüngsten, haben so über Jahre Erfahrung in diesem informellen Sektor gesammelt und sich damit eine gute Kondition für eine Reise ins Ausland erworben. Jeder von uns schlägt sich so durch, wie er kann – und versucht dabei, seinen sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Das Hauptthema der Karikaturisten und Satiriker im Senegal sind nicht zufällig die geradezu olympischen Verrenkungen und Höchstleistungen, die Familienoberhäupter täglich absolvieren, um die Haushaltsmitglieder zu ernähren. Unser Nationalheld ist *gorgolu*, Champion im Auftreiben des nötigen Haushaltsgeldes: *gorgolu* ist ein Wolof-Ausdruck, der im ethymologischen Sinn bedeutet, es wie der Mann zu machen, sich anzustrengen, zurechtzukommen. Traditionellerweise gibt der Haushaltsvorstand jeden Morgen seiner Partnerin das notwendige Geld für die Tagesausgaben. Aufgrund der Kürzungen werden jetzt aber mehr und mehr auch Frauen dazu gebracht, diese Rolle des Haushaltsvorstandes selbst zu übernehmen, wenn der Mann seine Arbeit verliert.

Angesichts der Inflation entwickelt das Volk neue Überlebensstrategien. Die finanziellen Mittel reichen nicht mehr, um in großer Menge einzukaufen. Deshalb müssen nun wie das Haushaltsgeld auch die Konsumwaren in Tagesrationen aufgesplittet werden: So kann man in den meisten Ländern Afrikas Grundnahrungsmittel jetzt in kleinster Menge oder gar einzeln kaufen. Der Händler an der Ecke nimmt eine Plastiktüte und füllt dort mit einem kleinen Löffel Senf, Tomatenmark, Öl, Kaffee, Bleichlauge, Waschmittel hinein, und er hat auch einzelne Kerzen und einzelne Zigaretten in seinem Sortiment ...

Die 50%ige Abwertung des CFA-Francs, der Währung der »Afrikanischen Finanzgemeinschaft«, wurde im Januar 1994 in Paris beschlossen – das sagt viel über Frankreichs Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien aus, Beziehungen, die noch heute auf der Abhängigkeit der Regierungen unserer Länder basieren. Anstatt die Exporte zu fördern, wie die französischen Autoritäten behaupten, hat die Abwertung zu einer galoppierenden Inflation und einem Rückgang an Investitionen geführt. Gesundheitspolitisch gab es

verheerende Rückschläge: ansteckende Krankheiten, die man unter Kontrolle glaubte, wie Cholera, Malaria, Gelbfieber, Tuberkulose und Kinderlähmung, tauchen wieder auf.

Die Strukturanpassungsprogramme leisten schlechte Dienste: Privatisierungen, »Abspecken« im öffentlichen Dienst. Im Bildungsbereich sind die Folgen katastrophal: überfüllte Klassen, Lehrer, die zwei Klassen gleichzeitig unterrichten müssen, Mangel an Räumen, Mobiliar und Lehrkräften sowie eine allgemeine Verschlechterung der Lernbedingungen. In der Folge kommt es zu Streiks – im Senegal z. B. in fast regelmäßigen Abständen. Ganze Schülergenerationen sind Opfer dieser Bildungspolitik.

Man möchte eine neue Ordnung ohne den Kern anzutasten, der die Situation der afrikanischen Länder ausmacht: die ungleichen Beziehungen. Die Länder des Nordens bestimmen weiterhin, und unter dem Deckmantel einer scheinbaren Demokratisierung unterstützen sie korrupte Regierungen. Und sie scheuen sich nicht, zur Aufrechterhaltung dieser ungleichen Beziehungen auch Diktaturen zu unterstützen, die ihnen Stabilität garantieren.

Eine der vom IWF gestellten Bedingungen bei Umschuldungsverhandlungen ist die Freigabe der Löhne, ein Ziel, das die Regierungen unserer Länder nur erreichen können, wenn sie alle Proteste von Seiten der Arbeiter ersticken. Die »Brotrevolten« in Dakar, Tunis, Caracas, Lagos und andernorts werden in aller Härte niedergeschlagen. Streiks werden für illegal erklärt und Gewerkschaftsführer ins Gefängnis gesperrt.

So wurden z. B. 1998 im Senegal die Führer der Elektrizitätsgewerkschaft *Sutélec* monatelang ins Gefängnis gesperrt, weil sie sich der Privatisierung der nationalen Elektrizitätsgesellschaft *Sénélec* widersetzt hatten. Was die öffentliche Entwicklungshilfe betrifft, erreicht ein Großteil der Gelder die Länder des Südens nie. Wenn Diktaturen mit dem bewilligten Geld z. B. Waffen einkaufen, dann wird dieses Geld von den Kreditgeber-Ländern oft direkt an die Waffenfirmen überwiesen. Ein doppelter Negativposten also für Afrika: kein Geld, aber Waffen!

Wie kann man bloß immer wieder die Verschuldung der Länder des Trikont wie ein technisches Problem abhandeln? Sie berührt ganz direkt das Leben und die Zukunft von Millionen Menschen. Sie provoziert einen Teufelskreis mit dramatischen Auswirkungen auf die Lebensgrundlage von Bevölkerungen, die keinen Zugang

mehr zu Trinkwasser oder einer Grundausbildung haben. Zeichen der Hoffnung, die Mut machen können, sind rar. Angesichts dieser trüben Aussichten fallen dann die schmerzhaften Entscheidungen zur Emigration. Die Verschuldung treibt die Afrikaner ins Exil. Und per Charter schicken die reichen Gläubiger ihre Schuldner wieder zurück, die auf Suche nach Arbeit hierher gekommen sind, um ihre im Land gebliebene Familie zu ernähren.

Das ist der Zusammenhang, in dem die Frauen und Männer aufgewachsen sind, die sich nun auf den Weg in die Länder des Nordens machen, die zukünftigen Sans Papiers von Créteil, Nantes, Colombes, Lille oder anderswo – es könnte genauso gut Hongkong, San Franzisko, Québec, Lissabon, Kinshasa, Mailand, Berlin oder *Saint-Ambroise* sein ...

## Auf der Straße

Wir landen schließlich im Abschiebegefängnis von Vincennes, nur weil wir es gewagt haben, gegen das Elend und den unmenschlichen Umgang mit einem globalen Problem zu protestieren. Kontrolle. Nachmittags werden die Familien wieder freigelassen, die Unverheirateten aber noch dort behalten. Die meisten werden später vom Richter wegen Verfahrensfehlern freigelassen. Nach dem Verlassen des Abschiebegefängnisses setzen uns die Bullen an der Station des Vorortzuges RER ab, Frauen und Kinder, als wäre nichts gewesen. »Ihr könnt nach Hause fahren, ihr seid frei.« Wir schauen uns ungläubig an: Wozu dann dieses ganze Theater? Wir alle gehen zurück zur *Place Léon Blum*, wo wir später auch die freigelassenen Männer wiedertreffen. Gegen 18 Uhr halten wir unsere erste öffentliche Kundgebung ab.

Bei dieser Gelegenheit sprach ich das erste Mal in der Öffentlichkeit. Bis dahin hatte ich mich zurückgehalten, auch wenn ich es mir nicht nehmen ließ, das Wort während der »Familienversammlung« zu ergreifen – so nannten wir die fast täglichen Treffen der Sans Papiers. Aber die Zeit unserer »Familiarisierung« war vorbei. Ich dachte, dass die Bewegung, die wir ins Leben gerufen hatten, nicht dort stehen bleiben dürfe, dass die Unterstützung, die wir von Anfang an erhalten hatten, nur größer werden könne, während bereits jetzt auch ganz andere Meinungen über die richtige Dimension der

Bewegung und die einzuschlagende Strategie auftauchten ... Äußere Umstände, die vor allem mit den Gruppen zu tun hatten, die uns unterstützen, mit ihrer politischen Positionierung, konnten ab jetzt auch den Charakter unseres Kampfes prägen. Wir mussten jetzt unsere eigene Verantwortung wahrnehmen. Die Besonderheit unserer Situation wurde in den ersten Tagen besonders durch die Rolle der Frauen widerspiegelt, und mir war besonders wichtig, dass der Anteil, den sie übernommen hatten, auch wahrgenommen wurde.

Die Frauen waren präsent, diskret, aber effektiv. Sie fanden sich nach Sympathie in kleinen Gruppen zusammen und diskutierten darüber, wie alles weitergehen sollte. Nachdem ich in der ersten Woche mit einigen von ihnen diskutiert und Fragen zum Kampf gestellt hatte, wurde mir klar, dass sie eine wichtige Rolle spielen könnten. Manchen von ihnen hatte ich an diesem langen Tag Mut zugesprochen. Sie wollten nicht öffentlich auftreten, jede aus einem anderen Grund: Schüchternheit, der Ehemann, der Chef, die Polizei ... Man musste wohl ins kalte Wasser springen, selber ein Beispiel geben, umso mehr, als wir Frauen, so schien es mir, spezifische Dinge zu sagen hatten, Forderungen, um die sich die Männer nicht kümmern würden.

Und es schien mir nötig, andere Frauen zur Solidarität aufzurufen. Allein sie konnten uns, jenseits von Bedenken, Barrieren und Unterschieden aller Art, einfach in ihrer Eigenschaft als Frauen, unterstützen. Das also tat ich, als ich an diesem 24. März das Wort ergriff. Mehrere Frauen reagierten auf meinen Aufruf: »Sind Sie es, die letzten Sonntag auf der *Place Voltaire* gesprochen haben?« »Ja, das bin ich.« »Wir sind auf Ihren Aufruf hin gekommen!«

In der Fernsehsendung *Sept sur Sept* versuchte der ehemalige Premierminister Michel Rocard zur gleichen Zeit seinen Satz wiedergutzumachen, der es inzwischen zu trauriger Berühmtheit gebracht hatte: »Frankreich kann nicht das ganze Elend der Welt aufnehmen.« Mit Nachdruck erinnerte er daran, er habe damals doch hinzugefügt, Frankreich müsse sich, eben weil es nicht alle aufnehmen könne, mehr um die kümmern, die es nun einmal schon aufgenommen habe. Der angerichtete Schaden war aber nicht mehr reparabel. Der Schandfleck hatte sich schon überall verbreitet, umso mehr, als der Mann, der sich da äußerte, seine damalige hohe Position gar nicht mehr innehatte und seine Worte schon aus diesem Grund nicht mehr denselben Wert hatten wie seinerzeit.



»Elend der Welt«, »unmöglich«, Bilder des vollen Bootes und der überfüllten Bahnhofshalle, diese Redewendungen und Vorstellungen waren jetzt in der Welt. Die Migranten sind es, die keinen Platz im überfüllten Boot haben. Wenn das Boot in Gefahr kommt, muss man sich der Nicht-Franzosen entledigen. Trotzdem sagte ich mir, das Wichtigste sei, dass er nicht auf seinen Fehlern beharrte. Rocard machte einen ehrlichen Eindruck, er schämte sich für sein Land und plädierte für eine Lösung des Problems.

Kardinal Lustiger seinerseits erklärte im Radio und Fernsehen, dass er nicht verstehe, wie 300 Afrikaner, die kaum Französisch lesen und schreiben könnten, sich von allein eines Morgens in einer Kirche eingefunden hätten – sie müssten wohl von Unterstützerguppen und von Organisationen der extremen Linken manipuliert worden sein. Fodé Sylla, Vorsitzender von *SOS-Racisme*, einer der Sozialistischen Partei nahe stehenden antirassistischen Organisation, sollte dasselbe sagen.

Kaum aus dem Abschiebegefängnis freigelassen, fanden wir uns also vor dem Rathaus des 11. Arrondissement ein. Wir entschieden zusammenzubleiben und stellten uns taub gegenüber den wiederholten Aufrufen von Unterstützungsgruppen, die uns baten, nach Hause zu gehen. »Das wird zu schwierig werden. Vor allem für die Frauen und Kinder. Zwei Räumungen in 48 Stunden, das heißt doch, dass sie eindeutig entschieden haben, euch nicht weitermachen zu lassen. Wir nehmen mal alle Adressen auf und versuchen, das alles später zu regeln.« Nein, dieser Vorschlag, der allzu sehr dem ähnelte, den die Sans Papiers am Vorabend der Besetzung von *Saint-Ambroise*, am 17. März im Foyer von Montreuil, bereits einmal abgelehnt hatten, wollte uns überhaupt nicht schmecken, und wir gaben das den anwesenden Gruppen zu verstehen. Als sie sahen, dass wir Frauen uns auf dem Platz niederließen, um die Nacht hier zu verbringen, berieten sie sich dann doch, um einen Ort für uns zu finden.

## Die Tour der Solidarität

An diesem Abend schliefen wir an einem Ort der *Ligue communiste révolutionnaire*, im Buchladen *La Brèche* nahe beim *Place de la Nation*. Das traf sich gut für Kardinal Lustiger, der nun sicher seine »Thesen« über die Manipulierung der armen afrikanischen Analphabeten untermauern konnte.

Am nächsten Tag wurden wir in den Räumen der Obdachlosenorganisation *Droits devant!* untergebracht; dort versuchten Studenten ohne Erfolg, uns zu überreden, eine Uni zu besetzen. Persönlich wollte ich dieses Risiko nicht eingehen, denn was hatten wir in der Hand? Würden die Studenten sich mobilisieren? Würden wir uns nicht womöglich alleine wiederfinden, ganz verloren in einer riesigen Universität? Wir lehnten ab. Sie nahmen mir das sehr übel, aber wir hatten wenigstens die Verantwortung für unsere Handlungen und Entscheidungen nicht abgegeben.

In der Diskussion, die stattgefunden hatte, war meine Meinung ausschlaggebend gewesen, weil ich seit dem 24. März als diejenige galt, die den politischen Standpunkt unserer Bewegung zu verkörpern schien. Wir alle waren bereit, Vorschläge zu machen, vor allem die Delegierten, aber ich versuchte immer abzuschätzen, ob unsere Ideen gerade angebracht waren oder nicht. Wir mussten Acht geben, nicht blind allem zu folgen, was uns vorgeschlagen wurde, es galt das Für und Wider abzuwägen.

Unsere Bewegung betraf die Gesamtheit der Gesellschaft, und sie in einer Universität einzusperren hatte seine Risiken. Wir würden sie eventuell auf die intellektuellen und vor allem studentischen Schichten beschränken und hätten in der Folge Schwierigkeiten mit einer Ausweitung. Ich wollte keineswegs die Rolle der Intellektuellen in einem Kampf wie dem unseren unterschätzen, das lag mir wirklich fern. Aber die Bewegung brauchte zuerst einmal Anerkennung in den einfachen Vierteln. Unsere Sorgen waren nicht so weit entfernt von den Sorgen dieser Leute, die selber jeden Tag mit den Schwierigkeiten des Lebens konfrontiert sind. Der Kontakt zu Arbeitnehmern und Arbeitslosen machte es uns möglich, die Popularität unserer Bewegung einzuschätzen. Wir mussten den realen Puls des Landes fühlen. So konnten wir immer, wenn wir wieder umziehen mussten, die Erfahrung machen, dass die Leute, mit denen wir in Kontakt traten, Verständnis für uns hatten und unseren Forderungen gegenüber aufgeschlossen waren und dass sie die harte Haltung der Regierung uns gegenüber nicht teilen mochten.

Wir verließen die Räume von *Droits devant!!!* nach Verhandlungen, die Fodé Sylla von *SOS-Racisme* mit den Verantwortlichen der Gemeinde *Saint-Baptiste-de-la-Salle* im 15. Arrondissement geführt hatte. Schon wieder eine Kirche – die zweite in weniger als zehn Tagen! Unsere Odyssee hat der Kirche sicher viele verlorene Scha-

fe zurückgebracht, die seit langem ihren Fuß nicht mehr dorthin gesetzt hatten und die sonst vielleicht niemals mehr zurückgekommen wären. Und, wer weiß, vielleicht haben einige von ihnen ja erneut zum Glauben gefunden.

Kaum waren sie aufgewacht, wurden die Delegierten gleich am nächsten Morgen vom Pfarrer in sein Büro bestellt. Als ich einen Verantwortlichen von *SOS-Racisme* an seiner Seite sitzen sah, schöpfte ich Verdacht. Unser Verhältnis zu dieser Organisation war während der ersten Woche des Kampfes nicht immer gerade das beste gewesen. Bei den Sans Papiers was es nicht gern gesehen, wenn Fodé Sylla Presseerklärungen für sie abgab. Man konnte schon fast glauben, er habe sich mit den Journalisten verabredet, die dann prompt einige Minuten vor ihm erschienen. Wir konnten nicht ganz glauben, dass das nur Zufall war. Hatte er nicht auch am 22. März versucht, als wir noch in der Sporthalle waren, Ababacar aus der Delegation für die erste Unterredung mit der Regierung in ihrem Sitz Matignon rauszudrängen? Wie ich es schon geahnt hatte, verlief das Gespräch nicht sonderlich gut. Der Pfarrer gab uns zu verstehen, dass er uns nicht mehr beherbergen könne, bot uns aber trotzdem an, uns zu helfen, er wolle unsere Anträge entgegennehmen und versuchen, sie genehmigt zu bekommen. Er fügte hinzu, er sei von *SOS-Racisme* vor vollendete Tatsachen gestellt worden, sie hätten nur von der Unterbringung von ungefähr 50 Personen gesprochen. Wir hatten Fodé Sylla in Verdacht, er wolle die Unverheirateten fallen lassen und sie auffordern, die Gruppe zu verlassen. Er gestand uns sehr viel später, dass er sich in der Zahl verschätzt hatte.

Es waren die Frauen, die schließlich die Einheit der Gruppe retteten. Die meisten Männer hätten gern ihre Anträge abgegeben und wären dann nach Hause gegangen. Aber wir, die Frauen, trauten der Sache nicht. Auf einem Treffen unter Frauen wurde die Entscheidung getroffen, zusammenzubleiben. Angesichts unserer Entschlossenheit, den Kampf weiterzuführen, entschieden auch die meisten Männer, in der Gruppe zu bleiben. Ich glaube, dass sie sich in der Umgebung von Frauen und Kindern sicherer fühlten, auch wenn sie das selber nie zugegeben hätten.

Die afrikanischen Frauen besitzen eine eigentümliche Gewandtheit in den Beziehungen zu ihren Männern, die Feministinnen nur schwer verstehen können. In der Unterordnung groß geworden, eignen wir uns als Überlebensreflex sehr schnell eine gewisse Ge-

schmeidigkeit, ja eine spontane Schläue an, die es uns erlaubt, in der Beziehung zum Mann Oberwasser zu bekommen, ohne dass es danach aussieht. Soll es auch gar nicht, denn wenn es gesehen wird, wird es schlecht angesehen. Wir haben also die Fähigkeit, Entscheidungen selber zu treffen und sie dann den Partner treffen zu lassen, ohne dass ihm das auffällt, so dass er im guten Glauben bleibt, er sei Ursprung und Ende einer jeder Entscheidung. In seinem Stolz geschmeichelt, sonnt er sich weiter in seiner Rolle als Respektsperson, während wir unsere Ziele erreichen und uns weder groß um die Rangordnung in Sachen Autorität zu scheren brauchen noch darum, wem das Copyright in Sachen Entscheidung zukommt. Das ist ein bisschen wie ein Spiel. Nach mehreren Jahren Erfahrung wusste ich, dass die Frauen immer so tun, als ob sie sich nur nach ihrem Mann richten. Das sind kulturelle Schlüssel, ohne die das weibliche afrikanische Milieu nicht wirksam funktionieren würde. Gleichzeitig kann man diesen wichtigen Zusammenhang nicht aussprechen, er hat keinen Platz in der Ordnung des Diskurses. Er ist im Prozess der Entscheidungsfindung eben immer bloß ein impliziter Schritt!

Etwa 15 Sans Papiers trennten sich unterdessen von der Gruppe und wurden vom Pfarrer im 15. Arrondissement untergebracht. Andere schlossen sich ihnen in der Folgezeit an.

Am 25. März hatten ungefähr hundert Persönlichkeiten, darunter Pierre Bourdieu, Etienne Balibar, Daniel Bensaïd und Maya Surduts, einen Solidaritätsaufruf lanciert. Schon wir wenigen Sans Papiers wurden allmählich bekannt. Am 27. März organisierten wir eine erste Demonstration vor einer zentralen Institution des Staates: Wir richteten eine Anfrage an den Premierminister Alain Juppé und schickten eine Delegation bis vor den Regierungssitz Matignon. Er lehnte es ab, sie zu empfangen. Die Nacht verbrachten wir in den Räumen der unabhängigen Postgewerkschaft *SUD-PTT* im 20. Arrondissement.

Am 28. März werden sieben Malier von *Saint-Ambroise* in einem Charterflug mit insgesamt 52 Afrikanern abgeschoben. Sie hatten unsere Warnung in den Wind geschlagen und einer Vorladung vor das 8. Büro Folge geleistet, das in der Polizeipräfektur von Paris für die Ausweisung von Sans Papiers zuständig ist. Wir verbringen eine zweite Nacht in den Räumen von *SUD-PTT*. Diese Gewerkschaft wird uns während unserer gesamten Kampfzeit eine sehr aktive Unterstützung leisten.

# Die Eroberung der Autonomie

Am 29. März werden wir auf Einladung von Ariane Mnouchkine und dem Theater der *Cartoucherie* im Pariser Vorort Vincennes untergebracht – auf dem großen Areal einer malerischen ehemaligen Munitionsfabrik, wo das berühmte experimentelle Theaterensemble sein Quartier hat. Eine wohltuende Unterbringung, eine Ruhepause, die wir alle dringend nötig hatten, vor allem die Kinder. Hier hatten wir die Möglichkeit, uns auszuruhen, die vielen Probleme, die unser Kampf aufwarf, zu diskutieren und vor allem unsere Organisation, die noch in den Kinderschuhen steckte, auf solide Beine zu stellen. Dieser Aufenthalt in der *Cartoucherie* hat den Fortgang unseres Kampfes nachhaltig beeinflusst. Während dieses ersten Aufenthalts entwickelte sich eine enorme Organisationsfähigkeit unserer Delegierten, die mit ihrer Aufgabe eine große Verantwortung für die Gruppe übernommen hatten. Auch gelang es uns spürbar besser, die jeweiligen Geschehnisse kollektiv zu analysieren.

Zwei Räumungen hatten wir überstanden, die weiteren Perspektiven erschienen uns beschränkt. Täglich gab es Treffen. Viele Fragen stürmten auf uns ein: die Beziehungen unter den französischen Organisationen, die uns unterstützten, die Verbreitung von Informationen, soziale Probleme, die Ausarbeitung einer präzisen Plattform, die Beziehungen zu den diplomatischen Vertretungen unserer Herkunftsländer. Die vielen Überlegungen rund um diese Fragen, der ständige Austausch unter uns Delegierten und die diversen Lösungsvorschläge ließen uns schnell vorankommen und halfen unserer Bewegung zu reifen. Bis dahin hatten wir den Kampf wirklich nur von einem Tag bis zum nächsten geplant, die Wahrnehmung der Zukunft beschränkte sich immer nur auf die nächste Woche. Jetzt endlich konnten wir einen Kampf auf lange Sicht konkret ins Auge fassen.

## Vermittlung?

Während eines unserer Treffen brachten Ariane Mnouchkine und Léon Schwarzenberg in einem ungezwungenen Gespräch die Idee

auf, der Regierung eine Vermittlung vorzuschlagen. Die Diskussion wurde danach unter Delegierten und anschließend auf der Familienversammlung fortgeführt. Die Meinungen waren geteilt. Die Vermittlung konnte einen Weg eröffnen, der zu einem Kontakt mit der Regierung führte. Vor dem Hintergrund einer fast vollständig blockierten Situation schlugen zahlreiche Sans Papiers vor, den Versuch zu machen. Auf jeden Fall hatten wir schon etwas erreicht: Unser Kampf organisierte sich rund um die Frage nach praktischen Schritten für eine Legalisierung. Einige blieben skeptisch. Aber hatten wir denn eine Wahl? Also haben wir eine Liste mit 25 Persönlichkeiten akzeptiert, die Léon Schwarzenberg und Ariane Mnouchkine vorgeschlagen hatten. Die Vermittlerinnen und Vermittler waren hochrangige Persönlichkeiten, die sich alle voll guten Willens engagieren wollten, darunter berühmte Männer und Frauen, die in der Résistance gekämpft hatten, namhafte WissenschaftlerInnen aus Mathematik und Forschung, Lehrende und Geistliche.

Ich persönlich schätze sie ungeheuer, denn zu sehen, wie sich nicht mehr ganz junge Personen in einen Kampf wie den unseren einbringen, ist etwas Außergewöhnliches. Ich war voll von Bewunderung für das Ehepaar Aubrac, für den so robusten und gleichzeitig legeren Admiral Sanguinetti und für die Jura-Professorin Monique Chemillier-Gendreau, eine wahre Kämpferin. Die Frage war nur, ob sie als VermittlerInnen anerkannt würden. Würde die Regierung sie akzeptieren? Würden sie uns bis zum Ende unterstützen, auch wenn sie mit größeren Problemen konfrontiert wären – und die würden angesichts der Brisanz des Themas sicher nicht ausbleiben. Würden sie, so bekannt sie auch waren, es schaffen, diese Regierung mit ihrer entschieden restriktiven und repressiven Politik gegenüber MigrantInnen zu einem Richtungswechsel zu bewegen? Und war das nicht noch eine weitere »Delegierung«? Musste es uns nicht erst einmal darum gehen, ein günstigeres Kräfteverhältnis zu schaffen? Ich erklärte also während der ersten von den VermittlerInnen in der *Cartoucherie* abgehaltenen Pressekonferenz, der Vorschlag sei von den Familien akzeptiert worden, Erfahrung sei schließlich die beste Lehrmeisterin. Im Falle eines Scheiterns dieses Versuches aber würden wir zu anderen Aktionsformen greifen. Es war mir wichtig das zu betonen. Wir mussten vor allen Dingen aufpassen, dass die Familien sich nicht zu viele Illusionen machten, die Hände einfach in den Schoß legten und

das Ergebnis der Vermittlung abwarteten. Wenn man mit einer Blockade konfrontiert ist, glaubt man schnell, dass nur gute Beziehungen weiterhelfen können. Die VermittlerInnen aber durften nicht als das große Vitamin B angesehen werden.

## Die Papiere der Sans Papiers

Aber uns alle war es ein Trost, ja sogar eine Ehre, zu sehen, dass sich diese Persönlichkeiten für unser Schicksal interessierten. Ohne Papiere sucht man zuerst nach Anerkennung, ohne wenn und aber. Der einzige offizielle Gesprächspartner der Sans Papiers ist aber die Präfektur, auf der man sich isoliert und ohne Kraft einfindet, verloren in einem Irrgarten von Fluren und der Arroganz der Angestellten ausgeliefert ...

Badara erzählt bei jeder Gelegenheit seine Geschichte. Seine Frau ist Französin, sie ist berufstätig. Das Paar hat zwei Kinder, die vor den Pasqua-Gesetzen von 1993 geboren wurden, also die französische Staatsangehörigkeit besitzen.

»Aber trotzdem schaffe ich es nicht, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Ist das Recht? Ist das Demokratie? Man erzählt uns immer vom Land der Menschenrechte. Wo aber sind die Rechte von Migrantinnen und Migranten? Sind wir denn keine Menschen?« Wie die meisten Sans Papiers arbeitet Badara schwarz, »denn«, so sagt er, »ich kann doch nicht auf Kosten meiner Schwiegereltern leben, das erlaubt mir meine Würde nicht.« Auf der Präfektur sollte er zig Papiere vorlegen. »Wir haben sie alle eingereicht: Heiratsurkunde, Geburtsurkunde, Auszug aus dem Familienbuch, Auszug aus dem Geburtsregister, Nationalitätennachweis meiner Frau (sie ist afrikanischer Herkunft), Bescheinigung ihres Arbeitgebers, eine Einstellungszusage für mich, ein Wohnungsnachweis, die Fotokopie meines Passes und ich weiß nicht mehr was noch, alles in allem, ein Ordner, der so dick war« – er spreizt Daumen und Zeigefinger, um die Dicke des Ordners zu zeigen. »Aber sie wollen nicht hören. Bei jedem Termin denken sie sich ein anderes Papier aus, das man vorlegen muss, oder stellen die Echtheit unserer Erklärungen in Frage: Wo hat die Hochzeit stattgefunden? Leben die Kinder wirklich auf Ihre Kosten? Der Herr, der Ihnen den Wohnungsnachweis unterzeichnet hat, kann er Ihnen seinen Aufenthaltstitel vorle-

gen? Alle Mittel sind recht, um dieses verflixte Stück Papier nicht auszuhändigen. Ah! Das macht mich rasend! Gern hätte ich einen von diesen blöden Polizisten erwürgt. Sie sind sich nicht darüber im Klaren, dass sie ihr Spiel mit dem Leben von Menschen treiben! Ich habe sogar einen Anwalt bezahlt. Aber nichts!«

Die meisten Leute, die dabei standen, als Badara uns seine Geschichte erzählte, hatten denselben Alptraum in verschiedenen Variationen durchlebt. Sie hatten diverse Behördengänge auf die Präfektur, zur *Commission de séjour*, der Aufenthaltskommission oder zur *OFPPRA* unternommen – alles vergeblich.

Die Termine auf den Behörden sind immer nur ganz kurz: Wir haben eine lange Liste von Papieren vorzulegen, und das Gespräch beschränkt sich auf die Aufzählung weiterer noch einzureichender Papiere, bevor das Fallbeil eines neuen Termins fällt, wenn es denn einen gibt, auch das ist nicht immer der Fall. Die uns zugestandene Zeit, die wie ein großzügiges Geschenk der Republik dargestellt wird, wie eine unverdiente Gnade, wird von Mal zu Mal kürzer. Unmöglich zu sprechen, etwas näher auszuführen, zu erklären, jedes Insistieren läuft Gefahr den Fall nur zu verschlechtern und die eh schon lange Liste um ein neues kompliziertes Papier zu verlängern. Anfangs können wir uns die Idee nicht aus dem Kopf schlagen, dass alles von der Tageslaune des Schalterbeamten abhängt, und wir tun alles, setzen unsere gesamte Schläue ein, um vor den lächelndsten, den am besten gestimmten, den ruhigsten Beamten zu gelangen – bis zu dem Moment, an dem wir durch den eigenen Schaden klug werden und merken, dass es für alle gleich ist: Die Liste der Papiere ist dieselbe und sie ist lang, sogar sehr lang. Und so kommt man schnell zum Glauben, dass einen nur noch gute Beziehungen da herausbringen können.

Jede noch so kleine Auszeichnung und der geringste Titel bekommen so eine maßlose Bedeutung, und selbst wenn man mit der Prozedur des geduldigen Wartens auf den Präfekturen gebrochen hat, bleibt die überaus große Achtung vor Titeln wie *Professor*, *Präsident von SOS Racisme*, *Droits devant!!* u.ä. oder *Botschafter von Frankreich* oder sonst wo.

Bei unserer Ankunft in der *Cartoucherie* war eine wichtige Frage schon quasi insgeheim geregelt worden. Keiner von uns verstand sofort die ganze Tragweite der kleinen braunen Anstecker, die man an uns austeilte und die wir stolz an der Brust zur



Schau trugen. In Wirklichkeit bedeuteten sie die Schließung des Kollektives von *Saint-Ambroise*, seine Begrenzung auf 314 Personen. Diese Begrenzung, die uns als eine verwaltungstechnische Maßnahme des Theaters präsentiert wurde, um die Logistik der Unterbringung zu gewährleisten (Nahrung, Bettwäsche, Matratzen ...) stieß anfangs auf einigen Widerstand, der aber schnell von dem Nahrungsmittelargument erstickt wurde. Ohne Diskussion wurde uns so diese strategische Entscheidung aufgedrückt. Korrekt wäre es gewesen, eine Entscheidung von solcher Tragweite erst nach einer ausgiebigen Analyse zu treffen oder auch abzulehnen und sie nicht als Frage von Tellern oder Matratzen zu behandeln. Was sollte aus den Tausenden von MigrantInnen werden, die sich in derselben Lage befanden wie wir? Ich dachte an all die Sans Papiers, die gekommen waren, um uns in *Saint-Ambroise* zu besuchen, ermutigt von uns und unserem Beispiel, die wir aus dem Dunkel herausgetreten waren. Auch sie wollten kämpfen, aus dem schwarzen Loch der Sans Papiers herauskommen und in Würde und Anstand leben.

Eine andere Frage ähnlicher Art stellte sich in der *Cartoucherie*. Ariane Mnouchkine wollte die Präsenz bestimmter Unterstützungsgruppen in der *Cartoucherie* nicht akzeptieren.

In einer Bewegung wie der unseren braucht man alle. Organisationen der extremen Linken wie *Jeunesse contre le racisme en Europe (JRE)* oder die *Confédération nationale du travail (CNT)*, deren Anwesenheit in Frage gestellt wurde, besitzen in den weniger angenehmen Momenten und wenn es darauf ankommt die Mittel, uns auch körperlich zu schützen und dazu beizutragen, dass richtig Lärm gemacht wird, wenn wir ihn brauchen. Die allgemein akzeptierten Gruppen hingegen sind für ganz andere Aufgaben gut: Die *Ligue des droits de l'homme*, die Liga für Menschenrechte, kann uns Anwälte besorgen und kostbare Ratschläge erteilen, *GISTI* kann uns in Behördenangelegenheiten helfen, uns Informationen liefern oder uns von vorherigen Erfahrungen berichten – ein Gebiet in dem Claire, Jean-Pierre, Patrick, Jean-François und die anderen wirklich gut sind. Aber wir können uns nicht vorstellen, dass diese Organisationen sich die Nächte mit Nachtwachen des Ordnungsdienstes um die Ohren schlagen oder den Abflug eines Charterflugzeuges zu verhindern versuchen. Wir selber sind auch deshalb so stark geworden, weil wir alle respektiert haben, die uns guten Willens ihre Unterstützung

angeboten haben. Das hat sogar dazu geführt, dass Organisationen, die untereinander zerstritten waren, neu in Kontakt miteinander gekommen sind. So habe ich, als Ariane Mnouchkine versuchte eine Organisation wie *JRE* draußen zu halten, mich für sie stark gemacht und erklärt, dass wir niemanden unsere Unterstützerinnen und Unterstützer aussuchen lassen würden. Ariane leitet ihr Theater und ihre Verwaltung mit einer Strenge und einer Macht, die mich manchmal an meine Schulzeit denken lassen.

Ich hatte immer einen großen Respekt vor ihr, und ich glaube, dass auch sie mich immer respektiert hat, aber eine gewissen Distanz hat mich immer davon abgehalten, ihr meine Bewunderung auszusprechen.

## Die Halle in der Rue Pajol

Nach wohlverdienter Erholung in der *Cartoucherie* von Vincennes zogen wir am 10. April in die Rue Pajol um, in Hallen, die der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF gehören und in der sich die Räume der Eisenbahngewerkschaft der CFDT befinden, die uns einen kämpferischen Empfang bereitete.

Dies war ein für unsere Aktivitäten günstigerer Ausgangspunkt, zudem zentraler gelegen und damit leicht zugänglich, und er wurde zu dem Ort, von dem aus wir uns erneut in die Offensive begeben sollten.

Die Eingewöhnung dauerte nur einige Tage. Während wir noch den Ort erkundeten, hatten sich einige Erwachsene bereits ein bisschen abseits unter blaue Zelte gelegt und begannen hier einen Hungerstreik.

Bei einem der ersten Treffen zwischen uns Delegierten und den VermittlerInnen in Pajol kam es zu einem Zwischenfall, aufgrund dessen ich den Ruf einer kompromisslosen Kämpferin erhielt, die nicht auf halben Wege stehen bleibt. Wir waren einige wenige, alle bisherigen Versuche uns dazu zu bewegen, unsere Anträge abzugeben und wieder nach Hause zu gehen, waren bislang gescheitert. Auch bei diesem Treffen zwischen den Delegierten und zweien der Vermittler wurde nun erneut von uns verlangt, wir sollten die Anträge abgeben, aber nur wir, die Delegierten.

»Welche Anträge denn?« fragte ich.

»Ich muss euch das erklären«, sagte einer der Vermittler. »Ihr seid die Führer dieses Kampfes, ihr tragt Verantwortung, da ist es doch normal, dass eure Anträge wohlwollender behandelt werden.«

Ich unterbrach ihn sogleich, völlig genervt von diesem Vorschlag, der für mich nichts anderes als ein Korruptionsversuch war:

»Eine besondere Behandlung der Delegierten kommt überhaupt nicht in Frage. Sans Papiers sind wir alle, und wir hier sind Sprecherinnen und Sprecher unserer Genossinnen und Genossen, weil wir ihr Vertrauen haben.«

Doch dieser Korruptionsversuch stürzte die Gruppe der Delegierten in Konfusion. Einige waren sicherlich geneigt, ihn anzunehmen. Andere wagten es vielleicht nicht, sich gegen den Vorschlag einer hohen Persönlichkeit auszusprechen. Moussa, einer der Delegierten, sagte mir sogar, dass sie die Anträge ohne meinen einreichen würden. Augenscheinlich hatte ich da einen Pakt gebrochen, der bereits geschlossen war. Die beiden Vermittler zogen sich zurück und sagten: »Wir finden es besser, wenn ihr das jetzt unter euch diskutiert.« Der Vorschlag kam dann nie wieder zur Sprache, denn als die Vollversammlung erst einmal darüber informiert war, reagierte diese heftig und drohte jeden Verrat zu bestrafen.

Es ist klar, dass ich in diesem Kampf einige Machenschaften gestört habe, die uns entweder auseinander dividieren oder aber in Schach halten sollten. Dafür bekam ich das Etikett Unnachgiebigkeit ganz pauschal und ohne Bezug auf die jeweilige konkrete Situation. Es wurde mir einfach angeheftet, und mein Temperament und meine direkte Art kamen dem wohl noch entgegen. Zum Beispiel hat keiner der Delegierten je wieder diesen Korruptionsversuch erwähnt, der ausgerechnet von denen kam, die doch den Dialog mit der Regierung über eine Legalisierung von uns allen erleichtern sollten. Sicher gibt es eine bestimmte Art, vor Autoritäten zu reden, eine milde Art, raue Dinge auszudrücken, eine gelassene Art, der Arroganz der Präfekturen zu begegnen, eine geduldige Art, die lange Bearbeitung von Anträgen zu ertragen. Die Delegierten aber, die eine solche Komplizenschaft nicht akzeptieren wollen, werden schnell als zu radikal und zu exzessiv in ihrer Analyse der Situationen gebrandmarkt, ohne dass genauer benannt wird, worin sich das konkret äußert. Bei dieser Gelegenheit habe ich erst so richtig begriffen, was für ein schmutziges

Geschäft die Politik sein kann und dass es besser ist, sich an Ehrlichkeit und seine eigenen Prinzipien zu halten ...

## Den Alltag organisieren

Fast drei Monate lang, vom 10. April bis zum 28. Juni, nutzten wir diesen Aufenthalt, um die Organisation unserer Bewegung auszubauen und unsere Gruppe zu strukturieren. Wir mussten Fragen klären, die mit der Besetzung der Räume und der Organisation des Alltags zusammenhingen, unsere Bewegung bekannt machen ... Arbeitsgruppen wurden auf die Beine gestellt: Recht, Sicherheit, Empfang, Kommunikation, Organisation, Finanzen, Kinder, Material und Logistik. Einige Arbeitsgruppen hatten noch keine klare Kontur, aber das Wichtigste war unser Wille, die Situation mit Hilfe derer zu meistern, die uns unterstützten. Das hatte sich ganz naturwüchsig so ergeben, wir nannten sie einfach »die Unterstützung«. Daran sieht man gut, welchen Platz sie in unserem Kampf einnahmen.

Unsere Treffen und Diskussionen und die Probleme, mit denen wir uns in der Praxis von Anfang an konfrontiert sahen, gaben uns die Möglichkeit, unsere Fehler zu erkennen und zu korrigieren, so dass wir in unserer Organisation immer besser wurden. Es geht eben nichts über die eigene Erfahrung!

Unser Wunsch, den Kampf zu gewinnen und endlich aus der ausweglosen Situation herauszukommen, war so stark, dass wir es schafften durchzuhalten – wir waren überzeugt, dass am Ende der Anstrengungen die verdiente Belohnung auf uns warten würde.

Im Angesicht der ständigen Herausforderungen hatte sich eine wirkliche Familiarität unter uns herausgebildet: Die Gruppe war zu einer Familie geworden. Und die Vollversammlung der Sans Papiers nannten wir denn in der Tat *la famille*, die Familie!

Die Familienversammlung, Versammlung der Familie im afrikanischen Sinn des Wortes, fand regelmäßig statt; daneben gab es außerordentliche Zusammenkünfte, wenn die Situation dies erforderte. Wir hatten den Willen, unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, öffentlich kundgetan, nun mussten wir entsprechend agieren. Wir haben darauf bestanden, dass die Familienversammlungen ganz autonom sein sollten, das heißt, dass

nur Sans Papiers teilnehmen durften. Die zögerliche Haltung einiger UnterstützerInnen nach den ersten beiden Räumungen hatte uns verstehen lassen, dass wir selbst die Hauptakteure unseres Schicksals waren.

Wenn wir wirklich autonom sein wollten, mussten wir auch Demokratie lernen und uns ein Minimum an Disziplin erarbeiten, ohne die eine Organisierung nicht möglich ist. Das bedeutete: unsere Entscheidungen selber zu treffen, darauf zu achten, dass sie nicht von außerhalb wieder in Frage gestellt werden können, dass wir selber uns an einmal getroffene Entscheidungen halten und dass wir lernen, ihnen Respekt zu verschaffen und sie auch wirklich umzusetzen. Das war am Anfang nicht ganz einfach. Die Vollversammlungen organisieren, lernen sich zuzuhören, akzeptieren, dass die Nachbarin oder der Nachbar eine andere Meinung haben kann als man selber, nicht alle gleichzeitig reden, sondern nacheinander, sich tolerieren und sich respektieren – das mussten wir erst einmal lernen, und wir haben in diesem Kampf ganz enorm gelernt. Auf die so eroberte Autonomie waren wir stolz, wir hüteten sie eifersüchtig. Wer auch immer es wissen wollte, bekam von den Sans Papier die immer gleiche Antwort: »Darüber entscheiden die Familien!«

Diese Situation hat sicher bei einigen unserer UnterstützerInnen, die ein derartiges Vorgehen nicht gewöhnt waren, zu Frustrationen geführt. Etliche sprachen sogar von Manipulation. Aber uns war es wichtig, zwischen der Unterstützung, die wir mehr denn je brauchten, und der Delegierung unseres Schicksals an andere klar zu unterscheiden.

Unsere Vorschläge wurden danach auf einem gemeinsamen Treffen dem Unterstützungskomitee unterbreitet, das in *Saint-Ambroise* entstanden war und das seine während unseres Aufenthalts in der *Cartoucherie* ausgesetzten wöchentlichen Treffen dienstags abends jetzt wieder aufnahm. Bei diesen wöchentlichen Treffen waren neben den Sprecherinnen und Sprechern des Kollektivs der Sans Papiers die verschiedenen Unterstützungsgruppen, politische und gewerkschaftliche Organisationen, aber auch Unterstützerinnen und Unterstützer ohne feste Gruppe anwesend. Es fand regelmäßig statt, hier konnten wir gemeinsam über die politische Situation diskutieren und geeignete Aktionen beschließen. So

haben wir Demonstrationen, Diskussionen, Zusammenkünfte und Partys geplant.

Die Aufgaben wurden unter den UnterstützerInnen, den organisierten und den nicht-organisierten, und den Organisationen je nach ihren Möglichkeiten verteilt: Flugblätter wurden vor allem von den Gewerkschaften gedruckt, Plakate und Transparente mussten erstellt werden, Nachtwachen, Einkäufe, Hausarbeit usw. waren zu organisieren ...

Die UnterstützerInnen hatten sich an diese Organisationsform gewöhnt, in der jede Gruppe die andere respektierte und alle sich harmonisch ergänzten. Voller Elan und im Geist der Solidarität, die sich über alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten hinwegsetzt, arbeiteten die Organisationen hier mit uns zusammen. Das Aufrechterhalten dieses Gleichgewichts war nicht immer leicht, Feingefühl im gleichberechtigten Umgang mit den Unterstützungsgruppen, unabhängig von ihrer Größe und ihrer Geschichte, war eine notwendige Voraussetzung. Schritt für Schritt lernten wir dabei die Charakteristika der politischen und gewerkschaftlichen Strömungen in Frankreich kennen.

Trotz punktueller Differenzen, die sich vor allem dann zeigten, wenn die »Familie« eine geplante gefährliche Aktion ganz bewusst für sich behalten hatte, wurde unsere Entscheidung für Autonomie, zumindest in dieser Phase, allseits respektiert.

Je mehr sich unsere Bewegung entwickelte, desto notwendiger wurde es auch, die Organisation auszubauen. Dafür bildeten wir diverse Arbeitsgruppen und legten sogleich die Verantwortlichkeiten fest.

Die Aufgaben der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit waren immens. Wir hatten unseren Kampf immer auch als eine lange Aufklärungsarbeit verstanden, einen Kampf um die öffentliche Meinung. Wenn wir öffentlich registriert werden wollten, dann musste diese Öffentlichkeit zuerst einmal informiert werden. Was für eine wichtige Aufgabe! Sie reichte von der Anfertigung von Transparenten, Plakaten und Pressedossiers über die Verteilung von Flugblättern und das Kleben von Plakaten bis hin zur Organisation von Demonstrationen, Diskussionsrunden, Partys ... Wenn auch die Teilnahme von UnterstützerInnen sehr gern gesehen war, blieben wir doch davon überzeugt, dass wir selbst am Geeignetesten waren, zu erklären, was wir erlebten und was uns passierte.

Ababacar war für den Kontakt zu den Medien zuständig, und er machte seine Sache sehr gut. Wir mussten lernen, mit den Medien zu »kollaborieren« und uns in einer klaren Sprache auf das Wichtigste zu konzentrieren. Wir mussten uns darauf einstellen, dass Journalisten mit einem bestimmten Interesse zu uns kamen und ihnen aus unserer Gruppe den Fall herausuchen, der die Situation am besten illustrierte.

Wir hatten von Anfang an verstanden, wie nützlich die Medien für unsere Bewegung sein konnten. Wir gaben uns große Mühe, unsere Ziele allgemein verständlich zu formulieren, unsere Hauptforderungen bekannt zu machen, doch unsere geringen Mittel erlaubten es uns nicht, eine große Anzahl von Personen selbst zu erreichen. So hat uns die Medienberichterstattung bei unserer Aufklärungsarbeit mit Sicherheit geholfen.

Keine Einladung ließen wir links liegen. Jede Gelegenheit mussten wir ergreifen, um unsere Forderungen bekannt zu machen: Gewerkschaftszusammenkünfte, Stadtteiltreffen, von Studierenden organisierte Diskussionen, Demonstrationen von anderen Arbeiterinnen und Arbeitern, von Sans-Papiers-Kollektiven oder Gruppen, die gerade in Auseinandersetzungen standen wie die Foyers (*Nouvelle France*, *Rue du Retrait* oder das besetzte Haus in der Rue Myrha 61 im 18. Arrondissement usw.), Treffen mit Verantwortlichen der Unterstützungsgruppen, der politischen Organisationen oder Gewerkschaften ... Es gab sogar Arbeitsgruppen, die mit Studierenden der Medienwissenschaft Referate für ihre Kurse vorbereiteten. Wo immer wir auch waren, immer hatten wir im Kopf, worauf es ankam: aufklären, dementieren, die Argumentation der Regierung kontern, die uns zu Sündenböcken machen wollte, zeigen, dass wir ganz normale Frauen, Kinder und Männer waren und nicht gefährliche Kriminelle.

Um Fragen der Hygiene und der Gesundheit kümmerte sich ein Team, das von *Médecins du monde* geschickt worden war und in einem der Räume in der Rue Pajol ein »Behandlungszimmer« eingerichtet hatte, in dem kleinere Gesundheitsprobleme behandelt wurden. Frédérique von *Médecins du monde* war auch Mitglied in der Arbeitsgruppe Kinder, die sich mit allen Fragen im Zusammenhang mit Schulbesuch, Gesundheit und Freizeit der Kinder beschäftigte. Die Arbeitsgruppe unterstützte und entlastete die Mütter, die das in bestimmten Momenten sehr gut gebrauchen konnten.

Bei etwa hundert Kindern, zumeist im Kleinkindalter, mussten wir so manche Nacht bei einem von ihnen wachen: Durchfall, Mittelohrentzündung, Fieber, ein weinendes Kind – irgendetwas gab es immer. Kranke Kinder brachten wir in das Krankenhaus Robert-Debré im 19. Arrondissement.

Eines Abends, nachdem wir die Tochter von Aït Méziane gerade ins Krankenhaus gebracht hatten, kam ich mit ihm gegen 22 Uhr zurück in die Rue Pajol. Oh Schreck, hundert Meter von Pajol entfernt hörten wir Schreie und ein unglaubliches Stimmengewirr. Sofort dachten wir an einen Polizeieinsatz. Aber kam die Polizei nicht in den frühen Morgenstunden, wenn sie räumen wollte? Ein Streit vielleicht? Im Laufschrift kamen wir an. Eine der Frauen hatte vor Ort entbunden. Im Hof ein Krankenwagen. Die Krankenpfleger oder Sanitäter standen herum, ohne groß zu wissen, was sie machen sollten. Die Sans Papiers hatten Bedenken, die Mutter und ihr Neugeborenes vom Krankenwagen mitnehmen zu lassen. Sie wollten, dass die Mutter von jemandem aus der »Familie« im Krankenwagen begleitet werden konnte, was aber gegen die Bestimmungen der Ambulanz war. Schließlich ging alles in Ordnung, ich schlug vor, dem Krankenwagen mit einem Taxi hinterherzufahren – aber es war gerade kein freies Taxi zu haben. Aber halt! Frédéric, ein Unterstützer, wohnte nur ein paar Schritte weiter und hatte ein Auto, und außerdem war er Arzt. Nein, Zahnarzt, korrigierte jemand. Aber das war jetzt auch egal! Puh! Ich rief ihn an und er kam sofort. Manchmal ist es schwierig, nicht an die Vorsehung zu glauben. Er lud uns, den Papa, einen anderen Delegierten und mich in seinen Wagen ein, und los ging es, immer direkt hinter dem Krankenwagen, bis ins Krankenhaus Robert-Debré. Wenn ich heute nur daran denke, laufen mir noch kalte Schauer über den Rücken!

So organisierten wir mit unseren bescheidenen Mitteln den Alltag. Wir lernten uns gegenseitig zu tolerieren, gemeinsam zu leben, den Problemen auf den Grund zu gehen und Lösungen zu entwickeln. Wir teilten die Freuden, aber auch das Leid, die Angst vor dem nächsten Tag und den Druck, den die Polizei fortwährend auf uns ausübte, indem sie regelmäßig Mitglieder der Gruppe festnahm. Dies alles erlebten wir gemeinsam, eben wie die Mitglieder einer großen Familie.

Wir wussten, dass es Sicherheitsprobleme gab. Auch dafür mussten wir etwas organisieren, Nachtwachen wurden von Mit-



gliedern der Organisationen abgehalten, die wir gebeten hatten, sich in den Plan der Sicherheitsarbeitsgruppe einzutragen. Diese Wachen waren wichtig, weniger weil sie die Polizei von einer Räumung hätten abhalten können, sondern weil wir dringend UnterstützerInnen brauchten, die nach einer möglichen Räumung vor Gericht als Zeugen aussagen konnten. Zeugenaussagen von UnterstützerInnen, die während bestimmter Räumungen anwesend gewesen waren, hatten nämlich zur Freilassung vieler Sans Papiers geführt.

## Sichtbar sein

Demonstrationen von der *Place de la République* zur *Rue Pajol* fanden ab jetzt in wöchentlichem Rhythmus statt. Sie durchquerten die Arbeiterbezirke des 10. und 18. Arrondissement und zogen jedes Mal neue Neugierige an, die erstaunt waren, diese Gruppe von Menschen aus Afrika zusammen mit ein paar Europäern auf der Straße singen und tanzen zu sehen. Unsere Parole »*Des papiers pour tous*«, »*Papiere für alle*«, wurde immer bekannter. Jeden Samstag brachte ein Diskussionsforum zu einem die Immigration betreffenden Thema in der Rue Pajol uns Sans Papiers und um die hundert Unterstützerinnen und Unterstützer zusammen. Vor oder nach diesem Diskussionsforum gab es immer eine kleine Fete, auf der die Griote Aminata ihre Talente als Sängerin darbot. Ein Buffet und konkurrenzlos günstige Getränke halfen uns, ein bisschen Geld zusammenzubekommen.

Finanziell unterstützt wurden wir von organisierten und unorganisierten FranzösisInnen und von einigen MigrantInnen mit Aufenthaltsstatus. Aber wir haben auch eine Art Selbstfinanzierung entwickelt: Wir verkauften eigens dafür hergestellte T-Shirts, Anstecker, Aufkleber, Pressedossiers, Plakate und Postkarten. Wir haben auch Konzerte organisiert, die uns beträchtliche Einnahmen brachten. Djibril Gningue von der *Tribune Diaspora Africaine*, der Künstler Nya Soleil sowie VertreterInnen des Unterstützungskollektivs und einzelne UnterstützerInnen hatten sich aktiv an der Organisation eines ersten Konzerts in dem Veranstaltungsort La Villette beteiligt. Sängerinnen und Sänger waren bereit, umsonst aufzutreten, und zeigten uns so

ihre Solidarität. Im Laufe dieser Konzerte erfuhren viele zu ihrer Überraschung, wie viele afrikanische Künstlerinnen und Künstler auch keine Papiere hatten. Jeder erzählte von seiner Odyssee ohne Papiere, es waren SängerInnen, TänzerInnen, die mit ihrer Gruppe oder allein gekommen waren, die einen hatten sich hier in ihre neuen Tanzpartner oder das Land verliebt, andere hofften, hier bessere Arbeitsbedingungen zu finden oder sich in ihrem Fach weiterbilden zu können. Einige dachten, sie würden über kurz oder lang so berühmt werden, dass sich ihre Produktionsfirma selbst um Papiere für sie kümmern würde. Es gibt auch Sportlerinnen und Sportler, die einem wahren Talenthandel zum Opfer gefallen sind. So genannte Manager haben sie aus ihrem Land gelockt, hier aber fallen gelassen und ihrem Schicksal überlassen, wenn sich die Chance auf ein Spitzenniveau nicht schnell genug abzeichnete oder z. B. eine Verletzung beim Training alle Hoffnung, je eine »große Sportlerin« oder ein »großer Sportler« zu werden, auf einen Schlag zunichte gemacht hatte.

Eine Demonstration am Donnerstag, ein Diskussionsforum am Samstag, die Organisierung des Alltags, all die Einladungen, die Besuche und die Interviews – wir hatten wirklich viel zu tun, vor allem die Sprecherinnen und Sprecher: Eine Liste der Gruppenmitglieder erstellen, die Anträge sammeln, Aufrufe und Flugblätter verfassen, Bitten um Gespräche beantworten, Kontakt zu den Gewerkschaften aufnehmen, Besucherinnen und Besucher empfangen, unsere Situation darstellen, wenn es gewünscht wurde – alles in allem haben wir die Zahl unserer Vorstöße und Initiativen in dieser Zeit sicher um ein Vielfaches erhöht.

Außerdem organisierten wir so genannte »Karawanen«, mit denen wir durch halb Frankreich zogen. Diese Karawanen dienten dazu, unsere Bewegung auch in der Provinz bekannt zu machen und auch hier einen Platz im öffentlichen Raum zu besetzen. Wir haben den Dialog mit der Bevölkerung gesucht, um unsere Situation zu erklären. Mehrere Dutzend Städte und Kommunen wurden so besucht. Überall, oder fast überall, bereiteten begeisterte Empfangskomitees unsere Ankunft durch eine Reihe von mehr oder weniger öffentlichen oder aber eher privaten Treffen vor. Dies mündete oft in der Gründung von neuen Sans-Papiers-Kollektiven, die sich der Bewegung anschlossen, oder von neuen Unterstützungskomitees an den Orten, an denen es keine Sans Papiers gab.

Wir mussten ganz entschieden sichtbar werden. Wir waren davon so überzeugt, wir wollten so dringend aus dem Tunnel herauskommen, dass unser Kollektiv anerkanntermaßen die meisten spektakulären Aktionen organisierte. Während Demonstrationen und Diskussionen unsere Bewegung immer bekannter machten, kam Überraschungsaktionen, zum Beispiel der Besetzung symbolischer Orte, in den ersten beiden Jahren eine besondere Bedeutung zu: Treffen oder Konferenzen besetzen, sich zu bestimmten Diskussionen selbst einladen, gerade dort, wo man nicht mit uns rechnete; dabei setzten wir auf den Überraschungseffekt, um aufzuklären, immer mit demselben Anliegen, die jeweils Anwesenden und die öffentliche Meinung für unsere Situation zu sensibilisieren. Es ist sicher weder sehr freundlich noch sehr korrekt, Menschen auf diese wenig christliche Weise derart zu überfallen, aber wir sahen uns dazu gezwungen, diese Art von Aktionen zu unternehmen, wenn wir nicht vergessen werden wollten. Die erste Überraschungsaktion nach der Besetzung von *Saint-Ambroise* wurde am 2. April 1996 anlässlich einer öffentlichen Versammlung der Linken in Bercy organisiert, die sich »*Forum national pour construire un nouvel avenir*« nannte, »*landesweites Forum zum Aufbau einer neuen Zukunft*«. Wir hatten damals schon zwei Räumungen überstanden, waren dabei, unsere Gruppe und unsere Kräfte in der *Cartoucherie* neu zu sammeln, einem sicher charmanten Ort, der aber leider weit vom Stadtzentrum entfernt lag, und nun wollten wir diese Gelegenheit nutzen, wo alle Gruppierungen der Linken und ihre Vorsitzenden an einem Ort versammelt waren, sie anzusprechen und sie zu bitten, in ihrer Redezeit auf die Frage der *Sans Papiers* einzugehen, sie auf eher unkonventionelle Art zu einer öffentlichen Stellungnahme zu bewegen.

Diese Überraschungsaktionen waren gerade in mageren Zeiten unseres Kampfes von Nutzen. Wenn uns ein Stillstand drohte, hat oft eine gemeinsam auf dem Treffen der *Sans Papiers* beschlossene Aktion dazu geführt, die Bewegung wieder auf die Beine zu bringen, vor allem wenn es darauf ein entsprechendes Medienecho gab. So haben wir außer Kirchen auch Rathäuser besetzt, nämlich die des 18., des 11. und des 13. Arrondissement in Paris, aber auch Büros politischer Parteien und sogar einmal das Justizministerium ...

## Die Rechte der einen sind die Rechte aller

Der Kampf der Sans Papiers ist ein Kampf mit langem Atem, in dem Männer, Kinder und Frauen großen Mut und eine beispielhafte Widerständigkeit an den Tag legen. Man könnte sagen, es ist die Geschichte eines zugleich individuellen wie kollektiven Widerstandes. Wir waren oft gezwungen, uns »außerhalb des Gesetzes« zu stellen – unabhängig von unserer Situation, die uns ja eh als kriminell definierte –, wenn wir auf eine verbotene Demonstration gingen, wenn wir das Gebiet verließen, das uns als Wohngebiet zugeteilt war oder wenn wir nach einer Ausweisung, die meistens mit dem Verbot, französisches Staatsgebiet wieder zu betreten, einhergeht, nach Frankreich zurückkamen, so wir die finanziellen Mittel dazu hatten.

Wer wirklich wiederkommen wollte, schaffte es immer. Ein Sans Papiers, den wir darauf ansprachen, dass er fast drei Monate lang nicht mehr an den Demonstrationen teilgenommen habe, antwortete uns: »Ach, ich hatte vergessen euch das zu sagen, ich war im Urlaub in Afrika.« Da sieht man, dass die Gewieftesten unter uns einfach mal in den Urlaub fahren, um ihre Familie zu besuchen! Sie nehmen sich manchmal die Freizügigkeit, die man ihnen nehmen will. Die Zuweisung eines Aufenthaltsortes, der Entzug von Freiheit, den das Gefängnis bedeutet, sowie die Unterbringung in Haftzentren erinnern an andere Zonen der Rechtlosigkeit, die für andere Bevölkerungsgruppen geschaffen wurden: die Bettelerlasse, die Bettlern, Bettlerinnen und Clochards in einigen Kommunen Platzverweis erteilen, die Jugendlichen der Vororte, die man durch eine fast permanente Polizeikontrolle zu überwachen versucht. Die vielen Schülerinnen und Schüler aus den Vororten, die im Herbst 1998 nach Paris kamen, um hier zu demonstrieren, haben die Stadt Paris in Sorge hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung versetzt. Mit einem Sicherheitsplan namens »*Vigipirate*« versuchte die Regierung ebenfalls, eine konstante Kontrolle nicht nur über die MigrantInnen, sondern auch über die Vorortjugendlichen, also über einen großen Teil der Bevölkerung mit oder ohne Papiere, auszuüben.

Mehrere Aspekte der Verordnungen, die uns verfolgen oder mundtot machen sollen, zeigen, in welchem Ausmaß derartige

Zwangsvorstellungen inzwischen eine gefährliche Bedrohung für die Rechte von allen sind. Ihr politischer »Nutzen« besteht oft lediglich darin, dass »Schuldige« präsentiert werden sollen. Die Ausarbeitung von Gesetzen an den Grenzen der Menschenrechte schränkt jedes Mal die Rechte derer ein, die man zu schützen vorgibt, egal ob es sich um alteingesessene Bürgerinnen und Bürger handelt, um Migrantinnen mit Papieren, Migranten ohne Papiere, um einfache Touristen oder um Leute aus der Wirtschaft. Beim Kampf gegen das Gesetz Debré haben wir überzeugend aufgezeigt, dass durch die Begleitmaßnahmen zum vom Bürgermeister abzuzeichnenden Wohnungsnachweis Einschränkungen der Grundrechte von allen eingeführt wurden. Die linken Bürgermeister reagierten übrigens mit als erste, als sie es ablehnten, polizeiliche Aufgaben zu übernehmen.

Was uns anbetrifft, so haben wir uns daran gewöhnt, innerhalb dieser aufgezwungenen Linie zu leben, die die Grenze der Gesetze ist. Nicht anerkannt, außerhalb des Geltungsbereiches aller Schutzbestimmungen, haben wir als Richter nur unsere Würde und unser Gewissen. Regelmäßig begegnen wir der Willkür. Unser Leben ist eine ständige Anpassung unseres Bewusstseins an ein Leben außerhalb der Regeln. Wenn dies vielleicht auch respektlos gegenüber den Gesetzen erscheinen mag, ist das doch ganz und gar nicht der Fall. Wir kommen unseren Verpflichtungen nach, versteuern unsere Einkünfte, wenn wir welche haben, zahlen Steuern, Gebühren und Strafen, ohne dass wir im Gegenzug etwas dafür erwarten dürfen. Die schlichte Gleichsetzung von Sans Papiers und Kriminellen ist eine grobe Ungerechtigkeit. Jeder Fall ist für sich genommen einmalig, und doch haben sie alle etwas gemeinsam: ihre Würde, die sich im Widerstandkampf gegen die Ungerechtigkeit artikuliert.

Ich erinnere mich an Amadou, einen etwa 30-jährigen, großen Mauretanier. Er war in seinem Land im Gefängnis gefoltert worden und dem Tod entronnen, er war durch den Senegal gekommen. 1989 wurden fast 600 Afro-Mauretanier in Nouakchott massakriert: Menschenjagd, Folterungen, Plünderungen sowie Vertreibungen von Tausenden Afro-Mauretanieren in den Senegal. Amadou gehörte zu ihnen. Noch heute leben im Senegal etwa 70.000 Afro-Mauretanier in provisorischen Flüchtlingslagern, die am Ufer eines Flusses errichtet wurden. Ungefähr 20.000 Flüchtlinge sind in Mali

geblieben, Mauretaniens anderem Nachbarland. Durch die Vermittlung von Bekannten und Verwandten erhielt Amadou ein Visum im französischen Konsulat in Dakar. Als er 1990 in Paris ankam, stellte er einen Antrag auf politisches Asyl. Die Bescheinigung, die ihm ausgestellt wurde, erlaubte es ihm, legal in einer Reinigungsfirma zu arbeiten, er bezahlte Gebühren und Steuern.

Das Asylverfahren kann zwei Jahre oder sogar länger dauern. Eines schönen Tages kommt dann die Antwort. Sie ist oft negativ und versetzt einen in Bestürzung. Man hat kein Anrecht mehr auf eine Verlängerung seiner Bescheinigung. So wird man Sans Papiers. All die Beziehungen, die man geknüpft hat, die Bekanntschaften, die Freunde, die man gemacht hat – soll man das alles vergessen? Denn die Ablehnung des Asylantrags kommt immer zusammen mit einer ganz speziellen »Einladung«: der »*Einladung das französische Staatsgebiet zu verlassen*«, also im Klartext: einer Ausreiseaufforderung ...

Amadou hatte also einen Ablehnungsbescheid erhalten. Er konnte jedoch nicht zurück nach Mauretanien. Der Rest seiner Familie, die 1989 in den Senegal deportiert worden war, lebt noch immer dort. Im Falle einer Rückkehr verweigert Mauretanien ihnen die mauretanische Staatsangehörigkeit, die sie vor ihrer Deportation besaßen. Alles haben sie verloren: Haus, Felder, Güter, Ersparnis, Staatsangehörigkeit, bis hin zu ihrer Identität. Sie fühlen sich weder als Senegalesen noch als Malier, und Mauretanien will sie nicht mehr. Amadou war zu allem bereit, um Papiere zu bekommen. Ihm blieb nur der Kampf mit seinen afrikanischen Genossinnen und Genossen. Mit großem Elan stürzte er sich hinein.

Die Geschichte von Berké, einem anderen Mauretanier, ist ganz ähnlich: Berké ist nur knapp der Abschiebung entgangen, dank einer großen Mobilisierung von Sans-Papiers-UnterstützerInnen, aber vor allem dank der kämpferischen Haltung seiner Anwälte, die sich in unserem Kampf engagiert haben und uns seit drei Jahren kostenlos verteidigen. Es bedurfte außerdem des Eingreifens des Hohen Flüchtlingskommissariats der UNO, das in einer Mitteilung an den französischen Innenminister formulierte, »der Fall Berké sei nicht unbegründet und verlange etwas mehr Aufmerksamkeit«. Wir hatten schließlich bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg Widerspruch eingelegt, diese verlangte von der Regierung die Aussetzung der Abschiebung. Er wurde zum

Flugzeug gebracht, weigerte sich aber einzusteigen und wurde vom Gericht auf freien Fuß gesetzt. Was für Umwege und wie viel Energien, damit schlicht Recht anerkannt wurde! Heute ist ihm der Status des politischen Flüchtlings offiziell zuerkannt worden. Er hat eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, die »*carte de résident*«, und eine feste Arbeit gefunden. Kleine Siege, von Zeit zu Zeit errungen, die die Hoffnung nährten und uns Mut gaben weiterzumachen. Aber eigentlich ist kein Sieg über die Willkür klein ...

## Bilder von Afrikanerinnen und Afrikanern

Wir wollten uns auf keinen Fall mehr in die uns zugedachten Gettos verbannen lassen. Das Getto Wohnheim, das Getto illegale Werkstatt. Sicher war es ein Akt des Ungehorsams, wenn wir uns nicht mehr an Anordnungen hielten und die Grenzen überschritten, die man uns auferlegt hatte. Aber mehr und mehr erschienen wir in unserem wirklichen Licht. Als Menschen wie alle anderen, ruhig und intelligent, wir hatten nichts von den erwarteten Banditen und passten überhaupt nicht in das von den Politikern verbreitete Schema. Immer haben wir dafür gekämpft, dass die Öffentlichkeit ein anderes Bild von Afrikanerinnen und Afrikanern bekommt als das bereits vorgefertigte, das den üblen Beigeschmack kolonialer Vergangenheit hatte und die schlimmsten eurozentristischen oder neofaschistischen Ausfälle der Gegenwart widerspiegelte. Zwar wurde dieses Bild von der Realität ein Stück weit konterkariert, vom gemeinsamen Arbeiten, vom Leben Seite an Seite. Aber eine Gegenwart auf der Höhe der Zeit müsste eine reale Gegenwart der Gleichheit sein, eine so einfache Forderung, die trotzdem alle Probleme der heutigen Welt aufwirft, wie z. B. dass die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer.

Die Regierung bezeichnet uns als »*Clandestins*«, als »*Illegale*«. Damit werden wir von vornherein für schuldig erklärt, und ein ganzes Arsenal von juristischen und technischen Mitteln kann bei Bedarf gegen uns aufgefahren werden. So können uns die Unternehmer in bestimmten Sektoren gut gebrauchen, sie schlagen Profite aus unserer Unsicherheit, unserer prekären Lage und unserer Angst. Wir haben von Anfang an den Begriff »*Illegale*« abgelehnt und dagegeengehalten, dass wir Frauen, Männer und Kinder sind

und gefälligst auch als solche gesehen werden wollen. Im Begriff »Illegale« schwingt eine negative Bedeutung mit, die Konnotation des Paria, ja des Parasiten. Illegale, das sind Unsichtbare, die sich verstecken, die wahrscheinlich etwas ausgefressen haben und womöglich gefährlich werden könnten. Aber jetzt sind wir da, gut sichtbar, und wir wollen es bleiben! Das wird man von jetzt an beachten müssen. Wir mussten die alten Bilder zerstören, die sich die meisten Franzosen von Migrantinnen und Migranten machten.

Unter dem Kolonialismus war das Bild vom naiven Wilden lange vorherrschend – sie waren anscheinend große, durchaus sympathische Kinder, die man »zivilisieren« musste. Abgesehen von einigen Hausangestellten, die Unternehmer sich von ihrer Reise mitgebracht hatten, und abgesehen von afrikanischen Seeleuten, die in einigen Häfen arbeiteten, waren Afrikanerinnen und Afrikaner Tausende Kilometer weit weg von Frankreich, sie tauchten nur in Berichten von Eroberern und Kolonialverwaltern, von Journalisten und Missionaren auf, in Berichten, die oft aus einem rassistischen Blickwinkel verfasst worden waren.

In den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg kreierte man das bis in die siebziger Jahre vorherrschende Bild von Mamadou oder Ahmed, dem Gastarbeiter, dem anonymen, stummen Müllmann, der nicht übermäßig störte. Der Arbeiter am Presslufthammer. Die erste Generation der Schwarzafrikaner und Nordafrikaner, die zum Arbeiten nach Frankreich gekommen war, hatte nicht so viele Schwierigkeiten, Papiere zu bekommen. Sie waren in der Regel als Analphabeten nach Frankreich gekommen, arbeiteten oft in der Automobilindustrie, bei der Müllabfuhr oder auf Baustellen und waren in den Wohnheimen für ausländische Arbeiter, den *Foyers*, untergebracht. Sie wurden mehr oder weniger akzeptiert, denn man brauchte sie dringend.

Die achtziger Jahre erlebten dann, wie »black« und »beur«<sup>1</sup> schick, ja zur Mode wurde, die Kunst, Musik und das Kino (z. B. mit dem französischen Film *Black Mic Mac*) eroberte. Bilder von rassistisch-ironischer Werbung schwangen dabei immer noch mit, der Grundtenor aber war von Sympathie geprägt. Die Protagonisten kamen aus der Generation der bereits in Frankreich geborenen Kinder von immigrierten Eltern. Sie stammen zwar ihrer Herkunft nach aus Algerien, dem Senegal oder aus Mali, sind aber zum Groß-

---

1 Bezeichnung für arabischstämmige Jugendliche der 2. Generation



teil Franzosen. Sie sitzen zwischen den Stühlen von zwei Kulturen. In dem Land, in dem sie geboren wurden, werden sie manchmal Opfer von Rassismus. Sie stoßen aber auch auf wenig Verständnis in den Herkunftsländern ihrer Eltern, in denen sie oft als Fremde angesehen werden, zumal wenn sie die Sprache nicht sprechen.

Erst die Sans Papiers brachen schließlich mit all diesen so bequemen Bildern, die man sich in Frankreich von MigrantInnen konstruiert hatte, indem sie gleiche Rechte für alle forderten, einen starken Willen nach Autonomie bekundeten und jede Form von Mitleid und Almosen ablehnten.

Ein anderes Bild zeichnete sich ab: MigrantInnen, die dazu fähig sind, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, sich in eine moderne Gesellschaft einzugliedern, sich als für sich selbst verantwortliche GesprächspartnerInnen zu etablieren und sich den Anforderungen der modernen Welt zu stellen. Wir haben unsere Texte selbständig auf dem Computer verfasst und diverse moderne Kommunikationsmittel benutzt, vom Handy bis zum Internet.

Unterstützer unseres Kampfes, Marc Chemillier und »Fil«, haben uns geholfen, diesen Kampf ins Internet zu stellen. Das dadurch entstandene Bild von Sans Papiers als Intellektuellen spiegelt aber nicht die soziale Zusammensetzung der Gruppe von *Saint-Ambroise* wieder: Die Intellektuellen waren eine Minderheit, die meisten kamen vom Land und waren ihrer sozialen Herkunft nach Bauern.

Die von uns in Frankreich entwickelten Organisationsformen stellen unter Beweis, wie sehr AfrikanerInnen – entgegen allen Klischees – fähig sind, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Das System von finanziellen Umlagen und von Leibrentengemeinschaften zur Finanzierung von Mikro-Entwicklungsprojekten oder lokaler Infrastruktur, überhaupt das Interesse an lokaler Entwicklung in den Herkunftsländern, zeugen vom Willen der AfrikanerInnen, nicht mit ihrem Herkunftsmilieu zu brechen. Diese Verbindung bleibt immer sehr stark. Das gilt ganz besonders für WestafrikanerInnen, und hier vor allem für die aus dem Tal des Senegalflusses stammenden. Studien belegen, dass die Zahlungen von AfrikanerInnen, die aus bestimmten Regionen Afrikas wie dem Tal des Senegalflusses emigriert sind, mehr als ein Sechstel der bilateralen Hilfe betragen, die Frankreich diesen Ländern bewilligt. 1994 schickten MigrantInnen 75 Millionen Dollar nach

Mali, während Frankreichs Entwicklungshilfe sich auf 458 Millionen Dollar belief.<sup>2</sup>

Wir mussten ein anderes Bild abgeben als das der Regierenden unserer Länder: korrumpierte Politiker, die immer die Hand ausstrecken und um Hilfe betteln. Hatte nicht der Präsident des Senegal in einem Interview der kommunistischen Tageszeitung *L'Humanité* auf die Frage nach den Sans Papiers verlauten lassen: »Erhöhen Sie die bilaterale Hilfe, und wir werden sie hier bei uns behalten?«<sup>3</sup> Wir als Afrikanerinnen und Afrikaner, die in Europa leben, können nicht von unserem Kampf in Frankreich berichten, ohne auf unsere Beziehungen zu Afrika einzugehen. Die Sans Papiers von *Saint-Ambroise* demonstrierten mit ihrem Kampf auch ihre Frustration und ihr Gefühl von Revolte angesichts dessen, was sie als Betrug von Seiten Frankreichs betrachteten. Als wir uns zusammaten, um zu sagen: »Es reicht!«, wollten wir damit auch sagen: »Wir weigern uns, noch länger wie Vieh behandelt zu werden, ohne Gegenwehr gedemütigt zu werden und die Verwaltung anzuflehen, dass sie uns legalisieren möge.« Was unsere Staatschefs akzeptieren, das haben wir abgelehnt. Auch aus diesem Grund, glaube ich, haben wir Repression auf uns gezogen.

## Eine Bürgerschaft ohne Papiere

Unsere Forderungen waren eminent politisch. Unsere Sichtbarkeit durch die von uns organisierten Demonstrationen, Kundgebungen, Besetzungen und die Diskussionsveranstaltungen störte mit Sicherheit. Dass »Illegale« oder »Klandestine« nicht nur für einen Monat einen wichtigen Teil der öffentlichen Szenerie beherrschten, war für die Regierung mehr als ärgerlich, es war für sie eine zu große Beeinträchtigung des politischen Lebens und passte nicht zu einem »zivilisierten« Bild des sozialen Lebens. Französinnen und Franzosen, die ihre Rechte einfordern, indem sie sich sichtbar machen, das wäre ja noch gegangen, wenn überhaupt! Aber Migrantinnen und Migranten, und noch dazu *ohne* Papiere, das war zu viel. Alles wurde unternommen, um diese Sichtbarkeit von Anfang an zu verhindern. In *Saint-Ambroise* hatte die Gemeinde

---

2 Coopération pour le développement, Weltbank, OECD, Paris 1994

3 *L'Humanité*, 29. August 1996

vorgeschlagen, 40 bis 50 Personen, alles Familien, zu beherbergen und den Rest der Gruppe nach Hause zu schicken. Eine Gruppe von 50 Leuten ist weniger sichtbar als 300 Personen. Ähnliche Vorschläge wurden uns mehrmals gemacht, in der Japy-Turnhalle und im 15. Arrondissement. Die Vorstellung einer Gruppe mit globalen Forderungen war für die Regierung und sogar darüber hinaus unerträglich. Der Sprecher der Gruppe der VermittlerInnen, die ihr Mandat doch von den Sans Papiers erhalten hatte, warnte mehrmals, dass zu laute Demonstrationen nur Ärger einbringen würden. Seiner Meinung nach sollten wir innerhalb der Lokalität von Pajol bleiben und uns nicht zu sehr bemerkbar machen. »Das könnte der Vermittlung nur schaden.« In Droh- und Protestbriefen, die wir erhielten, war sehr oft von unserer Arroganz und unserer Sichtbarkeit in den Medien die Rede. Wir haben aber ganz im Gegenteil unsere Demonstrationen und Diskussionsforen noch vervielfacht und keine Gelegenheit ausgelassen, uns zu erklären und den Regierungspolitikern Paroli zu bieten.

Diese ganze Geschichte war nur möglich, weil wir daran geglaubt haben – trotz so manchen Zauderns und trotz heftiger Diskussionen und Streitigkeiten über die anstehenden Fragen: wie die nach Autonomie, nach globaler Legalisierung oder Einzelfallentscheidung, das Problem der Vermittlung und die Entscheidung, ob man der Präfektur eine Liste aushändigen soll, ohne schriftliche Garantien zu erhalten usw. Trotz all dieser Probleme und Widersprüche, die zwangsläufig zu jedem Kampf dazugehören, konnten wir das in unseren Augen Entscheidende bewahren: die Einheit unserer Gruppe. Männer, Frauen und Kinder, wir alle haben uns in die harten Auseinandersetzungen gestürzt, voller Entschlossenheit, aber eben immer auch so gut es ging, mit Rücksicht auf alle anderen in der Gruppe.

So ist uns nach und nach klar geworden, wie groß die Bedeutung unseres Kampfes war. Es ging um weit mehr als um die Frage der Sans Papiers. Zur Debatte standen die Öffnung der Grenzen und die Freizügigkeit. Als wir unsere Wohnungen verließen, die Sozialbauten in den Vororten, als wir aus den Foyers, den Wohnheimen, entflohen, aus all den Gettos, haben wir die ethnische Schranke, die uns dort festhielt, niedergerissen. Damit hatten wir die Grenzen, die uns gesetzt worden waren, auf unsere Art überschritten. Pajol wie auch die Kirche *Saint-Ambroise* und später *Saint-Bernard*

waren transparent. Indem wir unsere Gettos verließen, haben wir, so unser Eindruck, die Grenze gesprengt, die uns im Innern Frankreichs aus dem realen Frankreich ausgegliedert hatte. Durch unsere Entschlossenheit, ja, ich würde sagen Hartnäckigkeit, sichtbar zu bleiben und uns öffentlich mit unseren Beschwerden an Frankreich zu wenden, haben wir unsere Bürgerschaft gewonnen. In unserem Kampf waren wir immer dann erfolgreich, wenn sich der Kreis unserer Sympathisanten erweiterte und damit die Zahl derer kleiner wurde, die uns feindlich gesinnt waren; letztere stellen Politiker gern allzu leichtfertig als die Mehrheit der Bevölkerung dar, um sich auf sie zu berufen.

Wir haben Verbindungen zu FranzösInnen geknüpft, zu den BewohnerInnen Frankreichs. Freiwillige kamen, um sich um die Kinder zu kümmern, sie auf einen Spielplatz oder in einen Park mitzunehmen. Andere boten an, Wäsche zu verteilen, halfen den Ort sauber zu halten, machten Vorschläge zur Freizeitgestaltung. All diese Menschen, die sich für uns interessierten, bezogen uns in gewisser Weise in ihr Leben mit ein, zu dem wir vorher keinen Zugang gehabt hatten, und brachten uns so eine Art Anerkennung entgegen: die Unterstützerinnen und Unterstützer, die Neugierigen, die Journalisten ... Was ist denn Bürgerschaft im Grund mehr als der Inhalt dieser Beziehung zwischen Menschen, die denselben Raum teilen und sich um das Wohlergehen des jeweils anderen im sozialen Gefüge kümmern? Die Sympathie, die wir gewonnen hatten, die Achtung – Papiere allein hätten sie uns nicht geben können. Den Respekt oder die Achtung eines Menschen erhält man nicht, wenn man bloß seine Papiere vorzeigt. Wir haben einen ganz bestimmten Respekt bekommen, den Respekt, den man jemandem zollt, der kämpft und Widerstand leistet. Dass wir jetzt als Sans Papiers und nicht mehr als Illegale gelten, schlägt eine Bresche in die offizielle Argumentation, die uns zu Sündenböcken machen will. Die Legende von Illegalen, die die Grenze mit Lebensgefahr überwinden, lässt sich immer weniger auf uns ummünzen. Wir sind keine Illegalen, wir sind Sans Papiers, wir haben eben bloß keine Papiere!

Unsere Rebellion vom 18. März 1996 setzt die Gesamtheit der Fragen nach der Bürgerschaft, ja der Staatsbürgerschaft in Frankreich auf die Tagesordnung – als zentrale Frage im Herzen der französischen Gesellschaft. Man hat mir oft vorgeworfen, Politik

zu machen anstatt Papiere zu fordern und die Forderung nach Papieren mit den Beziehungen Frankreich-Afrika, mit den Nord-Süd-Beziehungen und der Situation in unseren Ländern in Verbindung zu bringen. Es scheint mir in der Tat schwierig, von den Problemen der Sans Papiers zu sprechen, ohne von der Vergangenheit, der Gegenwart und warum nicht auch von der Zukunft der Beziehungen zwischen Frankreich und Afrika zu sprechen. Man kann nicht, auch wenn es der Vergangenheit angehört, den Sklavenhandel, die Kolonialisierung, die Kriege und die Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen ignorieren, die Frankreich noch heute mit den nach Afrikas »Unabhängigkeit« konstituierten Staaten verbindet.

### Auf nach *Saint-Bernard!*

An diesem Punkt war ich, nach drei Monaten ständiger Anspannung in den Hallen der Rue Pajol. Wir hatten uns eingerichtet. Aber keine Perspektive zeichnete sich ab. Man versuchte mit allen möglichen Manövern, so schien es, uns in diesen Lagerhallen wie in einem neuen Getto einzusperren. Die Tage waren lang, wir waren mit der Organisation des Alltags voll beschäftigt. Wir fingen an, uns zu ärgern, uns zu streiten: das Verwalten der Kasse, die Verteilung des Essens, das Aufpassen auf die Kinder ... Aber nach jedem Streit sagten wir uns: »Deswegen sind wir nicht hier, sondern wegen der Papiere.« Groß war die Freude, als die »Sprecher« der Gruppe der VermittlerInnen am 21. Mai Ladungen austeilten, aber noch größer war die Enttäuschung, als der Innenminister am 26. Juni dann die Resultate veröffentlichte: Nur 22 Legalisierbare aus der ganzen Gruppe sollten legalisiert werden. Das war eine Blockade! Aber für uns war das auch ein Affront. Wir fühlten, dass wir erneut handeln mussten, um dem etwas entgegen zu setzen. Wir organisierten Kampagnen: Flugblattverteilung, unzählige Treffen auf Märkten, unsere Zusammenkünfte dienstagabends wurden gar nicht leerer, Diskussionen und Vorschläge folgten schnell aufeinander.

Gleichzeitig bildeten sich andere Kollektive von Sans Papiers oder Sans-Papiers-Unterstützern. Die Kollektive schlossen sich in der Region um Paris, Ile-de-France, und im Süden (Nîmes, Montpellier ...) zu Koordinationen in Organisationen zusammen, bildeten eigene Sans-Papiers-Sektionen, die Bürostunden nahmen immer

mehr Zeit in Anspruch. Alle studierten die gültigen Gesetze, jeder entwickelte eine eigene kritische Lesart der Gesetzestexte. Wir waren nicht wenig stolz darauf, diese Bewegung ins Leben gerufen zu haben, von der niemand gedacht hatte, dass sie je ein solches Ausmaß erlangen würde. Die Treffen der regionalen *Coordination Ile-de-France* fanden ab jetzt regelmäßig, einmal pro Woche, statt.

Aber das reichte nicht aus. Unsere Bemühungen, die Bürgerinnen und Bürger weiter zu sensibilisieren, in der Hoffnung, das Kräfteverhältnis über eine Ausweitung der Unterstützungsbeziehung zu verändern – das musste einen anderen Ausdruck bekommen.

Wir entschlossen uns vor dem Hintergrund der mageren Resultate zu einem »Umzug«, um den Kampf wieder anzufachen. Der Sommer näherte sich, ebenso unerbittlich wie unvorhersehbar mit allem, was er versprach: Hitze, Ferien, leere Straßen in den Großstädten. Seit Anfang Juni konnten wir nicht aufhören an den August zu denken. »Scouts« wurden beauftragt, in aller Diskretion eine geeignete Örtlichkeit zu erkunden. Mit Bébé nahm ich das Stadtteilstfest im Bezirk La Chapelle zum Anlass, ohne Aufmerksamkeit zu erregen, die Kirche *Saint-Denis de La Chapelle* zu besichtigen, die nicht weit von der Rue Pajol entfernt liegt. Weil sie düster war und auf eine befahrene Straße ging, wurde sie verworfen. Die Kirche *Saint-Bernard* wurde ebenso »besichtigt« und schließlich auserkoren, denn sie entsprach mehr unseren »Kriterien«. Und sie war schöner.

Das also war die Stimmungslage, aus der heraus wir uns nach einigen vorsichtigen Kontakten entschieden, die Kirche *Saint-Bernard* zu besetzen. Die Details kannten nur einige Delegierte, den Grundsatzbeschluss aber hatte die ganze »Familie« gefällt. Seit dem ersten Kontakt mit dem Pater Coindé, dem Pfarrer von *Saint-Bernard*, hegten wir keinen Zweifel an der wahren Frömmigkeit dieses Mannes. Wir waren uns sicher, und wir haben uns nicht geirrt, dass er uns nicht feindlich gesinnt sein würde. Und als wir in der Kirche ankamen, war er gerade dabei, die Sonntagsmesse vorzubereiten, seine Predigt hatte die Gastfreundschaft zum Thema: »Wer euch aufnimmt, der nimmt mich auf.« Ein Zeichen der Vorsehung?

Wir planten eine Demonstration, um den »Umzug« zu tarnen. Die ganze Sache sollte am 28. Juni steigen, gerade mal zwei Tage

nach der Ankündigung des Innenministers. Müde, aber entschlossen teilten wir die Flugblätter aus, gingen die Plakate und die Transparente durch, jeder hatte seine Aufgabe, Sans Papiers wie Unterstützerinnen und Unterstützer. Die Kinder, wie immer froh, sich an einer Demonstration zu beteiligen, übten schon im Hof von Pajol. Sie liefen, lachten, wollten alles wie die Älteren machen und riefen: »Papiere für alle!« Ein lautstarker Zug setzte sich schließlich in Bewegung. An der *Place de la République* sollten wir auf die von dort startende Demonstration treffen. Plötzlich bogen wir in die Rue Jean-François Lépine ab, zum großen Erstaunen der Unterstützerinnen und Unterstützer, die den Sinn dieses Umweges nicht erkennen konnten. Wir machten weiter mit unseren Parolen, Ababacar und ich wechselten uns ab, die eine rief: »Papiere«, der andere antwortete : »für alle!«

Kaum hatte die Spitze des Umzugs die *Place Saint-Bernard* überquert, als eine kleine Gruppe von Sans Papiers sich aus dem Umzug löste, an uns vorbeiging und die geöffneten Kirchentüren blockierte. Der Rest des Umzugs folgte im Laufschrift und rannte zur Verblüffung der UnterstützerInnen in die Kirche hinein. So besetzten wir die Kirche *Saint-Bernard de la Chapelle!*





# Halb Frankreich kommt vorbei

Auch weiterhin gab es die bewährten Treffen an getrennten Orten: Die Familienversammlungen fanden nun in der Kirche Saint-Bernard und die Treffen des Unterstützungskomitees in der Rue Pajol statt. Über den Umzug wurde ausführlich in den Medien berichtet, und er zog Nachbarinnen und Nachbarn an, die spontan kamen, um ihre Unterstützung auszudrücken, und uns als Zeichen ihrer Solidarität Lebensmittel, Kleidung und Geld anboten. In der Vollversammlung unseres Kollektivs, das nunmehr zum Kollektiv von Saint-Bernard geworden war, wurden mehrere Vorschläge eingebracht: die wöchentlichen in Pajol begonnenen Demonstrationen fortzuführen, erneut mit den Vertretern des Staates Kontakt aufzunehmen, als eigenes Kollektiv an von anderen organisierten Demonstrationen teilzunehmen, noch mehr Aufrufe an Französinnen und Franzosen, Gewerkschaften, Politiker und sogar an den Papst zu starten ...

## Hungerstreik

Einige von uns hatten bereits etwas anderes vor: einen Hungerstreik. Eine sicher problematische Entscheidung, aber nach dem Affront vom 26. Juni tendierten einige zu diesem extremen Schritt. Ich war beunruhigt, als der Hungerstreik zur Debatte stand. Wie weit sollte er gehen, wo würde er enden? Waren Papiere ein Menschenleben oder die Gesundheit eines Genossen oder einer Genossin wert? Mehrere von uns äußerten Bedenken und sprachen sich gegen den Hungerstreik aus, der trotz allem in der Nacht vom 4. auf den 5. Juli begonnen wurde. Nun hatten wir ihn zu organisieren, bekannt zu machen und alles dafür zu tun, dass er nicht zu lange dauerte.

In unserem Kampf hat der Hungerstreik eine wichtige Rolle gespielt. Während sich alles auf ihn fokussierte, kamen komplexere Aspekte eher verdeckt zum Tragen. Sicher verändert ein Hungerstreik das Kräfteverhältnis, wenn er durch Medienpräsenz begleitet wird, und mobilisiert die Unterstützungsbewegung. Aber er verändert auch die Beziehungen innerhalb des Kollektivs, ja dessen

Struktur selbst sowie die Organisation des Kampfes, und das hat weitreichende Konsequenzen zur Folge.

In der Tat konzentrierten sich nun alle Blicke auf die Hungerstreikenden, und damit wuchs die Gefahr, dass das Kollektiv völlig im toten Winkel verschwand und sich der Regierung ein bequemer Ausweg eröffnete. Ein Hungerstreik verlangt den doppelten Einsatz jedes einzelnen aus dem Kollektiv. Er löst eine Art Wettbewerb aus, wer die größten Opfer bringt und sich am meisten verausgabt, was zur gegenseitigen Überbietung führen und sehr gefährlich werden kann.

Der Hungerstreik von *Saint-Bernard* tappte zum Glück in keine dieser Fallen. Außerdem wurden die Hungerstreikenden zu hervorragenden Botschaftern unseres Kampfes, obwohl sie geschwächt auf Matratzen lagen. Sie vereitelten den Korruptionsversuch durch die Polizei, als diese ihnen – wie schon im April den Delegierten – vorschlug, ihren zehn Anträgen »besondere Beachtung« zu schenken. Im Chor antworteten die Hungerstreikenden darauf, sie hungerten als Stellvertreter der ganzen Familie. Mit einem dynamischen und kämpferischen Kollektiv, einer Delegiertengruppe, die mit unterschiedlichen Standpunkten korrekt umzugehen verstand, einer klugen Verteilung von Aufgaben und Verantwortung sowie einer von der Sache überzeugten Unterstützungsbewegung gelang es uns, für täglich neu formulierte Ziele derart zu mobilisieren, dass die Spannung aufrechterhalten blieb. Der Cocktail war fast perfekt.

Gaoussou Traoré, Hamadi Camara, Doro Traoré, Ababacar Diop und ich selbst bildeten das Delegiertenteam, das von den ersten Wochen an den Kampf der Sans Papiers von *Saint-Ambroise* führte. Jeder tat sein Bestes, um die Anliegen aller zu berücksichtigen und die Forderungen von allen durchzusetzen. Viel später, am 10. August, sollte dann ein Treffen mit den EinzelunterstützerInnen und den Organisationen großen Erfolg haben: Die Sans Papiers bestätigten ihre Entschlossenheit, den Kampf fortzusetzen, und appellierten erneut an die Unterstützungsorganisationen und an alle Bürger: »Wir brauchen euch mehr denn je!« Der Hungerstreik hatte vor mehr als einem Monat angefangen. Die Hungerstreikenden hatten Gewicht verloren, und die Familie sorgte sich mit jedem Tag mehr um ihren Zustand. In der Vorwoche war es bereits zu großem Stress gekommen ...

## Eine Generalprobe?

Am Montag, den 2. August um sechs Uhr morgens drangen nämlich 300 Polizisten der Spezialeinheit CRS in die Kirche ein, um die zehn Hungerstreikenden zu räumen. Hatte der Innenminister Jean-Louis Debré wirklich Angst um ihr Leben oder schickte er die CRS nur zum Test, sozusagen zur Generalprobe einer Räumung?

An diesem Tag wurden die Hungerstreikenden in sechs verschiedene Krankenhäuser gebracht (Zentralkrankenhaus, Tenon, Saint-Antoine, Lariboisière, Saint-Louis, Cochin) und dann einer nach dem anderen wieder frei gelassen. Die Ärzte, die ihnen dort vorgeschlagen hatten, sich wieder zu ernähren, mussten angesichts ihrer Unnachgiebigkeit aufgeben. In die Kirche zurück gelangt, entschieden sie alle, trotz inständiger Bitten einiger UnterstützerInnen und Sans Papiers, den Hungerstreik fortzusetzen.

Anstatt uns einzuschüchtern, verstärkte dieser Gewaltakt der Regierung noch die Mobilisierung. Ein Treffen mit den neuen Kollektiven und den Unterstützungsorganisationen wurde am Mittag in Pajol anberaumt, um über Reaktionen zu beraten. Der Vorschlag, noch am selben Abend eine Demonstration auf dem Vorplatz von Notre Dame zu organisieren, wurde angenommen. Und die Genehmigung? Ich hatte diese Frage erwartet. Sie kam von den UnterstützerInnen, zum Großteil FranzösInnen, die viel öfter als wir an die »Legalität« dachten. Nach dem, was am selben Morgen passiert war, der Verachtung und Demütigung, als man die Hungerstreikenden wie Vieh abtransportiert hatte, konnte ich nicht verstehen, dass man uns etwas von Genehmigungen erzählen wollte.

Wie alle anderen Genossinnen und Genossen war ich in meiner Selbstachtung verletzt, entwürdigt. Die Zeit drängte, die Demonstration musste vorbereitet werden, es mussten Faxe an die Organisationen, an die Sans-Papiers-Kollektive und an die Presse geschickt werden, Anrufe mussten erledigt werden ... Wir hatten das Treffen gerade beenden wollen und jetzt wollte ich nicht noch mehr Zeit damit verbringen, die Frage der Anmeldung der Demonstration zu klären. »Mit oder ohne Genehmigung, wir machen die Demo!«

Um 18 Uhr sind mehr als tausend Menschen auf dem Vorplatz von Notre-Dame: Wir Sans Papiers von Saint-Bernard, die Kollektive

tive aus der Region um Paris, Prominente, Abgeordnete, die Presse und – der Geheimdienst. Die Räumung der Hungerstreikenden hatte in der Öffentlichkeit starke Gefühlsäußerungen bis hin zu Empörung ausgelöst. Alle Mitglieder unseres Kollektivs waren da, die Frauen vorneweg. Als wir gegen 18 Uhr an der Métro-Station Cité ausstiegen, waren die Bullen, die dort ruhig in ihren Bussen saßen, offensichtlich völlig überrascht. Sie rannten los und versperren die Eingänge der Polizeipräfektur und von Notre-Dame. »Die denken bestimmt, dass wir besetzen wollen! Etwas anderes kriegst du nicht in ihren Kopf, versuch es doch mal!«

Wir hatten wirklich einen schlechten Ruf weg, und damit mussten wir umgehen. Wir gingen einmal um den Platz und skandierten: »Nicht die Immigranten, nicht die Sans Papiers, Debré sollte man rauswerfen!« oder »Franzosen, Immigranten, Solidarität!« Dann gab es Redebeiträge von VertreterInnen anderer Sans-Papiers-Kollektive, von Gruppen wie JRE, DAL, Socialisme International, SUD, CGT, Ligue des droits de l'homme, APEIS, Parti communiste, Parti africain pour la démocratie et le socialisme sénégalais, Convergence écologie solidarité, MRAP und von bekannten Personen wie dem Professor Jacquard, der Vorsitzende von GISTI und Alain Krivine von der LCR ... Zum Abschluss rief Professor Léon Schwarzenberg die französische Regierung zur Vernunft auf.

Professor Léon Schwarzenberg war von Anfang an mit dabei. Seine Beiträge und seine Fürsprache waren und sind uns sehr wertvoll. Wir hatten uns schnell angewöhnt, ihn einfach Léon zu nennen. Das unkomplizierte und bescheidene Auftreten dieses Mannes, der doch eine bedeutende Persönlichkeit war, haben wir ebenso bei Albert Jacquard, Jacques Derrida, Bischof Gaillot, Théodore Monod und noch diversen anderen vorgefunden. Diese Entdeckung war für mich sehr wichtig, diese ganz direkte Form der Solidarität wie unter Geschwistern.

Der Tag war voll gewesen, denn am Nachmittag nach der Polizeiaktion hatten wir Besuch von Louis Viannet, dem Generalsekretär der Gewerkschaft CGT, erhalten, der unsere Kräfte mit fünfzig, mit hundert, wenn nicht mit noch mehr multipliziert hat. Die Unterstützung der Gewerkschaften wussten wir ganz besonders zu schätzen, sind wir selbst doch vor allem anderen Arbeiterinnen und Arbeiter – und zwar die mit den ungesichertsten Arbeitsverhältnissen.

Von Anfang an riefen wir die Gewerkschaften immer wieder dazu auf, eine Verbindung zwischen uns ArbeiterInnen ohne Papiere und allen anderen ArbeiterInnen herzustellen. Deshalb war es so wichtig für uns, dass uns Louis Viannet als erste Persönlichkeit von landesweiter Bedeutung in *Saint-Bernard* besuchte. In Pajol hatten wir bereits Besuche von Dominique Voynet von den *Verts* und von Noel Mamère von *CES* bekommen. Youssou Ndour, der große international bekannte senegalesische Künstler kam extra zwischen zwei Flügen, um uns seine Solidarität auszudrücken. Als junger Künstler schon hatte er sich in Kämpfen gegen Armut und Apartheid engagiert. Mir hatte er seinerzeit die Augen geöffnet, er, der Botschafter des afrikanischen Kontinents. Sein Besuch machte uns ganz besonders große Freude.

Am Dienstag, den 13. begann im Saal *Saint-Bruno* gegenüber der Kirche ein kollektives Solidaritätsfasten all unserer neuen Freunde. Léon, Professor Jacquard, Alain Krivine, Jean-Pierre Alaux von der *GISTI* sowie der Vorsitzende der *MRAP* waren beteiligt. Dieses Fasten dauerte nicht lange, denn am nächsten Morgen nutzte einer der Verwalter des Saals die kurzfristige Abwesenheit der Besetzer und schloss ihn zu. Gegenüber all unseren Bitten und Interventionen blieb er taub. Er handelte sicher auf Anweisung seiner Vorgesetzten. Es ist nicht immer leicht, sich dieser Art von Druck zu widersetzen.

Bei der Pressekonferenz um 13 Uhr im Inneren der Kirche verlas ich einen Appell an den Staatspräsidenten Jacques Chirac, sich für eine Lösung einzusetzen, und informierte über den Beginn eines rotierenden Fastens und die Ausweitung des Kampfes. Der Vorschlag war, alle anderen *Sans Papiers* mit einzubeziehen. Eine schwierige Arbeit, wenn man die Umstände bedenkt, denen wir vom Anfang des Kampfes an ausgesetzt waren: Räumungen, Festnahmen, Verhaftungen, Abschiebungen, Umzüge, fehlende Logistik, Verlust von Dokumenten usw. Die Polizei schikanierte uns täglich, um unsere Organisation zu verhindern. Alles wurde getan, damit die verschiedenen Kollektive sich nicht zusammenschlossen.

Ein wahrer Nervenkrieg gegen die Delegierten der Familien hatte begonnen, angefangen von morgendlichen Beschimpfungen und Drohungen am Telefon bis hin zu »anonymen« Briefen.

Beim Treffen der *Coordination Île-de-France* in Pajol traf ich auf besorgte Unverheiratete: »Madjiguène, wir haben gerade auf

der Vollversammlung der Familien eine Information erhalten. Ein der Regierung Nahestehender hat Ababacar anscheinend gefragt, ob wir den Dialog wieder aufnehmen würden. Die Familien haben ja gesagt. Er nimmt in 24 oder 48 Stunden wieder Kontakt zu uns auf.« – »Wir müssen aufpassen«, sagte ich zu Ababacar, »und die Information sofort veröffentlichen.« Er sagt mir: »Beruhige dich, wir werden nicht jeden Vorschlag annehmen. Wir werden hart verhandeln, die Interessen der Familien werden nicht unter den Tisch fallen.«

Am Abend ab 20 Uhr findet eine Kerzen-Kundgebung statt, drei- bis vierhundert Personen, jede mit einer Kerze. Die Lichter flackern, die Stimmung ist ein bisschen surrealistisch. Ich bitte, die Kerzen nicht in der Kirche anzuzünden – wegen der vielen Schaumstoffmatratzen! Ich wage mir das gar nicht auszudenken. Die Polizei würde das bestimmt zum Vorwand nehmen, um die Kirche räumen zu lassen und einen politischen Umgang mit unseren Forderungen zu umgehen. Die Regierung ist zwar ungeschickt, aber so ein Geschenk würde sie sich dann doch nicht entgehen lassen. Einige Leichtsinnige spazieren trotz allem mit angezündeten Kerzen im Inneren der Kirche herum. Ich bitte sie hinauszugehen oder die Kerzen auszulöschen. Oh, was für ein Schrecken! Ich reiße einem kleinen Mädchen von drei Jahren eine Kerze aus der Hand. Wer bloß hatte sie ihr in die Hand gedrückt? Schließlich verläuft doch alles noch gut und wir gehen gegen zwei Uhr morgens schlafen.

## Geteilte Wut

Am Donnerstag, dem 15., wache ich früh auf: Wir müssen für die Messe des 15. August, Mariä Himmelfahrt, saubermachen. Die Kirche will gar nicht mehr leer werden. Leute aus den afrikanischen, antillischen und nordafrikanischen Communities sind jeden Tag hier. Die Afrikanerinnen und Afrikaner sind empört, die Älteren argumentieren: »Als sie uns gebraucht haben, sind sie uns doch holen gekommen. Wir haben an ihrer Seite gekämpft, um die Deutschen zu schlagen, und von ihnen leben doch auch welche in unseren Ländern, oder? Mit Hausangestellten, Chauffeuren und Wachleuten ... Und was machen unsere Staatschefs?«

Auch Antillesen, die ebenfalls regelmäßig in die Kirche kommen, äußern ihre Wut: »Schön und gut. Sie haben uns doch so schon genug gespalten. Wir sind mit eurem Kampf solidarisch. Wir selbst sind ja Franzosen, aber glaubt ja nicht, dass wir dieselben Rechte haben wie die von hier! Auch wir sind Opfer von Rassismus und Diskriminierung. Glaubt ihr etwa, dass der Mindestlohn *SMIC* in Frankreich und Guyana derselbe ist? Oh je, oh je! Da irrt ihr euch aber! Wir könnten euch noch andere Beispiele nennen...« Kommentare erschallen von überall her. Eine schwarze Frau, die erklärt, Christin zu sein, fragt mich, warum wir nur Kirchen besetzen: »Die meisten von euch sind doch Moslems, oder? Warum besetzt ihr denn keine Moscheen?«

Ein junger Nordafrikaner bemerkt: »Also ich bewundere euren Mut, aber ich gebe zu, dass ich nicht so viel Geduld hätte. Worauf wartet ihr? Geht doch raus, macht überall Randal! Sie haben schon zu viele zum Kotzen gebracht, diese Leute, ich hätte längst eine Bombe gelegt und bumm! Das würde ihren Dreckgesichtern mal gut tun.«

Ein anderer Nordafrikaner aus dem Viertel, so zwischen 50 und 60 Jahre alt, erwidert, das sei sicher nicht die beste Lösung. Besser sei es weiter zu mobilisieren, zu sensibilisieren und mit einer Ausweitung des Kampfes die Kräfteverhältnisse zu verändern. Der Erste schüttelt den Kopf, keineswegs überzeugt: »Ist das denn ein Leben? Wie können die denn Menschen wie Hunde behandeln? Ihr seht doch, unter welchen Bedingungen sie leben. Ach, die beschissenen Arschlöcher!« und er geht.

Ab 11 Uhr ist die Kirche zum Bersten voll: die Sans Papiers, UnterstützerInnen, Gläubige und Neugierige. »Eine Messe in Union mit den Sans Papiers«, sagt Pater Coindé, den wir liebevoll *unseren* Pfarrer nennen. Es gibt etwas Außergewöhnliches an diesem Mann. Sein Engagement ist effektiv, bleibt aber immer diskret, niemals hat er versucht, sich in den Vordergrund zu spielen. Für unsere Beschwerden war er immer offen, und trotz Inanspruchnahme von allen Seiten hat er niemals ein Zeichen von Ermüdung oder Ungeduld gezeigt – obwohl diese Besetzung das Leben seiner Gemeinde und sein eigenes ordentlich durcheinander gebracht hat. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Regierung ihn nicht in Ruhe ließ und bei jeder Gelegenheit von ihm verlangte, einer Räumung zuzustimmen.

Pater Bergenot vom *comité-épiscopal*, dem bischöflichen Ausschuss, Mitglied der Gruppe der VermittlerInnen, predigt ebenfalls. Christiane, die Sekretärin der VermittlerInnen, ist auch da und spricht einige Sätze ins Mikro. Sie liebt es, wenn man seine Arbeit gut macht, ist dabei aber immer generös, sie, die gläubige und praktizierende Katholikin, die immer alles zwischen uns und den VermittlerInnen in großer Gewissenhaftigkeit koordiniert hat.

Die Kollekte der Messe geht an die *Sans Papiers*: Die finanzielle Unterstützung wird immer bedeutender. Jeden Tag wird von der Kirche Geld gesammelt, Schecks kommen aus allen Ecken Frankreichs an. Auch dank dieser finanziellen Solidarität konnten wir so lange durchhalten.

Für 17 Uhr beriefen wir ein Treffen zum Thema Sicherheit ein: Das Gerücht ging um, dass die Polizei räumen würde. Für jeden Tag erwarteten wir jetzt das Drama. Die Unterstützung wurde immer größer, so groß, dass wir Schwierigkeiten hatten, alles vernünftig zu organisieren. Die Aufgaben wurden verteilt, die Aktivitäten koordiniert, und die Delegierten berieten über die nächsten Schritte. Das Handy wurde uns dabei zu einer optimalen Hilfe, es ermöglichte uns in jedem Moment zu wissen, was die einen oder die anderen machten, uns über die entscheidenden Aktionen zu informieren sowie den Austausch zwischen Familienversammlung und UnterstützerInnen zu vereinfachen. Jede Organisation ließ eine Telefonnummer da, die man anrufen sollte, wenn es ernst wurde, und so konnte das gesamte Netz funktionieren. Mich erinnerte das an unser traditionelles »arabisches Telefon«, also die Art, wie Neuigkeiten sich bei uns durch Mund-zu-Mund-Propaganda wie ein Lauffeuer verbreiten. An die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels wurde ein Flugblatt verteilt, das sie aufforderte, im Falle einer Räumung beim ersten Glockenschlag zu intervenieren.

In dieser Nacht schlafe ich mit meiner Tochter und einem Delegierten neben der Sakristei. Rodolphe schließt sich uns an, er ist sehr angespannt: »Ein bärtiger Iraner hat mich gerade bedroht.« Er hat richtig Angst. Nachdenklich sehe ich ihn an. Wir alle sind mit den Nerven am Ende. Aber was hatte ein bärtiger Iraner abends vor der Kirche zu suchen? Es war bestimmt eine Halluzination! Gegen 23 Uhr kommen zwei seltsame Kameramänner. Der eine ist halb betrunken, der andere macht einen etwas normaleren Eindruck. Er sagt, er arbeite für »einen großen Sender«. Ich glaube aber, sie



sind auf eigene Faust hier und wollen mit Sensationsbildern Geld machen. Eine Frau aus dem Vorstand von *Médecins du monde* hatte sie reingelassen: »Sie wollen die Nacht bei euch verbringen, ich kenne sie, keine Angst!« Einer von ihnen wurde schließlich von unserem Sicherheitsdienst wieder an die Luft gesetzt, er wollte Leute im Schlaf filmen und machte dabei einen Höllenlärm. Ich habe nichts davon gehört, man hat es mir erst am nächsten Morgen erzählt. So erschöpft wie ich war, muss ich wohl tief geschlafen haben.

Um sechs Uhr morgens kommt meine Tochter Fatou, die vor der Kirche Wache gehalten hatte, und weckt mich. Es gibt nicht die Spur einer Uniform. »Wie kommen sie bloß auf Räumung?«, fragt sie mich. Noch halb im Schlaf hebe ich die Augen und sehe sie an. Und da fällt es mir wieder ein. Ach ja, ich verstehe! Die »*Einladung, das französische Staatsgebiet zu verlassen*«, wie die Aufforderung zur Ausreise in Frankreich offiziell heißt, ist auf den 17. terminiert, und heute ist der 16. ...! Eine komische »Einladung«, dachte ich, mit der sie uns da kommen, die Franzosen, eine Einladung, das französische Staatsgebiet zu verlassen! Am 16. August sind sämtliche Medien da, Presse, Radio und Fernsehen. Niemand will die Räumung verpassen.

Die Gruppen der CGT tauchen auf: lokale Gruppen, Gruppen der Département-Ebene, Berufsgewerkschaften wie die Exekutivausschüsse der U-Bahngesellschaft *RATP*, Gesundheit, Metall, Dienstleistungen und Handel, vom Kaufhaus *FNAC Étoile* usw. Das geht so weiter bis zum 23., sie bringen uns Lebensmittel und Geld vorbei und bekunden uns volle Solidarität: »Es ist derselbe Kampf, lasst ihn uns gemeinsam führen.« Die anderen Gewerkschaften stehen dem nicht nach, *SUD-PTT*, die Eisenbahner der *CFDT*, die Lehrerinnen und Lehrer ...

Diverse Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind an diesem 16. August gekommen: Léon, Albert Jacquard, Maina Vlady, Emmanuelle Béart, die bewegt und entrüstet darüber ist, was in ihrem Land passiert, und ihr Bruder, Valérie Lang, Christine Citti, Laurent und Stanislas Nordey, Alain Krivine und viele andere. Ein Abgeordneter der *Parti Progressiste Martiniquais* kommt und schüttelt den Hungerstreikenden die Hände. Ich rufe einen Skandal hervor, als ich ihn frage, welcher Partei er angehöre. »Madjiguène, das ist nicht nötig. Wir machen keine Politik, man darf nicht fragen

von welcher Partei er ist. Wir empfangen alle, die uns unterstützen wollen«, sagt mir Hamadi Camara, der Sprecher der Hungerstreikenden. Ich muss gestehen, dass ich sehr dickköpfig bin: Von Anfang an hatte ich gesagt, dass es ein politisches Problem sei, dass man notwendigerweise eine politische Lösung suchen müsse, aber das war noch nicht bei allen Sans Papiers richtig angekommen. Schon allein das Wort »politisch« machte ihnen Angst. Wie oft schon hatten interessierte französische AktivistInnen ihnen geraten, bloß keine Politik zu machen!

Gegen 16 Uhr zog die Ankunft der Frau des ehemaligen Staatspräsidenten François Mitterand, Danielle Mitterand, eine Traube von Neugierigen, Journalisten und Fotografen an. Unglaublich! Sie treten sogar auf die auf dem Boden liegenden Hungerstreikenden, um ein Foto zu schießen oder einen Satz auf ihr Aufnahmegerät zu bekommen! Trotzdem fühlen sich die Sans Papiers durch diese Besuche von Persönlichkeiten geehrt – sie machen Hoffnung. Sie drängeln sich hinter die Leibwachen und rufen: »Mitterand! Mitterand!«

In der Zwischenzeit geht das Gerücht um, der ehemalige sozialistische Premierminister Lionel Jospin wolle kommen, die Aufregung ist auf ihrem Höhepunkt; gegen 19 Uhr erscheint stattdessen der ehemalige sozialistische Kulturminister Jack Lang, um den Hungerstreikenden und den Familien einen Besuch abzustatten. Er appelliert an Jacques Chirac für eine gerechte und humane Lösung, und bevor er uns verlässt, verspricht er, etwas zu tun. Seine Tochter Valérie hat nach besten Kräften Künstler und Regisseure mobilisiert. Ich nehme an, dass auch sie es war, die den Besuch von Danielle Mitterand organisiert hatte. Heute versuchen wieder alle Journalisten die Nacht in der Kirche zu verbringen. Ach ja! Es ist der Vorabend des 17.

Wohl selten hat diese Gemeinde, eine der ärmsten in ganz Paris, mit ihrer kleinen Kirche einen solchen Auflauf und dieses regelrechte Defilieren von Persönlichkeiten, einer berühmter als der andere, mit ansehen können!

## Die große Beunruhigung

Wir halten auch weiterhin Treffen mit den UnterstützerInnen ab, um die verschiedenen Hypothesen und die möglichen Verhaltens-

weisen bei einem Polizeieinsatz durchzuspielen. Dabei entwerfen wir regelrechte Szenarios:

Das erste Szenario sieht vor, dass wir uns der Presse mit Handschellen an den Handgelenken unter der französischen Flagge präsentieren, um Debré und Juppé zu zeigen: »Entweder ihr legt uns Handschellen an und schiebt uns ab oder ihr nehmt uns unter der Fahne auf und macht uns zu Bürgerinnen und Bürgern der Republik.« Dieses Szenario behagt mir gar nicht: Ich mag keine Handschellen, denn ich mag es nicht, mich als Opfer darzustellen, und was die Republik und die Fahne angeht, habe ich so meine Zweifel, dass sie mich wirklich haben wollen.

Laut zweitem Szenario stellen wir bei Alarm die Stühle wie zur »Messe« auf. Pater Coindé war damit einverstanden. Wir hatten auch Gedichte und Lieder vorbereitet. Die Idee kam von Ariane Mnouchkine, die uns ihr Talent als erfahrene Regisseurin zugute kommen ließ. Eine Art Euphorie war spürbar, wenn man sich zu den Hungerstreikenden begab. Sie wurden in ihrer Überzeugung, genau das Richtige zu tun, erkennbar bestärkt durch die erstaunliche Zahl an UnterstützerInnen und Persönlichkeiten, die ständig vorbeikamen.

Das dritte Szenario war nicht alternativ zu den beiden ersten, sondern als Ergänzung gedacht. Es bestand darin, dass wir uns als Damebrett aufstellen, eine Weiße, ein Schwarzer, um die zu erwartende Aufteilung nach Hautfarbe durch die Polizei zu verzögern.

All dies gefiel mir nicht sonderlich gut, aber es war der Wunsch der Mehrheit. So oder so konnte die Auseinandersetzung mit der Polizei katastrophal werden; sie um jeden Preis zu verhindern, darum hätte es gehen müssen, und nicht darum, sich voller dubiosem Enthusiasmus darauf vorzubereiten.

Um 20 Uhr wird Debré vom Fernsehsender *TF1* live interviewt. Seine Rede verheißt nichts Gutes:

Erstens, wenn man die 300 Leute legalisieren sollte, was wird dann mit den Tausenden, die auch keine Papiere haben? Wir können doch nicht alle hier bei *uns*, in Frankreich, aufnehmen. Unterstützungsgruppen würden Sans Papiers in eine Sackgasse drängen.

Zweitens werde er das Gesetz anwenden; nebenbei beglückwünschte er sich selbst dazu, die Ärzte der Pariser Ambulanz geschickt und die Eltern französischer Kinder legalisiert zu haben.

Diese letzte Erklärung ließ die Anspannung noch steigen. Um legalisiert zu werden, hatten Sans Papiers nämlich erst einmal

Hungerstreiks machen müssen; in Versailles, Lille, Nantes und anderswo, obwohl bereits zwei Rundschreiben die Präfekten angewiesen hatten, die zur Legalisierung erforderlichen Schritte einzuleiten. Erst auf diese Bewegung hin hatte der Innenminister ein drittes Rundschreiben veröffentlicht, das den Präfekten auflegte, die beiden ersteren anzuwenden.

Nach diesem Interview mit Debré war den ganzen Abend über im Radio zu hören, dass die Räumung jetzt unmittelbar bevorstehe. In dieser Nacht, um fünf Uhr morgens, schreit von draußen jemand, der wohl provozieren oder einen ganz schlechten Witz machen will: »Sie kommen!« Ohne zu überlegen, rennen alle in verschiedene Richtungen, und wir setzten das Szenario für die Messe in Gang. Die Glocken werden geläutet, die »Messe« beginnt – aber nicht der Schatten eines einzigen Polizisten ist zu sehen. Wir legen uns wieder hin. Falscher Alarm.

Am Samstag, dem 17., geht der Hungerstreik in seinen 44. Tag. Juppé hat Debrés Erklärung bestätigt. Ich war voller Sorge für die Hungerstreikenden, der ganzen Familie ging es genau so.

Gegen 13 Uhr kommt eine schwangere Frau in die Wehen: »Schnell Madjuguène, ruf die Ambulanz!« Sie liegt auf der Matratze, man sieht ihr an, wie sehr sie leidet. Ihre Freunde stehen um sie herum. Schnell muss etwas geschehen! Ich rufe die Ambulanz an. Am anderen Ende der Leitung meldet sich eine Frauenstimme und fragt:

»Wo wohnen Sie?«

»In der Kirche Saint Bernard, zwischen der *Rue Saint-Bruno*, *Rue Saint-Luc* und der *Rue Saint-Mathieu*.«

Sie muss wohl geglaubt haben, dass ich sie auf den Arm nehme.

»Wo?«, fragt sie mich erneut.

»In der Kirche!«

»Ach so, wir kommen.«

Mit anderen Frauen blieben wir an der Seite der Freundin, damit sie sich besser fühlte. Die Ankunft des Krankenwagens entfesselte die Meute der Journalisten vollends. Die Frauen trieben sie zurück, entsetzt und ohne Verständnis dafür, warum man unbedingt eine in den Wehen liegende Frau fotografieren muss. Die Journalisten wichen zurück, filmten aber trotzdem die Abfahrt des Krankenwagens. Schließlich verlief alles gut.

Es war das sechste Kind, das in unserem Kampf zur Welt gekommen war. Ein Mädchen!

Um 15 Uhr treffen sich Sans Papiers vor allem asiatischer Herkunft in Pajol und kommen vor die Kirche, um die Gründung des nunmehr dritten Pariser Kollektivs zu verkünden, nach unserem und dem der Kirche Saint-Hippolyte im 13. Arrondissement.

Um 18 Uhr ruft mich der ehemalige Kultusminister Jack Lang auf meinem Handy an: »Ich habe mit dem Staatspräsidenten telefoniert und ihn gebeten, die Situation noch einmal zu überprüfen – das ist ja alles dramatisch. Chirac scheint gespalten zu sein. Er hat mir versprochen, in ein oder zwei Tagen zurückzurufen. Ich habe ihm vorgeschlagen, einen Vermittler zu benennen und so den Dialog wieder aufzunehmen. Wir warten ab.« Auch wir konnten nichts anderes tun. Die Hungerstreikenden weigerten sich, ihre Aktion abzubrechen. Und wenn sie es gewollt hätten, hätten sie es noch gekonnt? Nach so vielen Tagen im Hungerstreik hat man oft keinen klaren Kopf mehr, um überhaupt noch Entscheidungen zu treffen.

Gegen 20 Uhr machen wir, die Delegierten, wie jeden Abend mit dem Pater die Abrechnung: das Geld der Kollekte vor der Kirche, das Geld und die Schecks, die Besucherinnen und Besucher da gelassen haben oder die per Post gekommen sind – alles wird dem Pater übergeben, wir haben volles Vertrauen zu ihm.

Am Sonntag, dem 18. August, wache ich um 9 Uhr 30 auf. Ich habe richtig ausgeschlafen. Als erstes wünscht man den Hungerstreikenden einen Guten Morgen; Hamadi und Makan sind schon wach, die anderen sind unter ihren blauen Oberbetten verschwunden. Jean-Louis Machecourt, mein Pate von der Gewerkschaft CGT der Angestellten der Stadt Paris, kommt und bringt mir Croissants, wie jeden Morgen. Viele UnterstützerInnen haben mit je einem von uns eine Patenschaft als öffentliches Zeichen der Solidarität geschlossen und diese z.T. offiziell in dem zuständigen Rathaus registrieren lassen. Jean-Louis ist uns auch nach diesem Datum nahe geblieben. Seine unbedingte Treue zu unserer Sache ist entscheidend für die Verbindung, die wir mit den Gewerkschaften, insbesondere der CGT, geknüpft haben.

Der für Integration zuständige Minister, Eric Raoult, unterstützte Debré. Im Kern sagt er, es gehe darum, die illegale Immi-

gration zu stoppen, um die Integration der Legalen zu erreichen. Das Boot darf nicht zu voll werden. Eine komische Integration, die man mit auf ein Jahr befristeten Aufenthaltserlaubnissen ohne alle Garantie auf Verlängerung bewerkstelligen will!

Grußbotschaften aus allen vier Himmelsrichtungen Frankreichs und aus dem Ausland kommen zu Hauf bei uns an. Die Masse vor der Kirche wird immer größer.

Das Radio France-Info hat angekündigt, dass die Intervention der Polizei jetzt direkt bevorsteht. Gegen 20 Uhr wird unser Ordnungsdienst im wahrsten Sinne des Wortes überrannt. Alle wollen in die Kirche kommen: NachbarInnen, JournalistInnen, Abgeordnete, GewerkschafterInnen, AktivistInnen aus Unterstützungsgruppen. Der Vorsitzende der *Cimade* besucht uns und verleiht seiner Sorge um die Gesundheit der Hungerstreikenden Ausdruck. Ich falle gegen ein Uhr morgens erschöpft ins Bett und schlafe sofort ein.

Um fünf Uhr morgens wachen die Sans Papiers, die UnterstützerInnen und die JournalistInnen auf und warten aufgeregt auf die Ankunft der Polizei – aber sie kommt nicht. Nach einer Presseinformation gehen wir wieder schlafen.

Am 19. August werde ich früh morgens von Martin, einem Aktivist der Gruppe *Droits devant!!*, aus dem Schlaf gerissen:

»Madjiguène, steh auf, der Lama ist da.«

»Der Lama? Was für ein Lama? Der Dalai?«, frage ich lächelnd.

»Nein, ein anderer Lama, er spricht englisch. Du musst kommen und mit ihm sprechen.«

»Ich komme gleich.«

Der Lama hatte sich auf dem Kirchenvorplatz niedergelassen. Er betete, sang und schlug dabei einen Gong. Unermüdlich: Das konnte eine Stunde, zwei Stunden, drei Stunden dauern. Er saß da, die Augen geschlossen, als ob ihn das, was ihn umgab, nichts angehe. Die Kinder widmeten ihm neugierig und zugleich amüsiert ihre ganze Aufmerksamkeit und wiegten sich im Rhythmus seiner Musik.

Michelle, eine befreundete Lehrerin, ruft mich auf dem Handy an: »Maj, du musst einen Text für eine Konferenz schreiben, die Frauen in Berlin organisieren, über Frauen zwischen Tradition und Moderne, sie wollen etwas wissen über die Rolle, die die afrika-

nischen Frauen im Kampf von *Saint-Bernard* gespielt haben.« Ich antworte zustimmend. Es war wichtig, unseren Kampf auch außerhalb Frankreichs bekannt zu machen. Jetzt musste ich bloß Zeit dafür finden, eine Botschaft an die Frauen in Berlin zu schreiben.

Der Besuch von Robert Hue, dem Nationalsekretär der kommunistischen Partei PCF, war das nächste Ereignis. Die Menge folgte ihm in die Kirche, ebenso die JournalistInnen. Er fordert die Linke auf, sich zu mobilisieren und Druck auf die Regierung auszuüben.

Später kam eine Delegation der Freimaurerloge *Grand-Orient de France* zur Kirche, sie trugen eine Art Fahne und waren alle hoch dekoriert. Wir führten sie hinein. Der Großmeister des *Grand-Orient de France* übergab dem Präsidenten Jacques Chirac tags darauf, am 20. August, einen Brief, in dem er auf die Schwere der Situation verwies und angesichts der Dringlichkeit eine sofortige Intervention des Präsidenten selbst anregte. Ich war beeindruckt von der Kraft, die diese Männer ausstrahlten, von der Gelassenheit und Ruhe dieser Prozession aus Überzeugung. Eine gewisse Aura schien sie vor der Drängelei und der Unordnung zu schützen, die in der Umgebung der Kirche sonst zum Alltag gehörte. »Jetzt fehlt nur noch der Großmufti!«, sagte ich zu einer Unterstützerin, und wir brachen beide in schallendes Gelächter aus. Moslems empfangen Freimaurer in einer katholischen Kirche!

Waren wir nicht auf gewisse Weise dabei, Frankreich zu vereinen? Der Zug der Freimaurer schritt mit majestätischer Feierlichkeit voran, entbot den Delegierten, den Frauen und den Kindern einen Gruß, bevor er sich zu den Hungerstreikenden begab. Als sie gingen, begleitete ein langer Applaus ihren Abschied.

Einer von ihnen wurde beauftragt, mit uns in Kontakt zu bleiben, er kam jeden Tag vorbei und verfolgte mit eigenen Augen, wie die Situation sich entwickelte, bis die Kirche geräumt wurde.

Der Besuch des prominenten Arbeiterpriesters Abbé Pierre löste ebenfalls einen Ansturm von Journalisten aus. Dominique Voynet von den *Verts*, den französischen Grünen, besuchte uns ein weiteres Mal. An diesem Tag schlug Gilles de Robien, der Vorsitzende der konservativen parlamentarischen Gruppe UDF, die Bildung einer Kommission vor, die aus Vertretern der Exekutive, der Legislative und der *Sans Papiers* zusammengesetzt sein sollte.

Die Schauspielerin Emmanuelle Béart und ihre Freundin Christine Citti wollen etwas für die Kinder auf die Beine stellen. Als

wir mit ihnen diskutierten, kamen wir schnell vom Hundertsten ins Tausendste, bis wir uns gegen drei Uhr nachts schließlich schlafen legten. Ich stellte mir den Komfort ihrer Wohnungen vor, die sie verlassen hatten, um mit uns in einer besetzten Kirche zu schlafen!

Am 20. August müssen wir zwei Delegationen gleichzeitig bilden: eine auf Einladung der Gewerkschaft CGT der Müllabfuhr, die andere für ein Gespräch mit Gilles de Robien. Mit Doro und Mariama gehe ich zur CGT, Ababacar, Djenebou, Bébé und Youssouf treffen sich mit Gilles de Robien.

Auf Initiative von Robert Hue unterzeichnen 22 Persönlichkeiten, darunter Chevènement, Baylet und Jospin, eine Erklärung demokratischer Organisationen und Parteien. Sie weist Präsident Chirac auf die Schwere der Situation hin, zeigt sich beunruhigt darüber, dass Frankreichs Image bereits in Mitleidenschaft gezogen wird und verlangt vom Präsidenten, auf die Regierung dahingehend einzuwirken, »dass diese die Verhandlungen sofort wieder aufnimmt«. Bereits am Vorabend hatten Gewerkschaften ebenfalls eine öffentliche Erklärung abgegeben.

Am Nachmittag untersuchen Ärzte der Pariser Ambulanz die Hungerstreikenden auf Anordnung der Präfektur. Dr. Janniére fasst zusammen: »Es gibt noch keine gravierenden Anzeichen von neurologischen Störungen mit den entsprechenden Folgen, aber das kann von einem Moment auf den anderen kippen. Einer lehnt es seit dem 14. August ab, sich untersuchen zu lassen.« Gegen 19 Uhr haben wir schließlich die Ambulanz anrufen müssen, um ihn abtransportieren zu lassen. Moussa Keita wird zum Krankenhaus Lariboisière gebracht. Die Familien sind beunruhigt.



# Die Räumung der Kirche

## *Saint-Bernard*

Am 21. August wachte ich um acht Uhr auf. Michelle kam vorbei, um den Text abzuholen, den ich für die Konferenz in Berlin geschrieben hatte. Es war der Tag der Demonstration; wir hofften auf eine große Mobilisierung. Die gewerkschaftlichen Delegationen zogen schon eine nach der anderen auf.

### Monsieur Martin

Gegen elf Uhr rief mich ein Sans Papiers:

»Maj, da sucht dich jemand.«

Ich drehte mich um. Ein Mann, augenscheinlich von den Antillen, sprach mich an:

»Guten Tag, sind Sie Frau Cissé?«

»Ja, das bin ich!«

»Ich bin Herr Martin. Wie geht es Ihnen?«

»Danke, gut. Müde, aber die Stimmung ist gut.«

»Ich komme im Auftrag des Innenministers, Herr Debré möchte sich mit Ihnen treffen.«

Ich sah ihn ungläubig an.

»Sind Sie sicher, dass Herr Debré sich mit uns treffen möchte? Oder ist das bloß ein Witz?«

»Nein, es ist wahr.«

»Wenn das so ist, dann brauche ich aber etwas Zeit, um erst mal darüber mit den anderen Delegierten und auch mit den Familien zu sprechen!«

»Aber das muss jetzt erst mal geheim bleiben«, erwiderte er.

»Aber wir können nicht ohne Wissen der Familien ›*verhandeln*‹ oder ›*in Dialog treten*‹!«

Das schien ihm überhaupt nicht zu gefallen. Bevor er wieder ging, entgegnete er mir:

»Ich werde mit besagter Person Rücksprache halten und wir sehen uns wieder, o.k.?«

Ich erzählte es zuerst zwei Delegierten, Doro und Gaoussou, die ich in der Kirche antraf. Sie waren geteilter Meinung, misstrauisch und wenig geneigt hinzugehen. »Maj, was haben wir von Debré denn zu erwarten?« Ich diskutierte darüber auch mit einem Freund, der seinerseits fand, wir sollten positiv reagieren. Ababacar, den ich gegen 16 Uhr über sein Handy erreichte, war der gleichen Meinung: »Ja, da müssen wir hingehen.« Ich hingegen hatte kein großes Vertrauen: Was steckte hinter dieser Einladung? Was, wenn Debré die von Robien unternommenen Schritte unterlaufen wollte? War es etwa eine Falle? Zig Fragen gingen mir durch den Kopf. Allein hingehen oder mit »Zeugen?« Man weiß ja nie, sie können etwas vor dir äußern und es später wieder abstreiten.

Ich rief Herrn Martin zurück und sagte ihm, dass zwei Beobachter mitkommen würden. Er versprach sich zu erkundigen und rief mich zurück: »Die Antwort lautet Nein. Der Minister möchte nur Vertreter der Sans Papiers empfangen.« – »Das ist ja was ganz Neues!« dachte ich. Wir waren beunruhigt: Jeden Tag gab es neue Ausweisungsbescheide – und nun das! Wir, die wir von Heiligen umgeben waren, wussten nicht mehr, an welchen Heiligen wir uns jetzt noch wenden sollten!

## Das Huhn und das Handy

Nachdem wir ernsthaft untereinander diskutiert und das Für und Wider abgewogen hatten, entschieden wir uns dafür, Jean-Louis Debré zu treffen. Babacar, Youssouf und ich sollten hingehen. Gaoussou war in Pajol, er konnte aufgrund seiner besonderen *afrikanischen* Vorbereitung erst später kommen. Wir durften schließlich auf keine unserer Waffen verzichten, selbst auf die mystischsten nicht. Gaoussou war nämlich derjenige unter den Delegierten, der für unsere ganz geheime Arbeitsgruppe »*Commission Marabout*« zuständig war – so jedenfalls nannten wir sie, wenn wir unter uns waren, öffentlich sprachen wir nicht davon.

Zweifellos gehört in unserem Kampf mit all seinen unterschiedlichen Formen die metaphysische Dimension zu den am wenigsten erforschten Aspekten. Jean-Pierre, der Schatzmeister der Eisenbahner-CFDT der Rue Pajol, der immer unseren Schatzmeister Gaoussou kontaktierte, wenn Geldangelegenheiten zu regeln wa-

ren, wunderte sich, dass es Rechnungen gab, die über ein einziges Huhn ausgestellt waren. Mit seiner westlichen Rationalität konnte er es einfach nicht begreifen: »Man kauft doch nicht ein Huhn für 300 Leute. Entweder kauft man gleich 50 oder 100 Hühner oder überhaupt keins!«

Ich sah ihn an und überlegte. Was sollte ich ihm antworten? Dass Gaossou das Huhn auf die dringliche Empfehlung des Marabut gekauft hatte? Ich weiß nicht, ob unser Begriff »Marabut« die Sache eigentlich trifft. Eher handelt es sich um eine Art Hellseher, den die Familien regelmäßig befragen, um zu erfahren, welche Zukunft unserem Kampf beschieden ist und vor allem, welche Opfer zu bringen sind, damit bestimmte Probleme nicht auftreten können. Im afrikanischen Volksglauben hat das Opfer eine große Bedeutung. Ein schlechtes Omen kann abgewendet werden, wenn man Bedürftigen gibt, was man gerade geben kann, wie Lebensmittel, ein wenig Geld, Kolanüsse, Kleidung usw. Gaossou verpasste kaum eine Gelegenheit, uns manchmal in Erinnerung zu rufen: »Unsere Traditionen dürfen wir nicht vergessen, bloß weil wir in Europa leben. Solange wir niemanden damit stören, ist das doch kein Problem.« Gaossou war jemand, der eine große Vernunft besaß, ein richtiger Weiser. Er war von ruhiger Natur, und selbst wenn Vollversammlungen turbulent wurden, regte er sich nie auf, sondern bemühte sich die Gemüter wieder zu beruhigen. Da er abgelehnter Asylbewerber aus Mali war, setzte er sehr auf diesen Kampf, der ja schließlich auch seine eigene Situation verändern sollte. Penibel achtete Gaossou darauf, dass die »Vorschriften« des »Marabut« genauestens eingehalten wurden. Alle möglichen Formen ritueller Opfer wurden durchexerziert, vom aus der Normandie stammenden Widder, der nach esoterischen Kriterien ausgesucht worden war, über winzige Fischlein, deren Gräten wir nach dem Essen wieder abzugeben hatten – Touré, der Koch, sammelte die Gräten nach der Mahlzeit ein ...

Doro, einer der Delegierten, begann einmal ein Treffen mit der Warnung: »Hey, wartet mal, bevor ihr anfangt! Lasst uns erst einen Widder kaufen, in drei Teile zerlegen und an drei verschiedene Moscheen verteilen!« Islam und animistische Praktiken gingen hier Hand in Hand. Und dieser metaphysische Glaube hat auf beachtliche Weise dazu beigetragen, die Hoffnung und damit auch unsere Moral aufrechtzuerhalten. Einer unserer Marabuts hat selbst keine

Papiere und gehört zur Familie. Macalou kommt aus der Region Kayes in Mali und ist von seiner Herkunft her Malinke. Vor zehn Jahren ist er, nach Zwischenstationen in Libyen, Senegal, Gambia, Mauritien und Portugal, nach Frankreich gekommen und stieß schon ganz am Anfang des Kampfes zu den anderen Sans Papiers. Wie die meisten seiner Landsleute hat er auf dem Bau oder in der Gebäudereinigung gearbeitet. »Das sind Gaben, die ich von meiner Mutter geerbt habe. Ich sehe in Kaurimuscheln und sage, was ich sehe. Es reicht aber nicht, diese Gabe zu erben, einen Großteil des Wissens muss man lernen. Aber die Voraussetzungen dafür müssen schon da sein. Die Opfer sind dazu da, dich zu beschützen, das ist alles. Am Anfang haben die Sans Papiers mich nicht ernst genommen, die meisten kannten mich nicht. Aber jetzt respektieren mich alle. Ich bin zum Vertrauten vieler Genossen geworden, die zu mir kommen, wenn sie Tipps oder Ratschläge für dieses oder jenes Problem brauchen. Träume spielen in allem, was wir machen, eine große Rolle. Oft träumen wir Dinge, die im nachhinein Wirklichkeit werden. Wenn ich im Traum sehe, dass wir ein Opfer machen sollen, sage ich es, und wir machen es. Opfern, das ist wie ein Hindernis wegräumen, das den Weg versperrt.« Heute hat er Papiere, aber er unterstützt die anderen auch weiterhin: »Ich kann sie doch nicht auf halber Strecke allein lassen!«

Diejenigen, die am meisten an diese animistischen Praktiken geglaubt haben und von ihnen überzeugt waren, sind niemals vor Gericht gekommen, das sollte noch erwähnt werden, und dieser Zufall war für einige der Beweis dafür, wie hilfreich diese Opfer doch waren.

Für mich war das Nebeneinanderbestehen dieser uralten animistischen Praktiken und der Spitzentechnologie in Form von Internet-Seiten und Handy – dem typischen Erkennungszeichen des angesagten Sans-Papiers-Sprechers – ein Sinnbild unseres Kampfes.

Es drückte gleichzeitig auf der einen Seite die Kluft aus zwischen unserem ausgetrockneten, aber ums Überleben kämpfenden Afrika und dem Rest der Welt, der entschlossen schien, uns ohne Umschweife den Rücken zu kehren, und auf der anderen Seite die Fähigkeit dieses Afrikas, seine eigenen Trümpfe auch in der modernen Welt auszuspielen. So haben wir überzeugende Zeichen davon, was unser Kampf ist, in gewisser Weise nämlich ein Kampf

für ganz Afrika, dieses mysteriöse Afrika, das wir würdig vor den selbstgefälligen Nachkommen der einstigen arroganten Kolonialherren verkörpern.

## Dialog mit Tauben

Als wir an der *Place Beauvau* ankommen, warten vor dem Innenministerium schon Journalisten auf uns, jeder möchte uns Fragen stellen. Wir lassen sie links liegen. Am Eingang des Ministeriums fragt ein Polizist:

»Ihre Papiere?«

Wir müssen lachen:

»Aber wir sind doch die Sans Papiers!«

Polizisten begleiten uns bis in den Warteraum, in dem wir ungefähr fünf Minuten bleiben. Dann öffnet sich die Tür. Debré begrüßt uns auf seine Weise: »Ich freue mich, Sie zu sehen.«

Wir stehen Debré gegenüber! Zu seiner Rechten befindet sich der Vorsitzende seines Kabinetts Besse und zu seiner Linken Xavier Emmanuelli, der Minister für humanitäre Aktion.

Vorab weist Jean-Louis Debré darauf hin, dass bereits Regierungssitzungen betreffs unserer Situation stattgefunden haben und dass er unsere Erklärungen in den Medien verfolgt hat. Nachdem er uns ein paar Fragen zur aktuellen Situation gestellt hat, kommt er darauf zu sprechen, dass die Aufnahme anderer in Frankreich eine lange Tradition habe, die »sich im Laufe der Jahrhunderte mit der Aufnahme anderer Nationalitäten herausgebildet hat«. Aber er erinnert uns auch daran, dass es das Gesetz gibt und dass die Regierung gehalten ist es anzuwenden. Wir hören ihm zu, wie er über dieses Frankreich als Aufnahmeland doziert, das augenscheinlich doch auswählt, wen es denn aufnehmen will. Er zählt auf, in welchen Fällen eine Legalisierung möglich sei, seine Regierung handele ja schließlich mit einem Höchstmaß an Menschlichkeit. »Ich habe die Präfekten zusammengebracht und per Erlass habe ich sie gebeten, die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen, damit Eltern französischer Kinder legalisiert werden. Was diese betrifft, wird es also nicht die geringste Schwierigkeit geben. Wenn es in der Kirche Menschen geben sollte, die an schweren chronischen Krankheiten leiden, würden wir sie für die Dauer ihrer Krankheit

behandeln lassen.« Er sichert uns ebenfalls zu, seine Regierung werde keine schwangeren Frauen zurückschicken, obwohl er sie lieber in einem Krankenhaus als in einer besetzten Kirche sähe. Aber für abgelehnte Asylbewerber sehe er keinerlei Lösung.

Abacabar ist es dann, der mit der Gegenrede beginnt: »Meine Herren Minister, wenn wir noch immer hoffen, dann deshalb, weil wir uns mit einer bestimmten Idee von Frankreich verbunden fühlen. Frankreich mit seiner Tradition als Land der Aufnahme und des Asyls, das Land, das für den Respekt der Menschenrechte steht.« Dann zerpflückt er das Communiqué vom 26. Juni, in dem die Legalisierung von 22 von uns angekündigt wurde; er hebt hervor, dass hier andere Personengruppen als die von Debré genannten legalisiert worden sind, darunter auch ein abgelehnter Asylbewerber. Debré geht nicht darauf ein, er lehnt es kategorisch ab, abgelehnte Asylbewerber zu legalisieren. Er teilt uns mit, er habe sich an den *Conseil d'État*<sup>1</sup>, den Staatsrat gewendet, um von diesem Aufklärung über die verschiedenen Möglichkeiten der Gesetzesinterpretation zu erhalten. Wir machen ihn darauf aufmerksam, dass sich unter den Abgelehnten auch Eltern französischer Kinder befinden. Daraufhin antwortet Emmanuelli, dass sie in diesem Fall die Einzelfälle mit der größtmöglichen Menschlichkeit prüfen, das Gesetz human anwenden und die Anträge auf ihre Besonderheiten hin noch einmal durchsehen werden. Debré betont ein ums andere Mal, wie gnädig die Regierung doch sei: »Denn wenn wir rigide wären, dann gäbe es gar keine Legalisierung.«

Ich hatte den Eindruck, dass sich alle nur noch wiederholten. Wir wollten auf die Willkür hinaus, die bei der Behandlung der ersten Anträge erkennbar war, auf die sehr kurze Zeit, die der Prüfung jedes einzelnen Antrages beigemessen wurde, und vor allem erklären, dass die Pasqua-Gesetze nicht gerecht waren, dass sie Sans Papiers produzierten und zu Dramen führten wie dem, das wir gerade durchlebten, dass wir ein Moratorium bräuchten, das alle Maßnahmen zur Abschiebung aufheben müsse, und dass Repression sowieso keine Lösung darstellte ... Unsere Gesprächspartner beharrten auf der Anwendung des Gesetzes, das wir nicht in Frage zu stellen hätten, sonst gäbe es weder Republik noch Demokratie,

---

1 Der Conseil d'État ist einerseits Frankreichs oberstes Verwaltungsgericht, andererseits Beratungsgremium der Regierung bei Fragen zu Gesetzen und Verordnungen, das z. B. alle Gesetzesvorlagen der Regierung prüft.

man könne doch schließlich nicht über »die Nicht-Anwendung des Gesetzes verhandeln«. Der Innenminister beendete das Gespräch dann mit den Worten: »Ich habe Ihnen zugehört, habe Ihnen den Standpunkt der Regierung erläutert. Darüber hinaus gebe ich Ihnen keine Garantie. Ich warte die Stellungnahme des Staatsrates ab.«

Alles in allem sprachen wir nicht dieselbe Sprache, obwohl die Diskussion vom Anfang bis zum Ende auf Französisch und nicht auf Soninké oder Wolof geführt worden war. Nach Informationen, die wir im Nachhinein erhielten, war zu dem Zeitpunkt, als Debré uns empfing, die Entscheidung über die Räumung der Kirche schon gefallen.

Am Ausgang versuchten Journalisten uns ein oder zwei Sätze zu entlocken. Wir wollten eigentlich erst am Ende der Demonstration vom Treffen berichten. Jetzt aber mussten wir ihnen sofort schon etwas sagen, fand ich. Es war schon gegen 18 Uhr, die Fernsehsender brauchten jetzt Bilder und Reaktionen für ihre Nachrichtensendungen um 19 und 20 Uhr, und die Journalisten der Printmedien wollten ihre Texte bis zum Redaktionsschluss fertig haben.

Anschließend schafften wir es gerade noch, uns in die Demonstration einzureihen, die sich bereits wieder in Richtung *Saint-Bernard* bewegte. Neue Organisationen und Persönlichkeiten waren da, am meisten aber freuten wir uns darüber, wie viele wir waren, 20.000 Menschen waren gekommen! Was für eine triumphale Ankunft in *Saint-Bernard*, die umliegenden Straßen waren schwarz – pardon, weiß – vor Menschen!

## Ein ganz besonderer Tag

Der 22. August wurde ein langer Tag. Um sieben Uhr gab ich mein erstes Interview, es war für RTL, und diverse andere folgten.

Ich sorgte mich noch immer um die Hungerstreikenden. Zusammen mit Ariane suchten wir sie auf. Sie wollten immer noch nicht aufhören. Hamadi Camara sagte mir leise: »Und wenn ich sterbe, dann sterbe ich würdevoll.«

Am Abend fällte der Staatsrat sein »Urteil«. Man hatte ihn befragt, welche Möglichkeiten der Legalisierung Menschen ausländischer Nationalität hätten, die nicht aus der Europäischen Union kommen und eines der folgenden Kriterien erfüllten:

1. wer Elternteil eines nach dem 1. Januar 1994 in Frankreich geborenen Kindes ist
2. wer laut definitiver bzw. in Berufung bestätigter Entscheidung der OFPRA keinen Anspruch auf den Flüchtlingsstatus nach Gesetz 52-893 vom 24. Juli 1952 besitzt
3. wer Ehepartner oder Kind eines in Frankreich ansässigen Ausländers ist
4. wer einen anderen nahen Verwandten (nicht Ehepartner oder Eltern) hat, der in Frankreich ansässig ist
5. wer seit mehreren Jahren auf französischem Staatsgebiet ansässig ist
6. wer mit einem Visum für einen Kurzaufenthalt eingereist ist, das inzwischen abgelaufen ist.

Die Antwort des Staatsrates begann mit einigen allgemeinen Betrachtungen: »Zuallererst ist festzustellen, dass es ein »Recht auf Legalisierung« nicht geben kann, da dies ein Widerspruch in sich selbst ist.

Eine Legalisierung kommt per Definition nur dann in Betracht, wenn jemand für seinen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis keine Rechtsansprüche besitzt, ansonsten würde es ausreichen, diese geltend zu machen. Die alleinige Entscheidungsgewalt über eine Legalisierung hingegen hat die Verwaltungsbehörde, außer Gesetze verbieten es ihr ausdrücklich, was in den in der Anfrage erwähnten Fällen nicht zutrifft.«

Darauf folgten Präzisierungen: Erstens gibt es bei keinem der aufgelisteten Kriterien einen Rechtsanspruch auf einen Aufenthaltstitel. Zweitens ist die Verwaltung nicht verpflichtet, ein Legalisierungsgesuch abzuweisen oder anzunehmen. Gleichwohl ist ihr Ermessensspielraum enger, wenn der Antragsteller besondere Umstände geltend machen kann, zum Beispiel ein geregeltes Familienleben.

Drittens fällt die Verwaltung ihre Entscheidung in Fällen wie den aufgeführten nach dem Grundsatz der Zweckmäßigkeit. Handelt es sich um Kranke, deren Abschiebung gravierende Folgen für ihre Gesundheit haben könnte, darf ihnen die Verwaltung einen Aufenthalt nicht verweigern.

Und schließlich soll es in der Regel für die Verwaltung keine Rolle spielen, wie lange sich jemand schon in Frankreich aufhält. Aber AusländerInnen, die seit mehr als 15 Jahren gewohnheits-



mäßig oder seit mehr als 10 Jahren regulär in Frankreich sind, sind durch Artikel 25 der Verordnung vom 2. November 1945 vor Abschiebung geschützt.

Indem der Staatsrat klar stellte, dass die Regierung selbst darüber zu befinden habe, wen sie legalisieren wolle, lehnte er es zwar ab, einen Rechtsanspruch auf Legalisierung anzuerkennen. Im Kern jedoch antwortete der Staatsrat auf die Anfrage der Regierung mit einer gewissen Ironie, indem er die Verantwortung schlicht und einfach an die Regierung zurückgab – eine so banale wie einleuchtende Stellungnahme. Gerade weil die Antwort auf einer formalen Ebene blieb, wurden die Dummheit, Böswilligkeit und vor allem die Scheinheiligkeit der Anfrage bloßgestellt. Der Regierung ging es offenkundig allein darum, eine bereits beschlossene Räumung um jeden Preis zu legitimieren.

Juppé bestätigte das noch am selben Tag: »Für die Familien, die Kranken und die, die aus gesundheitlichen oder familiären Gründen hier sind, werden wir eine Lösung finden.« Das bedeutete im Klartext: »Die anderen: raus!« Kurzum, eine Rede, die zum wiederholten Mal die betont abschätzige Haltung dieses Premierministers unter Beweis stellte. Ich weiß noch, wie ich ihn im Fernsehen gesehen und mir gesagt habe: »Er ist doch seltsam, dieser Juppé. Seine Persönlichkeit macht einen ganz kleinlaut. Wenn man ihm zuhört, bekommt man den Eindruck von Banalität, von komplettem Fehlen von Originalität und Ehrgeiz, und man stellt sich vor, wie man selbst wohl als Premierminister wäre. Eine Ansprache nur um zu zeigen, dass es den Premierminister auch noch gibt.«

Die Gerüchte nehmen ihren Lauf ... »Sie werden kommen. Und zwar bald.« Mitten auf der Kreuzung der Rue Affre und der Rue Saint-Bruno wird diskutiert. Aber es bleibt ruhiger als in der überfüllten Kirche. Eine Beendigung des Hungerstreiks wäre politisch und strategisch ein Gewinn für uns. Was aber wäre damit gewonnen, wenn die Polizisten die Hungerstreikenden räumten? Alle stellen sich Fragen. Léon: »Was tun, wenn sie kommen? Die Hungerstreikenden schützen, sich mit ihnen anketten?« Emmanuelle: »Nein, das hieße, die Räumung von Menschen zu verhindern, die ihr Leben dafür riskieren.«

Die Kirche ist zum Bersten voll. Die Hungerstreikenden sind gut geschützt. Lansana, ein Mauretanier, gibt ängstlich auf sie Acht, verbietet sie zu wecken und ist immer bereit, auch ihre kleinsten

Bitten zu erfüllen. Enttäuscht und traurig darüber, dass er sie nicht hatte überzeugen können aufzuhören, hatte er angeboten, sich dann eben um sie zu kümmern.

Es ist Mitternacht, ich gehe erst mal bei Claude und Gilles duschen, zwei Freunden, die mir den Schlüssel zu ihrer nicht weit von der Kirche entfernten Wohnung gegeben hatten, bevor sie in den Libanon in Urlaub gefahren waren. Ich ziehe mich um, und als ich dann nach *Saint-Bernard* zurückgehe, bin ich zwar immer noch in meinen Gedanken ohne Lösung vertieft, aber fühle mich zumindest ein bisschen frischer und weniger angespannt.

Ich schaue bei Momo vorbei. Seit einigen Tagen verbrachte einer der Sans Papiers die Nacht in Momos Büro in der *Association des travailleurs marocains en France*. Das Büro befindet sich direkt neben der Kirche in der Rue Affre. Für uns war es sehr praktisch, dass es gleich nebenan war, so konnten wir hier dringende Treffen abhalten, Anrufe erledigen, Faxe schicken und empfangen. Ich hatte Momo gefragt, ob es möglich sei, Ismael »in Sicherheit zu bringen«, einen Unverheirateten, der sich gerade von einer langen Krankheit erholte. Für Momo war es überhaupt kein Problem, ihn im Büro übernachten zu lassen. Dort befand er sich auch am Tag der Räumung und wurde von der Polizei nicht belästigt. Auch andere Nachbarinnen und Nachbarn, »Durchschnittsfranzosen«, wie Momo sagte, boten an, Sans Papiers zu verstecken, die in einer noch gefährlicheren Lage waren. Diese spontane Unterstützung, diese freundliche Hilfsbereitschaft von französischen Bürgerinnen und Bürgern, die Risiken auf sich nahmen, um uns zu schützen, hat uns tief berührt.

Gegen ein Uhr morgens lege ich mich mit meiner Tochter nicht weit von den Hungerstreikenden, von Nadine, einer Frau der »Unterstützung«, und von Lansana schlafen. Armand kommt und plaudert ein bisschen mit uns, wir flüstern, um die Schlafenden nicht zu wecken! Brigitte Plaza, eine unserer Anwältinnen, gesellt sich, ihre Decke unter dem Arm, zu uns:

»Maj, ich mache mir Sorgen, gib mir doch deine Telefonnummer in Dakar.«

Ich sehe sie an, wie jemand, der nichts versteht.

»Hast du kein Telefon in Dakar?«, fragt sie mich. Wir fangen an zu lachen, sie auch.

»Weißt du, Brigitte, noch bin ich da, sie können mich ja nicht ohne Verurteilung abschieben.«

»Ach ja, stimmt, du hast Recht.«

Oh je, oh je. Wir sind alle ganz schön müde. Wir plaudern noch ein bisschen und legen uns dann schlafen.

## Morgengrauen

Freitag, 23. August, kurz vor sechs Uhr. Fatou, meine älteste Tochter, kommt zu mir und tippt mir auf die Schulter, um mich zu wecken. Seit wann ist sie wohl schon auf?

»Mama steh auf! K. hat mir gesagt, ich soll dich wecken. Unsere ›Scouts‹ haben Polizeieinheiten der CRS auf der *République* und bei *Barbès* bemerkt. Er sagt, sie wollen uns gleich räumen!«

Ich höre ihr zu, verschlafen wie ich bin, und lege mich dann wieder hin, so müde und erschöpft bin ich von diesen letzten zehn Tagen, die wir unter Hochspannung verbracht haben: Alarm, Fehlalarm, Gerüchte, Bullen, Spitzel, Geheimdienste. Und die Kirche, in der immer Hochbetrieb ist. All die Probleme, die es täglich zu lösen gilt, Leute, die es gut meinen, dich aufhalten, um dir dieses oder jenes zu sagen, manchmal ein Detail, das aber wichtig werden kann. Gegen 6 Uhr 25 ruft mich ein Unterstützer auf dem Handy an:

»Maj, es ist so weit, sie kommen und dieses Mal ist es sicher!«

Ich bin sofort auf den Füßen (seit mehr als zehn Tagen schlafen wir angezogen), lege meine Decke zusammen, stecke sie in die Tasche, wecke Doro, einen der Delegierten, und sage ihm, dass er auch die anderen wecken soll.

»Steh auf, die Bullen kommen!«

»Ach, seit zehn Tagen heißt es, die Bullen kommen, Madjiguène.«

»Mich hat gerade wer angerufen, zu dem ich volles Vertrauen habe!«

Er will sich wieder hinlegen, aber ich sage ihm, dass es diesmal sicher ist.

Ich gehe hinaus, vor der Kirche ist schon eine große Menge. Ich greife zum Megafon, immer noch nicht ganz wach, und frage sie auf Wolof:

»Habt ihr gut geschlafen?«

Das ist meine übliche morgendliche Begrüßung. Lachen macht sich breit. Ich übersetze schnell auf Französisch, darauf erneutes Lachen.

»Wir haben folgende Information erhalten: Die Bullen kommen. Seit fünf Monaten kämpfen wir nun, und ihr mit uns – und immer in Würde. Lasst uns auch jetzt würdevoll bleiben, lasst euch nicht provozieren, bleiben wir ruhig, damit es nicht zu großen Polizeiübergriffen kommt!«

Als ob es möglich wäre, ruhig zu bleiben in so einer Situation! Der Begriff Würde war in unseren Augen sehr wichtig. Ich dachte in diesem Moment daran, was uns Hamadi Camara, einer der Hungerstreikenden, am Vorabend gesagt hatte. Ich erinnere mich an keine Rede von Hamadi, in der nicht die Würde im Mittelpunkt stand. So als zähle für ihn nur die Würde, als kämpften wir allein für sie!

Als ich wieder in die Kirche komme, sind alle schon aufgestanden und stellen die Stühle für die »Messe« auf: Szenario zwei also. Die Kinder, noch dösiger und überrascht vom brutalen Wecken, gucken die immer nervöser werdenden Erwachsenen mit großen Augen an. »Schnell, schnell, die Stühle!« Die Kette funktioniert gut, die Stühle werden über die Köpfe hinweg weitergereicht.

Währenddessen bauen Unterstützerinnen und Unterstützer mit Hilfe einiger Sans Papiers Barrikaden vor den Türen auf, aber es werden nur lächerliche Barrikaden. In einer Kirche besteht das zur Verfügung stehende Mobiliar eben nur aus Bänken und Stühlen.

7 Uhr 56: Gewaltige Stöße lassen die hintere Tür erbeben. Die Schneiden der Äxte von Jean-Louis Debré blitzen durch das zerberstende Holz. Die Tür gibt nach. Eine Meute Wahnsinniger, im Stil Krieg der Sterne, dringt in die Kirche ein. Die Polizeikräfte können sich den Weg nur frei machen, indem sie die Stühle einen nach dem anderen über ihre Köpfe hinweg hinter sich auf den Kirchenvorplatz schmeißen. Seit sie drinnen sind, hat sich ein Geruch von Tränengas über alles gelegt. Die Nasen jucken, die Augen tränen.

Etwa 15 Bullen bilden eine Kette vor den zehn Hungerstreikenden.

Die Frauen packen die Sachen: Schürze, Utensilien und Saugflasche, alles wird in Taschen verstaut.

Die Kameras filmen, Blitzlichter leuchten auf.

Journalisten der Printmedien »spazieren« mit Block und Stift in der Hand herum.

Die »Messe« beginnt. Pater Coindé liest die berühmte Rede von Martin Luther King: »Ich hatte einen Traum.«

Ein Bulle reißt ihm das Mikrofon aus der Hand. Die Frauen spucken ihre Wut und ihre Entrüstung aus. Ich versuche sie zu beruhigen, es gelingt mir nicht. Und Khady:

»Ist das hier Frankreich, das Asylland? Ihr seid schlimmer als die Deutschen! Ihr habt uns ausgeplündert und kolonialisiert, und das hier soll wohl die Wiedergutmachung sein, Tränengas für die Kinder!«

Die Frauen in so einem Zustand zu sehen macht mich ganz fassungslos. Ich, die ich doch zur Ruhe aufgerufen hatte, fange nun auch an die Bullen zu beschimpfen:

»Ihr Schweine! Ist das eure Demokratie? 2000 CRS gegen 300 Menschen, Tränengas für die Kinder?«

Und Doro, noch ganz durcheinander vom brutalen Wecken, zeigt auf seine Uhr und schreit die Polizisten an:

»Ein Baby von 7 Tagen und Tränengas, danke für die Demokratie!«

Im hinteren Teil der Kirche zerstören etwa 20 Gendarmen das Parkett mit Spitzhacken, buddeln ein großes Loch und verscharren darin unsere Vorräte, Bänke, Taschen, alle möglichen Gegenstände. Als ich hinausgehe, sehe ich Fotografen rund um das Loch. Jetzt erst begreife ich, was da in Szene gesetzt werden soll: »Schwarze Wilde«, die aus der Kirche zu evakuieren humanitär geboten und letztlich nur zu ihrem Besten sei. »Sehen Sie doch selbst, in welchen Zustand sie das religiöse Gebäude gebracht haben, das sie aufgenommen hat!«

Wie traurig!

Plötzlich fährt ein Sans Papiers auf, schwingt einen Stuhl, stürzt sich damit auf die Bullen. Alle schreien auf! Man versucht, ihn zurückzuhalten.

»Lass doch, Maj, wir sterben doch sowieso alle, wir haben nichts mehr zu verlieren!«

Ich reiße ein Mädchen aus den Armen ihres Vaters, der zu nah an der ganzen Szene steht, und gebe sie ihrer Mutter, die zu weinen anfängt. Auch Fatou explodiert jetzt.

»Mama, siehst du die Kinder, die ersticken doch! Guck mal, Oumou!«

So heißt das erste vor zwei Wochen in der Kirche geborene Baby.

»Guck mal, Mama, sind das Menschen?«

Auch sie fängt an zu weinen.

Ich tröste sie, sage ihnen, dass sie stark bleiben sollen.

Stutzig macht mich dann, wie sich einer von unseren Leuten verhält. Er geht wie selbstverständlich zwischen den Polizisten und Gendarmen hin und her, kein bisschen unruhig, als ob nichts passieren würde. Fatou ist das auch aufgefallen.

Hinter uns haben die Bullen mit dem Sortieren begonnen. Zuerst die Weißen, sie trennen uns, reißen die Weißen aus der Kette. Wir hatten uns inzwischen, eingehakt wie wir waren, auf den Boden gesetzt. Wer sich widersetzt, wird geschlagen.

Diese Sortiererei hat dazu geführt, dass die Bullen Sans Papiers haben laufen lassen. Ja, auch unter den Weißen gibt es Sans Papiers. Und unter den Schwarzen, die in Vincennes inhaftiert und mit uns in Polizeigewahrsam genommen werden sollen, befinden sich auch Franzosen!

Gegen 9 Uhr 10 sind die meisten Sans Papiers – oder genauer gesagt die meisten Schwarzen – schon in den Bussen, die vor der Kirche parken, einige Frauen stehen noch auf dem Kirchplatz. Ich werfe einen letzten Blick auf die leere Kirche, als mich ein Bulle schubst: »Los, schnell!«, ein anderer stellt mir ein Bein, und schon liege ich auf den Treppenstufen. Sie packen mich zu viert an Armen und Fußgelenken. Als ich in Dakar zur Grundschule ging, daran musste ich denken, hieß diese Bestrafung »vier Burschen«: Vier Schüler überwältigten den Missetäter, damit der Lehrer ihm die »verdiente« Bestrafung verabreichen konnte. Dies hier war der erste »vier Burschen« in meinem Leben. Es reicht also doch nicht, in der Schule brav zu sein!

Sie werfen mich in einen Bus, in dem schon die letzten aus der Kirche Geräumten sitzen. Ich stehe auf, versuche wieder hinauszuspringen und verlange, mit meiner Tochter zusammen abtransportiert zu werden. Ein Bulle sagt: »Wir müssen ihre Tochter finden.« Sie wurde auf dem Kirchplatz von anderen festgehalten. Ich schreie: »Ohne meine Tochter fahre ich nicht!« Schließlich lassen sie sie zu mir. Sie steigt in den Kleinbus, in dem wir schon mit etwa 15 Personen eingepfercht sind.

## Im Abschiebegefängnis von Vincennes

Es geht nach Vincennes, ins Abschiebegefängnis, wo wir gegen 9 Uhr 50 ankommen. In der Zwischenzeit informierten wir per Handy die Journalisten. Als wir noch in der Kirche waren, interviewten uns Journalisten, die nicht mehr reingekommen waren, über das, was drinnen passierte. Ebenso im Bus. Ich beantwortete Fragen der Presseagentur *Reuters*, der *Frankfurter Rundschau* und des *Parisien*.

Beim Aussteigen aus dem Bus reißen mir die Bullen das Handy aus der Hand. Ich protestiere vergeblich. Sie nehmen uns auch unsere Taschen ab und kleben Etiketten darauf, aber zum Großteil mit falschen Namen. Soma heißt jetzt Karabinta, und Fatou nennt sich Abdallah. Obwohl sie Papiere hatte. Aber sie machte nicht darauf aufmerksam, sie hielt sich bloß an die Abmachungen, das war ihre neue Erfindung. Während unserer letzten Vollversammlungen in der Kirche war vage davon die Rede gewesen, unsere Identität nicht preiszugeben. Ich glaube, dass sie es aber vor allem gemacht hat, um bei mir bleiben zu können. Weil sie ja keine Sans Papiers war, hätte sie nach der Personenfeststellung, die erst bei unserer Ankunft in Vincennes stattfand, freigelassen werden müssen.

Ein großer Raum, mit Tischen voll von Anträgen: Es sind die Anträge, die wir im Mai eingereicht hatten. Hinter jedem Tisch ein Polizist.

»Wie heißt du?«

»Ah, da ist der Antrag ja!« sagt der Polizist am Nebentisch.

Ich mache eine Runde durch den ganzen Raum und erinnere alle an die Abmachung bezüglich unserer Identität.

Eine Polizistin: »Isoliert mir diese Frau, das ist ihre Sprecherin.«

Ich sehe sie abschätzig an: »Warum denn isolieren? Ist sie denn gefährlich?«

»Nein«, sagt sie und zuckt mit den Schultern.

Eine Polizistin nimmt mich zum Filzen mit in eine Art Wohnwagen direkt neben dem großen Raum, sie ist sehr aggressiv und es macht ihr Spaß, mich zu verletzen:

»Los, schnell, das ist wohl die Sprecherin, der es die Sprache verschlagen hat?«

Ich habe mich in der Tat geweigert, meine Personalien anzugeben. Ich bekam nur ein Plastikarmband mit einer darauf geschrie-

benen Nummer. Ich war anonym geworden, ich wurde als *Frau X* registriert.

»Los, mach schneller, zieh dich aus, alles runter. Jetzt ist es aus mit den schlauen Sprüchen, oder? Jetzt wird es ernst, was?«

Das also machen sie aus deiner Würde, und das war es auch, woran sie sich ergötzte, man konnte es an ihrer Miene ablesen, die ganze Demütigung, die sie mich spüren ließ; nie zuvor war es mir so ergangen, so ohnmächtig vor der nackten Macht. Und immer wieder schlüpfrige Anspielungen:

»Komm schon, wir sind doch unter Mädels, oder? Kein Problem!«

Plötzlich öffnet sich die Tür des Wohnwagens und meine Tochter wird hereingestoßen. Als sie mich nackt dastehen sieht, schreit sie: »Mama!« Und die andere, immer zufriedener:

»Los, mach's wie sie, schnell, schnell. Keine Zeit zu verlieren! Los, runter damit, alles ausziehen!«

Die Vorstellung ging weiter.

»Gut so. Los, wieder anziehen! Achtung, einen BH zieht man richtig herum an! Los, kommt mit, alle beide, wir gehen!«

## Der Nachrichtendienst

Gegen elf Uhr verlassen Fatou und ich in einem Kastenwagen mit drei anderen Sans Papiers von *Saint-Bernard* das Abschiebegefängnis von Vincennes. Wir tragen Handschellen, eine an die andere gefesselt, ihr rechtes Handgelenk an mein linkes. Ich bin zumindest froh, meine Tochter an meiner Seite zu haben. Wir wechseln ein paar Worte mit den anderen. Gegen 11 Uhr 30: Ankunft in der *Cité*, der Polizeipräfektur von Paris. Das ist ein Ort mitten in Paris, den wir jetzt gut kennen, dieses Viertel der *Cité*, der Präfektur und des Gerichtes. Wir steigen aus dem Kastenwagen aus, immer noch an den Händen gefesselt. Flur, Aufzug, 5. Etage, Flur. Ich lese auf einem Schild: *12. Section des Renseignements généraux*, 12. Einheit des Nachrichtendienstes; Büros zu beiden Seiten des Flures. Sie sperren uns in einen Käfig, den sie selbst auch so nennen. Fatou und ich landen im selben Käfig. Zehn Minuten später kommen sie uns holen.

In einem Büro ein Tisch, Stühle, eine Waage. Man misst uns, wiegt uns, nimmt uns die Fingerabdrücke ab. Ich selbst war schon nach den Demonstrationen und Aufständen von Dakar 1988 erkennungsdienst-



lich behandelt worden, aber für meine Tochter war das neu. Dann das Foto: auf einem Stuhl sitzend, die Nummer auf einer Tafel vor der Brust. Blitz von vorne, Blitz im Profil: Ich bin noch immer *Frau X*, aber jetzt mit einer Nummer, wie eine Kriminelle in einem Kriminalfilm. Am Ende der Prozedur ein Bulle: »Bringt sie zurück in den Käfig!«

Zwei mal fünf Meter, drei Bänke, eine längs unterhalb des Fensters, gegenüber der Tür und je eine an den seitlichen Mauern. Das Fenster geht auf den großen Hof der Präfektur. Über der Tür eine in die Wand eingelassene Lampe, geschützt durch dickes Glas. An jeder Seite in der Ecke verbergen sich hinter zwei Scheiben offensichtlich zwei Kameras. An der Wand gegenüber: eine Uhr, das ist wichtig für uns, denn bei der Durchsuchung haben sie uns Uhr, Tasche, Papier, Stifte und Schnürsenkel abgenommen. Dank dieser Uhr kann ich mir die Uhrzeiten der Vernehmungen, des Gewahrsams usw. merken.

Die Tür schließt sich hinter uns: klick, klack. Wir sind müde und legen uns jede auf eine Bank. Ich schlafe für einen Moment ein. Um 12 Uhr kommt ein Bulle und holt mich. Fatou sieht mich beunruhigt an, als ich gehen muss. Es ist die erste Vernehmung: in einem Büro Tische, Stühle, vier oder fünf Computer, vor einem sitzt ein Bulle, andere stehen:

»Sie sind also Frau X?«

Ich sage nichts.

»Also: Wie hießen Sie?«

»Kann ich einen Anwalt anrufen?«

»Nein, während der 24 Stunden Polizeigewahrsam ist das nicht möglich. Wenn der Polizeigewahrsam darüber hinaus verlängert wird, können Sie anrufen.«

Ich verstumme wieder. Wegen meiner Sturheit stecken sie mich wieder in den Käfig. Die Szene wiederholt sich ein, zwei, drei Mal. Dann komme ich in den Raum mit den Scheinwerfern, zwei zu beiden Seiten, beide auf mich gerichtet. Immer noch bin ich stumm. Bin ich etwa eine Nummer? Na also, *Frau X* passt mir sehr gut! Sie bringen mich zurück in den Käfig.

Um 16 Uhr bringt man mich in Handschellen (sobald man aus dem Käfig kommt, legen sie uns Handschellen an) ins städtische Krankenhaus. Muriel, eine Französin, aber eine Schwarze, sitzt mir gegenüber. Sie kam auf die Wache, weil sie schwarz ist. Im Krankenhaus gibt mir der Arzt das Medikament *Ventoline*, denn ich begann unter Atemnot zu leiden (ich habe Asthma). Zurück

zur Präfektur. Ein Bulle behält das *Ventoline* ein. Sie geben es mir erst am Ende des Polizeigewahrsams wieder. Im Käfig hat man auf nichts ein Recht.

18 Uhr 15: neue Vernehmung, neuerliche Weigerung, meine Personalien anzugeben, ich hatte ja keine mehr. Man beginnt mir zu drohen.

»Den Artikel 27.2, kennen Sie den? Sie werden vor Gericht kommen und alles wird nur noch schlimmer!«

Und so quasseln sie in einem fort. Die Artikel und andere Absätze waren mir egal, aber wirklich total egal.

Wieder die Handschellen an, zurück in den Käfig. Klick, klack. Fatou ist da:

»Was haben sie dir gesagt?«

»Dass ich ins Gefängnis komme.«

Sie sieht mich an, ungläubig, dann lächelt sie. Zum Glück hatten wir unseren Humor behalten, sie hatte verstanden, dass ich überhaupt nicht besorgt war. Das hat sie wohl beruhigt. Wir reden von diesem und jenem. Zwischendurch, irgendwann am Nachmittag, hatte man eine andere Fatou, Sans-papiers von *Saint-Bernard*, vorübergehend mit zu uns in den Käfig gesperrt. Auch sie ist Asthmatikerin, verlangt nach einem Arzt und beginnt zu weinen. Schließlich nehmen sie sie mit, wir erfahren nicht, wohin. Fatou, meine Tochter, und ich sind müde. Wir legen uns auf die Bänke. Um 19 Uhr 30 öffnet sich die Tür:

»Sie da«, sagt ein Bulle und blickt mich an, »folgen Sie mir!«

Die Tür schließt sich, zurück bleibt Fatou. Wieder eine Vernehmung:

»Wenn Sie uns Ihren Namen nicht sagen, machen wir jetzt das Protokoll fürs Gericht. Frau Madjiguène, das sind Sie doch?«

Ich sehe sie unempänglich, gleichgültig, angewidert und vor allem müde an. Sie bringen mich zurück in den Käfig. Ich glaube, sie wollten ganz sicher gehen und nicht irrtümlicherweise Fatou anstelle von mir mitnehmen. Sie brauchten eine Bestätigung, dass ich es wirklich war. Bei Afrikanern weiß man ja nie, die sehen sich doch alle ähnlich!

22 Uhr, Ende des Polizeigewahrsams. Ich bekomme das schriftlich, weigere mich aber zu unterschreiben. Drei Polizisten bringen mich zur Arrestzelle der Präfektur. Sie haben das Protokoll, lesen die erste Seite im Aufzug und fangen an zu lachen:

»Oh, das ist die Sprecherin der Sans Papiers«, flüstert einer von ihnen.

Ich mache mir Sorgen, dass meine Tochter jetzt alleine in Polizeigewahrsam sitzt.

## Im Arrest

22 Uhr 35: Ankunft im *dépôt*, dem Arrest. Ein großes Gitter vor dem Eingang, dann eine Halle, rechts ein Tisch, man geht an ihm vorbei und gelangt in eine noch größere Halle. Links ist die Abteilung für Frauen, rechts die für Männer und innerhalb eines verglasten Raumes befinden sich Bildschirme, die Überwachung und die Aufnahme, dort sitzt ein Polizist. Einer meiner Begleiter:

»Das ist die Sprecherin der Sans Papiers, aber sie will ihren Namen nicht sagen. Sie richtet das Wort nur an Journalisten. Wärs du ein Reporter des Fernsehsenders *TFI*, sie würde mit dir quatschen.«

Der Bulle registriert mich unter dem Namen *Frau X*. Ich werde in die Abteilung »Frauen« gebracht. Uns gegenüber ein Glaskasten. Als eine Wärterin mich kommen sieht, erhebt sie sich und zeigt mit dem Finger auf mich:

»Sie waren doch schon mal hier!«

Sie war wohl sicher, mich schon einmal gesehen zu haben, und sie muss wohl davon ausgehen, »ihre« Frauen seien durch die Bank Rückfalltäterinnen. Ich werde sauer:

»Mich? Sie haben mich schon einmal hier gesehen? Ich glaube, sie haben Halluzinationen! Ich bin weder kriminell noch vorbestraft, ich habe meinen Fuß noch nie in diese Räumlichkeiten gesetzt!«

Ein bisschen erschrocken weicht sie zurück.

»Ach, vielleicht habe ich mich geirrt.«

Ob sie mich wohl im Fernsehen gesehen hatte?

Die Bullen nehmen mir die Handschellen ab. Ich gehe zur Durchsuchung. In einem ganz kleinen Raum beginnt eine Frau mit müdem Gesichtsausdruck mit der Prozedur. Meine Sachen darf ich dieses Mal anbehalten. Sie tastet mich mit beiden Händen von oben bis unten ab.

»Lassen Sie Ihre Hose bis zu den Knien runter. Knien Sie sich hin. Alles in Ordnung.«

Die Wärterin gibt ihr die Tüte von der Durchsuchung des Nachrichtendienstes mit meiner Uhr und ein bisschen Kleingeld, zieht mir mein Haargummi aus den Haaren, das der Nachrichtendienst wohl übersehen hat, und steckt es zu den anderen Sachen in die Plastiktüte.

»Gut, in Ordnung. Sie wollen Ihren Namen nicht nennen? Das ist Ihre Sache.«

Die Wärterin nimmt ein Laken und bringt mich zur Zelle 10 oder 11.

»In dieser Zelle ist schon eine junge Frau«, sagt sie mir, »die fragt, ob Sie nett sind.«

Die Frau, die mich durchsucht hat, sieht mich an:

»Sie sieht gar nicht böse aus, sie sieht doch ganz brav aus«, sagt sie, als spräche sie von einem kleinen Mädchen.

Objekt, Nummer, Antrag, Protokoll, kleines Kind – alle Stadien habe ich hier durchlaufen, außer das einer Frau, die ihre Rechte einfordert.

Die Wärterin öffnet die Tür, eine junge Frau, wahrscheinlich nordafrikanischer Herkunft, liegt auf einem kleinen Eisenbett. Die Zelle misst ungefähr zwei mal vier Meter, eine Matratze auf dem Boden und das Bett nehmen die ganze Länge ein. Rechts neben der Tür, ohne Abtrennung, ein WC-Sitzbecken ohne Wasserspülung (dafür sind die Schließereien zuständig) und ein Waschbecken mit einem kleinen Stück Seife.

Auf der anderen Seite der Tür ein kleiner Tisch, bedeckt mit alten Heften *Selection du Reader's Digest* und mit katholischen Zeitschriften. Hoffen sie etwa, dass die Frauen beim Lesen auf den rechten Weg zurückfinden? Gegenüber der Tür ein Fenster, links und rechts davon zwei Scheiben mit Gittern, hinter denen ein regelmäßiges und starkes Schnarren ertönt wie von einem Motor, vielleicht die Lüftung? Ich wechsele meine Binden und benutze sie als Toilettenpapier. Beim Nachrichtendienst hingegen hatte man mir nur Toilettenpapier als Binden geben wollen. Ich ziehe mich um und lege mich wortlos schlafen. Ich hatte absolut keine Lust mich zu unterhalten ...

Ich denke an meine Tochter Fatou, wird sie durchhalten? Ich denke an Dakar, an meine beiden anderen Kinder, Marama und Madièye, meinen Mann Lamine, an meine Mutter und meinen Bruder, ich denke an die anderen Sans Papiers. Seit ich den Poli-

zeitgewahrsam verlassen habe, bin ich komplett von der Außenwelt abgeschnitten.

Die junge Frau sieht mich neugierig an und lächelt mir zu. Ich sehe sie an, in meine Gedanken vertieft, und schlafe schließlich auf der Matratze auf dem Boden erschöpft ein.

Der nächste Morgen, 7 Uhr 45: Die Wärterin klopft an die Tür, um uns zu wecken. Um 8 Uhr (meine Mitgefangene fragt jedes Mal nach der Uhrzeit, wenn die Wärterin vorbeikommt), öffnet sie die kleine Luke und stellt schwarzen Kaffee und ein kleines Stück trockenes Brot ab. Ich trinke den Kaffee, er ist widerlich, aber heiß, und esse das Brot. Seit Donnerstagabend ist es meine erste Mahlzeit; jetzt haben wir Samstagmorgen.

Die junge Frau sagt mir, sie sei Algerierin:

»Weißt du, ich war mit einer Freundin und einem Freund los, wir haben Bonbons verkauft.«

Ich sehe sie an, sage nichts und denke: Bonbons?

»Ja, wir haben Bonbons schwarz verkauft. Dann ist so eine Tussi gekommen und meine Freunde haben sie verklöppt. Ich habe gar nichts gemacht. Nur wegen denen sitze ich hier, sie haben sie geschlagen!«

Ich bin müde, trotzdem höre ich ihr zu und stelle ein paar Fragen.

»Und du, warum bist du hier?« fragt sie mich.

»Wegen Papieren.«

»Du hast keine Papiere?« fragt sie mich erstaunt.

»Nein. Hast du von der Kirche *Saint-Bernard* gehört?«

»Ja. Ah, ich verstehe, von *da* sind Sie!«

Sie bittet die Schwester um eine Zigarette. Ich bitte wegen meines Asthmas um Verlegung in eine andere Zelle. Die Schwester bringt mich vier Zellen weiter, in die 7. Ich nutze die Gelegenheit und frage nach Stift und Papier. Dann fange ich an, alles aufzuschreiben, an was ich mich erinnern kann.

Um 11 Uhr 25 bringt mich ein Bulle zum stellvertretenden Staatsanwalt. Es ist eine Frau. Der Gendarm, mit dem ich komme, nimmt mir die Handschellen ab. Dann beginnt die Befragung:

»Sie sind Frau ...? Seit wann sind Sie in Frankreich? Haben Sie Kinder? Wie viele?« usw.

Ich antworte ihr.

Endlich darf ich die Anwälte treffen: Henri Leclerc, Dominique Noguères, Brigitte Plaza, Simon Foreman. Wir diskutieren in

einem Glaskasten. Sie nehmen die Akte auseinander, arbeiten die Ungereimtheiten heraus, die Zeit der Festnahme, die Aufforderung zur Ausreise, die erst am 31. August abläuft, das Sortieren nach Hautfarbe usw. Wir diskutieren und lachen, bestimmt eine Stunde lang oder mehr. Ich entspanne mich ein wenig. Dann werden mir erneut Handschellen angelegt, und ich werde ins Untergeschoss des Gerichtes gebracht. Ich warte auf den Prozess.

Gegen 16 Uhr kommt ein Gendarm und holt mich ab. Ich saß gerade auf einer Bank in einem Käfig. Im Nachbarkäfig sind Sans Papiers von *Saint-Bernard* und noch andere, die ich nicht kenne, ein junger Nordafrikaner und ein Senegalese.

Ich folge dem Gendarmen, gehe die Treppe hinauf, trete in den Gerichtssaal ein, vor die 23. Strafkammer. Überall Gesichter von Bekannten, von der Unterstützung, Journalisten sind auch gekommen – nur die Anwälte sind nicht da. Daraufhin werde ich wieder in den Käfig gebracht. Der Gendarm zu seinen Kollegen: »Die Anwälte sind mal wieder nicht da, wie immer.« Zwischenzeitlich hat man eine junge Frau, äthiopisch oder somalisch, denke ich, in denselben Käfig gebracht. Sie sagt, dass auch sie wegen der Papiere da ist. Der Gendarm kommt wieder und holt mich ab. Wir gehen wieder hinauf. Als wir in den Saal kommen, nimmt er mir die Handschellen ab. Brigitte Plaza wendet sich zu mir:

»Wie geht's?«

»Gut.«

»Keine Sorge, wir kriegen dich schon raus.«

Jeder Anwalt hat ein nettes Wort für mich.

## 23. Strafkammer

Der Vorsitzende thront von seinen Beisitzern umgeben auf einem Podest. Der Staatsanwalt sitzt mir gegenüber und scheint sich nicht über Gebühr dafür zu interessieren, was um ihn herum passiert. Der Prozess beginnt:

»Frau Cissé Madjiguène, geboren am ..., in ... usw. Soll heute die Verhandlung stattfinden?«

»Ja.«

»Sie werden angeklagt, am 23. August 1996 in Paris als Ausländerin nach Frankreich eingereist zu sein, sich dort aufgehalten zu

haben, ohne die vorgeschriebenen Papiere oder Visa, entsprechend Artikel ...« und er bombardiert die Zuhörerschaft mit einer langen Liste von Artikeln ... »und somit verstoßen zu haben gegen ...«, eine neue Liste.

Dann haben die Anwälte das Wort, sie benennen die Ungeheimheiten und Verfahrensfehler und beantragen die Einstellung des Verfahrens. Sie fordern eine Überprüfung, inwieweit unsere Festnahme am 22. August 1996 rechtmäßig war, als die Kirche *Saint-Bernard* geräumt wurde. Sie behaupten die Rechtswidrigkeit unserer Festnahme, weil es keine Voraussetzungen dafür gegeben habe – es habe weder einen Anlass für die Annahme gegeben, dass eine Straftat begangen worden sei, noch stelle die Anwesenheit in der Kirche eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar, die eine Festnahme zur Identitätskontrolle hätte rechtfertigen können.

Augenscheinlich aber ist das dem Vorsitzenden und dem Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft einerlei.

Nach den Anwälten ergreife ich das Wort. In ihren Plädoyers haben die Anwälte die Legalität unserer Verhaftung in Zweifel gezogen. Henri Leclerc war auf die Hintergründe eingegangen. Ich sagte mir, dass ich in diese Richtung weitergehen und politisch argumentieren müsse und unsere Aktion von diesem Standpunkt her rechtfertigen sollte. Ich zeige auf, wie Frankreich mein Herkunftsland kolonialisiert hat und wie unsere Länder durch die Kolonialisierung und die Neokolonalisierung in die Armut gestützt wurden. Wie diese Länder unter der Schuldenlast zusammenbrechen. Wie Afrikanerinnen und Afrikaner, über deren konfliktreiche Beziehungen zur Verwaltung man heute zu Gericht sitzt, in diesem Land behandelt werden usw. Wie unsere Großeltern an der Seite französischer Soldaten gekämpft hatten, um die nazistische Besatzung zurückzuschlagen, während andere Französinen und Franzosen mit den Nazis kollaborierten.

Das Urteil wird gefällt, es ist streng, ein Exempel soll statuiert werden. Zwei Monate Gefängnis auf Bewährung. Diese zwei Monate auf Bewährung sollten wie ein Damoklesschwert über mir hängen.

Ich bin die einzige unter den Delegierten, die verurteilt wurde. Doro und ein anderer Sans Papiers wurden in ein Fahrzeug verfrachtet und etwa 50 Kilometer weit von Paris entfernt ausgesetzt. Die Frauen waren fast alle noch am selben Abend aus dem

Abschiebegefängnis entlassen und von den Bullen an verschiedenen Stellen in Paris abgesetzt worden. Die Prozesse gingen weiter. Indessen wurden die meisten Inhaftierungen durch die Richter aufgehoben. Das Verwaltungsgericht verhandelt nun einen nach dem anderen die von den Anwälten eingelegten Widersprüche gegen die Ausreiseaufforderungen per Präfektorialerlass.

Die meisten von uns werden vom Gericht freigelassen. Vier der in Haft gehaltenen Sans Papiers werden sofort nach Mali abgeschoben, vier andere einige Tage später. Unter den Abgeschobenen vom 28. August befinden sich zwei Familienväter: Diagui und Mamadou Niakaté, beide aus Mali und das trotz der Zusicherungen Debrés, der –Hand aufs Herz – geschworen hatte, Familien nicht zu trennen. Auch Youssouf Tounkara aus Mali, der zu der von Debré empfangenen Delegation am 21. August gehört hatte, wird nach Bamako abgeschoben. Unverheiratete hingegen werden vom Strafrichter zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Mehrere Unterstützerinnen und Unterstützer haben bei dieser Gelegenheit mit Überraschung und Abscheu entdeckt, dass man allein deshalb ins Gefängnis kommen konnte, weil man Sans Papiers war. Einige Skeptiker wollten es nicht glauben: »Nein, die haben sicher etwas gemacht, sie verheimlichen es euch bloß!« Und doch hat der Gesetzgeber genau das gewollt: Wer nicht hier sein darf, kommt ins Gefängnis. Sich ohne Erlaubnis ins Land der Menschenrechte zu flüchten, darauf steht Freiheitsentzug! Doch auch dieser Gesetzgeber ist ein Mensch, manchmal schläft er während der Diskussion ein, aber zum Zeitpunkt der Abstimmung engagiert er sich. Er engagiert sich bei der Zerstörung von individuellem Leben, bei der Trennung von Familien. Der Sans Papiers hinter Gittern ist ein verunsicherter Mensch, in seiner Würde angegriffen, für schuldig erklärt. Er lebt wie ein Schuldiger, ein Verlierer. Die Türen, die sich hinter ihm schließen, isolieren ihn von der feindlichen Welt und werfen ihn in eine andere feindliche Welt, gemacht aus Mauern und Stacheldraht, mit eiserner Disziplin, Einsamkeit und Erniedrigung. Wir hatten dafür zu sorgen, dass unsere eingesperrten Genossinnen und Genossen sich nicht zu einsam fühlten, dass sie wussten, dass sie auch weiterhin zu unserer Gruppe gehörten. Wir haben die Inhaftierungsnummern verteilt. Jeder schickte ihnen Briefe, Geld oder Päckchen. Nach ihrer Freilassung haben sie sich der Familie wieder angeschlossen.



## Symbole

Nach und nach wurden wir vom Gericht freigelassen und fanden uns in der *Cartoucherie* von Vincennes wieder ein, wo Ariane uns zum zweiten Mal ihre Gastfreundschaft anbot. Unser zweiter Aufenthalt hat uns ermöglicht, erneut zu Kräften zu kommen, und das war bitter nötig, denn wir waren mehr denn je entschlossen, den Kampf weiterzuführen. Sofort und mit allen Mitteln. Wir machten eine Bestandsaufnahme mit Hilfe der Aktivisten aus Unterstützungsgruppen, vor allem der des *GISTI*. Wer ist da? Wer fehlt? Wer ist abgeschoben worden? Was ist mit der Unterstützung? Die Telefone fangen wieder an zu klingeln. Wir befinden uns in der Stimmung einer Zwischenzeit, nach einem ersten, sicher schweren Teil, der aber voller Verheißungen war. Wir genossen das Wiedersehen. Die Axtschläge von Debré waren um die Welt gegangen. Die Empörung stieg.

Schon am Tag der Räumung der Kirche *Saint-Bernard* hatten die anderen Sans-Papiers-Kollektive und die Unterstützungsgruppen eine Protestdemonstration organisiert. Sie hatte mehr als 15.000 Personen zwischen der *Place de la République* und der *Place de la Nation* auf die Beine gebracht. Fast 5.000 Demonstrierende setzten die Demo trotz einiger Verzögerungen bis zum Abschiedegefängnis in Vincennes fort. Mit den Rufen »*Libérons les sans-papiers*« »*Befreien wir die Sans Papiers!*« mussten die Demonstrierenden der Polizei die Stirn bieten, bis sie ihre Nachricht an die weitergeben konnten, die noch gefangen gehalten wurden. Wir haben im Nachhinein erfahren, dass sie die Parolen der Demonstration gehört haben und dass ihnen das neuen Mut gegeben hat.

Was für einen Sinn machten die Verurteilungen, deren Opfer wir in schlampig geführten Prozessen geworden waren, fragte ich mich. Sie sollten wohl dazu dienen, Symbole zu zerstören.

Das Symbol, zu dem die Aktion dieser MigrantInnen, AfrikanerInnen und Sans Papiers geworden war. Sie hatten es gewagt, die Autorität herauszufordern. Die Axthiebe gegen die Kirchentüren von *Saint-Bernard*, die entwürdigenden Durchsuchungen, die Duzerei der Bullen, all die verbalen und körperlichen Angriffe sollten die Personen menschlich fertig machen, die es gewagt hatten, sich zu ihrem Schicksal selbstbestimmt zu artikulieren. Unser Beispiel durfte auf keinen Fall, koste es, was es wolle, bei

anderen MigrantInnen mit oder ohne Papieren oder bei FranzösInnen Schule machen!

Und das Symbol, zu dem diese regelrechte Kette der Solidarität geworden war. Sie stand dafür, dass wir nicht allein waren, sondern sowohl von französischen Organisationen wie auch von einem Großteil der französischen Bevölkerung unterstützt und verstanden wurden.

Diese beiden Symbole ließen sich nicht zerstören, sie wurden vielmehr von einer größeren Zahl von Menschen hier und anderswo, in Europa, aber auch in Afrika, aufgegriffen ...

Wir waren bereit, wieder in die Offensive zu gehen. Die Hungerstreikenden waren in einem separaten Raum untergebracht, abgeschirmt vom Tohuwabohu der übrigen Gruppe. Wir nahmen erneut Kontakt zur Unterstützung auf und organisierten unseren Alltag wieder selbst. Solidaritätsbotschaften erreichten uns aus allen Ecken Frankreichs, aber auch aus dem Ausland. Es gab Kontakte mit der Regierung nahestehenden Funktionären, die allerdings ohne Resultate blieben. Xavier Emmanuelli kam, um mit uns zu reden, er sprach mit Ababacar und mir in Anwesenheit von Ariane Mnouchkine. Um sein Gewissen zu beruhigen? Vielleicht. Er kam in Begleitung von Madame Versini, die Chirac nahestand, wie wir später erfuhren. Wollten sie unsere Geisteshaltung abklopfen? Bereuten sie etwa, was passiert war? Wir dachten bereits daran, wieder nach Paris zurückzugehen, erneut umzuziehen, uns einen besser erreichbaren und sichtbaren Ort als die *Cartoucherie* von Vincennes zu suchen.

Hätte es nicht die sofortigen und heftigen Reaktionen auf die Räumung gegeben (vor allem in Frankreich, aber auch in anderen Ländern Europas und Afrikas), Debré hätte sicher noch mehr von uns abgeschoben. Statt uns zu beeindrucken oder uns zu entmutigen, hatte diese Räumung und die Solidarität, die darauf folgte, genau den gegenteiligen Effekt, sie ermunterte uns weiterzumachen. Wir hatten gerade eine schwierige Phase hinter uns, aber wir mussten vor allem Zeugnis ablegen und erzählen, was hier in Frankreich passierte, wir mussten die Alarmglocke läuten. Jeden Tag sah ich mehr die Notwendigkeit, die Diskussion über Immigration, über die Nord-Süd-Beziehungen, über die Verschuldung der armen Länder auszuweiten ... Aber wir fühlten, dass das Blatt sich gewendet hatte. Die entrüsteten Reaktionen und der

Widerstand, der sich in unseren Herkunftsländern zu organisieren begann, waren der Anfang von etwas. Am 25. August streikten Angestellte von *Air Afrique* in Dakar, um gegen die Räumung der Kirche und die Abschiebung der Sans Papiers zu protestieren. In Bamako fanden Demonstrationen und Kundgebungen gegen die französische Immigrationspolitik statt. Über die Ereignisse von *Saint-Bernard* wurde in der Presse Afrikas, vor allem im Senegal und in Mali, breit berichtet. Die Reaktionen in Europa, in Deutschland, in Italien, mit Demonstrationen vor den französischen Konsulaten, Petitionen und Protestschreiben waren Zeichen eines Wandels im Bewusstsein, der die Grenzen Frankreichs überschritt.



# Frauen ohne Papiere: Die Sans Papiers

Die Rolle der Frauen in unserem Kampf ging weit über ihre bloße Präsenz hinaus – sie spielten in jeder Hinsicht die Hauptrolle. In allen entscheidenden Momenten, immer wenn sich Zweifel und Mutlosigkeit breit machten, waren es die Frauen, die mit ihrer Entschlossenheit das Blatt wieder gewendet haben.

Im Kollektiv von *Saint-Bernard* wie in den anderen Kollektiven sind Frauen zahlreich vertreten. In den Unterstützungskomitees und auf Demonstrationen hat man eine auffallend breite Mobilisierung von Frauen, Migrantinnen wie Französinen, feststellen können. Auch wenn sich viele afrikanische, nordafrikanische, türkische, asiatische Frauen und Frauen anderer Herkunft hier engagiert haben, möchte ich mich im Folgenden auf den Weg der Frauen aus Schwarzafrika konzentrieren, die seit Beginn des Kampfes von *Saint-Bernard* dabei waren.

## Frauen in Afrika

Die meisten afrikanischen Gesellschaften haben eine matriachale Vergangenheit, die bis heute auf kulturellem Gebiet und in den sozialen Beziehungen Spuren hinterlassen hat. So genießen Frauen heute noch eine gewisse Aura von Ehrwürdigkeit, die sie intelligent gegen machistische Formen von Unterdrückung einzusetzen verstehen.

Dennoch bleiben in der Stadt viele Frauen aufgrund von fehlender Qualifikation zu Hause – manchmal gegen ihren Willen – und führen pflichtgemäß den Haushalt. Wenn Frauen arbeiten gehen, dann in erster Linie in Fabriken der Weiterverarbeitung von Landwirtschafts- und Fischereiprodukten sowie in Schneidereien und in der Schuhfabrikation u.ä. Sie arbeiten für sehr niedrige Löhne, werden von ihren Chefs ausgebeutet und oft auch sexuell missbraucht. Sie sind fast alle Zeitarbeiterinnen auf Dauer, die oft sogar die ganze Familie durchbringen müssen, wenn der Mann arbeitslos ist.

Die wenigen Frauen mit höherem Bildungsniveau leben meistens im städtischen Milieu. Sie arbeiten vor allem in Berufen, die mit der ihnen zugeschriebenen gesellschaftlichen Rolle zu tun haben: Haushälterin, Erzieherin u.ä., sowie in Berufen, die veritable Frauendomänen sind, also als Hebammen, Säuglings- und Kinderschwestern, Lehrerinnen und Sozialarbeiterinnen.

Nur wenige sind höhere Angestellte, und nur ganz wenige Frauen haben verantwortliche Posten im Bereich der Politik inne. Diese Frauen werden von den politischen Parteien eingesetzt, wenn Wahlen anstehen, sie sorgen für volle Veranstaltungen und gut besuchte Wahldemonstrationen oder sie haben sich um die Gäste der Staatschefs zu kümmern. Sobald die Wahlen vorbei sind, werden sie wieder in die hinteren Reihen verbannt.

Die große Mehrheit der Frauen in Afrika aber arbeitet auf den Feldern. Und ihnen obliegt die gesamte Hausarbeit mit allem was dazu gehört, wie Holzsammeln, Hirsestampfen, Wasserholen, Für-die-Familie-Kochen, Wäschewaschen, Sich-um-die-Kinder-Kümmern usw. Ich habe bereits erwähnt, dass sie während der Trockenzeit oft in die Stadt ziehen, um einen Teil ihrer Ernte-einnahmen zu verkaufen, und sich dann wieder den häuslichen Arbeiten zuwenden. Die mageren Einnahmen ermöglichen es gerade so eben, die lange Zeit bis zur nächsten Ernte zu überbrücken.

Auf allen Ebenen sind Frauen mit sexueller Diskriminierung konfrontiert. Sie verbringen den Großteil ihrer Zeit im Haushalt und auf den Feldern und haben keine Zeit sich zu bilden, sich für von außen Kommendes zu interessieren, so überlastet sind sie mit Arbeit. Nur selten können sie ein Haus oder ein Stück Land kaufen, sie haben kaum Zugang zu Krediten, um sich an der Produktion zu beteiligen, erschwert wird ihnen der Zugang zu Bildung und Ausbildung, zu Gesundheit und erst recht zu Entscheidungsinstanzen. Schlimmer noch – in Folge der als Strukturanpassung verordneten Haushaltssparpolitik ist der Schulbesuch von Mädchen heute rückläufig. Wenn die Eltern aus finanziellen Gründen nicht mehr alle Kinder zur Schule schicken können, werden die Jungen in der Regel bevorzugt.

Spezielle Programme der Kreditvergabe an Frauen wurden aufgelegt, die es ihnen ermöglichen sollten, kleine Aktivitäten zu entwickeln bzw. kleine Unternehmen aufzubauen, so genannte Mikro-Projekte: eine Hirsemühle, die Ausrüstung, um nach Wasser zu bohren, das Equipment zur Weiterverarbeitung von lokalen

Produkten usw. Heute streichen die Kreditgeber diese Programme, die Kreditvergabe läuft nicht mehr über kollektiv geführte Hilfskassen, sondern über Banken, deren Interesse darin besteht, daraus selber Profit zu schlagen. Die Entwicklungsmodelle stammen aus dem Norden, sie sind an den jeweiligen ökonomischen und sozialen Kontext nicht angepasst, berücksichtigen die realen Bedürfnisse nicht und beziehen die Hauptakteurinnen und -akteure vor Ort nicht ein, die doch hier die Möglichkeit bekommen könnten, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Mangels Selbstverwaltung und Ausbildung der Frauen sind es letztendlich Männer, die die Frauenprojekte verwalten.

In vielen Ländern Afrikas »stellen Frauen 60% der Landarbeitskräfte und sichern bis zu 80% der Gesamtheit der Lebensmittelproduktion im Kleinanbau, erhalten aber nur wenig mehr als 10% der Kredite für Kleinbauern und nur 1% von allen Krediten, die in die Landwirtschaft fließen.«<sup>1</sup>

Aber eine Veränderung in der Praxis der Kreditvergabe allein würde die Situation der Frauen noch nicht grundlegend verändern. Eine reale Verbesserung der sozialen Stellung von Frauen, Zugang zu Entscheidungsebenen, zum Beispiel dem Dorfrat, der über Angelegenheiten der Gemeinde zu entscheiden hat – das wären wichtige Beiträge auf dem Weg zu einer veränderten Frauenrolle. Aber zu viele Programme schreiben die Unterordnung der Frauen fort (»Fatou stampft Hirse«, so lauten die üblichen Beispielsätze in Schulbüchern oder Alphabetisierungsbüchern für Erwachsene), sie müssten durch andere ersetzt werden, die auf sozialer Emanzipation und damit der Gleichheit der Geschlechter basieren.

## Der tägliche Kampf ums Überleben

Afrikanische Frauen haben nicht die Angewohnheit, die Hände in den Schoß zu legen und auf die Hilfe der Vorsehung zu warten. Täglich kämpfen sie unter schwierigsten Bedingungen um ihr Überleben und das ihrer Familien. Die senegalesischen Frauen haben eine lange Kampftradition, sie standen immer an der Spitze der Kämpfe für eine Verbesserung der Lebensbedingungen, für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten und gegen Willkür.

---

1 Marchés tropicaux, 1997, S. 2647

Bereits in den großen Eisenbahnerstreiks auf der Strecke Dakar-Niger 1936 und 1947, also noch unter der Kolonialherrschaft, waren es die Frauen der Eisenbahner, die mit Märschen für die Freilassung ihrer inhaftierten Ehemänner von Thiès nach Dakar die kämpferische Stimmung prägten.

Auch an die Geschichte der Casamancerin Allin Sitoye Diatta wird in diesem Zusammenhang gern erinnert. Sie war körperbehindert und rief sie zu sozialem Ungehorsam auf, sie war es, die die Bauern aus der Casamance, der südlichsten Region Senegals, dazu brachte, sich den Befehlen der Kolonialverwaltung zur Beschlagnahme von Getreide und Lebensmitteln zu widersetzen.

In jüngerer Zeit waren Frauen an allen Kämpfen zur Verteidigung des Lebensstandards und für die Achtung demokratischer Prinzipien beteiligt, insbesondere nach jeder Wahl, wenn es darum ging, gegen die von der seit 1960 herrschenden Partei gefälschten Wahlergebnisse zu protestieren und eine Respektierung des Wählervotums einzufordern. Von daher ist es wohl nicht erstaunlich, dass Frauen auch bei der Sans-Papiers-Bewegung an vorderster Stelle zu finden sind.

So z. B. Anne-Marie, Senegalesin, katholisch, unverheiratet. Als fünftes Kind einer siebenköpfigen Familie ist sie es, die ihr Glück im Ausland zu versuchen hat. »Ich träumte immer davon, nach Frankreich zu gehen.« Dass die Wahl auf Frankreich fällt, versteht sich für sie von selbst – ist es doch nach dem Senegal das Land, das sie am besten kennt: Sie hat dort schon Familie. »Das hat meine Familie so diskutiert. Sie haben sich gesagt, dass ich meinen Lebensunterhalt doch in Frankreich verdienen könne. Sie haben nicht damit gerechnet, dass ich hier so blockiert werden würde, sie dachten, dass ich studieren, arbeiten und hin- und herreisen könne. Als ich 1987 hier ankam, war ich 27 Jahre alt, ich wurde von einer senegalesischen Familie aufgenommen, einem gemischten Paar.« Seitdem ist sie nicht mehr in den Senegal zurückgekehrt: »Wegen der Papiere«, sagt sie. In Wirklichkeit aber hat Anne-Marie für ihre Aufnahmefamilie gearbeitet. »Ich stand als Erste auf und ging als Letzte schlafen. Das war sehr hart für mich. Ich hatte nur einen einfachen Schulabschluss, als ich mein Land verließ. Dort hatte ich schon zwei Jahre lang Sekretärin gelernt. Das wollte ich in Frankreich fortsetzen. Zwei Jahre konnte ich in Abendkursen Arzthelferin lernen. Einen Abschluss konnte ich nicht machen.« Sie



entschied sich, die Familie zu verlassen, die sie nur ausbeutete. »Ich bin abgehauen, ich bin aus einer Situation geflohen, die ich als Sklaverei bezeichnen würde. Ohne Urlaub, ohne Kranken- und Sozialversicherung, mit einem elenden Lohn. Ich musste bei Cousinen von mir untergebracht werden. Mehrere Male habe ich dann meine Arbeitgeber gewechselt. Aber ich habe immer dieselbe Arbeit gemacht, nur bei anderen Familien: Kinderhüten, Einkaufen, Kochen, Putzen. Ich hatte keine Wahl ... Es war sehr hart. Mit dem Geld, das ich verdient habe, konnte ich meiner Familie, meinen jüngeren Schwestern helfen, damit sie in Dakar studieren konnten und nicht denselben Alptraum wie ich durchleben mussten.«

Und dennoch hatte alles doch wie ein Kindertraum begonnen: »Ich wohne auf einer Insel, die wie ein kleines Dorf ist. Als ich klein war, sagten die Leute zu mir: ›Du bist nicht von hier, du wirst eines Tages sicher einmal weit reisen, sehr weit.« Viele französische Touristen kommen zu uns, die wirklich sehr sympathisch waren. Sie gaben uns Bonbons. Ich sagte mir, dass diese Leute gute Leute seien. Ich dachte schon daran wegzugehen. Angesichts der Beziehungen Senegals zu Frankreich konnte ich mir nicht vorstellen, dass ich all diese Probleme bekommen könnte, die ich jetzt erlebe. Wir Senegalesen sind doch integriert, oder zumindest versuchen wir uns in die französische Gesellschaft zu integrieren. Wir verlangen doch nur hier ganz normal zu leben. Vor allem, wenn ich sehe, wie die Franzosen bei uns leben, sage ich mir, das ist nicht gerecht. Das wäre gar nicht auszuhalten, wenn es nicht die Solidarität und das Leben in der Gemeinschaft hier gäbe. Wenn ich nur etwas Freizeit bei einer nicht so strengen Arbeitgeberin hatte, bin ich immer gleich zu Landsleuten gegangen. Wir haben einen Verein von Angehörigen unseres Dorfes. Wir trafen uns einmal im Monat und gaben 50 Francs. Die Kasse dient dazu, denen von uns zu helfen, die in Schwierigkeiten stecken, arbeitslos sind oder einen Todesfall in der Familie haben oder es war für notleidende Familien in unserem Dorf.«

Anne-Marie hatte sich nicht getraut, gemäß dem Erlass vom 24. Juni 1997 einen Legalisierungsantrag zu stellen. Sie hatte Angst gehabt, in eine Falle zu tappen. Als sie später dann erfuhr, dass sie im Rahmen des Gesetzes vom 11. Mai 1998 legalisiert werden könnte, hat sie einen Antrag gestellt und wurde letztendlich auch legalisiert.

»Weil ich Kinder liebe und gewöhnt bin, mich um sie zu kümmern, würde ich gerne in dieser Richtung weitermachen. Ich würde gerne eine Ausbildung machen, damit ich in einer Krippe oder einem Kindergarten arbeiten kann. Ich denke nicht daran, in den Senegal zurückzugehen und mich dort niederzulassen. Von Zeit zu Zeit mal hinfahren, ja, aber ich lebe hier seit mehr als zehn Jahren. Meine Zukunft sehe ich hier. Ich habe nur Angst eines Tages vom Tod meines Vaters zu erfahren, ohne hinfahren zu können. Ein Jahr nach meiner Ankunft in Frankreich habe ich meine Mutter verloren, wegen der Papiere hatte ich nicht hinfahren können. Wenn das bei meinem Vater wieder passieren würde, wäre es wirklich zu hart.«

Im Kampf der *Sans Papiers* haben die Frauen eine wichtige Rolle gespielt. Die meisten waren ihrem Ehemann nach Frankreich gefolgt. Andere waren nach Frankreich gereist, weil sie die sozialen Belastungen nicht mehr aushalten konnten, weil sie eine Zwangsheirat ablehnten oder ihre zukünftigen Töchter nicht beschneiden lassen wollten. Wiederum andere kamen nach Europa, um zu studieren, ein Studium abzuschließen oder um hier Arbeit zu finden. Asylsuchende aus Ländern im Bürgerkrieg werden oft nicht anerkannt, vor allem, wenn sie vor sexistischen Verfolgungen geflohen sind. Für alleinstehende Frauen ist es ganz schwierig, sich hier durchzuschlagen. Die meisten der *Sans Papiers*<sup>2</sup> haben keine Qualifikationen und sind deshalb dazu gezwungen, jegliche Arbeit anzunehmen, Mädchen für alles, Köchin in einem Restaurant, Arbeitskraft in der Bekleidungsindustrie ... Die, die ihren Männern ohne die Prozedur der Familienzusammenführung nachgereist sind, verlieren mit dem Ablauf ihres Visums für einen Kurzaufenthalt ihre Papiere und sind gezwungen in der Illegalität zu leben. Einige leben in polygamen Haushalten – mit allen Problemen, die das mit sich bringt. Im Allgemeinen haben die Frauen keine Berufsqualifizierung, sie kümmern sich um den Haushalt. Oft unterhalten sie freundschaftliche Beziehungen zu Frauen, die aus demselben Land oder derselben Region kommen. Freundinnenkreise entstehen, ebenso Vereine, in denen sie sich in regelmäßigen Abständen treffen. Familienzeremonien (Taufen, Hochzeiten, Verlobungen) werden gemeinsam gefeiert. Diese Art und Weise sich zusammenzufinden erlaubt ihnen, die kulturellen Unterschiede und die Kälte im wörtlichen und übertragenen Sinne auszuhalten.

---

2 Weibliche Form des Begriffs *Sans Papiers*

Ai Li ist Chinesin. Sie ist 19 Jahre alt. Sie kommt aus der Region von Weizhou, wo ihre Eltern auch weiterhin leben. Mit elf Jahren wurde sie nach Frankreich geschickt zu einem Onkel, der schon seit langem hier lebte. Er hat ein Lederwarengeschäft aufgemacht, das gut läuft, ist verheiratet und Vater von drei in Frankreich geborenen Jungen.

»Ich bin 1991 nach Frankreich gekommen. Ich konnte hier zur Schule gehen. Dieses Jahr mache ich mein Abitur. Mein Eltern hatten entschieden, mich nach Frankreich zu schicken. Kinder haben mehr Zukunft als Erwachsene, sie haben ihr ganzes Leben noch vor sich. Man muss jung weggehen, damit man der Familie später helfen kann.« Ai Li spricht ungern von den Schulden, die ihre Eltern aufgenommen haben, um ihre zwei Töchter ins Ausland schicken zu können. »Mein Onkel und meine Tante sehen mich als ihr eigenes Kind an. Ich mag Frankreich. Ich fühle mich gut hier. Ich habe französische und chinesische Freundinnen, ich spreche auch beide Sprachen. Meine Cousins, die hier geboren sind, sprechen nur französisch. Ich werde nach dem Abitur nicht studieren, sondern arbeiten. So werde ich meiner Familie, die in China geblieben ist, helfen können. Ich werde einige Jahre lang arbeiten, um etwas zu verdienen und damit einen Laden oder ein Restaurant aufzumachen, in dem ich selber Chefin bin. Selbst wenn man hier ohne Papiere arbeitet oder nur das Mindesteinkommen, den *SMIC*, verdient, geht es einem besser als in China, wo die Löhne sehr niedrig sind. Mein Onkel und meine Tante fahren oft nach China zurück. Dort scheint sich viel geändert zu haben. Meine jüngere Schwester lebt seit letztem Jahr in Italien. Und ich habe noch einen Bruder, der in China geblieben ist; mehr als drei Kinder darf man dort nicht haben, weil wir in China zu viele sind. Es gibt ein System von Familienplanung, dass man strikt befolgen muss.« Ich glaubte heraus gehört zu haben, dass die Geburtenkontrolle in China auch ein Grund für Ai Li gewesen war, das Land zu verlassen.

Im Kollektiv von *Saint-Ambroise* waren wir von Anfang an viele Frauen. Während die Männer es zu Beginn des Kampfes nicht für nötig hielten, auch weibliche Delegierte zu haben, setzten wir das bald darauf schnell durch. Die Frauen waren zahlreich auf den Demonstrationen, immer schön und würdevoll. Sie haben es verstanden, ihnen ein besonderes Siegel aufzudrücken. Auch waren es Frauen, denen es gelang, die Einheit der Gruppe zu zementieren

und Spaltungsversuche zu vereiteln. Sie bildeten den Sockel, auf den der Kampf sich gestützt hat. Diskret, aber entschlossen, ganz ohne Pauken und Trompeten waren sie die treibende Kraft.

Ich erinnere mich an Aktionen, die wir ganz in Eigeninitiative entwickelt haben. Am 11. Mai 1996 – die Medien interessierten sich nicht mehr für unseren Kampf, die Unterstützung war ausgepowert – sind wir, die Frauen, von Pajol aus aufgebrochen und zum Regierungssitz *Hotel Matignon* gezogen. Einen Monat später, am 24. Juni, als die Bewegung gerade auf der Suche nach neuen Formen war, haben wir ohne die Männer entschieden, die Rue Pajol zu verlassen und das Rathaus des 18. Arrondissements zu besetzen. Dort haben wir dann zwei Tage lang Ladungen für die noch nicht Geladenen gefordert und Ergebnisse für all die, die zu den Ladungen bereits erschienen waren. Wir dachten, dass die Präfektur und das Innenministerium versuchten auf Zeit zu spielen, die Ferien standen nämlich bevor, und wir mussten etwas tun. Daraufhin gab die Regierung am 26. Juni die ersten Ergebnisse der Ende Mai eingereichten Anträge bekannt. Das weitere ist bekannt: Es gab nur 22 Legalisierungen, woraufhin wir entschieden, die Kirche *Saint-Bernard* zu besetzen – diesmal alle gemeinsam!

Am 20. November, dem Tag der Kinderrechte in Frankreich, haben die Frauen der *Coordination régionale Île-de-France des Sans Papiers* gemeinsam mit Frauenorganisationen einen bunten Aktionstag organisiert, um die staatlichen Stellen und die Unicef auf die Kinderrechtsverletzungen in Frankreich aufmerksam zu machen. Zu diesem Anlass wurde mit Hilfe von Claire Rodier von der *GISTI* ein Memorandum formuliert. Es trug den Titel: »Die Rechte der Kinder von MigrantInnen werden in Frankreich mit Füßen getreten« und wurde von einer Delegation aus fünf Frauen übergeben. Der Text listete eine große Zahl von Verletzungen der in der Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Rechte von MigrantInnenkindern auf, die der französische Staat zu verantworten hatte. Nach der auf der Place Léon Blum organisierten Kundgebung, die den Aktionstag abschloss, bestand Joëlle Garcia, Abgeordnete im 11. Arrondissement, von der *Alliance des femmes pour la démocratie*, der »Frauenallianz für die Demokratie«, darauf, dass eine Delegation von Frauen von den im Rathaus anwesenden Abgeordneten empfangen wurde. Der Kontakt zu ihr wurde bis heute aufrechterhalten.

Am 13. Dezember 1996 organisierten die Sans Papiers mit Hilfe von feministischen Organisationen der *Coordination nationale des associations pour le droit à l'avortement et à la contraception*, der Nationalen Koordination der Vereine für das Recht auf Abtreibung und Verhütung, dem *Collectif féministe de soutien aux Sans Papiers*, dem feministischen Kollektiv zur Unterstützung der Sans Papiers, u.a. ein Unterstützungstreffen, um über ihre Erfahrungen als Sans-Papiers-Frauen und die Schwierigkeiten, mit denen sie täglich konfrontiert sind, zu berichten und um über die Kämpfe und die Perspektiven der Solidarität zu debattieren. Am Ende des Treffens waren sich alle einig, dass es weitergehen sollte, die Frage war nur wie. Im Rahmen einer Organisation? Oder als Kollektiv? Beides war schwierig, denn der Kampf, den wir führten, ließ wenig Raum, etwas Solides aufzubauen. Seit 1998 existiert das *RAJFIR, Réseau pour l'autonomie des femmes immigrées et réfugiées*, das Netzwerk für die Autonomie von Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, in dem mehr und mehr auch Sans Papiers mitmachen, das wäre womöglich der richtige Rahmen für eine Selbstorganisation, schließlich haben wir alle festgestellt, dass wir auch über unseren Kampf hinaus das dringende Bedürfnis hatten, uns zu treffen, miteinander zu reden, uns über unsere spezifischen Probleme und den Umgang damit auszutauschen.

Im Winter 1997 haben wir Sans Papiers von *Saint-Bernard* es geschafft, mit Unterstützung von anderen, vor allem chinesischen Frauen aus dem 3. Pariser Kollektiv, den Druck über Monate aufrechtzuerhalten: Wir nahmen uns ein Beispiel an den Müttern der Plaza de Mayo aus Argentinien und organisierten nach ihrem Vorbild eine allwöchentliche Kundgebung vor dem *Elysée*, dem Sitz des Präsidenten. Wir haben uns dort jeden Mittwoch eingefunden, also immer genau an dem Wochentag, an dem der Ministerrat zusammentrat – das musste einfach provozieren! Wir haben daneben aber auch ganz andere Initiativen gestartet wie z. B. Videovorführungen, Diskussionsforen, Aktionstage u.a.

## Der Kampf und der Sexismus

In der alltäglichen Organisation des Kampfes haben die Frauen mit ihrer Klarsichtigkeit und ihrer Gelassenheit eine Art Gleich-

gewicht hergestellt – sonst hätte der Kampf gar nicht so lange aufrechterhalten werden können. Aber die aktive Beteiligung von uns Frauen an einem Kampf mit einer solchen Reichweite und das in einer Gruppe, in der es mehr Männer als Frauen gab und wo die Männer üblicherweise das Sagen hatten, konnte nicht ohne Reibereien verlaufen.

Wir mussten uns durchsetzen. Um Delegierte zu bekommen, um unseren Standpunkt äußern zu können. Einige Angriffe auf meine Person waren neben anderen Gründen der Tatsache geschuldet, dass ich eine Frau bin. Frau, Migrantin, schwarz, Sans Papière – das war in den Augen einiger zu viel, vor allem wenn man unter Beweis stellt, dass man fähig ist, nachzudenken, zu analysieren und zu organisieren. Männer wollen Frauen eher unterwürfig und zahm sehen. Im Kollektiv blieb ihnen einzig ihre physische Stärke, mit der sie versuchten, diese – ihre – Rangordnung wiederherzustellen. Wenn Männer mit ihren Ideen nicht durchkommen, neigen sie dazu, Gewalt anzuwenden. Vermutlich ist sie das einzige Mittel, das ihnen bleibt. Vier Mal bin ich körperlich angegriffen worden. Auch andere Frauen waren Opfer von Aggressionen, in Saint-Denis und in Paris. Physische Gewalt, um eine in den Augen der Männer zu eingebildete und zu arrogante Frau zum Schweigen zu bringen? So einfach ließ ich mich nicht beeindrucken. Das ist ihnen wohl im Laufe der Monate klar geworden. Die Beamten der Kripo und des Nachrichtendienstes hatten mir gegenüber eine ganz andere Art von Gewalt im Repertoire, und zwar eine verbale, die verletzen sollte. Beleidigungen ohne Zeugen, bei denen man ganz alleine zwei, drei oder manchmal sechs Bullen gegenübersteht, die einem weis machen wollen, dass man nichts anderes ist als eine arme kleine Frau! Die Beamten der Kriminalpolizei des 13. Arrondissement waren besonders aggressiv. Ich weiß nicht, ob die Schimpfwörter der französischen Bullen mit denen eines Kindes aus einem Vorort von Dakar mithalten würden, ich jedenfalls gab es ihnen Schlag auf Schlag, Wort für Wort zurück. Zumindest meine Schlagfertigkeit müssen sie wohl schätzen gelernt haben!

Dieser Kampf hat bei den Frauen einen Bewusstseinsprozess ausgelöst, aber auch bei den Männern, die wie zufällig entdeckten mussten, dass ihre Frauen fähig waren, eine Situation zu analysieren, ihren Standpunkt darzulegen und interessante Vorschläge zu machen. Manche Frauen haben angefangen, Französisch zu lernen,

dabei wurde ihnen von Studentinnen und Freundinnen aus der Unterstützung geholfen. Wir haben es sogar geschafft, ein wenig an der traditionellen Vorstellung von afrikanischen Paaren und an dem Bild des »*Sei schön und schweig!*« zu rütteln. Die Frauen haben nicht akzeptiert, die Köchinnen und Babysitterinnen der Gruppe zu werden. Ein Mann, Touré, hat die Rolle des Kochs übernehmen müssen – zum großen Erstaunen der französischen Journalisten, die Reportagen über das Alltagsleben des Kollektivs machten.

All die Entschlossenheit und der Mut, den die Frauen an den Tag gelegt haben, zeugen von ihrem Durst nach Anerkennung. Im Grunde ihres Selbst spüren sie, dass sie als Menschen anerkannt werden müssen, als Frauen und nicht immer bloß als Ehefrauen oder Töchter eines Mannes. Die Gesetze, Rundschreiben und Erlasse machen offiziell keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Theoretisch haben wir dieselben Rechte wie die Männer. Aber die soziale Realität ist ganz anders, sie besteht geradezu aus Ungleichheiten. Die Ungleichbehandlung zwischen Männern und Frauen ist für uns ganz real. In der Anwendung der Gesetze werden diese Ungleichheiten manifest.

Die ersten Frauen aus unserem Kollektiv, die legalisiert wurden, bekamen durch die Bank Aufenthaltstitel ohne Arbeitserlaubnis. Ja, war es nicht auch in unseren Herkunftsländern so, dass die französischen Konsulate eine Erlaubnis unseres Mannes sehen wollten, wenn wir den Antrag auf ein Visum stellten? Wir haben ansehen müssen, dass Frauen die Legalisierung verweigert wurde, weil ihre Männer abgeschoben worden waren; nach einer Scheidung wurden Frauen ihre Aufenthaltstitel entzogen. Beim Bruch einer Ehe können Aufenthaltstitel, die durch Familienzusammenführung erlangt wurden, nicht verlängert beziehungsweise entzogen werden. Frauen sind von dieser Gesetzesbestimmung stärker betroffen, denn in der Regel sind sie es, die ihrem Mann nachziehen. Im Falle einer Scheidung oder Trennung stehen sie oft ohne Papiere da. Frauen, die einen Migranten mit Papieren oder einen Franzosen geheiratet haben, müssen deshalb bei ihrem Mann bleiben, was immer auch passiert, wenn sie ihre Papiere behalten wollen. Was das Asylrecht betrifft, erkennt die *OFPRA* im Allgemeinen geschlechtsspezifische Bedrohungen und Gewalt (Vergewaltigung, Beschneidung, Zwangsheirat, Kriminalisierung von Ehebruch in einigen Ländern usw.) nicht als Asylgrund an.

Während der gesamten Zeit des Kampfes haben Sans Papiers über die Artikulation ihrer eigenen Bedürfnisse reflektiert. Auch wenn ihre Forderungen nicht immer im Vordergrund standen, sind sie doch präsent: Sie wollen einen autonomen Status erhalten, als Mensch angesehen werden, einen Aufenthaltstitel erhalten, der unabhängig davon ist, ob sie verheiratet, geschieden, getrennt oder ledig sind, sie wollen Aufenthaltstitel mit Arbeitserlaubnis, direkten Zugang zu Sozialleistungen und nicht zuletzt auch die Anerkennung der Rechte von Frauen, die Opfer von sexistischer Verfolgung sind (sexuelle Verstümmelung, Misshandlungen, Zwangsheirat).

## Komplizinnenschaft

Man kann von den Sans Papiers nicht sprechen, wenn man nicht auch von der besonderen Community spricht, die sich aus den französischen Frauen und Migrantinnen zusammensetzt, die unsere Bewegung unterstützt haben.

Nie werde ich alle Frauen der Unterstützung nennen können, die sich Tag und Nacht aufgeopfert haben, die Nachtwachen übernahmen, sich um die Kinder kümmerten, beim Krankentransport halfen, einkauften ... Ihre Anwesenheit war eine wertvolle Stütze für die Mütter im Kampf und ihre Kinder. Die sanfte Stimme und das Lächeln von Marie-Claude haben oft einen geradezu magischen Effekt auf die aufgeregten und nervösen Kinder gehabt. Ihre Hilfsbereitschaft und ihre Fähigkeit zuzuhören hat den Frauen von *Saint-Bernard* oft geholfen und sie getröstet. Mariama aus Guinea hat unzählige Vorstöße unternommen und all ihre Beziehungen spielen lassen, um den Sans Papiers im Allgemeinen und den Frauen und Kindern im Besonderen bessere Bedingungen zu verschaffen.

Die Künstlerinnen haben durch ihre Anwesenheit in der Kirche *Saint-Bernard* im August 1996 dazu beigetragen, dass das Interesse der Medien wieder neu geweckt wurde. Emmanuelle Béart, Valérie Lang, Christine Citti und Marina Vlady haben uns eine nicht zu überschätzende Unterstützung geboten, als unsere Lage schwierig war. Die finanzielle Unterstützung einer großen Sängerin wie Barbara, die anonym bleiben wollte, löste nicht nur



unsere finanziellen Probleme, sondern ermutigte uns auch in unserem Kampf um Anerkennung. Wir fühlten uns als Menschen, die Respekt verdienten, das war etwas anderes als die Missachtung der Schalterbeamten in den Polizeipräfekturen.

Wir haben das spezielle Interesse von Frauen an unserer Bewegung auch daran ablesen können, dass aus den verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die uns unterstützt haben, besonders viele Frauen zu uns kamen.

Frauengruppen und feministische Organisationen haben sich auch an unserer Seite engagiert: das *Collectif féministe Ruptures*, die *CADAC*, die *Alliance des femmes*, die *Maison des femmes de Paris* und viele andere. Wir selber haben den Internationalen Frauentag am 8. März immer so begangen, dass wir eine Erklärung veröffentlicht und uns an von Frauengruppen organisierten Demonstrationen beteiligt haben. Die Frauen von der *Maison des Femmes*, Michèle, Nicole, Claudie, Margot und viele andere waren in den schwierigsten Stunden immer da.

Frauen sind auch im Anwaltskollektiv zahlreich vertreten, das uns kostenlos verteidigte. Madame Plaza, seit den ersten Tagen dabei, Dominique Noguère, Irène Terrel, Geneviève Afouagé, Christine Martinot, Angèle Louvier und so viele andere, die uns durch ihre Aufopferung, ihre Hilfsbereitschaft und ihre Kompetenz erlaubt haben durchzuhalten und die Hoffnung nicht zu verlieren.

Ich erinnere mich schon gar nicht mehr daran, wann ich Catherine zum ersten Mal getroffen habe, es ist, als sei sie immer schon bei uns gewesen. Catherine Grupper war von Anfang an Mitglied im Unterstützungskomitee der Sans Papiers von *Saint-Bernard* und später auch der vom Pariser Kollektiv. Sie war oft für die Kinder da, auch für die Frauen und unterstützte alle Initiativen, die auf eine Ausweitung des Kampfes und die Einheit der Sans Papiers und ihrer Unterstützung zielten. Sie war unermüdlich, auch wenn unser Kampf nicht der erste war, den diese erfahrene Aktivistin der *MRAP* geführt hat: Sie war schon 1968 an der Besetzung des Verwaltungsgebäudes der Universität Nanterre beteiligt. Catherine ist, so kann man sagen, »Aktivistin von Geburt an«. Unsere Diskussionen waren immer fruchtbar. Sie verband eine gewisse Diskretion mit dem festen Willen, immer weiter zu gehen. Und sie schätzte unseren Wunsch nach Autonomie und unsere Organisationsform. »Mit euch erlebe ich erneut die guten alten Prinzi-

pien.« Sie äußerte mehrer Male ihr Bedauern darüber, dass nicht mehr feministische Mitstreiterinnen der siebziger Jahre sich an unserem Kampf beteiligten.

Der Nutzen aber war gegenseitig. Einige französische Frauen begegneten zum ersten Mal so nah Migrantinnen. Der Kontakt, der sich unter den Frauen ohne Schwierigkeiten herstellte, war für die einen wie die anderen eine Entdeckung. Die Frauen waren ohne Zweifel der stabilisierende Faktor in diesem Kampf, dem sie erst den Atem gegeben haben. Sie legten eine Zuneigung und eine unerschütterliche Zuverlässigkeit an den Tag, die sich auf die Komplizinnenschaft der Frauen untereinander stützte, eine Komplizinnenschaft, die meiner Meinung nach nur deshalb so effektiv sein konnte, weil sie ihre Wurzeln im Respekt für die Gleichheit hatte, für die sie alle kämpften.

Sie haben gezeigt, dass es über alle sprachlichen, kulturellen und sonstigen Differenzen hinweg möglich ist, harmonisch miteinander zu leben, gemeinsam etwas zu erreichen, und dass diese Verschiedenartigkeit ein bereichernder Faktor sein kann. Jede von uns hat von der anderen gelernt, von ihrer Geschichte, ihren Gewohnheiten und ihrer Kultur. Ich für meinen Teil kann mir unseren Kampf ohne diese Komplizinnenschaft nicht mehr vorstellen.

# Landesweite Koordinierung

Seit den schwierigen Augusttagen 1996 ist die Bewegung der Sans Papiers ohne Unterbrechung auf der Bühne der Politik präsent. Mit der Entscheidung, ans Tageslicht zu treten und selbst das Wort zu ergreifen, haben die Sans Papiers die hinter der angeblich »notwendigen Kontrolle der Immigration« versteckte Realität zutage treten lassen: Willkür, Erniedrigung, Brutalität, Massenabschiebungen, Diskriminierung ... Der Kampf um Legalisierung brandmarkte zugleich auch andere skandalöse Sachverhalte wie die Abschiebehaft, das willkürliche Einsperren und die Gesetzgebung, die die Bedingungen der Aufnahme und des Aufenthalts von MigrantInnen in Frankreich regelt.

Dadurch dass Sans Papiers ihre Rechte öffentlich geltend gemacht haben, haben sie eine breite Diskussion über Einwanderung und Migrationsbewegungen in der heutigen Zeit ausgelöst. Seitdem werden diese Fragen in Frankreich nicht mehr nur im Kleinen, auf Treffen von »Experten« und von Aktivisten diskutiert. Sie sind zum Thema von öffentlichen Konferenzen und Foren geworden, die von den Kollektiven, Unterstützungskomitees, Vereinen, Gewerkschaften und politischen Parteien organisiert werden, und sie sind seitdem vermehrt Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und Kontroversen.

Die öffentliche Meinung wurde zum Schauplatz der Auseinandersetzung, hier wurde jetzt debattiert, wie ausländerfeindlich eine staatliche Politik mit fünfzig Jahre alten Gesetzen ist, die allein auf Aussortieren von erwünschten und unerwünschten Ausländern setzt.

Immer mehr wird klar, dass diese Politik die Rechte aller einschränkt. Beiträge von Politikern und Intellektuellen, zahlreiche Artikel zur Geschichte der Gesetze, ihren Konsequenzen und Unstimmigkeiten und die massive Unterstützung, die wir erhielten, machte aus einer spezifischen sozialen eine gesamtgesellschaftliche Frage – folglich hatte die Gesellschaft in diesem Konflikt nicht über andere, sondern über sich selbst zu befinden. Die Demokratie konnte daran nur wachsen.

Aber Fortschritte der Demokratie stoßen immer auch auf Opposition und Hindernisse. Die verschiedenen aufeinanderfolgenden

Regierungen haben darin gewetteifert unsere Bewegung klein zu halten und bedienten sich dabei vieler Methoden. Zur Repression kam die Demagogie hinzu, die die Öffentlichkeit – die jetzt in großem Maße für unsere Sache eingenommen war – einschüchtern und irreführen und gleichzeitig uns spalten sollte.

Es blieb dabei, dass ein erklecklicher Teil der herrschenden Klasse, der politischen wie der ökonomischen, sich weiterhin dem Recht auf Freizügigkeit der Menschen auf mehr oder weniger offene Weise entgegenstellte. Sie bleiben bei ihrer festen Haltung, dass Frankreich und die anderen Wirtschaftsgrößmächte Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – gezwungen waren, ihr Land zu verlassen, nicht bei sich aufnehmen können. Sogar einige von denen, die uns wohlgesonnen waren, sahen in uns nur Menschen, die von der Ausbeutung kaputt gemacht waren und in *der* Zivilisation verloren seien, und waren dagegen, dass wir unser Schicksal in die eigenen Hände nahmen und unseren Kampf selber führten.

## Menschen ohne Rechte

Im Laufe der Jahre haben immer neue Zusätze die *Verordnung vom 2. November 1945* verschärft und damit den MigrantInnen das Leben immer schwerer gemacht.

Mit der Umsetzung des *plan Vigipirate*, der angeblich der terroristischen Bedrohung (durch Islamisten im Sommer 1995) begegnen sollte, aber bis heute nicht aufgehoben wurde, wird über die großen Ballungsräume eine Art Belagerungszustand mit vom Militär begleiteten Polizeipatrouillen verhängt: Offiziell sind nicht ausdrücklich MigrantInnen im Visier, aber sie sind es, die unter den permanenten Kontrollen zu leiden haben, genauso wie vor allem junge Leute in den Vorstädten, die einer »Kontrolle nach Gesichtszügen« ausgesetzt sind. So kann sich also kein Sans Papiers in Sicherheit wiegen, Sans Papier bedeutet jetzt: *Mensch ohne Rechte*.

Das gilt auch für all diejenigen, die seit mehreren Jahren in Frankreich leben und arbeiten, die hier eine Familie gegründet haben, und für diejenigen, die hier auf andere Weise Wurzeln geschlagen haben. Auf die Straße gehen kann ab jetzt bedeuten nicht mehr wiederkommen!

Das Gesetz vom 24. April 1997, das so genannte Debré-Gesetz, wurde mitten in den Kämpfen der Sans Papiers verabschiedet, es war dazu gedacht, die Pasqua-Gesetze zu glätten und Gesetzeslücken zu schließen. Aber was als verfahrenstechnische Verbesserung daherkam mit dem Ziel, »die auftauchenden Schwierigkeiten bei der Anwendung« der Pasqua-Gesetze zu regeln, entpuppte sich in den meisten Bestimmungen als Verschärfung und als Verschlechterung der prekären Lage der MigrantInnen mit oder ohne Papiere. Die Verlängerung der *carte de résident*, der für zehn Jahre gültigen Aufenthaltsgenehmigung, wird in Frage gestellt, die Repression wird verschärft. Das Debré-Gesetz bringt ganz offiziell die Anwesenheit von Sans Papiers in Frankreich mit Schwarzarbeit in Verbindung, indem es der Polizei erlaubt, auf Antrag eines Staatsanwalts Identitätskontrollen an den Arbeitsstätten durchzuführen.

Erst die große Mobilisierung vom Februar 1997 sollte die Regierung Juppé-Debré und die Parlamentarier einknicken lassen – sie zogen letztendlich den Artikel 1 des Debré-Gesetzes zurück, der Wohnungsgeber zur Denunziation verpflichtet hätte. Aber die Bestimmungen, die die persönliche Freiheit beschneiden, wurden aufrechterhalten: die Möglichkeit, den Pass oder den Aufenthaltstitel der MigrantIn zu beschlagnahmen, und die Möglichkeit der Durchsuchung von Fahrzeugen im Umkreis von 20 km an Frankreichs Grenzen mit den Staaten, die das Schengener Abkommen unterzeichnet hatten. Die Polizei und die Gendarmerie haben die Möglichkeit, das Fahrzeug für eine Höchstdauer von vier Stunden stillzulegen (Art. 8.2). Antragstellern auf Aufenthaltstitel, Sans Papiers und Ausreisepflichtigen wurden Fingerabdrücke abgenommen. Alles Bestimmungen, die im Namen eines Europas der Polizeien eingeführt wurden, das zu einer Festung gegen die neuen Tartaren ausgebaut wird.

Wir waren schockiert, wie schwach die Mobilisierung von demokratischen und antirassistischen Organisationen und politischen Bewegungen ausfiel, als am 17. Dezember 1996 der Gesetzesentwurf Debré geprüft wurde, der durch die Gesetzeskommission – gegen den Willen ihres Vorsitzenden Pierre Mazeaud – noch verschärft worden war. Es gab von ihrer Seite keine angemessene Reaktion auf die enormen Gefahren, die diese Gesetze für alle, MigrantInnen und FranzösInnen, bedeutete.

Unsere Hartnäckigkeit aber zahlte sich aus. Statt uns gleich beim ersten Gegenwind entmutigen zu lassen, setzten die regionale Koordination und die nationale Koordination der Sans Papiers weiter auf Aufklärung, indem sie im Rhythmus der Parlamentssitzungen zum Entwurf des Debré-Gesetzes Demonstrationen organisierten. Gegen die Vorschrift, dass Wohnungsgeber ihre Gäste anzumelden bzw. gegebenenfalls zu denunzieren hätten, starteten ca. 60 Filmregisseure im Februar 1997 einen Aufruf zum zivilen Ungehorsam:

»Wir, französische Regisseure, erklären: Wir sind schuldig, jeder von uns, einen irregulären Ausländer beherbergt zu haben. Wir haben unsere ausländischen Freunde nicht angezeigt. Und wir werden auch weiterhin unsere Freunde und Kollegen beherbergen, mit ihnen arbeiten, ohne ihre Papiere zu kontrollieren, und wir werden sie auch weiterhin nicht anzeigen. Als Folge des Urteils vom 4. Februar 1997, das Madame Jacqueline Deltombe schuldig spricht, weil sie einen zairischen Freund ohne Papiere beherbergt hat, und ausgehend von der Tatsache, dass das Recht für alle gleich ist, fordern wir, ebenso verurteilt zu werden. Schließlich fordern wir unsere Mitbürger auf, sich zu widersetzen und sich diesen unmenschlichen Gesetzen nicht zu beugen. Wir weigern uns, unsere Freiheit derartig eingeschränkt zu sehen.«

Unmittelbar danach veröffentlichten SchriftstellerInnen, KünstlerInnen, ForscherInnen und HochschullehrerInnen, JournalistInnen, ÄrztInnen, AnwältInnen und Angehörige vieler anderer Berufsgruppen ihrerseits eine Petition in diesem Sinn, und die Tageszeitungen bringen Tag für Tag ganze Seiten mit nicht enden wollenden Namenslisten von Personen, die sich bereit erklären, Ausländer aufzunehmen, ohne sie nach Papieren zu fragen – es entsteht eine regelrechte »Bewegung der Petitionen«. Mit dieser zusammen gelang es uns am 22. Februar, die Mobilisierung gegen das Debré-Gesetz mit einer Demonstration von mehr als 100.000 Menschen wieder voranzutreiben.

Aber die Politiker zogen keine Lehre aus dieser Erfahrung. Anstatt die Ursache anzugehen, verschärfen sie die Gesetze weiter und machten sie immer komplizierter und unpraktikabler. Indem die Sans Papiers diese Gesetze angriffen, griffen sie auch die politische Instrumentalisierung ihrer Situation durch die rechte Regierung an.

Infolge wiederholter Misserfolge und einer Unpopularität, die chronisch und unumkehrbar geworden war und zu einer Gefahr für

den sozialen Frieden und die Stabilität der Herrschaft selbst zu werden drohte, sah sich Präsident Chirac gezwungen, die Regierung abzusetzen und vorgezogene Neuwahlen zu beschließen. Premierminister Juppé war tatsächlich selbst im Kreise der Rechten umstritten, die aus ihm den Sündenbock machten für ihre eigenen Misserfolge und ihre Unfähigkeit, die Interessen der französischen Unternehmen in der harten Konkurrenz der Globalisierung zu vertreten.

Die Debatte über die Sans Papiers wurde zum zentralen Punkt, ja zum Inbegriff der sozialen Widersprüche und der sozialen Spannung. Die parlamentarische Linke nutzte wann immer möglich die Nationalversammlung als Tribüne zur Destabilisierung der Regierung Juppé, indem sie sich auf die Skandale bezog, die wir in unserem Kampf anprangerten. Das Auftauchen der Sans Papiers und der Arbeitslosen auf der politischen Bühne illustrierte gleichzeitig die allgemeine soziale Misere und die Unfähigkeit der Regierung damit umzugehen. Als der Wahlkampf begann, machte die Linke von ganz allein schon ein Wahlversprechen nach dem anderen, aber auch wir arbeiteten daran, einen starken Druck auf die Linke auszuüben, und verlangten eine offizielle und öffentliche Stellungnahme zu den Sans Papiers. Insbesondere sollten sie zusagen, das Ausländergesetz abzuschaffen, die Sans Papiers zu legalisieren und die *double peine*, die Doppelstrafe (Strafurteil und anschließende Abschiebung) abzuschaffen, hatten sie doch im Vorjahr fortschrittliche Positionen zu diesen Fragen eingenommen.

Die Partei *MDC, Mouvement des citoyens* (Bürgerbewegung), prangerte in einem vom Februar 1997 datierten Dokument die Doppelstrafe an: »Es handelt sich um eine Strafe, die einhergeht mit einem befristeten oder definitivem Aufenthaltsverbot. Sie hat in den meisten Fällen die Abschiebung der verurteilten Migranten zur Folge. Die Doppelstrafe ist in Anbetracht des republikanischen Gleichheitsprinzips der Bürger vor dem Gesetz nicht zu akzeptieren, aus eben diesen Gründen kann die Verbüßung einer Strafe für Franzosen und Migranten nicht verschieden sein. Darüber hinaus schafft die Doppelstrafe Kriminalität, die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die wegen kleiner Delikte abgeschoben werden und mit ihrem »Herkunftsland«, in das man sie abschiebt, nichts zu tun haben (weil sie nie dort gelebt haben) kommen auf illegale Weise wieder her.«

Während einer Wahlkampfveranstaltung gab Lionel Jospin unserem Druck nach und versprach, die Pasqua- und Debré-Gesetze abzuschaffen. Die *Verts*, die Grünen, sowie der *Parti communiste* forderten unsere Legalisierung in verschiedenen mehr oder weniger vertraulichen Dokumenten und ließen sich nun demonstrativ öffentlich mit uns sehen, wenn wir auf die Straße gingen. Indessen wurde die Unterstützung des *Parti socialiste* immer punktueller, je näher die Wahlen rückten und eine Mehrheit in der Nationalversammlung für sie laut Umfragen immer wahrscheinlicher wurde.

Das Thema Wahlen war bei unseren Treffen sehr präsent. Mehrere Sans Papiers waren davon überzeugt, dass ein Sieg der Linken automatisch eine umfassende Legalisierung mit sich bringen würde oder uns zumindest einen weniger »idiotischen« Gesprächspartner beschern würde und riefen unsere UnterstützerInnen auf, für die Linke zu stimmen – selbst diejenigen, die gar nicht wählen gehen wollten, sollten eine Ausnahme machen und sich in die Wählerlisten einschreiben.

Am 1. Juni, dem Tag der Wahl, erfuhr die Rechte eine schmachvolle Niederlage. Die Linke hatte die Mehrheit. Der *Parti socialiste* als stärkste Kraft dieser Mehrheit schloss eine Regierungskoalition mit den *Verts*, den Grünen, und dem *PCF*, um ihre parlamentarische Mehrheit auszubauen. Man hat uns bestätigt, dass es in den Koalitionsverhandlungen auch um die Sans Papiers ging. Fortan aber wurde die Frage zwar auch weiterhin von den Grünen und den Kommunisten angesprochen, die in unseren Reihen blieben, aber die Sozialisten und der *MDC* behandelten sie nur negativ, abgesehen von einigen Aktivisten, die in den Unterstützungskomitees einiger Kollektive verblieben, und denjenigen, die auch weiterhin zu unseren Veranstaltungen und Demos kamen.

Am Abend des 1. Juni 1997 selbst rief ich auf einem Lautsprecherwagen der Postlergewerkschaft *Sud-PTT* vor dem Lateinamerikahaus, wo der PS seinen Sieg feierte, den Kontext des Wahlsieges in Erinnerung und rief die WählerInnen und die sozialen Bewegungen zur Wachsamkeit auf. Lionel Jospin, der künftige Regierungschef, lehnte es ab, uns zu empfangen, als unsere Koordination ihn um ein schnelles Treffen bat. Am 12. Juni kam eine Karawane, die am 2. Juni in Angoulême gestartet war, im Regierungssitz Matignon an und wurde vom Kabinett Jospins emp-



fangen. Ihnen wurde versprochen, dass die Frage von der neuen Regierung geprüft werden würde.

## Die Linke rudert zurück

Von den ersten Wochen an leugnete die Regierung Jospin je versprochen zu haben, die Gesetze Pasqua, Méhaignerie<sup>1</sup> und Debré abzuschaffen, obwohl in ihr Mitglieder von Parteien saßen, die sich eindeutig für unsere Legalisierung und für eine Überprüfung der Ausländerpolitik ausgesprochen hatten. Das nach dem neuen Innenminister so genannte Rundschreiben Chevènement, am 24. Juni 1997 veröffentlicht, ist symptomatisch für eine Strategie des Über-tünchens, die die Kontinuität einer Politik der Kontrolle der Migrationsströme auf der Linie ihrer Vorgänger nur schlecht kaschierte.

Schon am 10. Juli 1997 verwies ein an Lionel Jospin adressierter und von *GISTI*, *Act-Up Paris*, der *Cédétim*, der *Fasti*, *Droits de-avant!!* und dem *Syndicat de la magistrature* unterzeichneter offener Brief die neue Regierung auf die Dringlichkeit einer Legalisierung der Sans Papiers und rief sie zur Organisation einer großen öffentlichen Debatte über die Immigration auf. Eine Reaktion der Regierung auf diesen offenen Brief blieb aus. Statt einer breiten und öffentlichen Debatte, die von einem großen Teil der Bevölkerung verlangt wurde, gab die Regierung ein Eilgutachten bei Patrick Weil in Auftrag, das mit dem schönen Titel »*Pour une politique de l'immigration juste et efficace*«, »Für eine gerechte und effektive Immigrationspolitik«, innerhalb nur eines Monats verfasst wurde!

Die Regierung von Lionel Jospin lehnte also jede öffentliche Diskussion über die Frage ab und führte ihre kurzsichtige Politik fort. Etienne Balibar beklagte diese Haltung und bezog sich dabei auf den Kampf der Sans Papiers und die Art und Weise, wie die Regierung diese Diskussion führte, als er ausführte, dass »Demokratie Institution einer kollektiven Diskussion bedeutet, deren Bedingungen aber niemals von oben vorgegeben sind.«<sup>2</sup>

---

1 Das Méhaignerie-Gesetz richtete sich gegen das Prinzip des *ius soli*, des Bodenrechts, mit der Folge, dass Kinder von Migranten, die auf französischem Boden geboren werden, nicht mehr automatisch mit 16 Jahren die französische Staatsangehörigkeit bekommen.

2 *Le Monde de l'Education*, Dezember 1997

Was besagt das Rundschreiben Chevènement? Es gibt den Präfekten die Möglichkeit, »in Ausnahmefällen eine nochmalige Begutachtung der Situation bestimmter Personengruppen von Ausländern in unrechtmäßiger Situation vorzunehmen«. MigrantInnen ohne Papiere sind aus dem Wirkungsbereich des Rundschreibens ausgeschlossen, der Begriff Legalisierung taucht im Text nicht auf.

Der Text enthält weder ein Moratorium zu den Abschiebungen noch eine Amnestie für Personen, die vom Verbot, französisches Staatsgebiet wieder zu betreten, betroffen sind. Die »Integration« geht einher mit Abschiebungen, und die Angst bleibt weiterhin ein politisches Argument.

Die neue Regierung, die viele WählerInnen gewonnen hatte, weil sie versprochen hatte, die Gesetze Pasqua und Debré abzuschaffen, stellt der von den Sans Papiers und ihren UnterstützerInnen geforderten globalen Legalisierung eine sehr eingeschränkte Teillegalisierung gegenüber (offizielle Zahlen liegen nicht vor, die Presse spricht im Januar 1998 von 80.000 Legalisierungen).<sup>3</sup> Es handelte sich dabei eher um eine Überprüfung der Einzelfälle. Während umfassende Legalisierungen in den Nachbarländern stattfinden (Spanien, Italien, Portugal), setzt Frankreich auf die harte Linie einer »Kontrolle der Migrationsströme«.

Weil die Präfekten keine klaren politischen Anweisungen bekommen haben außer der, dass die letztendliche Entscheidung in ihrem eigenen Ermessen liegt, können sie auch weiterhin ihre eigenen Vorstellungen umsetzen, die stark von zwei Jahrzehnten repressiver Praxis geprägt sind. So sind die Sans Papiers mehr denn je der Willkür ausgeliefert.

Dass wie gehabt Sans Papiers abgeschoben werden, deren Anträge noch in Bearbeitung sind, ist für die Politik der Regierung bezeichnend.

Die Aufenthaltsdauer, die Legalisierungskandidaten nachzuweisen haben, wird für viele zur Hürde, an der sie bei der Erlangung eines Aufenthaltstitels scheitern – mit z.T. kafkaesken Folgen: So kann ausländischen Eltern die Legalisierung verwehrt werden, obwohl ihre Kinder über 16 Jahre alt sind und in Frankreich geboren sind.

Eine absurde Entscheidung, diese Kinder haben das Alter, in dem sie Franzosen werden, ihre Eltern sind gesetzlich vor Abschiebung geschützt und werden trotzdem nicht legalisiert. Eine

---

3 Agenturmeldung der AFP, 8. Januar 1998

neue Personengruppe à la linke Regierung wird kreiert: die »*nini*«, Menschen, die nicht abgeschoben, aber auch nicht legalisiert werden dürfen!

Ebenso beeindruckend ist die Anzahl von Nachweisen (Papieren!), die von den Sans Papiers verlangt wird. Beeindruckend und absurd, denn man verlangt von Menschen, die keinen Aufenthaltstitel besitzen, offizielle und behördliche Dokumente einzureichen, die von einem normalen sozialen Leben zeugen und für die man in den meisten Fällen einen Aufenthaltstitel bräuchte: Mietquittungen, Lohnbescheinigungen, Steuererklärungen, Kranken- und Sozialversicherungskarte, Arbeitsbescheinigungen etc!

Die Beibehaltung des Begriffs der Störung der öffentlichen Ordnung, die Aufrechterhaltung der Doppelstrafe (bei Verurteilung strafrechtliche Ahndung und anschließend Abschiebung!) und die ausbleibende Aufhebung von Wiedereinreiseverboten schließen zahlreiche Sans Papiers von der Legalisierung aus.

Außerdem verdeutlichte die Art der vergebenen Aufenthaltstitel den politischen Willen, mit unserer Bewegung aufzuräumen und gleichzeitig bewusst eine Reserve an MigrantInnen ohne Papiere auf dem Staatsgebiet zu behalten. Tatsächlich hatte man mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis, wie sie die Sans Papiers bekamen, keine Chance, einen Mietvertrag mit mehr als einjähriger Dauer zu unterschreiben oder einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu bekommen.

Die befristete Aufenthaltserlaubnis ist eine Art Aufkleber, der auf den Pass geklebt wird und den Inhaber dazu verpflichtet, einen Großteil seiner Existenz für nicht enden wollende Behördengänge aufzuwenden. Sie ist ein Jahr gültig, und es dauert mehr als zwei Monate, bis man sie bekommt; die ersten Behördengänge für ihre Verlängerung muss man mindestens drei Monate vor ihrem Ablauf unternehmen. Die MigrantIn hat also effektiv nur ungefähr sieben Monate pro Jahr Zeit für ihr soziales und persönliches Leben! Trotz einer offenkundigen Besserstellung bleibt der Sans Papiers mit Papieren also auch weiterhin Unsicherheiten und Ungleichheiten jeglicher Art ausgesetzt.

Was konnten wir anderes daraus schließen, als dass es absolut notwendig war, den Inhalt unserer Forderung »Papiere für alle« in den Vordergrund zu stellen, das heißt eine wirkliche Legalisierung über die *carte de résident*, also einen Aufenthaltstitel auf zehn Jahre mit anschließender Verlängerung!

## Die Konstruktion von Rechtlosigkeit

Das Gesetz vom 11. Mai 1998, genannt Chevènement-Gesetz, ist direkt vom Bericht von Patrick Weil inspiriert. Selbst wenn es einige Verbesserungen enthält (Vereinfachung der Prozedur für Wissenschaftler und Forscher, Erleichterungen für Rentner, Abschaffung von Ausreisevisa, Verpflichtung, bestimmte Visumsablehnungen zu begründen, Erleichterung der Bedingungen für die Familienzusammenführung), bricht es nicht mit der Logik des Verdachts und der Repression.

Der Weil-Bericht war derart besessen von der Idee, die Migrationsströme zu kontrollieren, dass er unserem Anliegen in keinster Weise gerecht werden konnte. Wir verlangten die Wiederherstellung der Rechte als Subjekte, die kommen wollten oder schon hier wohnten, ihrer Freiheit, zu gehen und zurückzukommen, zu besuchen und besucht zu werden – der Staat hingegen sprach nur von der Beherrschung von Strömen. Schon allein die Zuständigkeit des Innenministeriums für den Umgang mit Menschen, die in dieser Gesellschaft leben, wäre eine Diskussion wert gewesen.

Schließlich betreibt Patrick Weil ein Aussortieren nach Nützlichkeit, wenn er außer den bereits lange hier lebenden nur die MigrantInnen akzeptieren will, die Frankreich für seine eigene Entwicklung braucht (Ingenieure, Wissenschaftler u.a.). Das zeigt, dass die Beziehung Frankreichs zu Afrika »utilitaristisch«, allein an der Nützlichkeit orientiert bleibt. Es ist dieselbe Art von Beziehung, die die Einrichtung einer Art »Fremdenlegion« im Sport oder in anderen Bereichen anregt und Afrika so alle seine Talente entzieht. Die angeblich gerechte Bezahlung klammert all die kollektiven Entbehrungen aus, die die Entstehung dieser Talente ermöglicht haben. Um den Preis der von Müttern und Familien erbrachten Opfer, der von Lehrern und Trainern erlittenen Entbehrungen, gelingt Afrika ein toller Erfolg: AfrikanerInnen laufen, springen, dribbeln für andere Landesfarben, die ansonsten ihrem Herkunftsland gegenüber feindlich gesinnt sind. Genau das ist die Logik, die Weil vertritt. Wenn eine rechte Regierung dasselbe unternommen hätte, es hätte einen Aufschrei des Protestes gegeben!

Im ersten Gesetzesentwurf vom 25. August 1997 begründet der Minister sein neues Gesetz mit dem Willen der neuen Regierung,

eine »strenge und würdige Immigrationspolitik« zu definieren. Der Innenminister vergleicht dann die Anwesenheit von Ausländern mit der Belastung durch die »Massenarbeitslosigkeit, den Schwierigkeiten bestimmter Stadtviertel, dem zunehmenden Rückzug in Communities und dem Druck der Migration« und bezeichnet uns so nach dem Beispiel all seiner Vorgänger als Sündenböcke, die für die durch Liberalisierung und Globalisierung verursachten Schäden verantwortlich zu machen sind.

Die Verfügungen des Gesetzes Debré, wie die Konfiszierung der Pässe von Ausländern (Art. 8-1), die Durchsuchung von Fahrzeugen (Art. 8-2), die Abnahme von Fingerabdrücken von Ausländern (Art. 86-3), werden im Gesetz Chevènement beibehalten. Das Geltenmachen von Kriterien der öffentlichen Ordnung bei Ausstellung oder Verlängerung der befristeten Aufenthaltserlaubnis, wie schon im Pasqua-Gesetz von 1993 vorgesehen, wird ebenfalls beibehalten (Art. 9-1, 12b, 12c, 14, 15). Der Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, in die man legal alles packen kann, was man will, ist schon immer Einfallstor für Missbrauch und Umgehung der allgemeinen gesetzlichen Verfügungen gewesen.

Für die Ehegatten von Franzosen wird die Nachweispflicht über eine legale Einreise beibehalten – ein Verstoß gegen das Grundrecht, in einer Familie zu leben (Art. 12b §4).

Auch den Artikel 15b, eine von Pasquas Ergänzungen zur Verfügung vom 2. November 1945, behält Chevènement bei – er sieht für Polygame und ihre Frauen Sanktionen vor, und das betrifft – wie schon erwähnt – die Kinder und die Ehefrauen, die oft in die Polygamie gezwungen werden und zum Teil nicht wissen, dass sie in einem polygamen Haushalt leben.

Unter Missachtung des Prinzips der Gleichheit vor dem Gesetz müssen ehemalige Studierende 15 Jahre rechtmäßigen Aufenthalt in Frankreich nachweisen, bevor sie eine *carte de résident* erhalten können, während für Nicht-Studierende nur zehn Jahre ausreichen (Art. 15-12).

Die Abschiebehaft wird um zwei Tage verlängert, sie steigt von 10 auf 12 Tage (Art. 35b). Selbst das Debré-Gesetz hatte es nicht gewagt, den Gesetzestexten von Pasqua diesen Zusatz hinzuzufügen.

Die Doppelstrafe wird auch weiterhin auf Personen angewendet, die den Hauptteil ihres Lebens in Frankreich verbracht haben

– diese landen, wenn sie abgeschoben werden, in Ländern, die sie nicht mehr kennen und zu denen sie oft keine Beziehung mehr haben.

Der Artikel 21 der *Verordnung von 1945* wird beibehalten, jedoch mit einigen Veränderungen. Jede Person, die durch direkte oder indirekte Hilfe »die nicht rechtmäßige Einreise, die Fortbewegung oder den Aufenthalt eines Ausländers in Frankreich unterstützt hat, wird mit 5 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 200 Francs bestraft«. Der Philosoph Jacques Derrida prangert dieses »Solidaritätsdelikt« an, das, wohlgemerkt, nicht nur auf dem Papier stand: LebensgefährtenInnen waren unter dieses Gesetz gefallen, und der Fall von Jacqueline Deltombe, die vor Gericht gestellt wurde, weil sie ihren Sans-Papiers-Freund beherbergt hatte, wurde dann zum Hauptauslöser der Mobilisierung gegen das Gesetz Debré Anfang 1997. Die einzige »Verbesserung« des Gesetz Chevènement findet sich im Artikel 21, der vorsieht, der MigrantInnen sehr nahe stehende Personen von der Strafverfolgung auszunehmen (Vorfahren, Nachfahren und Geschwister sowie Ehegatten und Lebensgefährten). Weil er einen Sans Papiers unterstützt hatte, der vor Gericht kam, wurde der Gewerkschaftssekretär der *Union départementale CGT du Puy-de-Dôme* seinerseits strafverfolgt, im Namen der Verfügung des 2. November 1945 – in der Version von Chevènement.

Die »Zones d'attente«, die Wartezonen in den Bahnhöfen, Häfen und Flughäfen werden beibehalten (Art. 35d der Verfügung des 2. November 1945) – ein Asylbewerber, der in Frankreich ankommt, kann in diesem *no man's land* festgehalten werden.

Wie viele beunruhigende Verfügungen gibt es gegen MigrantInnen und FranzösisInnen, die die Freizügigkeit angreifen, einen Zustand absoluter Rechtlosigkeit schaffen und aus freien Stücken »illegale« Situationen nach Belieben konstruieren?

## Fauler Zauber

Im Juni 1998, ein Jahr nach Inkrafttreten des Chevènement-Rundschreibens, sprach die Bilanz eine deutliche Sprache: zahlreiche nicht legalisierte Familien, Kinder und MigrantInnen, die seit mehr als zehn Jahren in Frankreich lebten, aber nicht in der Lage waren,

Beweise über ihre Anwesenheit einzureichen, eine wachsende Anzahl von Sans Papiers, vor allem Unverheiratete, die Schwierigkeiten hatten, ihre befristete Aufenthaltserlaubnis zu verlängern, die ihnen im Rahmen des Rundschreibens erteilt worden war.

Nach dieser »Legalisierung«, die keine war, wurden nun Pseudovorschläge gemacht, die Franzosen sollten glauben, dass die Regierung des Linksbündnisses unser Problem wirklich lösen wollte. Angesichts der Entschlossenheit der Sans Papiers, die unter extrem schweren Bedingungen weiter kämpften, und angesichts zahlreicher Stimmen, die diese Pseudo-Legalisierung anprangernten, gestand die Regierung die Grenzen ihrer »Legalisierung« ein, wollte sich aber damit zufrieden geben, Schönheitsreparaturen vorzunehmen. Das zeigte sich in der Episode des Rundschreibens Aubry zu Rückkehrhilfe sowie in der Episode der Berufungskommission vom 2. Juli 1998, die, aus wichtigen Persönlichkeiten und hohen Regierungsbeamten zusammengesetzt, beauftragt war, die Anträge oder besser bestimmte negativ beschiedene Anträge von Abgelehnten des Rundschreibens Chevènement noch einmal durchzusehen. Die Einsetzung einer solchen Kommission, die sich aus bis dato vertrauenswürdigen Intellektuellen zusammensetzte, war das Mittel, um eine offizielle Debatte und notwendige Grundsatzüberlegungen zu umgehen, wie sie von Organisationen, besorgten BürgerInnen und Betroffenen eingefordert wurde. Diese Kommission spielte die Rolle eines trojanischen Pferdes, ihr einziges Ziel war, die angespannte Stimmung zu entschärfen.

Diese Gesetzesänderungen bzw. neuen Verordnungen hatten nicht zum Ziel, die Probleme der Sans Papiers zu lösen, es ging erneut darum, den Druck abzuschwächen. Die wahren Ziele änderten sich nicht: Es ging um die Kontrolle der immigrierten ArbeiterInnen, sowohl was ihren Zustrom betrifft als auch ihre Lebensbedingungen in Frankreich.

Die Sans Papiers und ihre UnterstützerInnen stellen sich ganz und gar legitime Fragen. Ich weiß noch, wonach ich täglich gefragt wurde: »Ich würde gerne wissen, was sie vorhaben. Werden sie alle Anträge noch einmal bearbeiten? Werden sie die Anträge bearbeiten, auf die die Präfektur noch keine Antwort gegeben hat? Müssen wir einen neuen Antrag einreichen? Welches Gewicht wird die Meinung der Kommission haben?«

Die Regierung Jospin hatte es geschafft, eine diffuse, zwiespältige Situation zu schaffen, in der sich niemand mehr zurecht fand: weder die Sans Papiers noch ihre UnterstützerInnen, noch die Verwaltung, manchmal noch nicht einmal die Richter. Sicher, die Schaffung dieser Kommission zeigte, unter welchem Druck die Regierung stand. Nachdem sie etwa der Hälfte der Sans Papiers, die einen Antrag auf Legalisierung gestellt hatten, befristete Aufenthaltserlaubnisse gegeben hatte, wusste sie nicht mehr so recht weiter. Wie konnte eine Regierung, die sich links nannte, es sich erlauben, 75.000 Menschen und mehr abzuschieben? Und was kostete es Frankreich, 80.000 bis 100.000 Menschen zu legalisieren? Das Kalkül, auf eine Verschlimmerung der Lage, auf Mutlosigkeit und die Sommerferien zu setzen, konnte sich als gefährlich erweisen. Hatte Debré nicht zwei Jahre vorher dieselbe Rechnung aufgemacht? Repression für populär zu halten konnte auch ein grober Fehler sein!

Die Erklärungen von Premierminister Lionel Jospin und Innenminister Jean-Pierre Chevènement über die Notwendigkeit, hart zu bleiben, und über die Gefahr eines »Anreizes zur Nachahmung« (die Legalisierungen würden ImmigrantInnen ins Land locken, eine oft gehörte Bemerkung, die niemals durch Tatsachen belegt wurde) regeln natürlich nichts. Denn dieser Anreiz ist nur eine Wahnvorstellung in einigen Köpfen. Wie bereits gesagt, musste man nach dem Zweiten Weltkrieg AfrikanerInnen und NordafrikanerInnen in ihren jeweiligen Herkunftsländern erst einmal anwerben, um sie zum Kommen zu bewegen. Selbst die Dürre der 70er Jahre in der Sahelzone hatte keine massive Auswanderung der SahelbewohnerInnen zur Folge. Vor der Einführung der Aufenthaltserlaubnis für Staatsangehörige der ehemaligen Kolonien gab es keine Visumpflicht, und dennoch sind sie nicht in Massen gekommen. Auf die Legalisierungen der Jahre 1981 und 1982 folgte keine »Invasion«, die Zahl der Ausländer verringerte sich von 3.700.000 (1982) auf 3.600.000 (1990).

All dieses bedeutet das Eingeständnis der Tatsache, dass die durch das Rundschreiben Chevènement eingeführte Legalisierungsprozedur nicht auf klare und transparente Art und Weise vonstatten gegangen ist, wie man es die Öffentlichkeit glauben machen wollte. Die von den Sans Papiers so stark kritisierte Willkür ist allgegenwärtig: Ein in einer Präfektur zurückgewiesener Antrag wird in einer anderen angenommen, eine Sans Papière erhält eine Antwort, die ihr bestätigt, dass ihr Antrag nach der Unterredung,



die sie in der Präfektur gehabt haben soll, abgelehnt wird, obwohl sie dort niemals vorstellig geworden war, ein Sans Papiers erhält eine positive Antwort auf sein Gnadengesuch und eine negative Antwort auf seinen Widerspruch. Sind das die schreienden Ungerechtigkeiten, die die Kommission zu lösen antritt? In Wirklichkeit hat die so genannte Kommission fast nur auf dem Papier existiert – sie blieb eine Episode ohne große Bedeutung. Ein ähnliches Schicksal ereilte dann auch das Rundschreiben Aubray vom 19. Januar 1998, in dem für eine freiwillige Rückkehr im Gegenzug zu einer Kurzausbildung in Frankreich geworben wurde – fast niemand wollte dieses »Angebot« annehmen!

Mit jeder Maßnahme, jedem Gesetz, jedem Rundschreiben stoßen wir auf eine Trennlinie, mit der wir uns während unserer gesamten Kampfzeit herumzuschlagen haben: einerseits gibt es diejenigen, die in der Situation der Sans Papiers ein Problem sehen, dass mit Einzelfalllösungen geregelt werden muss, sie sehen darin allein eine Frage der Quantität, und andererseits – und ich habe mich sofort auf ihrer Seite gefühlt – gibt es diejenigen, die in ihnen einen Indikator für die tiefgreifende Ungleichheit unserer Zeit sehen, also eine Frage der Gesellschaft. Für die einen geht es nicht darum, das Problem zu lösen, sondern es zu verschieben, auf später, weiter weg, anderswohin, bzw. aus dem Weltmarkt Arbeitskraft Profit zu schlagen. Für die anderen gibt es nur eine Welt, ob man will oder nicht, und das ist die Welt von morgen, die man ab sofort aufbauen muss, man muss der Ungleichheit ins Auge sehen, hier wie dort, und die Verhältnisse ändern, die Männer und Frauen zum Spielball des Kapitals machen.

Die Desillusionierung war groß angesichts dessen, was viele als Verrat ansahen: »Wer hätte je gedacht, dass die Linke uns so übel mitspielen würde!« Die Sans Papiers verstehen nicht, dass einige, die von Anfang an gemeinsam mit ihnen in Paris auf die Straßen gegangen sind, jetzt ihnen gegenüber manchmal eine an Feindlichkeit grenzende Haltung annehmen. Es war nicht das erste Mal, dass wir mit harten Diskussionen auch im Inneren unserer Bewegung konfrontiert waren, aber dieses Mal ging es um den Sinn unserer Bewegung, die Frage war, ob wir einen Teil derer, die sich erhoben hatten, am Rande des Weges zurücklassen wollten, ob wir eine Trennung von »guten« und »bösen« Sans Papiers mitvollziehen würden.

## Weichenstellungen im Kampf

Schon vom ersten Tag in *Saint-Ambroise* an tauchte das Problem auf, ob wir angesichts des Zulaufs zu unserer Bewegung eine Obergrenze setzen sollten. Vor der Kirche war der Andrang von Sans Papiers, die gekommen waren, um sich uns anzuschließen, beeindruckend. Die Situation machte einen wirksamen improvisierten Sicherheitsdienst erforderlich, der den Großandrang der vielen BewerberInnen für eine Legalisierung in geregelte Bahnen zu lenken hatte. Wir mussten all unsere Überzeugungskraft aufwenden, um zu erklären, dass die Kirche nicht alle Sans Papiers aufnehmen konnte, die vorbeikamen. Im Zeitraum von vier Tagen kamen mehr als tausend Sans Papiers in der Kirche vorbei, sie waren voller Hoffnung, dass unsere Aktion zu einem positiven Ergebnis führen würde.

Von Anfang an schlugen uns Mitglieder aus einigen Unterstützungsorganisationen die Schließung des Kollektivs vor. Wir hörten Sätze wie: »Wenn ihr noch einen Sans Papiers mehr aufnehmt, zieht sich unsere Organisation zurück.« Ich habe bereits erzählt, wie uns diese Schließung in der *Cartoucherie* »vorgeschrieben« wurde – als eine verwaltungstechnische Maßnahme. Einige waren sogar stolz darauf, dass sie die »Einschleusung« von anderen AfrikanerInnen verhindert hatten, die sich uns anschließen wollten. Und wie ganz selbstverständlich glaubte die Mehrheit der Sans Papiers, dass sie umso mehr Chancen hätten, je weniger wir wären.

Die Liste unseres Kollektivs, das übrigens in den ersten Wochen wegen der Räumungen und Umzüge eine starke Fluktuation aufwies, war bei 300 Personen gestoppt worden. Die so zusammengesetzte Gruppe lehnte von diesem Moment an jede Art von Öffnung ab. Einige wenige Personen, die sich uns anschlossen, waren schlau und gaben sich als »Unterstützer« aus.

Ich glaube heute immer noch, dass die »Schließung« einer der größten Fehler unseres Kampfes war. Ich war immer der Meinung, dass man die Bewegung auf das ganze Land, auf Europa ausdehnen müsse. Denn die in *Saint-Ambroise* geborene Bewegung ging weit über die Forderung nach der alleinigen Legalisierung unserer 300 Anträge hinaus. Ich fühlte, dass wir nicht nur uns selbst repräsentierten. Wir waren nur das Symbol für die Absurdität der

Immigrationsgesetze der letzten beiden Jahrzehnte. Wir stellten im Namen von allen die Frage nach dem Platz der MigrantInnen in Europa, die Frage nach der internationalen Migration am Vorabend des dritten Jahrtausends und die Frage nach den Beziehungen Frankreich-Afrika, Nord-Süd, Nord-Ost.

Wenn von ArbeiterInnen mit einem Streik eine Lohnerhöhung durchgesetzt wird, werden dann etwa die, die sich nicht daran beteiligt haben, durch eine Lohnsenkung bestraft? Nein, aber wenn wir am Einzelfall diskutierten, hatte das für die abgelehnten oder nicht bearbeiteten Fälle die Abschiebung zur Folge ...

Die *Coordination régionale de l'Île-de-France* bildete sich rund um unser Kollektiv: So konnten wir die Schwäche, die die Schließung mit sich brachte, umgehen und wirklich eine landesweite Bewegung aufbauen, wobei wir von dem ausgingen, was viele aus durchaus verschiedenen Gründen für sich auf eine lokale und eingegrenzte Ebene beschränkt haben wollten. Genauso spontan, wie einige Sans Papiers unter sich bleiben wollten, fühlten die entstehenden Kollektive die Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, zusammen zu arbeiten. Diese doppelte Bewegung machte unser Dilemma deutlich.

Eine erste gemeinsame Pressekonferenz wurde am 3. Juni 1996 in der Rue Pajol abgehalten. Sie brachte das Kollektiv von *Saint-Ambroise* mit dem *Collectif étrangers-Français en Yvelines (CEFY)* und dem *Collectif 92* zusammen. Wenn auch Kontakte zu den anderen Kollektiven der Pariser Region schon seit April 1996 bestanden, fand doch das erste wirkliche Treffen der *Coordination régionale* erst am 20. Juni 1996 statt, anwesend waren die Kollektive von *Saint-Ambroise* und *Saint-Hippolyte*, das *Collectif des déboutés du droit d'asile mauritaniens d'Étampes*, (Kollektiv abgelehnter Asylbewerber aus Mauretanien), das *CEFY*, die *Collectifs des Hauts-de-Seine, de la Seine-Saint-Denis, du Val-de-Marne*, das *Collectif pour la défense des élèves, étudiants et maîtres auxiliaires étrangers* (Kollektiv zur Verteidigung ausländischer Schüler, Studenten und Aushilfslehrer) und das *Collectif pour l'avenir des foyers* (Kollektiv für die Zukunft der Foyers). Dieses Treffen fand wöchentlich statt, zumindest während der ersten beiden Jahre des Kampfes.

Fast permanent mussten wir mit dem falschen Gegensatz umgehen zwischen einerseits den Verhandlungen rund um die Listen und andererseits der Organisierung eines für uns günstigen Kräf-

teverhältnisses, das solche Verhandlungen erst ermöglichte und wofür wir die Koordinationen gegründet hatten. Viele Sans Papiers und UnterstützerInnen verstanden nicht, dass Legalisierungen umso eher erzielt werden würden, je mehr es eine Kraft gab, die in ganz Frankreich arbeitete und handelte.

So kam es über unsere Beteiligung als Kollektiv von *Saint-Ambroise* an den Koordinationen mehrfach zu lautstarken Disputen auf der Familienversammlung. Wie viele Male hatte man mich schon bezichtigt, mich eher um andere Sans Papiers als um die aus meinem Kollektiv zu kümmern? Einige Mitglieder des Kollektivs von *Saint-Ambroise* sahen in diesen Neuankömmlingen Rivalen im Kampf und verdächtigten sie, dass sie ihnen ihren Spitzenplatz streitig machen und ihre Chancen auf eine Legalisierung verringern wollten. Den Vorschlag von Gaoussou, einem Delegierten des Kollektivs von *Saint-Ambroise*, die Auflistung von Sans Papiers in Pajol weiterzuführen, wurde mit großem Misstrauen begegnet, und er wurde sofort abgelehnt. Es bedurfte mehrerer Stunden Diskussion, um verständlich zu machen, dass unsere Chance stark von der Ausweitung des Kampfes und der Erhöhung der Anzahl von Sans Papiers abhing, die ihre Legalisierungen einforderten.

Die *Coordination nationale*, die landesweite Koordinierung, wurde am 20. Juli 1996 im Gewerkschaftshaus in Paris gegründet, nachdem am 5. Juli in Lille der Aufruf ergangen war, eine landesweite Instanz ins Leben zu rufen. In vier Monaten hatte der Kampf, den wir begonnen hatten, einen neuen Weg eröffnet und viele Kollektive waren neu entstanden. Wir waren inzwischen weit von den 300 Anträgen und von den lokalen und begrenzten Kampf der Anfangszeit entfernt: die politische Debatte über die Frage nach dem Status der in Frankreich lebenden MigrantInnen war auf einer völlig neu geschaffenen Basis eröffnet worden. Gleichzeitig ermöglichte es die *Coordination nationale* sofort, das Kollektiv von *Saint-Bernard* zu »schützen«, nachdem zehn seiner Mitglieder einen Hungerstreik begonnen hatten.

Dieser »Schutz« reduzierte sich nicht darauf, Schutzwachen durchzuführen: Es handelte sich darum, die Mobilisierung durch die Schaffung von neuen Kollektiven an den Orten, an denen es möglich war, zu intensivieren, und dafür wurde eine Informations- und Aufklärungskampagne gegen die Pasqua-Gesetze und alle Anti-Immigranten-Gesetze organisiert. Wir mussten eine Ver-

bindung zu den sich in Kämpfen befindenden FoyerbewohnerInnen herstellen, ebenso zu den ImmigrantInnen mit Papieren, die von Illegalisierung bedroht waren, zu den Jugendlichen aus den Vorstädten, zu den Arbeitslosen und Ausgegrenzten und ganz generell zu den ArbeiterInnen im Kampf. Und wir mussten nicht zuletzt zur Isolierung der französischen Regierungspolitik beitragen, was ihre Nicht-Respektierung der internationalen Menschenrechtskonventionen anging.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Kollektive allerdings nicht alle dieselben Ziele. Schon die Namen bestimmter Kollektive spiegelten klar spezifische Anliegen wieder, wie das Recht in Familie zu leben oder der Verteidigung von ausländischen Eltern französischer Kinder. Die Unverheirateten wurden gebeten, zuerst eine Familie zu gründen, bevor sie eine irgendwie geartete Legalisierung forderten. So gab es u.a. das *Collectif gardois pour le droit de vivre en famille* (für das Recht in Familie zu leben), *pour le droit au travail* (für das Recht auf Arbeit), *pour le droits de l'enfant* (für Kinderrechte), *pour le respect des droits de la personne* (für den Respekt der Persönlichkeitsrechte), das *Collectif des Sans Papiers pour le droit de vivre en famille (Saint-Hippolyte)* (für das Recht in Familie zu leben), die *Coordination départementale de la Seine-Saint-Denis pour le droit de vivre en famille*, das *Collectif de soutien aux parents d'enfants français* (Das Komitee zur Unterstützung von Eltern französischer Kinder) usw.

Im Gegensatz dazu hatten sich andere Kollektive gegründet, die – auch in ihrem Namen – die Rechte aller Sans Papiers berücksichtigten. Das ist z. B. der Fall beim *Collectif des Sans Papiers de Saint-Bernard*, dem es gelang – trotz eines starken Drucks, sich von den Unverheirateten zu trennen – seine Einheit aufrechtzuerhalten, indem es gleich zu Beginn *Papiere für alle* forderte: »Wir sind Männer und Frauen, Ledige und Verheiratete, die in Frankreich leben, jeder von uns hat dafür Gründe; wir wollen Papiere für alle!« – so unsere Devise.

Das vertraten wir, Djimé Sacko und ich selbst, als Delegierte von *Saint-Bernard* auch in den Koordinationen. Auch Doro unterstützte diese Linie, zuerst in der *Coordination régionale*, dann in der *Coordination nationale*.

Und das war auch der von den SprecherInnen des Kollektivs geführte Diskurs, wann immer uns die Möglichkeit geboten wurde,

unsere Forderungen bekannt zu machen. Diese globale Forderung erst hat es uns erlaubt, die Gruppe zusammenzuschweißen, den Unverheirateten wieder Vertrauen zu geben und erfolgreiche Initiativen zu organisieren. Jeder von uns fühlte sich von dieser Forderung betroffen, sowohl durch seine persönliche Lage wie durch die seiner Genossinnen und Genossen, unabhängig davon, wie diese Lage vom französischen Gesetz gesehen wurde. Wir waren jetzt wirklich eine »große Familie« geworden.

Es waren also mehrere Treffen und Diskussionen nötig, bis es gelang, die globale Forderung nach Legalisierung für alle unabhängig vom Familienstand in den Plattformen der Koordinationen durchzusetzen. Die Kollektive, die sich auf der Grundlage von spezifischen eingeschränkten Plattformen gegründet hatten, entwickelten sich im Laufe unserer Diskussionen weiter und änderten ihre Namen: so die *Coordination du 93*, das *Collectif Saint-Hippolyte*, das seinen restriktiven Zusatz wegfallen ließ, und andere Kollektive sowie das *CEFY*, das, ohne seinen Namen zu ändern, seine Ausrichtung wechselte und sich jetzt auf alle Sans Papiers bezog.

Als die Frage der Plattform geregelt war, hatte sich die *Coordination nationale* mit ihren bescheidenen Mitteln durchzuschlagen, manchmal unter großen Schwierigkeiten, etwa wenn sie ständig mit Organisationen und Gewerkschaften über einen Versammlungsraum, ein Minimum an Logistik, Busse, eine Anlage für die Demonstrationen oder das Drucken von Flugblättern verhandeln musste. Dank der Hilfe einiger UnterstützerInnen haben wir viele dieser Probleme gelöst. Nach der Gründung der *Coordination nationale* waren wir fünf Monate herumgeirrt, bevor uns die Gewerkschaftssektion der CGT vom 13. Arrondissement einen Versammlungsraum in ihrem Sitz zur Verfügung stellte. In den Räumen der Eisenbahngewerkschaft *CFDT-Cheminots* in der Rue Pajol bekamen wir ein Büro mit festen Bürozeiten, die Telefonkosten wurden von verschiedenen Organisationen übernommen. Vom Juli 1998 an stellte die Gewerkschaft CGT dem Sekretariat der *Coordination nationale* Räume zur Verfügung.

Vom Zeitpunkt ihrer Einrichtung an konnten sich die *Coordination régionale Île-de-France* und die *Coordination nationale* die meisten der ab Juli 1996 unternommenen Initiativen zuschreiben, so die Demonstrationen am 3. Juli in Paris, am 21. und 28. August, am 28. September und am 30. November 1996. Die *Coordination*

regte die Solidaritätsnächte rund um die Kirche *Saint-Bernard* an, die dann zum Ausgangspunkt einer ständigen Mobilisierung bis zum Tag der Räumung wurde. Auch zu ausländischen Organisationen und Gruppen nahm die *Coordination nationale* Kontakt auf.

Während die Koordinationen Demonstrationen, diverse Aktionen, Karawanen zur Begegnung mit anderen Sans Papiers und UnterstützerInnen, Pressekonferenzen, Diskussionen und Kundgebungen organisierten, um unsere Forderungen bekannt zu machen, entwickelten die einzelnen Kollektive ihre eigenen Aktivitäten in voller Autonomie. Diese selbstständigen Aktivitäten der Kollektive waren uns besonders wichtig. Dadurch liefen wir nicht Gefahr, uns zu isolieren oder als arme Opfer dazustehen. Nur mit Unterstützung der BürgerInnen waren wir in der Lage, unsere Anträge zu verteidigen, die Freilassung der festgenommen GenossInnen zu erreichen, diejenigen zu begleiten, die eine Vorladung erhalten hatten, uns um die Kinder zu kümmern und an medizinische Hilfe zu kommen. Mit den Karawanen gelang es uns, den Radius unserer Bekanntheit auszuweiten und noch mehr Unterstützung zu gewinnen.

Auf den Treffen der *Coordination régionale Île-de-France* konnten wir einmal pro Woche eine Bilanz zur Situation in den verschiedenen Kollektiven ziehen, Informationen austauschen, die Situation analysieren und neue Aktionsperspektiven entwickeln. Sie trugen zu einer Annäherung der verschiedenen Kollektive und zur Entwicklung einer gemeinsamen Dynamik bei. In unseren Augen am Wichtigsten aber war, dass es uns gelang, die Einheit der Bewegung entstehen zu lassen – von da an wurde sie von allen akzeptiert. Aber nichts von alledem ergab sich einfach so – kaum war die Öffnung unserer Bewegung für alle Sans Papiers beschlossene Sache, schon gab es den nächsten Streitpunkt: die Frage nach den Legalisierungskriterien.

Als wir anfangen, die Öffentlichkeit aufzuklären und die Unstimmigkeiten der uns betreffenden Gesetze aufzuzeigen, versteckte sich die Regierung Juppé hinter einer Argumentation, die sich rund um den »Nachahmungseffekt« drehte: Wenn man ohne Kriterien legalisiere, öffne man »allem Elend der Welt die Tür«, wie ein früherer Premierminister es ausgedrückt hatte.

In den ersten Texten der *Coordination nationale* im Juli 1996 hatten wir in gewisser Weise dieser Argumentation nachgegeben:

Als Basis einer globalen Legalisierung hatten wir die Kriterien der VermittlerInnen aufgeführt. Für mich stellten sie von diesem Moment an das Minimum dar, sie konnten nur eine Etappe in unserem Kampf sein.

Die Gruppe der VermittlerInnen hatte zusammen mit der »Gruppe der Zehn« (sie bestand vor allem aus Unterstützungsgruppen für MigrantInnen) mit Zustimmung der Sans Papiers von Pajol eine Liste von zehn Kriterien vorgeschlagen, die es ermöglichen sollten, die Mehrheit der Sans Papiers zu legalisieren. Das *CEFY* schlug vor, zwei weitere Kriterien hinzuzufügen: Aufhebung der Doppelstrafe und keine rückwirkende Anwendung der Pasqua-Gesetze zur Polygamie.

Unter den Sans Papiers und Unterstützungs Komitees hatte die Diskussion darüber sofort begonnen, als die Liste der VermittlerInnen von *Saint-Ambroise* mit den Kriterien veröffentlicht worden war. Natürlich kam es nicht in Frage, die Legalisierungen abzulehnen, die peu à peu stattfanden. Sie waren schließlich die Frucht unserer Mobilisierung, zugleich aber auch Ausdruck ihrer Grenzen. Zu diesem Zeitpunkt, 1996, war unser Kampf für einige nur ein symbolischer Kampf, und selbst einige hundert Legalisierungen erschienen ihnen eher utopisch.

Wir hatten entschieden, uns auf die von den VermittlerInnen vorgeschlagenen Kriterien zu beziehen. Das hieß aber nicht, dass wir uns prinzipiell auf diese Kriterien beschränken mussten. Vor allem, weil sie in gewisser Hinsicht auch kafkaeske Seiten hatten. So war eines der Kriterien der VermittlerInnen »eine gute Integration in die französische Gesellschaft«. Wie sollte man diese Integration messen? Und wer sollte diese Beurteilung durchführen? Wie etwa sollte ein Beamter, der einen Sans Papiers zum ersten Mal sieht, seinen Grad der Integration in die französische Gesellschaft beurteilen können?

Ich denke nicht, dass man die Normen und Charakteristika einer möglichen Integration von oben nach in Ministerbüros oder von Expertenkomitees definierten Schlüsseln messen kann. Ob FranzösisInnen oder MigrantInnen, wir alle leben in einem realen Miteinander, das sich in direkten Kontakten entwickelt, die Kinder in der Schule knüpfen, Erwachsene an ihren Arbeitsplätzen, an den Orten der Freizeit, auf allen Plätzen, an denen man gemeinsam Verantwortung übernimmt, den Orten, wo gesellschaftliches Leben



stattfindet, in Organisationen, die sich um unsere gemeinsamen Belange kümmern, in Gewerkschaften und politischen Parteien.

Ein Kriterium ist nicht unabhängig vom jeweiligen Kräfteverhältnis. Wenn es kein gutes Kräfteverhältnis gibt, kann jedes Kriterium auseinander genommen werden, und dann ist die Verwaltung schnell dabei, entsprechende Argumentationen aufzutischen nach dem Muster: *Sie sind zwar Eltern französischer Kinder, aber ... Sie sind in der Tat Ehepartner eines Franzosen, aber...* usw.

Die Parole der globalen Legalisierung hingegen bedeutet, dem Staat vorzuhalten, dass er dafür Verantwortung zu tragen hat, eine Lösung zu finden, die die Integrität der Menschen respektiert und sie für das nimmt, was sie sind, nämlich vollwertige Individuen!

Wenn wir das Prinzip des Sortierens ablehnten und lautstark hinaus schriegen, dass jeder von uns seine Gründe hat, hier zu sein, erinnern wir die reichen Länder an die schrecklichen Folgen der Kolonialisierung und des Neokolonialismus, der heute schamvoll »Nord-Süd-Beziehungen« genannt wird. Die reichen Länder leugnen auf der einen Seite ihre ökonomische und politische Verantwortung dafür, indem sie das Leben für uns hier schwer bis unmöglich machen und unsere Rechte einschränken, und auf der anderen Seite beuten sie – jetzt auch auf ihrem eigenen Staatsgebiet – unsere Länder ungeniert weiter aus.

Mit unserer *Coordination* hatten wir eine wirksame Waffe, um ein Kräfteverhältnis aufzubauen, das notwendig war, um aus der Falle der Einzelfalllösungen herauszukommen, in die wir ohne es zu wollen getappt waren, und um den Geist der Einheit aufrechtzuerhalten und die Verteidigung aller Sans Papiers zu gewährleisten. Unser demokratisches Prinzip der globalen Legalisierung stand für die enorme Tragweite unseres Kampfes.

Für *Saint-Bernard* wie für die anderen Kollektive war die Einzelfalllösung genau das, was wir gerade nicht wollten. Sie hätte bedeutet, unsere Bewegung zu spalten, sie zu töten.

Ein Sans Papiers, der einen Termin bei der Präfektur erhalten hat, muss dort allein vorstellig werden, selbst wenn wir eine Begleitung von anderen Sans Papiers oder UnterstützerInnen organisieren. Am Schalter, einem Beamten gegenüber, ist der Sans Papiers für einen Moment von der gesamten kollektiven Dynamik getrennt, die ihn gewöhnlich umgibt. Ganz allein muss er seinen Einzelantrag verteidigen. So wird er von der Gruppe isoliert, in der

er für Legalisierung streitet. Die Verwaltung konnte hoffen, unsere Bewegung zu zerschlagen, indem sie ihre Akteure isolierte.

Trotz all der Fallstricke, die uns gelegt wurden, haben wir unsere Verantwortung übernommen und unseren Weg auf das Ziel hin verfolgt, das wir uns gesetzt hatten: die Verantwortlichen des französischen Staates zur Legalisierung aller Sans Papiers zu bringen. Vielleicht haben wir dazu beigetragen, in diesem Land das wiederherzustellen, was ihm einmal seinen Ruf als Land der Menschenrechte eingebracht hatte.

Aber, wiederholen wir es: Die Plattform rund um die Forderung »Papiere für alle« ist im Kampf erarbeitet worden. Nichts ist ohne Debatten, Verhandlungen, manchmal sogar heftige Diskussionen mit den Unterstützungsorganisationen und unter den Sans Papiers selbst erreicht worden. Aber liegt darin nicht der eigentliche Sinn von Demokratie?

## Zuerst auf die eigenen Kräfte zählen

Was schließlich dazu geführt hat, dass unsere Stimme gehört wurde, dass wir erreichten, was wir erreicht haben, war unsere Fähigkeit, uns selbst zu organisieren, auf unsere eigenen Kräfte zu setzen und unsere Probleme selbst direkt an die Öffentlichkeit zu bringen. Das scheint selbstverständlich zu sein, aber weit gefehlt: Auch das war ein Kampf!

Die Frage der Autonomie hat sich vom Anfang des Kampfes der Sans Papiers an gestellt, zuerst in *Saint-Ambroise*, dann in den Koordinationen. Es war eine der ständigen Fragen, eine der wichtigsten, und nicht nur wir stellten sie uns.

AktivistInnen aus Organisationen, GewerkschafterInnen und selbst Mitglieder politischer Parteien haben nicht verstehen wollen, dass die Sans Papiers entschieden hatten, ihre Bewegung alleine zu führen und dafür auch zu kämpfen.

Wir haben weder den guten Willen noch die Kompetenz dieser AktivistInnen in Abrede gestellt, zu keinem Zeitpunkt haben wir an ihrer Erfahrung gezweifelt. Aber wir mussten selbst Erfahrungen machen, lernen uns zu organisieren, egal ob es sich darum handelte das Wort zu ergreifen, ein Flugblatt zu verfassen, sich mit Persönlichkeiten oder Vertretern des Staates zu treffen, ein

Fax abzuschicken oder einen Computer zu bedienen. So einfach war das!

Dass wir es gewagt und geschafft haben, enorme Risiken einzugehen, »aus dem Schatten zu treten«, nach zwei energischen Räumungen weiterzumachen, elf Umzüge zu überstehen sowie Hunger, Müdigkeit und Repression – all dies war doch der beste Beweis für unseren Willen und (ich möchte das ohne falsche Bescheidenheit sagen) unsere Fähigkeit, unseren Kampf selbst zu führen, auf unserer Plattform, ausgehend von unseren eigenen Entscheidungen.

Als der Überraschungseffekt vorbei war, waren die ersten Reaktionen, dass man behauptete, wir seien manipuliert worden. Dabei war die Bewegung doch eindeutig von den Sans Papiers selbst ausgegangen, die nicht auf diejenigen hören wollten, die ihnen rieten, ihre Anträge anderen anzuvertrauen, nach Hause zu gehen und dort die Ergebnisse abzuwarten.

Ich glaube, die französischen Organisationen waren damit überfordert, dass ausgerechnet wir, die ihrer bisherigen Einschätzung nach schwächsten Schichten der ArbeiterInnen, geradezu schockartig die politische Bühne Frankreichs betreten. Dabei hatten doch gerade wir, die es geschafft hatten, sich bis nach Europa durchzuschlagen, in der Regel schon eine ganze Serie von Kampferfahrungen hinter uns – einmal ganz abgesehen von der Geschicklichkeit und dem kühlen Kopf, die wir brauchen, um in Frankreich zu leben, die meisten seit mehr als fünf Jahren, ohne in den Netzen der täglichen Kontrollen hängenzubleiben. Ich glaube, viele können nicht so recht unterscheiden zwischen dem Los, das die Regierung und die Unternehmerschaft uns aufdrücken wollen, und unserer Subjektivität: Ökonomische und soziale Unsicherheit geht eben nicht automatisch einher mit Unterwerfung und schon gar nicht mit Akzeptanz. Die Bewegung der Arbeitslosen hat zu ähnlichen Reaktionen der Überraschung geführt und einige soziologische oder politische Ansichten über die »bewussten« Schichten der Gesellschaft Lügen gestraft.

Unsere neue Form von Selbstorganisation, unser glühender Wille, uns um uns selbst zu kümmern, setzten sich bewusst hinweg über die »Professionellen« und »Spezialisten«, die ihre Aufgabe darin sehen, Immigranten zu helfen sich zu organisieren. Einige Organisationen oder politische Gruppierungen waren frustriert,

diesen Kampf nicht so kontrollieren zu können, wie sie es sich gewünscht hätten.

Die Frage der Autonomie, mit der die Sans Papiers von *Saint-Bernard* gleich zu Anfang ihres Kampfes Bekanntschaft gemacht hatten, tauchte bei den anderen Kollektiven und in der Koordination wieder auf. Die VertreterInnen von *Saint-Bernard* in der *Coordination nationale* unterstützen die Autonomie der Sans Papiers. Ich war immer der Meinung, dass auch die unabdingbare Ausweitung unseres Kampfes unsere Autonomie auf keinen Fall in Frage stellen durfte.

Gleichzeitig aber hat die Entstehung neuer Kollektive, in denen Sans Papiers versucht haben, sich zu organisieren und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, eine neue soziale Figur geschaffen: die des – männlichen oder weiblichen – Sans-Papiers-Sprechers, der auf Autonomie geradezu versessen ist.

Dennoch blieben *Saint-Bernard* und später die *Collectifs du Val-de-Marne*, *Hauts-de-Seine*, *Saint-Hippolyte*, die es geschafft hatten, sich von der Vormundschaft der UnterstützerInnen zu befreien, Einzelfälle. In den meisten Kollektiven waren die UnterstützerInnen stark vertreten und immer bereit, die Kontrolle zu übernehmen.

So dauerte die Debatte über die Frage der Autonomie vier Monate, bis wir endlich ein autonomes Sekretariat schufen, das ausschließlich aus Sans Papiers bestand. Aus der Unterstützung war willkommen, wer bei der Arbeit im Sekretariat helfen wollte oder selbst bei der Vorbereitung der Kämpfe, die immer aufwendiger wurden, je mehr sie sich ausweiteten. Wesentlich für uns war aber, dass wir selbst die Leitung über unsere Bewegung behielten und nach Beratungen unsere Entscheidungen selbst treffen konnten, die wir anschließend immer zur Diskussion stellten – einer gemeinsamen Diskussion mit den UnterstützerInnen. Wir haben betont, dass wir nicht die Absicht hatten, jemanden auszuschließen, wir wussten, dass wir die Zusammenführung aller Kräfte brauchten, um die Regierung zum Rückzug zu bringen.

Der Kompromiss, der gefunden worden war, bestand darin, eine monatliche Vollversammlung abzuhalten, in der auch gemischte Kollektive vertreten waren, und ein nationales Sekretariat zu unterhalten, das sich nur aus Sans Papiers zusammensetzte. Dieser Kompromiss versuchte, eine gewisse Autonomie der Sans Papiers

zu erhalten und zugleich den UnterstützerInnen ein Forum freier Meinungsäußerung in der Vollversammlung anzubieten.

Mit der Rückkehr der Linken an die Macht nahm der Wunsch, zu kontrollieren, anstelle der wirklich betroffenen Personen zu sprechen, die Sans Papiers in den Hintergrund zu drängen, wieder zu. Die UnterstützerInnen, die den Sozialisten nahe standen, revidierten ihre Beziehungen zu uns. Einige AktivistInnen verließen die Unterstützungskomitees, vielleicht weil sie schätzten, dass die Linke ihre Versprechungen halten und eine Legalisierungskampagne in die Wege leiten würden. Andere blieben. Es gab sogar AktivistInnen aus der jetzt in der Regierung vertretenen *MDC* («Bürgerbewegung»), die ihren Mitgliedsausweis zurückgaben, um gegen die Richtung zu protestieren, die die Politik der Linken uns gegenüber einnahm.

Nach der Phase der Antragsabgabe im Rahmen des Rundschreibens *Chevènement* hatten sich alle von der Entschlossenheit der Sans Papiers überzeugen können, den Kampf weiterzuführen. Wir hatten keinen Grund, den Kampf aus Sorge um das gute Ansehen einer Regierung einzustellen, und sei sie auch ein Linksbündnis. Wenn wir auch den Sieg der Linken begrüßt haben, waren wir doch nicht bereit, unsere Legalisierung zu verscherbeln oder unsere Plattform aufzuweichen, um dem neuen Mieter der Regierungssitze *Matignon* einen Gefallen zu tun. Die Sans Papiers von *Saint-Bernard* drückten das treffend aus, nachdem alle Illusionen nach den Wahlen verfliegen waren: »Rechte oder Linke, das ist nicht unser Problem, selbst mit Papieren gehen wir nicht wählen! Wenn uns wer Papiere gibt, dann nehmen wir sie, wenn wer sie uns nicht geben will, dann tun wir alles, um sie dazu zu bringen, uns doch welche zu geben.« So haben wir im Kollektiv *Saint-Bernard* den Kampf auf dieselbe Art und Weise weitergeführt. Unter der sozialistischen Regierung machten wir wieder Überraschungsaktionen wie z. B. Besetzungen: das sozialistische Rathaus des 18. Arrondissement, das des 11., deren Bürgermeister Anhänger von *Chevènement* ist, die Sitze des *Mouvement des Citoyens*, des *Parti socialiste*, das Justizministerium u.a. Ähnliche Aktionen wurden von anderen Kollektiven durchgeführt, in Créteil, in Nanterre und in Städten der Provinz.

Die *Coordination nationale* verlangte also weiterhin »Papiere für alle«. Die Plattform enthielt darüber hinaus auch andere Punkte,

wie die Freilassung der eingesperrten Sans Papiers, den Abschiebestopp und die Rückkehr der Abgeschobenen, die Abschaffung der Doppelstrafe, die Schließung der Abschiebehaftanstalten und die Abschaffung der Gesetze, die sich gegen ImmigrantInnen richteten.

## Schikane

Wir waren kontinuierlich Schikanen ausgesetzt, Beschattungen, Festnahmen, Polizeigewahrsam, Inhaftierungen, Abschiebungen. Ich selbst bin auf eine dubiose Probe gestellt worden, deren Hintergründe ich bis heute nicht habe aufhellen können, die aber viel über das Umspringen mit uns in einer Zone der Rechtlosigkeit aussagt und darüber, wie ein Klima des Ressentiments uns gegenüber geschürt wurde:

Am 6. November 1997 wurden meine Kinder und ich sehr früh morgens brutal durch trommelnde Schläge an unsere Wohnungstür aufgeweckt. Ein fürchterlicher Radau. Laute Schreie im Treppenhaus. Ich dachte zuerst, es seien Provokateure, die gekommen waren, um uns Angst zu machen oder uns zusammenzuschlagen. Aber hätten sie so viel Lärm gemacht? Fatou, meine älteste Tochter, bewegte sich in Richtung Tür und wollte sie öffnen. Immer noch nicht ganz wach, hielt ich sie davon ab und erklärte ihr, dass das gefährlich sein könne. Ich griff also zum Telefon, rief die Polizei des Viertels an und schilderte die Situation. Eine freundliche Frauenstimme versprach, nachdem sie mich nach meiner Adresse gefragt hatte, mich weiterzuleiten. Die Stimmen draußen wurden immer lauter und drohten jetzt die Tür einzuschlagen, wenn wir nicht sofort öffneten. Ich ging einen Schritt vor und machte auf. Eine Gruppe von ich weiß nicht wie viel Gendarmen stürzte herein und rannte mich fast um. Sie hatten große deutsche Schäferhunde dabei und wiesen uns an, nichts anzufassen und vor allem nicht miteinander zu sprechen. Alles lief sehr schnell in meinem noch schläfrigen Kopf ab. Einer der Gendarmen grüßte und sagte mir, sie kämen auf Rechtshilfeersuchen eines Untersuchungsrichters, es gehe um Ermittlungen im Zusammenhang mit einem Drogendeikt. Ich konnte den Namen des Richters nicht notieren, denn sie ließen mich den Durchsuchungsbefehl nicht lesen, den einer von ihnen in der Hand hatte.

»Ach so! Wir fallen jetzt nicht mehr unter das Ausländergesetz, sondern unter Drogenfahndung?«

Während ich verdutzt zögerte, zwischen Erstaunen, verrücktem Lachen und großer Wut hin- und hergerissen, begannen sie mit der Hausdurchsuchung, die zwei volle Stunden dauerte. Ich erfuhr schließlich, dass sie angeblich gekommen waren, um einen Freund zu suchen, der einige Monate lang bei uns gewohnt hatte, jetzt aber nicht mehr da war. Sie nahmen uns trotzdem alle in die Gendarmieriekaserne von Bobigny mit, ließen meine zweite Tochter aber bald wieder frei, da sie noch minderjährig war. Fatou und ich blieben bis 18 Uhr in der Gendarmerie und wurden unabhängig voneinander von den Bullen verhört. Natürlich wurden – wie nebenbei – Fragen über den Kampf der Sans Papiers gestellt, über die Unterstützung der Sans Papiers, die Finanzierung usw. Schon bevor sie uns auf die Gendarmerie mitnahmen, wussten sie, wer ich war. Auf die Frage, warum sie uns denn mitgenommen hätten, wenn sie jemand anders suchen würden, behaupteten sie, ein inzwischen festgenommener Drogenhändler habe uns im Juni angerufen.

Nachdem sie uns gesagt hatten, sie seien überzeugt, dass wir nichts mit dieser ganzen Drogengeschichte zu tun hätten, ließen sie uns wieder frei. Vorher gaben sie uns zu verstehen, dass wir ein großes Risiko eingehen würden, wenn wir jemals erzählen würden, was an diesem Tag passiert sei. Das ist hiermit getan.

Was wollten sie? Was hatten sie vor, als sie kamen? Warum erschien die Polizei nicht? Am nächsten Tag, als ich den betreffenden Freund auf seinem Handy anrief, berichtete er mir, dass auch er verhört worden war, und zwar von den Bullen aus Rambouillet. Die Fragen, die man ihm gestellt hatte, hatten genau so wenig mit dem vorgeblichen Ziel der Gendarmen zu tun wie die bei meiner Befragung. Auch er war im Kampf der Sans Papiers engagiert. Was für ein komischer Zufall!

## Das Mögliche und das Unmögliche

Vom Monat November 1997 an verschlimmerten sich die Widersprüche in der *Coordination nationale des Sans Papiers*.

Organisationen, denen die Kontrolle über unseren Kampf entglitt, gaben sich mit dieser Tatsache nicht zufrieden. Sie akzep-

tierten nicht, dass wir einfach weitermachten mit dem Ziel einer Legalisierung von uns allen, ohne uns um politische Rücksichten oder Empfindlichkeiten zu scheren. So kam es, dass sich Kollektive durch gemischte Delegationen oder gar durch Delegationen, die nur aus europäischen UnterstützerInnen bestanden, vertreten ließen. Für mich bedeutete das, nicht sehen, verstehen und akzeptieren zu wollen, dass wir selbst die Protagonisten in unseren eigenen Angelegenheiten zu sein hatten. In einigen Kollektiven nutzten UnterstützerInnen ihren Einfluss aus, um die Sans-Papiers-Delegierten zu bestimmen und andere an den Rand zu drängen, wie es ihnen gerade passte.

Mehrere politische Gruppierungen, Organisationen und Gewerkschaften waren jetzt in Bezug auf die Sans Papiers in einer heiklen Lage, und dies hat unumstritten dem Kampf geschadet und zu Spaltungen geführt oder diese begünstigt. Einige Kollektive fanden sich nicht in der neuen Plattform wieder (Legalisierung aller, die einen Antrag gestellt hatten, Verzicht auf die Forderung nach Abschaffung des Gesetzes Chevènement). Sie haben sich in einem *Collectif Île-de-France des Sans Papiers* zusammengetan und entschieden, den Kampf unter dem Motto *Legalisierung aller Sans Papiers* weiterzuführen.

Die Besetzung der apostolischen Nuntiatur durch die Sans Papiers von *Saint-Bernard* am 1. August 1998 wurde von den *Collectifs d'Île-de-France* unterstützt und dann, gegen Ende, etwas zaghaft auch von der *Coordination nationale*. Diese Aktion sollte an die internationale Dimension der Bewegung erinnern. Die französischen und ausländischen Medien transportierten das auch gut. Die Unterstützung des apostolischen Nuntius Tagliaferri, der kürzlich verstorben ist, und das Eingreifen des Papstes haben uns besonders gerührt.

Am 26. November 1998 war es uns anlässlich des franko-afrikanischen Gipfels in Paris wichtig, auch die frankophonen Staatshäupter anzusprechen, deshalb besetzten wir die Botschaft von Burkina Faso, dessen Staatshaupt gerade Vorsitzender der *OAU*, der *Organisation für afrikanische Einheit* war.

Auch die *Coordination nationale* startete wieder verschiedene Initiativen wie Bürgerpatenschaften mit Sans Papiers, Demonstrationen und Kundgebungen. Aber sie scheute nicht davor zurück, Flugblätter mit zu unterzeichnen, die nur die Legalisierung aller



forderte, die einen Antrag gestellt hatten. Diese Position, die mit dem Ende der Legalisierungsepisode »Chevènement-Erlass« wieder verschwand, hat die Akzeptanz dieses Erlasses und der Einzelfalllösung befördert und auch der Unterstützungsbewegung einen schweren Schlag versetzt.

Die Schwierigkeiten, denen wir nach der Ankunft der Linken an der Macht begegneten, haben umso mehr Schaden angerichtet, als wir über die Mobilisierungsaktionen die politische Konsolidierung unserer Bewegung vernachlässigten. Wir haben es nicht geschafft, die Auswirkungen des neuen politischen Kontextes auf die sozialen Bewegungen im Allgemeinen und auf unsere Bewegung im Speziellen korrekt auszuwerten. Wir waren schließlich nicht die Einzigen, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die von faulen Kompromissen der Regierung genährt wurden. Die Arbeitslosen, die LehrerInnen und die SchülerInnen sind alle Opfer derselben Verunsicherungs- und Spaltungsmanöver geworden.

Ich habe mich immer jeglichem Vereinnahmungsversuch unseres Kampfes und der Verwässerung unserer Ziele entgegengestellt, und ich war nicht dazu bereit, mir etwas gefallen zu lassen. Wir hatten diese kollektive Protestform gewählt, wir hatten uns Sans Papiers genannt und nicht Illegale. Wir hatten die Gesetze der Rechtlosigkeit angegriffen. Einige von uns hatten an die historischen Beziehungen Frankreichs zu anderen Ländern erinnert. Wir hatten auf französischem Boden die Frage der Beziehungen zwischen »reichen« und »armen« Ländern gestellt. Indem wir Freizügigkeit forderten und sie uns selbst nahmen, haben wir sagen wollen, dass sich diese Freiheit nicht nur auf das Kapital und die Güter beschränken darf. Indem wir unsere Bewegung in eine Linie mit der großen Streikbewegung vom Dezember 1995 stellten, haben wir daran erinnert, dass der Status, in den der Staat uns einsperren will, ein Status ist, den er uns auch als ArbeiterInnen auferlegt, dass wir aus Ländern kommen, die noch immer beherrscht werden, in denen die neoliberale Politik der Entfaltung und der Freiheit der Völker wenig Möglichkeit gibt. Unsere Forderungen, die der Sans Papiers, dieser extrem prekären Schicht in Frankreich lebender ArbeiterInnen, trugen in sich weitergehende Forderungen, die die aller Ausgebeuteten sind.

All diese Probleme haben wir in Frankreich, in Europa aufgeworfen, weil wir hier sind und die Probleme dort gelöst werden

müssen, wo sie auftauchen, dort wo die Ursachen liegen. Unsere Probleme, wenn wir uns, die Kinder der Sahelzone, als Beispiel nehmen, sind nicht Afrikas Probleme, sondern die Probleme, die die Länder »des Nordens« nach Afrika exportieren!

## Ein uraltes Recht

Ich gehöre zu denen, die sich für eine globale Legalisierung stark gemacht haben. Diese Forderung ist politisch, sie macht nicht beim Humanismus halt: Wir sind keine Opfer einer Naturkatastrophe, wir verlangen keine Gnade, sondern wir fordern unsere legitimen Rechte ein.

Die Forderung »Papiere für alle« propagiert die Idee der Freizügigkeit der Menschen auf dem ganzen Planeten. Wie kann man mit dem Argument, man müsse seinen Wohlstand verteidigen, Menschen abweisen oder ausschließen, die sich in Lebensgefahr befinden oder vor Elend fliehen! Die Regierungen haben alle die Uneffizienz allein repressiver Methoden festgestellt, keine von ihnen will real ihre Grenzen total schließen. In diesem Punkt beweist die historische Erfahrung inzwischen hinlänglich: Keine der Befestigungsmauern, die die »zivilisierten« Reiche errichteten, um sich vor »barbarischen« Einschleusungen oder Invasionen zu schützen, hat jemals länger als einige Jahrzehnte gehalten. Die Mauern von Melilla und Ceuta, den spanischen Enklaven auf marokkanischem Boden, haben ebenfalls nicht standhalten können. Alle Bemühungen, die Grenzen Europas zu verbarrikadieren, sind zum Scheitern verurteilt. Solange triftige Gründe Männer, Frauen und Kinder dazu treiben, werden sie auch über die Grenzen gelangen, nach Europa oder anderswohin.

In einer Welt, in der alles zirkuliert, Informationen, Kapital, Waren, Musik, Kulturen, sollen dort nur die Menschen akzeptieren, von der Freizügigkeit ausgenommen zu sein? Von einem ihrer fundamentalsten Rechte, einem Recht, von dem sie seit uralten Zeiten Gebrauch machen? Emigrieren ist ein Recht, das jedem Menschen zusteht, niemandem darf das vorgeworfen werden, und niemand darf dafür verurteilt werden! Als das Sowjetreich seinen Untertanen verbot, nach eigenem Gusto zu reisen, protestierte der Westen gegen einen derartigen Angriff auf die Freizügigkeit

der Menschen, anscheinend hat er heute vergessen, dass man einen Staat nur dann verlassen kann, wenn man von einem anderen aufgenommen wird.

Trotz der Winkelzüge der Regierungen, trotz der Repression, die auf die Bewegung niederging, haben wir, dank der Unterstützung, die uns begleitet hat, erreicht, dass unser Kampf als berechtigt angesehen wird und eine Legitimität gewonnen hat, die mittlerweile auch in den anderen sozialen Kämpfen von allen respektiert wird.

Die befristeten Aufenthaltserlaubnisse, die wir ertretzten, konnten fast 90.000 von uns beruhigen. Aber die Errungenschaften unseres Kampfes liegen nicht allein in diesen in Hochzeiten des Kampfes gewonnenen Aufenthaltstiteln. Wie wir schon sagten, erlangt man keine Achtung, wenn man nur seine Papiere vorzeigt. Was wir gewonnen haben ist, dass es uns gelungen ist, uns den Problemen zu stellen und zu zeigen, dass es einen anderen Weg als den Fatalismus gibt. Die am meisten Verunsicherten, die am meisten Missachteten haben ihre Fähigkeit bewiesen, dass sie sich erheben und kämpfen können. Mehr noch, in einem Land, in dem viele gewohnt sind, Kämpfe zu beginnen, ohne zu versuchen zu siegen und zu gewinnen, haben wir zahlreiche Siege errungen. Indem wir Forderungen mit politischem Charakter stellten, indem wir die Ungereimtheiten der Immigrationsgesetze in den Vordergrund rückten, konnten wir dazu beitragen, der politischen Rhetorik den Wind aus den Segeln zu nehmen, die uns die Schuld an den sozialen Schwierigkeiten in diesem Land zuschieben will.

Ich glaube, dass dieser Kampf seinen Platz in den sozialen Bewegungen in Frankreich gefunden hat. Wir sind jetzt eine von allen anerkannte Bewegung, auf die BürgerInnen und Akteure des politischen Lebens sich beziehen müssen. Man ist dafür oder dagegen, aber man kommt nicht um sie herum. Wie in jedem Kampf haben wir viele Debatten und Polemiken miterlebt. Die Forderungen nach einer globalen Legalisierung und nach Autonomie der Bewegung gehören zu denen, die mit der meisten Leidenschaft, aber auch mit viel Scharfblick diskutiert wurden. Als eine Sprecherin des Kollektivs von *Saint-Bernard*, die von Anfang an bei der Entstehung der Koordination dabei war, musste ich Position zu den Fragen beziehen, die sich uns in jeder Etappe stellten. Wenn einige Etappen Kompromisse entweder nötig oder möglich machten, waren sie zu anderen Zeitpunkten in keinsten Weise gerechtfertigt. Wir haben

einen so großen Platz in den sozialen Bewegungen eingenommen, dass ich mich frage, ob, während wir meistens abhängig von der jeweiligen Stärke der anderen Bewegung waren, diese nicht schließlich die Folgen unserer eigenen Rückschritte erleiden mussten, als ob nicht die anderen Bewegungen, von deren Stärke wir so lange Zeit profitieren konnten, nun nicht auch zu den Leidtragenden unserer eigenen Rückschritte gehören.

## Nichts ist zu Ende

Wie jeder Kampf war auch der unsere von Meinungsverschiedenheiten und Widersprüchen durchzogen. Auch Jahre nach der Gründung der *Coordination nationale des Sans Papiers* wird ihre Wirksamkeit jeden Tag unter Beweis gestellt. Die Kampferfahrung dieser Jahre hat uns die Wichtigkeit einer stabilen Sans-Papiers-Organisation und ihre Einheit vor Augen geführt.

Heute leben Kontakte zwischen den Kollektiven und zwischen den Sans Papiers wieder auf. Die *Coordination* und die UnterstützerInnen unterzeichnen erneut die Plattform der Legalisierung für alle, z. B. anlässlich des dritten Jahrestages von *Saint-Bernard*. Wir sind auf dem Weg, die Krise, die wir durchliefen, zu überwinden, diese Notwendigkeit legt sich uns heute aus den gleichen Gründen auf, die seinerzeit zur Gründung der *Coordination nationale* führten. Die Forderung nach globaler Legalisierung sowie die anderen Punkte unserer historischen Plattform stehen immer noch auf der Tagesordnung. Die Erfahrung zeigte: Keinem Kollektiv, so viele Mitglieder es auch hatte, sind je seine Forderungen erfüllt worden, wenn es sich isolierte. Das Kollektiv *Saint-Bernard*, Speerspitze im Kampf, hat nur Resultate erzielt, weil es sich im Herzen der landesweiten Bewegung verortet hat, die durch die *Coordination* und ihre Gründungsforderungen strukturiert wurde. Nach Zögerlichkeiten, Meinungsverschiedenheiten und Sabotage, die zu den Spaltungen führte, die wir erlebt hatten, bleibe ich deshalb davon überzeugt, dass die Fortführung des Kampfes der Sans Papiers sehr von der Glaubwürdigkeit abhängt, die wir der *Coordination nationale* geben, die die Gesamtheit der Kollektive um ihre Plattform herum gruppiert. Diese Festigkeit auf Seiten der Sans Papiers ist das Pfand in den Beziehungen und in der gemeinsamen

Arbeit mit den Initiativen und Organisationen, die für gleiche Rechte kämpfen. Nur in dieser Einheit werden wir gewinnen. Und die Erfahrung der schon legalisierten Sans Papiers, ihr Willen, mit uns weiterzumachen, sind wertvolle Trümpfe.

Die Sans Papiers Frankreichs haben den Kampf gegen die Festung Europa begonnen. Bewegungen in anderen Ländern Europas haben mit Interesse die französische Erfahrung verfolgt, jeden Tag begegnen auch sie Problemen, mit denen wir selbst konfrontiert waren. Wir haben den Weg gezeigt, wir dürfen sie nicht enttäuschen!

## Über Frankreich hinaus

Von Anfang an und vor allem nach der Räumung der Kirche *Saint-Bernard* haben wir Solidaritätsadressen aus verschiedenen Ländern Europas erhalten.

Wir haben Kontakte mit Menschenrechtsaktivisten, antirassistischen Gruppen, Gruppen von Feministinnen und politischen Organisationen aufrechterhalten. So wurden Brücken zwischen den europäischen Ländern geschlagen, und wir haben versucht, einen Informationsaustausch mit MigrantInnen und UnterstützerInnen in diesen Ländern auszubauen. Einige unserer Initiativen fanden jetzt europaweit Resonanz, wie zum Beispiel die Kampagnen für die Freilassung einiger unserer GenossInnen und Demonstrationen zu bestimmten Jahrestagen, an denen auch ausländische Delegationen teilnahmen. Im September 1998 traf sich eine Delegation von Sans Papiers und UnterstützerInnen aus Frankreich mit einer Karawane von Sans Papiers und Flüchtlingen aus Deutschland auf der Europabrücke in Straßburg. Und am 27. März 1999 fand in Paris auf Initiative unserer *Coordination nationale des Sans Papiers* die erste europäische Demonstration für die Rechte von Migrantinnen und Migranten statt.

Unsere wichtigsten Erklärungen wurden ins Englische, Spanische, Italienische und Deutsche übersetzt. Den Film von Samir Abdallah und Raffaele Ventura *La Balade des Sans Papiers* gibt es auch in deutscher und englischer Version. Eine Gruppe von deutschen Feministinnen und Lesben hat im Dezember 1997 eine Reise nach Frankreich unternommen, um einen Film über den Kampf der

Sans Papiers zu drehen: *Wir sind schon da* – mit deutschen, spanischen und portugiesischen Untertiteln.

Aus allen Ländern West- und Südeuropas erhielten wir Einladungen, um über unseren Kampf zu informieren, u.a. aus Deutschland, Österreich, England, Spanien, Italien, Schweiz, Portugal, Niederlande, Luxemburg und Belgien.

So haben wir uns an Aktivitäten der Sans Papiers dieser Länder beteiligt und zu bestimmten Höhepunkten ihrer Aktionen symbolisch einen Platz an ihrer Seite eingenommen. Ich selbst habe mehrmals Gruppen von Sans Papiers und UnterstützerInnen besucht, u.a. auch in Deutschland und Spanien. Diese Reisen haben mich die verschiedenen Gesichter des Kampfes der Eingewanderten in Europa kennen lernen lassen, ich konnte die Entwicklung der Diskussion zu den Fragen der Immigration und des Asyls in anderen Ländern verfolgen und musste dabei feststellen, dass die Methoden und die Aktionen, auf die man in diesen Ländern zurückgreift, sich in derselben Logik bewegen wie in Frankreich. Antworten auf die immer repressivere Politik gegen MigrantInnen in Europa können auch deshalb nicht allein im nationalen Rahmen entwickelt werden. Angesichts dieser Situation versuchen MigrantInnen und die, die sie unterstützen, sich europaweit zu organisieren.<sup>4</sup> Die vorgesehene Harmonisierung der Migrationspolitik auf europäischer Ebene macht eine Harmonisierung des Widerstandes auf derselben Ebene erforderlich, eine Solidarität zwischen MigrantInnen, antirassistischen Organisationen und denjenigen, die sich für die Menschenrechte einsetzen. Dort liegt die Zukunft, in diesem Terrain von Freiheit und Menschlichkeit. Nicht in der Festung.

# Tous ensemble – alle zusammen!

Der Kampf der Sans Papiers von *Saint-Ambroise* markiert einen tiefen Einschnitt in den sozialen und politischen Verhältnissen. Unsere Bewegung war eine klare Absage an den Neoliberalismus und knüpfte auch darin direkt an die große Streikbewegung vom Dezember 1995 an. Wir waren dagegen, dass sich die Ausbeutung der immigrierten Arbeitskräfte weiter verschärfte, wir waren dagegen, die ungerechten Gesetze einfach hinzunehmen und damit auf den Kampf für gleiche Rechte zu verzichten, wir waren dagegen, dass die politischen Machthaber und die Unternehmer die verschiedenen Gruppen von ArbeiterInnen mit all ihren Unterschieden und auch Widersprüchen gegeneinander ausspielten, um so ihre Politik des sozialen und demokratischen Roll-Backs ohne größeren Widerstand durchzusetzen. Und schließlich waren wir dagegen, dass unser Wort und unsere Gedanken einmal mehr von anderen vereinnahmt wurden und unser Kampf zum Spielball der Politik degradiert werden konnte.

Unser Kampf brach den seit mehreren Jahren herrschenden Konsens über die »notwendige Kontrolle der Immigration« auf. Und er stellte klar, was anscheinend nicht mehr klar war: Immigration ist nicht irgendein spezielles Problem, sondern ökonomisch wie politisch integraler Bestandteil von Frankreichs Politik- und Sozialgeschichte.

Die Sans-Papiers-Bewegung reiht sich ein in die lange Geschichte der Bewegungen von ImmigrantInnen und AusländerInnen in Frankreich, die sich im Herzen der sozialen Kämpfe verorten. Schon immer kämpften MigrantInnen für die Verteidigung ihrer Rechte. Wir leben in der Gesellschaft, wir akzeptieren keine hermetisch abgeriegelte Zone mit Sonderregeln für uns, und auch der Rest der Gesellschaft wird nicht zu überzeugen sein, dass immer neue Formen von Apartheid nur zu ihrem Besten sind.

Der Rückbezug auf die Community hingegen läuft immer auch Gefahr, uns in eine fest gefügte soziale Struktur zu sperren – die Community ist das einzige System, das uns ohne Vorurteile aufnimmt; sei es nun das Foyer mit seiner großen Bedeutung für die meisten von uns, sei es das Familienleben oder auch das Netz von Bekanntschaften und Beziehungen aus der Zeit vor dem Exil.

Im Kollektiv von *Saint-Bernard* sind wir alle Werk­tätige, die meisten sind Arbeiter (Ungelernte, Maurer, Klempner, Mechaniker, Angestellte in der Gastronomie u.a.). Mit Ausnahme der Frauen, die oft keine Qualifikation oder Berufsausbildung haben, sind wir meist vielseitig einsetzbar und bereit, alle möglichen Berufe auszuüben, wenn sie uns ein regelmäßiges Einkommen verschaffen. Unter uns sind sehr wenige Intellektuelle oder Hochqualifizierte (ein Jurist, der noch studiert, ein Informatiker, eine Lehrerin, ein ehemaliger mittlerer Angestellter), und selbst letztere leben nicht ausschließlich von einer einzigen Arbeit. Diese Vielseitigkeit, diese extreme Anpassungsbereitschaft beeinflusst stark unsere Position in den Produktionsverhältnissen: Wir sind eine Arbeitskraft, die zu allen Arbeiten und Anstrengungen bereit ist, die ein menschlicher Organismus leisten kann. Aber genau das macht uns auch mobil und verleiht uns paradoxerweise eine Form von Freiheit, wenn wir uns einmal dazu entscheiden, unsere Kräfte zusammenzuschließen.

In anderen Kollektiven hingegen findet sich eine größere Anzahl an gelernten ArbeiterInnen, die vor allem in der Bekleidungsindustrie und im Baugewerbe tätig sind. Im 3. *Pariser Kollektiv* z.B., das in der Mehrheit aus Asiatinnen und Asiaten besteht, arbeitete die Mehrzahl zunächst in der Gastronomie oder in der Bekleidungsindustrie und wechselte den Arbeitgeber oder die Branche erst dann, wenn sie ihre Reiseschulden abgearbeitet hatte. Auch ihre Arbeitsrealität ist von extremer Vielseitigkeit geprägt – Flexibilität wird eben von uns allen verlangt, die wir dem Arbeitsmarkt – dem offiziellen wie dem inoffiziellen – zur Verfügung stehen. So müssen Sans Papiers sich z. B. schnell auf einer Baustelle einarbeiten, in Berufen, die ihnen bis dato unbekannt waren. Die Beispiele von *Saint-Ambroise* und vom 3. Kollektiv stehen für die große Bandbreite der aktuellen Immigration in Frankreich mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen und Realitäten. Eine Annäherung gibt es im Übrigen zwischen zwei Typen von Immigration, in denen viele bislang einen Gegensatz sehen: der Immigration aus ökonomischen und der aus politischen Motiven. Wie sich diese überlagern, sieht man gut an den Tamilen und den Algeriern, die in unseren Kollektiven vertreten sind. Die Sans Papiers haben im Kampf von ihrer Verschiedenartigkeit geradezu profitiert, erst der Kampf, glaube ich, hat sie aneinander angenähert, weil ihnen nun



auf einmal ihre extrem prekäre Situation und unsichere Zukunft als etwas Gemeinsames bewusst wurde.

Der Kampf hat die Gettoisierung in den Communities besiegen können, es gab jetzt andere Orte und Möglichkeiten für solidarische Beziehungen, die ja den Kitt jeder menschlichen Gesellschaft bilden. So war es zuerst rund um *Saint-Bernard* und später im Herzen der breiten Bewegung der Sans Papiers: Überall entstanden Beziehungen zwischen Sans Papiers verschiedenster Herkunft und Nationalität (einige Kollektive zählten mehr als 40 Nationalitäten) und Beziehungen zwischen Sans Papiers und Menschen »mit Papieren«, die wir »die Unterstützung« nannten – BürgerInnen, Prominente, ArbeiterInnen sowie GewerkschafterInnen, AktivistInnen aus Organisationen oder aus der Politik, von sehr unterschiedlichen Strömungen. Ihre Unterstützung war weit mehr als bloße Hilfsbereitschaft: Sie war von Interesse getragen und blieb nicht ohne Folgen. Die Spontaneität dieser Unterstützung und die Verschiedenartigkeit, die sich daraus ergab, haben uns einen sozialen Raum geschaffen, der sofort den Raum jeder beliebigen Community in den Schatten stellte.

Diese Spontaneität hat Geschichte, eine in den vielen Jahren der Immigration gewachsene Geschichte von Beziehungen zwischen Franzosen und den Völkern der Kolonien, zwischen Französischen und ImmigrantInnen, es ist eine Geschichte von Dramen und Horror, aber auch von solidarischen Kämpfen.

## ImmigrantInnen haben eine Geschichte

Die französische Immigrationspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte darauf, den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften primär aus den Kolonien zu decken, weil Landflucht und binneneuropäische Immigration nicht mehr, wie noch in den 30er Jahren, den Arbeitskräftemangel ausgleichen konnten.

Um das Land nach dem Krieg wiederaufzubauen und den Bedürfnissen der französischen Wirtschaft nachzukommen, musste man sich also in anderen Gegenden umsehen. Die Geschichte ist bekannt: Man holte Nordafrikaner aus den Bergen des Maghreb und in geringerem Ausmaß SchwarzafrikanerInnen aus den abgelegenen

sten Dörfern. General de Gaulle machte keinen Hehl aus dem Ziel der provisorischen Regierung, »im Laufe der nächsten Jahre mit Methode und Intelligenz gute Elemente aus der Immigration« in die französische Gesellschaft »einzuführen«.

Das *Office national de l'immigration (ONI)*, die französische Einwanderungsbehörde, wurde entsprechend beauftragt, ausländische ArbeiterInnen nach Frankreich zu holen. Für einen legalen Status brauchten diese eine Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitserlaubnis. Der Staat auf der einen Seite, die Unternehmer auf der anderen Seite, so wurde die Organisation der Immigration arbeitsteilig geregelt. Dieses System ermöglichte den Behörden, Kontrolle über die ArbeiterInnen auszuüben, andererseits konnte die Regierung die Augen vor der so genannten »wildem Rekrutierung« verschließen, die von den Unternehmern organisiert wurde.

Der französische Staat ist auf ausländische ArbeiterInnen angewiesen, aber er toleriert nicht, dass sie sich organisieren und ihre Rechte einfordern. Die Geschichte der Immigration in Frankreich speist sich aus dieser ständigen Spannung.

Das ist der Hintergrund, vor dem die Verordnung vom 2. November 1945 verabschiedet wurde, der Basistext, der bis zum heutigen Tag die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern in Frankreich regelt. General de Gaulle hatte allerdings noch darauf bestanden, dass diese die Ausländer betreffende Verordnung von der Gesetzgebung zum Asylrecht getrennt wird. Diese Trennung wurde erst kürzlich aufgehoben.

Waggonweise konnte nun die Unternehmerschaft diese neuen Arbeitskräfte einsetzen, wenn es ihr passte. Diese Situation rief starke Verunsicherung bei den alteingesessenen ArbeiterInnen hervor, die in diesen ausländischen Arbeitern nur Konkurrenten sahen, die »die Löhne kaputt machten«. Dass genau dies das Ziel der Unternehmer war, daran bestehen kaum Zweifel – das heißt aber noch lange nicht, dass die Anwesenheit von ImmigrantInnen in den Fabriken Streiks auch tatsächlich verhindern oder Gewerkschaftskämpfe bremsen würde. Lange Zeit jedoch hatten diese neuen ImmigrantInnen kaum die Möglichkeit, in der Gewerkschaftsbewegung Fuß zu fassen.

Diese schwierigen Umstände, die sich in der abschätzigen Behandlung von MigrantInnenkämpfen widerspiegeln, verfehlten ihre Wirkung nicht: In sozialen Kämpfen hielten sich MigrantInnen

zurück. Ein Grund dafür liegt aber auch in einer anderen ungelösten Frage: Auf welchem Terrain sollten ImmigrantInnen kämpfen – sollten sie sich an den Kämpfen für die nationale Befreiung ihrer Herkunftsländer und die Emanzipation ihrer Völker beteiligen oder an den Kämpfen für die Emanzipation der ArbeiterInnen, am Klassenkampf in den Ländern, in denen sie arbeiteten? Diese Frage wurde niemals wirklich geklärt und wird noch heute diskutiert – es fehlt eine konkrete Lösung, die dem komplementären Charakter beider Ansätze Rechnung zu tragen hätte.

Die ausländischen MigrantInnen der 50er und 60er Jahre waren oft bäuerlicher Herkunft und hatten meist noch keine Erfahrungen in großen Arbeiterkämpfen.

Wenn man aber eine Bilanz der Streiks der 70er Jahre zieht, waren nun ausländische ArbeiterInnen überall präsent. In der Großindustrie wurden die so genannten OS-Kämpfe, die Kämpfe der *Ouvriers spécialisés*, der angelernten Arbeiter, in den meisten Fällen von MigrantInnen getragen, so bei Renault in Billancourt, in Flins, bei Citroën, im Bergbau in der Region Nord-Pas-de-Calais, auf den Baustellen von Solmer in Fos-sur-Mer, bei Pennaroya, aber auch in Kleinunternehmen. Die Streiks dauerten manchmal mehrere Tage, einige mehrere Monate, wie 1973 der Streik von 1.700 ArbeiterInnen – in der Mehrheit ImmigrantInnen – bei der Telekommunikation von Lyon in Gennevilliers für die Anerkennung ihrer Gewerkschaftssektion und eine Lohnerhöhung.

Die Unterstützung der großen Gewerkschaftszentralen war oft nicht gerade groß und blieb meist weit hinter den Erwartungen der ausländischen ArbeiterInnen im Kampf zurück, deshalb entstanden in den Betrieben autonome Strukturen – mit Unterstützung von AktivistInnen, die oft Organisationen der radikalen Linken angehörten. Bei Renault zum Beispiel wurde außerhalb der Gewerkschaften ein Komitee von Werkstätten im Kampf gegründet.

Aber Leben in Frankreich heißt für MigrantInnen auch: Probleme mit Unterkunft, Papieren, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Auch auf diesen Terrains wurden Kämpfe und Proteste organisiert. Wohn- und Lebensbedingungen in den *Foyers* sind ein Beispiel dafür. Hier entstand übrigens die Forderung nach Autonomie, in deren Traditionslinie wir uns sehen.

## Foyers – Wohnheime der Ausgrenzung

Die angeworbenen Arbeitskräfte wurden in speziellen Wohnheimen untergebracht, den so genannten Foyers, die nahe beim Arbeitsplatz lagen; davon versprach man sich eine einfache Verwaltung und effektive Kontrolle. Das Foyer kommt aber auch unmittelbaren Bedürfnissen der ImmigrantInnen entgegen, da es ohne Verkehrsmittel zu erreichen und billig ist. Diese Foyers werden zu Treffpunkten, an denen sich die Angehörigen eines Dorfes oder einer Region sonntags oder an Feiertagen zusammenfinden, um zu diskutieren, ein Ereignis zu feiern oder ein Treffen abzuhalten. Für die ausländischen ArbeiterInnen, die meisten aus Schwarzafrika oder Nordafrika, ist das Foyer eine Art von der übrigen Welt abgekapselter Schlafsaal, in den sie nach Ende ihres Arbeitstages zurückkehren. Dieses Zusammenleben, diese Wärme macht den Aufenthalt weit entfernt von den Angehörigen etwas erträglicher – ein wichtiges Moment angesichts eines Lebens reduziert auf Arbeit zusammen mit Kolleginnen und Kollegen, mit denen sich Überzeugungen, Werte, Glauben, Geschmäcker und Gewohnheiten oft nur schwer teilen lassen.

Jedoch bleibt das Leben der ImmigrantInnen bei einem so eingeschränkten Radius und einer auf den Arbeitsweg begrenzten Mobilität auf eine rein ökonomische Dimension reduziert. Eine Einbindung in das soziale Leben, in das Leben des Stadtteils wird durch dieses abgesperrte Universum begrenzt, es isoliert sie und verweigert ihnen jegliche staatsbürgerliche Dimension – außer es handelt sich um Steuern und Abgaben, mit Vorliebe kommunaler Art!

Die BewohnerInnen der Foyers haben schon immer versucht, sich zu organisieren und für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen, gegen zu hohe Mieten, für einen kollektiven Umzug in ein neues gemeinsames Domizil, wenn das alte Foyer abgerissen werden sollte, schließlich wollten sie auch in einem solchen Fall zusammen und in der Nähe ihres Arbeitsplatzes bleiben. Forderungen politischer Natur nach bestimmten Rechten oder einem besseren Aufenthaltsstatus tauchten vor allem mit dem Kampf der Foyers von *Sonacotra* (Paris) ab 1974 auf.

Die BewohnerInnen der Foyers im Kampf bildeten Unterstützungskomitees, organisierten »Tage der offenen Tür«, besetzten

Büros und organisierten zum Beispiel einen zu Berühmtheit gelangten großen Mietstreik in den Jahren 1980-1982. Die Polizei ging gegen diese Kämpfe mit Gewalt und Räumungen vor, sie ordnete Räumungen von Gebäuden unter dem Vorwand der Renovierung an, mit dem alleinigen Ziel, die sich formierende Organisation zu zerschlagen. Die neu entstehende Dynamik rund um autonome und emanzipatorische Zusammenschlüsse und Aktivitäten der MigrantInnen (Alphabetisierungsgruppen, Theatergruppen, verschiedene kulturelle Initiativen) wurde ebenfalls zerstört. Sie hatten sprachliche und ethnische Barrieren unter Respektierung identitätsstiftender Differenzen überwinden sollen. Auch wenn die Ausweitung des Versammlungsrechts auf ausländische ArbeiterInnen unbestritten eine Errungenschaft darstellte, sollte es nicht gelingen, die zu diesem Zeitpunkt entstandene Dynamik mit ihrem Schwung weiterzuentwickeln.

Auch in den achtziger und neunziger Jahren engagierten sich MigrantInnen für Papiere, Wohnung, Arbeit und gegen Rassismus.

1983 dann werden die Kinder von ImmigrantInnen, die so genannte zweite Generation, zu Protagonisten von Kämpfen: Sie organisierten einen »Marsch für die Gleichheit«, der die Aufgewühltheit und die Revolte dieser Jugend auf die Straße bringen sollte. Die meisten von ihnen besitzen die französische Staatsangehörigkeit oder haben einen Großteil ihres Lebens in Frankreich verbracht, fühlen sich aber sozial ausgegrenzt und in ihrer Würde verletzt und sind beunruhigt über den Wiederanstieg der Aggressionen gegen sie. Während der gesamten drei Wochen, die dieser Kampf dauerte, versuchten diese Jugendlichen, die fast alle aus der Immigration kamen (die so genannten »*beurs*«), sich selbst zu organisieren und politisch nicht instrumentalisieren zu lassen. Ihre Vereinnahmung aber ließ nicht lange auf sich warten, *SOS-Racisme*, gegründet von Persönlichkeiten, die der damaligen sozialistischen Regierung nahestanden, bot »Antirassismus« anstelle der Forderung für gleiche Rechte, und mit den dafür zur Verfügung gestellten enormen logistischen Mitteln gelang es ihr, die aufbegehrende Jugend von sozialen und politischen Fragen abzubringen.

1991 wurde es aber wieder unruhig. Während die FranzösInnen sich mit der Opposition gegen die ersten Pasqua-Gesetze schwer taten, da sie von Spaltungen gelähmt waren, begann der Kampf um das Asylrecht. Sein Ziel war die Legalisierung der abgelehnten

AsylbewerberInnen, eine schnellere Behandlung der Anträge bei der OFPRA und ein Abschiebestopp. Abgelehnte AsylbewerberInnen griffen auf Kampfformen zurück, die auch früher schon oft praktiziert worden waren: Besetzungen und Hungerstreiks. Sie errangen mit der Legalisierung von 17.000 von ihnen einen Teilerfolg, aber ihre Bewegung konnte sich nicht dauerhaft halten.

## Wir sind zusammen

Als unsere Bewegung gerade im Entstehen begriffen war, wurde Frankreichs politisch zerklüftete Landschaft urplötzlich von einer Protestwelle ungeahnten Ausmaßes überrascht. Für einige Wochen, im November und Dezember 1995, setzte sich halb Frankreich in Bewegung. Hunderttausende demonstrierten, es gab Streiks im öffentlichen Nahverkehr und Solidarität seitens der Angestellten des Privatsektors, die, weil keine Transportmittel mehr verkehrten, den Fußmarsch zur Arbeit zu fröhlichen Massendemonstrationen werden ließen.

Seit Jahren galt die französische Gesellschaft ihren Experten als ein apolitisches Durcheinander von Individualismus, Korporativismus und Ausländerfeindlichkeit, das sich definitiv unter dem Banner des Neoliberalismus formiert hatte. Unter der Asche jedoch schwelte die Glut: Eine große Frauendemonstration gegen die soziale und moralische Ordnung von 1995 wurde im Nachhinein als das erste Signal bezeichnet. Die Solidarität wartete nur auf einen Funken.

Unsere Beziehungen zu den verschiedenen Bestandteilen dessen, was »soziale Bewegung« genannt wurde, entstanden mitten in dieser turbulenten und komplexen Realität, dieser tief verwurzelten *exception française*, der französischen Ausnahme<sup>1</sup>, von der sich viele wünschen, sie wäre schon längst in der Versenkung verschwunden.

Unsere Beziehungen zu den Gewerkschaften spielten dabei eine extrem wichtige Rolle. Die »*Bourse du Travail*«, das Gewerkschaftshaus, stand für Treffen und Veranstaltungen der Sans Papiers zur Verfügung. Ich selbst habe mich sehr für eine Annähe-

---

1 La France – terre d’asile, terre d’accueil, terre des droits de l’homme, Frankreich – Land des Asyls, der Aufnahme, der Menschenrechte sind integrale Bestandteile dieses auf die französische Revolution zurückgehenden Mythos von der "französischen Ausnahme".

rung an Gewerkschaften und ArbeiterInnen im Allgemeinen stark gemacht. Von den ersten Erklärungen an habe ich dafür plädiert, auf die ArbeiterInnen zuzugehen und unter ihnen Aufklärungsarbeit zu betreiben. Jean-Louis Machecourt, mein Pate der CGT, ich erwähnte es bereits, hat dieses Anliegen mit besonderem persönlichen Engagement vertreten. So wurden wir von verschiedenen Ebenen der CGT, aber auch der unabhängigen Gewerkschaft SUD eingeladen, ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen die Anliegen der Sans Papiers vorzutragen.

Am 12. Juli 1996 besetzten wir symbolisch das Gewerkschaftshaus in Paris. Diese Besetzung sollte ein Gradmesser in diesem Annäherungsprozess sein, aber unserer Beziehung auch einen konkreten und dynamischen Inhalt für die Zukunft geben. Im Grunde wünschten wir uns, damit eine direkte solidarische Beziehung von der Basis her zu schaffen. Dieser Wille war zu Beginn der Besetzung anscheinend nicht offensichtlich, mehrere Treffen waren nötig, um unsere Positionen darzulegen und unter Beweis zu stellen, dass es uns mitnichten um Feindseligkeiten, sondern ganz im Gegenteil um eine Öffnung gegenüber allen Gewerkschafts- und Berufsverbänden ging. Mit dieser Initiative gelang es uns, den bislang allein humanitären Aspekt unserer Beziehung aufzubrechen und uns inhaltlich aufeinander zu beziehen: Es ging ganz konkret um die Einheit in den Kämpfen für die Emanzipation aller.

Der damalige Generalsekretär der CGT, Louis Viannet, war die erste Persönlichkeit von landesweiter Bedeutung, die die Sans Papiers besuchte und den Hungerstreikenden in der Kirche *Saint-Bernard* die Hand drückte. Da dieser Besuch am Tag der Räumung der Hungerstreikenden durch die Polizei erfolgte, wurde er zu einer an Debré adressierten Warnung und wurde von den Sans Papiers als wichtiger Schutz wahrgenommen. Es war ein Wendepunkt in der Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung, die vorher durchaus auch schon mal die Abschiebung ausländischer ArbeiterInnen gefordert hatte. So haben wir uns durch unser Handeln, durch unseren Willen nach Autonomie und durch die politische Dimension, die wir unseren Forderungen gegeben hatten, Respekt bei den französischen Organisationen verschaffen können. Gerade zu dem Zeitpunkt, als die Regierung uns zu Bittstellern für ein paar Anstandskrümel machen wollte, platzierten wir unseren Kampf direkt in das Herz der sozialen Bewegung, indem wir Verbindung

zu den ArbeiterInnen, den Arbeitslosen und den Obdachlosen und ihren Kämpfen herstellten.

AktivistIn und Funktionäre der CGT kamen regelmäßig zu unseren Dienstagstreffen, wir hatten einen direkten Draht zur Gewerkschaftszentrale der CGT. So kam es, dass uns die CGT zu ihrer Großveranstaltung nach der Sommerpause am 4. September 1996 im Veranstaltungsort Zénith einlud. In ihrer Einladung bat uns die Gewerkschaft, eine Delegation zu schicken, und ich wurde damit beauftragt, die Grußadresse der Sans Papiers an die GewerkschafterInnen vor mehr als 5.000 Leuten zu überbringen – die Reaktion waren *standing ovations*, die mehr als fünf Minuten dauerten. Das hat mich sehr tief berührt.

Auch zur Gewerkschaft CFDT hatten wir guten Kontakt, vor allem zu den hier organisierten Eisenbahnern, auch das prägte unseren Kampf sehr tief. Wir konnten vom 10. April bis zum 28. Juni 1996 in der Rue Pajol in Paris bei den Eisenbahnern der CFDT unterkommen, in verlassenen Hallen der SNCF, und hier entstanden enge Kontakte zu den Eisenbahnern. Denis, Bruno, Irène, Jean-Bernard und Jean-Pierre wurden den Sans Papiers von *Saint-Bernard* und später auch anderen Pariser Kollektiven vertraute Namen.

Unsere Beziehungen zum unabhängigen Gewerkschaftsverband *SUD-PTT* entstanden gleich zu Anfang des Kampfes und festigten sich am 27. März 1996, dem Tag, an dem die Gewerkschaft uns für zwei Nächte in ihren Räumen unterbrachte. Philippe und Isabelle waren für uns zuständig und immer ansprechbar, wenn es darum ging, Flugblätter zu drucken, sich an Treffen und Demonstrationen zu beteiligen, Demonstrationen für uns anzumelden, eine Anlage auszuborgen, Nachtwachen mitzumachen usw. Die Gewerkschaft FSU war ebenfalls da, sie wurde von Danielle Atlan repräsentiert, auch sie immer bereit, zu helfen, materielle Probleme zu lösen oder auch Anträge mit den Sans Papiers durchzugehen und sie bei Behördengängen zu begleiten.

Ein schönes Beispiel von Solidarität lieferten uns die Gewerkschaften der *Air France*, die in einem Brief deren Vorsitzenden Christian Blanc warnten, in Flugzeugen der Gesellschaft unter Beihilfe ihres Personals Leute von *Saint-Bernard* abzuschieben.

Anfang September 1996, als wir noch in der *Cartoucherie* von Vincennes waren, organisierten diverse Gewerkschaftsorganisationen der LehrerInnen (*FERC-CGT*, *FSU*, *SGEN-CFDT*) aus Sorge



um die Einschreibung unserer Kinder in der Schule ihre symbolische Aufnahme in eine Klasse, ohne die Antwort auf einen Brief abzuwarten, den sie an den Bildungsminister und an das Départementschulamt von Val-de-Marne adressiert hatten, um den Schulbesuch unserer Kinder sicher zu stellen.

Die Beziehungen zu den Gewerkschaften, die durch direkten Kontakt, insbesondere durch Patenschaften zwischen GewerkschaftsaktivistInnen und Sans Papiers ergänzt wurden, führten zu starken persönlichen Bindungen, die noch heute fortbestehen. Zu halbinstitutionellen Beziehungen zwischen Strukturen kamen so alltägliche Beziehungen hinzu, direkte Linien zu unserem Kampf mit seinem ständigen Bedarf an AktivistInnen und logistischer Unterstützung, die nicht immer warten konnte, bis die zuständigen Gewerkschaftsinstanzen getagt hatten.

Wenn unsere Beziehungen zu den Gewerkschaften auch von großer Bedeutung waren, gingen unsere Beziehungen zur sozialen Bewegung doch nicht darin auf: Wir versuchten uns auch den anderen Gruppen im Kampf anzunähern: Arbeitslosen, Obdachlosen, Frauen im Kampf ... Gemeinsam mit den Arbeitslosen und prekär Beschäftigten organisierten wir verschiedene Aktionen. Ich erinnere mich besonders gut – neben anderen Demonstrationen – an die Besetzung des *Conseil économique et social*<sup>2</sup> und auch an unser Go-In ins Krankenhaus *Salpêtrière*, wo wir freie Gesundheitsversorgung für alle forderten, die weder die Mittel dazu noch das Recht darauf haben. Die Sans Papiers nahmen an Demonstrationen der Arbeitslosen und prekär Beschäftigten teil – und sie an unseren. Am Abend der Räumung von *Saint-Ambroise* waren Arbeitslose und AktivistInnen der Arbeitslosenorganisation *AC!* an unserer Seite und am 7. Tag des Hungerstreiks, als wir in der *Japy*-Turnhalle waren, kam ein guter Teil von denen, die sich an einer landesweiten Arbeitslosendemonstration von *AC!* ganz in der Nähe beteiligt hatten, uns ihre Solidarität zu bekunden, trotz der Zurückhaltung ihrer Organisationen. Dieses Zusammentreffen zeigte in der Praxis, wie wenig Sinn die Argumente machen, die einen Gegensatz zwischen ImmigrantInnen und Arbeitslosen aufmachen wollen. Die Ausländer sollen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sein? Um Arbeitsplätze für Franzosen zu sichern, muss man Ausländer

---

2 Wirtschafts- und Sozialausschuss, regionales Beratungsorgan aus Vertretern verschiedener sozialer Gruppen (Arbeitgeber, Gewerkschaften, IHK u.a.)

abschieben? Arbeitslose und Ausgegrenzte werden ganz »spontan« zu Rassisten und zu Ausländerfeinden? Die Solidarität der AktivistInnen von AC!, die in zahlreichen Unterstützungskomitees mitmachten, sowie ihre aktive Teilnahme an unseren Demonstrationen und Aktionen strafte all diese Sprüche Lügen. Im gemeinsamen Engagement und gemeinsamen Kampf griffen Sans Papiers und Arbeitslose die wahren Gründe der Arbeitslosigkeit an: Die harte neoliberale Sparpolitik der Regierungen musste angeprangert werden und nicht die angebliche »Faulheit« der Arbeitslosen oder so genanntes »Parasitentum« der Illegalen!

Eine andere markante Tatsache: Von Anfang an bekundeten bestimmte Berufsgruppen (KünstlerInnen, die Theaterwelt, Freiberufliche, SchauspielerInnen und RegisseurInnen) ihre Solidarität: Sie erhoben mit uns ihre Stimmen, um gemeinsam unsere Legalisierung zu fordern. Die Geschichte des Kurzfilms »*Nous, Sans Papiers de France*« illustriert dieses Engagement, das weit über bloße Unterstützung hinaus geht. Und wohl nicht zufällig waren es auch Regisseure mit einem großen Bedürfnis, Zeugnis von der Realität abzulegen, die im Sommer 1996 eine berühmt gewordene Petition für uns starteten.

All diese Erfahrungen halfen uns, eine Frage besser zu beantworten, die für uns während unseres gesamten Kampfes von Interesse war: War unser Kampf ein spezifischer oder nicht? Durch seine Form, durch die Verbindungslinien mit den ArbeiterInnen, Arbeitslosen und prekär Beschäftigten und die mit den Intellektuellen geknüpften Verbindungen stellte unsere Bewegung etwas in Frage, was nach landläufiger Meinung eindeutig war: Die Immigration war eine ganz spezifische Frage und die MigrantInnen eine »besondere« Gruppe. Aber wenn man das näher betrachtet – uns hatte die Realität dazu gezwungen –, dann ist das Problem der Papiere nur ein Aspekt eines viel größeren Problems, nämlich dass ein gigantisches Reservoir an ungarantierter Beschäftigung kreiert wird, in der französischen Gesellschaft und in der ganzen Welt, ein Pol der »Flexibilität«, wie es die Unternehmer und Regierungen gerne nennen. Unser Platz in der Gesellschaft ist demnach neben den Arbeitslosen, den Obdachlosen und prekär beschäftigten ArbeiterInnen!

Wenn man »flexibel« ist, ist man zu allem bereit, um eine Arbeit zu bekommen. Wenn man etwas »Spezifisches« ist, bleibt man in seiner Ecke, man ist kontrollierbar.

Diese veritable soziale und politische Kontrolle, die sich seit mehreren Jahren in Frankreich in einer Art »Kultur« der Spezifität von je eigenständigen Kämpfen ausdrückt (Arbeitslose, Lohnarbeitende, Wohnungslose, Sans Papiers, Vorortjugendliche, Frauen ...) schafft auf diese Weise viele kleine Mächte. Der Staat kontrolliert ohne Probleme diese kleinen Souveränitäten, vor allem wenn sie einen Status haben oder Subventionen erhalten. Unser entschlossener Kampf, davon bin ich überzeugt, hat dazu beigetragen, diese Kontrolllinien sichtbar zu machen und zu zeigen, dass man sie durchbrechen kann.

Am Tag nach der barbarischen Räumung von *Saint-Bernard* haben wir auf Initiative der *Coordination nationale des collectifs des sans-papiers* im Gewerkschaftshaus in Paris eine Pressekonferenz abgehalten. Zu diesem Anlass war es mir wichtig zu erklären: »Die Regierung will unseren Kampf zerschlagen, denn er gibt ein Beispiel und stört ihre Pläne: Die Bewegung vom Dezember 1995 lebt noch immer! Klar, wir sind Migrantinnen und Migranten, aber wir sind auch Arbeiterinnen und Arbeiter. Dass die Pressekonferenz in diesem Haus der ArbeiterInnen stattfindet, ist mehr als symbolisch – ihr Widerstand und unser Widerstand, das ist das gleiche, er richtet sich gegen die gleichen Chefs!«

Unsere Bewegung besitzt zweifelsohne auch gemeinsame Punkte mit den Kämpfen, die sich seit einigen Jahren in Frankreich ausgebreitet haben, in denen Entrechtete sich das Wort nehmen und selbstbewusst ihre Präsenz in der Öffentlichkeit durchsetzen. Der wesentliche Unterschied besteht aber darin, dass wir uns nicht in der Besonderheit unseres Kampfes abkapseln wollen, sondern Verbindungen mit allen Komponenten der sozialen Kämpfe herstellen wollen, egal ob es sich um gewerkschaftliche oder außer-gewerkschaftliche Kämpfe handelt.

Von Anfang an versuchten wir, den realen Zusammenhang zwischen unserem Kampf und dem der französischen ArbeiterInnen deutlich zu machen. Wir sagten oft, es sei der gleiche Kampf. Wir erklärten ohne Unterlass, dass die Maßnahmen, die auf uns ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter zielen, nur Teil einer Politik sind, die den gesamten Arbeitsmarkt organisieren und die Arbeitskräfte in ihrer Gesamtheit kontrollieren soll. Wenn eine Masse ArbeiterInnen ohne Papiere gezwungen wird, jedwede Arbeitsbedingungen und jedweden Lohn zu akzeptieren, wenn

die Zahl der Arbeitslosen beständig hoch gehalten wird, dann ist es der Staat selbst, der direkt Konkurrenz organisiert, die Löhne senkt und die Arbeitenden gegeneinander aufbringt. Als Migrantinnen und Migranten sind wir bloß die gewünschten Zielscheibe – und das schon seit Jahrzehnten.

Der Beginn unseres Kampfes hat viele Schemata über den Haufen geworfen, genau wie der Kampf der Arbeitslosen einige Zeit zuvor. Viele waren sich sicher, dass unsere extrem unsichere Lage und die permanenten Bedrohungen, die auf uns lasteten, uns zum Schweigen verurteilen würden. Und plötzlich tauchten ausgerechnet wir, die am Härtesten Unterdrückten, auf, forderten den französischen Staat heraus und zwangen die gesamte französische Gesellschaft, sich mit der Logik und der Praxis auseinanderzusetzen, die in ihrem Namen gegen uns aufgefahren wurde! Wir zeigten, dass es möglich war, gegen einen wie starken Gegner auch immer zu mobilisieren, zu kämpfen und sogar – und vor allem – zu gewinnen!

## Die Sprache der Enteigneten

Wir hatten unseren Kampf jedoch in einer Zeit begonnen, die als schwierig galt. Die UnterstützerInnen, die in den ersten Tagen zu uns kamen, erinnerten uns fortwährend daran, dass wir es mit einer Rechtsregierung zu tun hatten, und die sei so hart und ohne Mitleid, dass sie niemals nachgeben würde. Einige Monate später wurde uns demonstriert, dass die Linke, einmal an der Regierung, es auch nicht besser machte, ja nicht mal besser machen wollte.

Die Repression, der wir von Anfang an ausgesetzt waren, zeigte, wie beunruhigt die französische Regierung darüber war, dass diese »Illegalen« mit »schlechtem Beispiel« vorangingen. Denn in diesem Land wird man nur toleriert, solange man nicht kämpft, solange man nichts fordert, denn dann stört man nicht. Und wenn sich nicht mehr verhindern lässt, dass Forderungen laut werden, dann haben sie gefälligst beschränkt zu bleiben: auf die Werkstatt, auf das Viertel, und was uns betrifft, auf das Kollektiv, kurz gesagt: auf Einzelfalllösungen. Aber sobald man sich erhebt, um Rechte einzufordern, wird man als gefährlich eingestuft. Für die Rechte waren wir manipuliert und Drogenhändler dazu, doch die

Linke an der Regierung sagte auch nicht viel anderes. Und sogar einige von denen, die vorgaben, »Freundinnen« und »Freunde« der ImmigrantInnen zu sein, behaupteten ohne Scham, dass wir »den Rechtsextremen in die Hände spielten«, und andere schrieben, bevor sie ihre Positionen angesichts der riesigen Bewegung revidierten, die Immigration sei eine »Last«.

Seit langer Zeit hatten die am meisten Entrechteten Schwierigkeiten, ihre sozialen Forderungen zu artikulieren, weil der Raum für Forderungen von der Gewerkschaftsbewegung besetzt war. Die Schichten, die immer zahlreicher auf Dauer oder zeitweise von der direkten Wirtschaftsproduktion abgekoppelt waren, verloren aus diesem einzigen Grund die Fähigkeit, ihre sozialen und politischen Rechte durch Druck auf die Produktion einzufordern. Die soziale Bewegung der Ausgegrenzten musste neue Kampfformen erfinden, um zu demonstrieren, dass diese Menschen nicht »Ausgeschlossene« waren, sondern Produkte einer verfehlten Sozialpolitik. So organisierten die Arbeitslosen mit den Gewerkschaftsgruppen »Arbeitsbeschlagnahmen«. »Arbeit gibt es!«, sollte damit durchgeführt werden – und so drängten sie sich förmlich den Arbeitgebern, den Gewerkschaften und der gesamten Gesellschaft als Gesprächspartner auf.

Die Regierung verfolgte jede noch so kleine Besetzung von Arbeitsämtern, z.B. am Vorabend von Weihnachten, insgeheim mit extremer Aufmerksamkeit. Sie wissen recht genau, dass ihre Entscheidung, die Stabilität des Marktes höher zu bewerten als die Stabilität der Gesellschaft, letztere der Gefahr einer sozialen Explosion aussetzt, die vom kleinsten Polizeiübergriff ausgehen kann oder von der schlichten Dienstpflichtverweigerung eines Beamten, der sich vielleicht einfach nur auf sein Berufsethos beruft ...Das sind die Haarrisse in der Macht, die heute kaum ein Aktivist auszunutzen weiß – wir haben sie zumindest aber sichtbar gemacht: eine Macht, die scheinbar allmächtig ist, alle Mittel zur Verfügung hat – und dennoch ganz schnell durch Revolten, die ihre Politik hervorruft, destabilisiert werden kann.

Eine Besonderheit von uns Sans Papiers bleibt jedoch bestehen. Die anderen Bewegungen können direkt Einfluss auf das politische Leben nehmen, wenn auch nur mit dem Wahlzettel, wir hingegen haben diese Möglichkeit nicht. Unser Kampf hat es aber durch ein Zusammengehen mit der sozialen Bewegung dennoch

geschafft, politisches Terrain zu besetzen, wir wurden sozusagen von ihnen dazu bevollmächtigt! Unsere Nähe zur sozialen Bewegung war umso wichtiger, als einige ihrer Akteure Vertreter unserer Sache geworden sind – ohne uns bevormunden zu wollen.

Im Unterschied zu diesen Bewegungen haben wir weder die Netze noch den sozialen oder politischen Zusammenhalt, aus dessen Mitte heraus ein Aufstand hätte geplant und durchgeführt werden können. Unsere Bewegung lebte vom direkten persönlichen und gleichzeitig massiven Einsatz, vom Inhalt unserer Forderungen und von der eigenen Art, in der wir unseren Kampf präsentierten – das war unser Grundstein, um den herum wir die sozialen Akteure von 1995 versammelt haben, aber auch Jugendliche und Menschen aus antirassistischen und antifaschistischen Bewegungen, die oft mit ihren eigenen beschränkten Aktionen unzufrieden waren.

Natürlich können wir nicht exakt sagen, wie groß unter unseren UnterstützerInnen der Anteil an Unorganisierten war – wir führen schließlich keine Statistiken. Aber wir wissen, dass unter den Tausenden von Leuten, die die Nächte in der Kirche *Saint-Bernard* verbracht haben, viele nie zuvor auf politische Treffen gegangen waren. Ihre Motivation mochte Zuneigung, Geselligkeit, Mitleid oder einfach Neugier sein. Ihre Gesichter und Persönlichkeiten behalten wir im Gedächtnis, was für denkwürdige Anekdoten gab es, die von ihrer Begeisterung zeugten, an unserer Seite präsent zu sein! Unser Kampf hat etwas geschafft, was wirklich selten vorkommt: Um uns haben wir AktivistInnen und unorganisierte Einzelne geschart, ganz verschiedene, wenn nicht sogar kontroverse Strömungen. Wir sind nicht so vermessen, zu behaupten, wir hätten es geschafft, sie dauerhaft zusammenzubringen, damit wir alle zusammen ein und denselben Kampf führen. Aber zumindest haben wir gezeigt, dass es möglich ist, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und Siege zu erringen, wenn das Ziel klar und unzweideutig ist.

Im Laufe der Zeit festigten sich die Beziehungen mit dem Netz der vielen so unterschiedlichen UnterstützerInnen. Wir fühlten nicht nur peu à peu, dass uns auch die anderen Kämpfe etwas angingen, sondern legten zunehmend auch Wert darauf, selber Solidarität zu demonstrieren, indem wir z. B. bei den Demonstrationen am 1. Mai mitliefen, indem wir mit verschiedensten Mitteln die Kämpfe der Fernfahrer, der Eisenbahner, der Arbeitslosen, der

Obdachlosen, der Schülerinnen und Schüler unterstützten, indem wir uns an den »Generalständen der sozialen Bewegung« vom November 1996 beteiligten, indem wir enthusiastisch jede Einladung annahmen, indem wir innerhalb der sozialen Bewegung feste Verbindungen knüpften, in denen wir unsere spezifische Situation betonen konnten, ohne dass dies als die große Differenz oder gar als Gegensatz erscheinen konnte.

Ich fühlte, dass wir nicht die einzige Bewegung waren, die um Anerkennung kämpfte, nicht so sehr von Seiten des Staates als vielmehr in den Augen der BürgerInnen und NachbarInnen. Ich fühlte, und meine GenossInnen mit mir, wie solidarisch wir waren, wie wir eine robuste und sichere Kette bildeten, die aber stark von der Festigkeit all ihrer Glieder abhing. Als im Dezember 1997 die Arbeitslosen eine Weihnachtsprämie einforderten, konnten wir nicht dauerhaft in den besetzten Arbeitsämtern bleiben, aber jedes Mal, wenn es möglich war, begab sich eine Delegation an diese Orte, um dort zu reden und sich mit den Arbeitslosen auszutauschen. Das Gleiche gilt für die europäischen Märsche gegen Ausgrenzung, Amsterdam 1997 und Köln 1999, an denen wir teilnahmen.

Die politische Bedeutung der sozialen Bewegung stand uns immer vor Augen. Während der Demonstrationen von 1996/97 gegen das Debré-Gesetz freuten wir uns über jede einzelne Petition, ob sie sich nun auf diesen oder jenen Artikel, auf die Philosophie oder die allgemeinen Ausführungen dieses repressiven Textes bezogen. Ganz besonders der *Aufruf der Filmschaffenden zum zivilen Ungehorsam* löste eine riesige Unterstützungswelle aus, die zu den großen Mobilisierungen im Winter 1997 führte.

Die Stellungnahmen von Intellektuellen, von Männern und Frauen aus der Politik, Persönlichkeiten der Kultur, der Kunst, der Wissenschaft, die massive Unterstützung, die von überall her kam, all dies ermutigte uns weiterzumachen.

Es gab keine Wunder. Nichts passierte von selbst oder an einem Tag. Unsere Analysen über die Ziele der Rechten, über die Mechanismen der staatlichen Ausländerfeindlichkeit, über die Gefahren der einzelnen Gesetzesartikel bedeuteten eine kontinuierliche Arbeit. Ohne Ermüdung haben wir den Kampf geführt, mit Flugblättern, Kommuniqués, Erklärungen, Kampagnen, Treffen und Diskussionen. Es musste uns darum gehen, die französischen

BürgerInnen und die in Frankreich lebenden MigrantInnen zu überzeugen. Ausgerechnet wir, so labil wie wir waren, aber doch immer getragen vom Engagement dieser Menschenmenge.

Und die Tugend der Solidarität wurde Realität: All diese Menschen, die weder Abschiebung noch Doppelstrafe zu befürchten haben, die nicht die Probleme haben, mit denen wir konfrontiert sind, wenn sie ein anderes Land besuchen wollen – alle haben durch uns die Bedrohung erkannt, die auf ihnen selbst lastete, auf den Errungenschaften ihrer Vorfahren, und sie haben die Gefahren für die künftigen Generationen erkannt. Der Atem der Revolten und des Widerstands der StaatsbürgerInnen hat sich in unserem Kampf kristallisiert.

Für mich ist der Inbegriff von sozialer Bewegung eine Bewegung, die sich einerseits im Rahmen der strengen Produktionsverhältnisse verortet, andererseits aber gleichzeitig auch außerhalb davon.

Die Entwicklung des kapitalistischen Systems veränderte auch die Rolle des Staates (grob zusammengefasst: weniger Staat für die Wirtschaft, aber mehr für die soziale Kontrolle) und stützte sich dabei auf Kontrollinstanzen, die demokratische Systeme ausgebildet hatten. In Frankreich ist die Entwicklung von Parteien, Gewerkschaften und politischen und sozialen Organisationen nicht von dieser Entwicklung des Kapitalismus zu trennen. In die durch ihren Bedeutungsverlust entstandene Leere sind Kämpfe mit Forderungen vorgestoßen, die die soziale Frage in ihrer Globalität aufwerfen, wenn auch in jeweils besonderer Ausprägung und geografisch aufgesplittert.

Dieses Wiederezutagetreten der Kämpfe ist also nicht spontan oder leicht entstanden, und die spezifischen Besonderheiten sind oft von starken Meinungsverschiedenheiten begleitet. Sie entstanden in diesem Vakuum, in tausend Arten des Austauschs und der Konfrontation, begleitet von einer Wiederaneignung des Wortes. Der Dezember 1995 bildete die Basis dieser Etappe.

Heute scheint die Dynamik erloschen zu sein, während paradoxerweise alle für sich in Anspruch nehmen, zu den sozialen Bewegungen zu gehören. Die ganze Energie, all diese Überzeugungen haben noch keinen Weg in Richtung auf eine Konsolidierung gefunden.



Hatten wir lediglich die Kraft und den Mut derer, die nichts mehr zu verlieren haben? Ich glaube, dass wir dieses Stadium kollektiv überschritten haben. Unter »kollektiv« verstehe ich *alle* Sans Papiers. Die, die nach monatelangem Kampf schließlich von der Macht zum Zurückweichen gezwungen wurden, aber für immer von dieser Konfrontation geprägt sein werden, und all die, die unseren Kampf als einen größeren Kampf für die Freiheit und für gleiche Rechte gesehen und erlebt haben.

Ideale, die verhöhnt werden im Namen von angeblichen Sachzwängen, die die Welt zugrunde richten, Ideale, die beschmutzt werden von denen, die alles ausplündern und unterwerfen und uns »Einzelfallprüfungen« verordnen, die mit zweierlei Maß messen, auf dass ihr Wohlstand erhalten bleibe ... Ideale, die viele von uns auch heute noch nicht so recht als die ihren einzufordern sich trauen. Aber trotzdem immer noch Ideale. Nur alle gemeinsam werden wir die Methode finden und unseren Weg fortsetzen, um sie zu verwirklichen!



# Schluss ist noch lange nicht

1991 stimmten 44% der Franzosen dem Satz zu: *«L'on est mieux entre Français»* – »Ohne Ausländer geht es einem besser«. 1999 denken dies nur noch 28%.<sup>3</sup> In der Zwischenzeit war der Kampf der Sans Papiers auf die Titelseiten der Zeitungen und die Bildschirme der Fernsehnachrichten gekommen. Das bedeutet doch wohl: Damit die Französischen und Franzosen weniger ausländerfeindlich sind, müssen Migrantinnen und Migranten sich zeigen und kämpfen. Ich bin nicht wenig stolz, zu diesem Rückgang des Rassismus beigetragen zu haben. Gäbe es eine bessere Ermutigung weiterzumachen?

Couragierte FranzösInnen an unserer Seite haben gezeigt: Man kann – und ich würde hinzufügen: man muss – die Machthaber kritisieren, wenn sie ein Unrecht begehen. Die Situation der Sans Papiers ist allerdings das Resultat von hundert Jahren Unrecht der so genannten reichen Länder – ihr Reichtum bedeutete zuerst einmal das Elend all dieser Männer, Frauen und Kinder ohne Rechte. Ihnen blieb allein das Recht zu revoltieren, und sie taten es. Sie sind auf dem Weg zu gewinnen und – darauf gebe ich das Wort einer Sans Papière – sie werden weitermachen!

Wir haben getan, was wir tun mussten. Mit unserer Resignation ist nicht zu rechnen. Alle Kalkulationen, die auf unsere Erschöpfung setzen, sind bloße Trugbilder von Ruhe nach dem Sturm. Solange es atmosphärische Druckunterschiede gibt, wird es auch Wind geben! Und eines sollte klar sein: Solange demokratische Prinzipien nicht auf die im europäischen Raum lebenden Migrantinnen und Migranten ausgeweitet werden, wird es auch keine Lösung geben können – und schon gar nicht durch den absurden Versuch, die »Migrationsströme« zu kontrollieren.

Von all unseren Forderungen ist die sofortige und bedingungslose Legalisierung aller Migrantinnen und Migranten ohne Papiere in Frankreich und in Europa die erste, unmittelbarste und dringendste, ohne die gar nichts geht.

Der Staat macht sich Sorgen um die Migrationsströme? Die globale Legalisierung der Sans Papiers ist der Einstiegspreis, der

---

3 Le Monde, 16. August 1999

erst Voraussetzungen für eine klare Diskussion über dieses Thema schaffen würde.

Solange noch Gesetze und Bestimmungen bestehen, die Einwohner zweiter Klasse fabrizieren, und eine Verwaltung, die in Bezug auf die Behandlung von Migrantinnen und Migranten an keine präzisen politischen Vorgaben gebunden ist, so lange werden Kämpfe von MigrantInnen und BürgerInnen, die sie unterstützen, effektiv und beharrlich jeden institutionellen Lösungsansatz zum Scheitern bringen. Das beweisen die Misserfolge aller bisherigen diesbezüglichen Projekte, insbesondere die so genannten »Rückkehrhilfen«. Es gibt eben keine ernsthafte Alternative, die Migrantinnen und Migranten die Entscheidung über ihre Zukunft nicht selbst überlässt.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass Immigration nicht eine Frage allein juristischer Natur ist – sie hat einen eminent sozialen und politischen Hintergrund. Die Ausarbeitung von Gesetzen ist nur die Umsetzung, die Anwendung des Willens der Regierungen, die Grenzen dicht zu machen.

Die Staatsbürgerschaft der im europäischen Raum lebenden Migrantinnen und Migranten darf nicht eingeschränkt werden. Eine Einschränkung der Rechte von MigrantInnen ist immer auch ein allgemeiner Rückschritt, ein Einschnitt in die Rechte aller wird damit in der Regel vorbereitet, ja sozusagen bereits angekündigt. Die bislang nationalstaatlichen Reglementierungen werden durch die Harmonisierung von Amsterdam jetzt noch ausgeweitet. Die rein profitorientierte Ausrichtung der europäischen Integration richtet großen Schaden an, dessen Folgen man erst allmählich zu spüren bekommt. Der Zusammenbruch sozialer Beziehungen innerhalb der Gesellschaften ist das erste Risiko, das die traumatischen Dynamiken der kapitalistischen »Harmonisierung« mit sich bringen.

Das Schengener Abkommen und der Vertrag von Amsterdam konstruieren ein neues Europa, das den Hass auf Migrantinnen und Migranten zur Grundlage hat. Diese Ausrichtung ist anachronistisch, wenn man für einen demokratischen Aufbau Europas eintritt. Die Abkommen und der Vertrag sind tragende Mauern der Festung Europa, sie müssen dieser Aspekte entledigt werden, wenn man sie schon nicht abschaffen kann. Ein in einer solchen Geisteshaltung fabrizierter Raum wird sonst totalitäre Narben davontragen.

Angesichts der Pflichten, Sozialabgaben und Steuern abzuführen, sind Wahlrecht und Wählbarkeit der ausländischen EinwohnerInnen eine überaus legitime Forderung, weniger übrigens für die Immigrierten selbst als für die Aufnahmegesellschaften. Auch wenn diese Forderung der Rechten und einem Teil der Linken zu weit geht – die Verweigerung dieses Rechts ist die solideste Basis der Ungleichheit der BürgerInnen, sie reproduziert diese Ungleichheit auf der Ebene der ganzen Gesellschaft. Die extreme Rechte kann das Thema Immigration gerade deshalb so gut für sich ausschlachten, weil es kaum ausländische Kandidaten in Wahlkämpfen gibt, die sich selbst verteidigen könnten. Die fortwährenden Repliken auf die extreme Rechte, in denen Migrantinnen und Migranten aus Wohltätigkeit, Mitleid oder Identifizierung verteidigt werden, müssen da hohl wirken. Diese Ungleichheit vor dem Gesetz erst macht den demokratischen Aufbau zu einer Farce und straft die Rede von allgemeinen Wahlen Lügen, sie ist der wahre Grund für die politische Instrumentalisierung der Immigration als *punching ball*.

Es gibt keine wirkliche Lösung der Fragen, die die Emigration den »Aufnahme«ländern stellt, wenn ein gerechtes Austarieren der Nord-Süd-Beziehungen nicht in Angriff genommen wird – aber nicht auf einer allgemein globalen oder Regierungsebene, sondern auf der Ebene der Bevölkerungen selbst. Abkommen zwischen Ländern, die nur deren Institutionen einbeziehen und bürokratisch allein über diese ausgeführt werden, können keine wirklichen sozialen Veränderungen mit sich bringen, schließlich gibt es keinen automatischen Transfer von der institutionellen auf die soziale Ebene.

Dass der Kampf der Sans Papiers in Frankreich von Afrikanerinnen und Afrikanern ins Leben gerufen wurde, ist kein Zufall. Durch originelle Aktionsformen wurden die politischen Forderungen – und werden es immer noch – im Namen eines gesamten Kontinents gestellt. Ganz Afrika appelliert an das 21. Jahrhundert. Die Kluft zwischen Reichen und Armen ist kein stabilisierender Faktor, sondern im Gegenteil ein Faktor, der für die gesamte Menschheit destabilisierend wirkt. Die Welt von heute, die modernen Kommunikationsmittel wie Kabel, Satelliten, Handys, Internet und Überschallflugzeuge, bringen die Kontinente näher zusammen. Der durch die Wissenschaft erreichte Fortschritt muss allen Men-

schen dienen und nicht einen Großteil von ihnen unterwerfen. Die Jugend der ganzen Welt hat 1989 die Berliner Mauer fallen sehen. Sie haben das vielfarbige Fußballteam Frankreichs die Weltmeisterschaft von 1998 gewinnen sehen. Diese Welt von heute fordert dazu auf, zusammen zu leben!

Einwanderung ist ein Faktor von Bereicherung auf ökonomischer, kultureller und politischer Ebene. Das Recht zu kommen und zu gehen, das Recht sich niederzulassen sowie das Recht auf Asyl sind unantastbare Menschenrechte, ohne ihre Garantie lässt sich Menschlichkeit nicht verwirklichen. Unausweichlich werden Menschen sich weiterhin hassen und sich lieben, sich treffen, sich begegnen, kommen und gehen. Und weder durch Gesetze, Rundschreiben, Bestimmungen noch Wachtürme oder Stacheldraht werden Frauen, Männer und Kinder davon abgehalten werden, sich von einem Ende des planetarischen Dorfes zum anderen frei zu bewegen!

# Postscriptum:

## Vorläufige Bilanz Ende 2000

Im Jahre 2000 gelang es nicht, dem Niedergang der Sans-Papiers-Bewegung Einhalt zu gebieten. Nicht dass sie den Kampf aufgegeben hätten oder dass ihre Anliegen geregelt gewesen wären – ganz im Gegenteil! Diverse Aktionen, Besetzungen und Demonstrationen hatten das Ziel, sowohl lokal als auch landesweit die Mobilisierung und die öffentliche Aufmerksamkeit aufrechtzuerhalten; so kam es zu Besetzungen und Hungerstreiks in Lille, zu Universitätsbesetzungen in Lille und in Paris (konkret in Nanterre und in Saint-Denis), zu Kirchenbesetzungen, zu Aktionen gegen Abschiebungen in Roissy, Toulouse und Marseille ... All diese Aktivitäten waren indessen nicht gerade von großartigen Erfolgen gekrönt.

An der landesweiten Demonstration am 25. November 2000 lässt sich die aktuelle Lähmung gut verdeutlichen. 1.500 bis 2.000 Menschen nahmen teil, sie setzten sich zum größten Teil aus Sans Papiers zusammen, darunter auch zahlreichen »ehemaligen« Sans Papiers, die inzwischen längst einen Aufenthaltstitel erhalten hatten, wie etwa die Mitglieder des Kollektivs *Saint Bernard*. Aber es kamen kaum noch Franzosen – abgesehen von den UnterstützerInnen der ersten Stunde, die bereits 1996 dem ersten Aufruf der Sans Papiers Folge geleistet hatten.

Bemerkenswert hingegen bleibt der lange Zeitraum, über den hinweg die Sans Papiers ihre – wenn inzwischen auch zunehmend schwächere – Mobilisierung aufrechterhalten können. Dass es ihnen derzeit nicht gelingt, etwas durchzusetzen, steht dabei augenfällig im Kontrast zu früheren Phasen des Kampfes und zeigt, wie außergewöhnlich die Situation 1996 und 1997 war. Diese mächtige Bewegung hat es seinerzeit vermocht, die gesamte politische Welt zu erschüttern, und es stellt sich die Frage nach dem Grund für die Erfolge von damals und für die Ohnmacht von heute. Meiner Meinung nach wurde der gewaltige Schwung der Bewegung durch die Linksregierung gebrochen; ihre Politik der Teillegalisierungen nach festgelegten Kriterien und nach Einzelfallprüfung führte zu Verhandlungen und Zugeständnissen und weckte somit

bei den Sans Papiers Illusionen oder gar Zustimmung und brachte einige UnterstützerInnen, die nunmehr zu Verbündeten der Macht geworden waren, zum Verrat.

## Die Linke an der Macht und die »soziale Bewegung«

Nicht nur die Bewegung der Sans Papiers musste einen empfindlichen Rückgang an Mobilisierungsfähigkeit verzeichnen, der in erster Linie daher rührte, dass viele Aktivisten Anhänger der Linksregierung und ihrer Politik waren. Schlagartig erfuhren auch die anderen aktuellen Kämpfe eine akute Schwächung und Zersplitterung – die 1995 lancierte »soziale Bewegung« verlor ihre Dynamik. Wer sich in den sozialen Bewegungen der letzten Jahre engagiert hatte, muss heute konstatieren, dass es nicht gelungen ist, die »soziale Bewegung« in ein Kampfinstrument zum Erringen von Siegen zu transformieren, und sieht sich nunmehr gezwungen, nach neuen Kampfformen Ausschau zu halten.

Die Sans Papiers hatten es verstanden, in die Schneise einzudringen, die die Bewegung im Dezember 1995 geschlagen hatte. Es gelang ihr, deren Dynamik und Aufbruchstimmung für sich zu nutzen und sich so zum Sprecher des Kampfes für soziale und politische Gleichheit zu machen. Unser Kampf hat den Charakter der Debatten über Immigration in Frankreich zutiefst verändert, indem er den diskriminierenden Kern jeglicher sogenannter »Integrations«-Politik offengelegt hat. Hingegen haben wir es nicht geschafft, den Charakter des politischen und gewerkschaftlichen Lebens in Frankreich nachhaltig zu verändern, obwohl wir uns auf diesem Terrain entsprechend eingemischt haben.

Das gehört mit zu den Widersprüchen, die die Bewegung zugelassen oder sogar geschaffen hat. Die Sans Papiers jedenfalls sind dafür nicht verantwortlich zu machen. Festzuhalten bleibt jedoch, dass diese Erfahrung, an der viele französische AktivistInnen in breitem Ausmaß partizipiert haben, nicht die politischen Ergebnisse erbracht hat, die sie hätten produzieren sollen.

Die Texte und Demonstrationen aus dem November 2000 zeigen ein weiteres Mal, wie festgefahren die derzeitige Situation ist: Die Äußerungen und Methoden wiederholen sich nur noch, ein Ritual folgt aufs andere; so weigern sich Sans Papiers und andere



Aktivisten für gleiche Rechte sich »in den Schatten zurückzuziehen«, aber haben bis heute keinen Ansatzpunkt gefunden, eine neue Phase des Kampfes zu eröffnen.

Die Rückkehr der Linken an die Macht bedeutete das Ende einer Periode, die gekennzeichnet war von dem gemeinsamen Willen, neue Bedingungen für den Kampf zu schaffen, und zwar auf der Basis der Einheit, der Parole »**Tous ensemble**« (»Alle zusammen«) aus der Demonstration von 1995. Auch wenn vorher Versuche der Spaltung und der Kontrolle der Bewegung nicht ausblieben, lag es dennoch, solange die Rechte an der Macht war, im Interesse eines jeden, die Frage der Sans Papiers, der Arbeitslosen und der Obdachlosen voranzutreiben.

Mit dem Juni 1997 begann die Periode offener oder schamhafter Anbindung an die Macht, der Spaltung durch den Chevènement-Erlass (außerordentliche Regularisierungsmaßnahme nach bestimmten Kriterien) und vor allem neuerlicher Kontrolle der Bewegung durch französische Organisationen, denen vor allem daran gelegen war, es sich nicht mit Jospin (Parti Socialiste) oder Hue (Parti Communiste Français) zu verschmerzen. Scheinlegalisierungen, Verrat durch Unterstützung des Gesetzes Aubry über die Arbeitszeitverkürzung, dann das Akzeptieren der Rentenreform und der weiterhin bestehenden ungerechten Arbeitslosengeldbestimmungen .... Wenn der Dezember 1995 Juppés Programm des Sozialabbaus hatte stoppen können, so holte der Juni 1997 diesen Rückstand zum Teil wieder auf.

Der Grund für die Lähmungen ist nunmehr offenkundig: Trotz starker Unzufriedenheit gibt es in Frankreich keine reale politische Opposition gegen die Linksregierung. Und wenn es Opposition gibt, sei es von Seiten der Arbeiter, der Sans Papiers, der Arbeitslosen oder der Obdachlosen, wird sie sogleich von Mitgliedern der Regierung selbst (besonders PCF und Grüne bzw. deren Satelliten) »gedeckt«. Eine Politik der Einheit erscheint nun nicht mehr angesagt, stünde sie doch fortan für ein Zusammengehen mit Organisationen, die sich nicht scheuen, auf die Straße zu gehen und gegen Maßnahmen mitzudemonstrieren, die sie – aktiv oder passiv – auf der Ebene der Macht mittragen.

Das Deckeln von Bewegungen wird dadurch erleichtert, dass viele AktivistInnen von nun an eine lediglich abstrakte Beziehung zur Macht haben: Staat, Globalisierung, Präfekturen, Polizei ...

alles Inbegriffe der Macht, die sie oft ablehnen, ohne sich aber den Kopf zu zerbrechen, was sie konkret dagegen auf die Beine stellen können. Für diejenigen, die an der realen Macht partizipieren, ist es deshalb ein Leichtes, sie mal auf »den Staat« (statt auf die gewählte Regierung), mal auf »die Präfekturen« (statt auf einen bestimmten Minister oder eine gesetzgebende Versammlung) zu verweisen. Die Macht hat keinen Namen mehr, lässt sich weder stürzen noch erobern. Fortan kann man sie selbst für die übelsten Sachen in Schutz nehmen. So fand der NATO-Angriff auf Jugoslawien Anfang 1999 große Fürsprache unter den Organisationen, die am Rande der Sans Papiers und der Arbeitslosen kämpften. Diese und ähnliche Positionierungen rissen Gräben auf und führten zu Spaltungen, die sich nicht mehr heilen ließen.

## Das Jahr 2000

Im Oktober 1999 titelte die Tageszeitung *Le Monde*: »Waffenstillstand in Sachen Immigration«. Nachdem der ehemalige rechte Premierminister Alain Juppé in einer öffentlichen »Mea-culpa«-Erklärung die Schuld an der barbarischen Räumung der Kirche *Saint-Bernard* auf sich genommen hatte, kommentierte obige Zeitung, dass mit der Instrumentalisierung des »Problems der Immigration« jetzt Schluss sein müsse. Die »Rückkehr des Wirtschaftswachstums«, der offizielle Rückgang der Arbeitslosigkeit, der sich abzeichnende Mangel an Arbeitskräften sowohl auf dem Bau und in der Gastronomie wie im Informatiksektor – alles Entwicklungen, die die bisherige Politik der Jagd auf Immigranten mit oder ohne Papiere obsolet machten. Zu diesem Zeitpunkt jedoch waren bekanntermaßen die meisten Sans Papiers immer noch nicht legalisiert, ein Ergebnis des Chevènement-Erlasses und seiner Umsetzung durch das Gesetz Reseda. Aber die durch diesen Erlass provozierten Spaltungen hatten die Bewegung schon fast an ihr Ende gebracht.

Die Ereignisse des Jahres 2000 sollten erst noch zeigen, welche Spannungen und Widersprüche sich mit der »Aufnahme von Ausländern in Frankreich« auftraten und wie in diesem Zusammenhang Marktökonomie (Beschäftigung/Arbeitslosigkeit/Rente) und Fremdenfeindlichkeit in ein neues Verhältnis gesetzt wurden.

## Verschärfung der Repression

Im Oktober 1999 hatte Chevènement den Präfekten einen Erlass zukommen lassen. Sein Ziel: Verstärkte Jagd auf diejenigen Sans Papiers, bei denen die Zahl der Abschiebungen nach »statistischen Gesichtspunkten« ungenügend beurteilt wurde, sowie härtere Repression gegen die Netze der Hilfe und Unterstützung. »Kompetente Dienststellen der Polizei sollen motiviert und angehalten werden, aktuell noch in unbefriedigender Zahl erfolgende Vorladungen vorzunehmen. (...) Verweisen Sie Polizei und Gendarmerie auf die Notwendigkeit wiederholter Kontrollen an den Orten, an denen sich nach ihren Angaben Illegale bevorzugt aufhalten, ohne dabei das Risiko systematisch selektiver Kontrollen einzugehen.« (...) »Wenn ein Individuum besonders gewalttätig ist oder einen Verein im Gefolge hat, sollen alle Informationen dazu im für die Abschiebebehörde bestimmten Dossier aufgeführt werden.«

Einige Zahlen aus dem Mermaz-Bericht der Nationalversammlung vom Oktober 2000 belegen die Verschärfung der Repression in dieser Zeit:

Über 27.000 Vorladungen wegen »unerlaubten Aufenthalts« erfolgten 1999, eine Steigerung von 22% im Vergleich zum Jahre 1998. Allein in den ersten 6 Monaten des Jahres 2000 kam es laut offiziellen Angaben zu 21.500 Vorladungen, das ist eine Steigerung um 95% im Vergleich zum selben Zeitraum im Jahre 1999! An die 40.000 Ausreiseaufforderungen wurden 1999 ausgesprochen und 22.000 im ersten Halbjahr 2000.

Die Zahl der Asylanträge stieg beständig: von 3.000 im Jahre 1998 über 5.000 im Jahre 1999 auf ca. 8.000 im Jahre 2000. Und auch die Internierungen in so genannte Wartezonen nahmen stark zu: 5.000 1996, 9.300 1999 und fast 10.000 im ersten Halbjahr 2000, darunter zunehmend Frauen und Minderjährige.

Auch die Anzahl der von der Asylbehörde **OFPRA** geprüften Anträge steigt unaufhörlich: von 17.000 im Jahre 1996 auf voraussichtlich 40.000 im Jahre 2000. Noch nicht einmal 5% der Antragsteller werden als Flüchtlinge anerkannt; 5-7% legen gegen ihre Ablehnung Rechtsmittel ein und 6% erhalten das durch das Gesetz **RESEDA** geschaffene Territorialasyl (7.000 Anträge gab es im Jahre 1999). Das bedeutet im Klartext, dass die übergroße Mehrheit der Asylbewerber mit ihren Anträgen scheitert.

Die Verschärfung der Repression in der Festung Europa korrespondierte 1999 und 2000 mit der zunehmend kriegerischen Politik des gleichen Europas. Das lässt sich an den Herkunftsländern derjenigen ablesen, die in Frankreich aufgenommen werden wollen. 1999 kamen sie vor allem aus den Ländern oder Regionen, in die Frankreich und seine Alliierten Truppen und Waffen schicken – also vor allem vom Balkan. Vom französischen Staat abgewiesen werden Flüchtlinge aus Jugoslawien, Marokko, Algerien und dem Kongo. Wegen unerlaubten Aufenthalts festgesetzt werden Menschen aus Jugoslawien, der Türkei, dem Irak, Algerien und Rumänien. Und Asyl beantragen an vorderster Stelle Menschen aus Sierra Leone und dem Kongo ...

Parallel dazu belegt eine von der Verwaltungsdirektion der Haftanstalten in Auftrag gegebene Studie, dass Ausländer 1999 bereits ein Viertel der Inhaftierten stellen, 1975 hingegen waren es nur 18%. Die Gefängnisverwaltung selbst muss bestätigen, dass »die Untersuchung den Verdacht nahe zu legen scheint, Ausländer seien – unabhängig vom Grund ihrer Inhaftierung – ungünstigeren Vollzugsbedingungen unterworfen«. Zu 90% kommen sie als Untersuchungshäftlinge ins Gefängnis (bei den Franzosen sind dies 73%). Diese Angaben stammen aus dem Parlamentsbericht der Untersuchungskommission zur Situation in den französischen Gefängnissen vom Juni 2000.

## Kritik kommt aus dem Staatsapparat

Mit diesem Bericht wurde der Staat von seinen eigenen Institutionen angegriffen.

Ende 1999 prangerte ein offizieller Bericht die Unzulänglichkeit bei der Aufnahme von Ausländern an, die im Zuständigkeitsbereich der Präfekturen liegt. Dieser Bericht war das Ergebnis einer Recherche in etwa 20 Präfekturen, »mit der Aufgabe, die Funktionsfähigkeit bezüglich der Aufnahme von Ausländern und Bearbeitung deren Dossiers zu prüfen«.

Im Januar 2000 wurde der gerade publizierte Bericht des Hohen Rates der Integration von einem Teil seiner eigenen Mitglieder abgelehnt.

Im März 2000 prangerte ein Gutachten der Studiengruppe Diskriminierung die 7 Millionen Arbeitsverbote für Ausländer an.

Im Juli 2000 gibt die Senatskommission zur Untersuchung der Situation in den französischen Gefängnissen die Einschätzung ab, dass »die meisten der Sans Papiers nicht ins Gefängnis gehören« und dass »ihre Inhaftierung dazu beiträgt, die Überfüllung der Strafanstalten und die Haftbedingungen zu verschärfen«. Der Bericht betont, dass die Zahl der wegen Verstoß gegen das Ausländergesetz Inhaftierten zwischen 1994 und 1996 um 330 % gestiegen ist und dass derzeit das Pariser Gefängnis Santé zu 32 % mit Sans Papiers belegt ist.

Im Januar 2000 annulliert der Staatsrat einige Bestimmungen aus dem Erlass zum Recht auf Territorialasyl, die nun als zu restriktiv gelten. Dann werden die unerschwinglichen Kosten des berühmten Arztbesuchs, ohne den eine Legalisierung nicht möglich ist, für illegal erklärt, und die Schaffung von noch mehr Wartezonen u.ä. wird abgelehnt.

Anfang November 2000 wird der sogenannte Mermaz-Bericht veröffentlicht. Im Kern fordert er den französischen Staat auf, die materiellen Bedingungen in den Haftzentren und Wartezonen zu verbessern, aufschlussreich aber sind auch seine Anmerkungen über die Herkunftsländer der aktuellen Immigration sowie über die Aufnahmebedingungen und Abschiebungen. Die französische Immigrationspolitik selbst wird dabei allerdings nicht in Frage gestellt, auch wenn einzelne gravierende Verletzungen der Menschenrechte benannt werden.

## Der Mangel an Arbeitskräften

Während die Sans Papiers immer größere Schwierigkeiten bekommen, ihren Aufenthaltstitel zu verlängern, und während die Zahl der Arbeitsverbote seit Anfang 2000 wieder im Steigen begriffen ist, räumt die Presse den internationalen Berichten über den Mangel an Arbeitskräften in Europa und auch in Frankreich breiten Raum ein. Im Lauf des Jahres 2000 werfen mehrere Studien, u.a. von der UNO und der OECD, die Frage nach der Rolle von Immigration für den Arbeitsmarkt in den westlichen Ländern und insbesondere in Europa auf. Die demographische Entwicklung wird im Rahmen der vom kapitalistischen System produzierten Probleme analysiert, im Mittelpunkt stehen dabei

der Bedarf an Arbeitskräften und die Frage der Altersversorgung.

»Für ein ausgeglichenes Rentensystem Verdreifachung der Einwanderung nötig«, titulierte zynisch am 3. Mai 2000 die Wirtschaftszeitung **La Tribune**. Ein Aufruf für offene Grenzen und Legalisierungen? Weit gefehlt! Einmal mehr soll auf indirekte und heuchlerische Art aus der Angst vor »Invasion« ökonomisches Kapital geschlagen werden. »Achtung«, sagen die so genannten Experten, »die Wirtschaft fordert drei- bis viermal mehr Einwanderer – es sei denn, ihr akzeptiert andere Arbeitsbedingungen, niedrigere Löhne, Pensionsfonds und eine Heraufsetzung des Rentenalters«.

Chevènement argumentiert im Juli 2000 in Marseille genau so. Er gesteht ein, dass die Zahlen legaler und illegaler Zuwanderung relativ bescheiden sind und erklärt: »Derzeit ist die politische und soziale Wirkung der Diskurse über Migrationsbewegungen weitaus stärker als ihre reale Wirkung auf Herkunfts- und Aufnahmeländer.« Aber da »der Druck zunehmen wird«, müsse man zugeben, dass »die Basisdaten Anlass zur Sorge und Unruhe geben«.

## Die Banalisierung des Schreckens

Fast täglich erfahren wir aus den Medien von Flüchtlingsdramen in Zusammenhang mit der Schengener Abschottungspolitik. Kaum eine Woche vergeht ohne Meldung von Toten an den Grenzen der Festung Europa und seiner Staaten. So entdecken im Juni 2000 britische Beamte 58 Leichen in einem Lastwagen in Dover. Die Erschütterung ist groß. Aber anstatt die europäische Politik in Frage zu stellen, die »Illegalen« kaum eine andere Wahl als diese Art der Einschleusung lässt, versteigen sich die Politiker im Gegenteil zu der Behauptung, schuld sei allein, dass die Politik nicht streng genug umgesetzt werde; es komme zu Toten in Lastwagen, Flugzeugen und auf Schiffen, weil die Grenzen noch nicht hermetisch dicht seien und weil die Kontroll- und Aufnahmekriterien unter den europäischen Ländern noch zu große Unterschiede aufwiesen.

Daneben werden nun des öfteren Gedächtnisprotokolle und Augenzeugenberichte aus dem Inneren der Haftzentren und Wartezonen publik; die Brandmarkung der unmenschlichen Haftsituation

führt aber lediglich zu lächerlichen Beschlüssen, die Bedingungen dort zu »verbessern«, indem diese Einrichtungen erweitert bzw. neue geschaffen werden – von Abschaffung keine Rede.

So folgten auf das Verschweigen und Ausblenden seit 1996 leise Töne, die einerseits banalisierten und andererseits Illusionen schufen: Wenn die Medien davon sprechen, wird das Problem schon gelöst werden, da es sich anscheinend um Missstände und ungeeignetes Personal handelt und nicht um Resultate einer zunächst von der Rechten, dann von der Linken ausdrücklich gewollten Politik. In der Frage der Immigration herrscht, wie wir es in diesem Buch demonstriert haben, ein Konsens. Und in der Repressionspolitik wetteifern die Rechte und die Linke um die besten Rezepte. Weil sie das Problem nicht wirklich angehen wollte, versuchte die Linke bis heute mit allen möglichen Mitteln, den Kampf der Sans Papiers klein zu kriegen.

Aber die Sans Papiers bleiben ein Stachel im Fleisch der Linken: Deren Versuch, eine politische Kampagne »Wahlrecht für Ausländer« zu initiieren, wurde ein Schlag ins Wasser. Während sich viele Mitglieder des PCF und der Grünen für diese Forderung engagierten und statt Legalisierung nun Wahlrecht auf die Fahnen schrieben, machte die PS von Anfang an – aus dem Munde von Jospin – klar: »Einverstanden, aber nicht jetzt.« So erreichte man nur eins: die Spaltung innerhalb der Linksregierung sichtbar zu machen, ohne die Bewegung der Sans Papiers zum Schweigen zu bringen, die trotz allem weiter machte. Die französische Linke wollte das Kapitel Kampf der Sans Papiers schließen und verlorenes Terrain neu besetzen, das sie kaum noch kontrollierte: Mindestrechte für Ausländer (garantiert wieder mit Debatten über die Kriterien), Antirassismus ... Der Misserfolg all dieser Kampagnen warf ein unübersehbares Schlaglicht auf die hohen Maßstäbe, die der Kampf der Sans Papiers gesetzt hatte, auch wenn der Funke nicht auf andere europäische Länder mit hohem Ausländeranteil übersprungen ist, weil dortigen Bewegungen kein großer Einfluss auf die politische Szenerie und die öffentliche Meinung beschert war.

Nachdem ich nun im Juli 2000 nach sechs Jahren der Abwesenheit wieder in den Senegal zurückgekehrt bin und etwas Abstand zur Bewegung der Sans Papiers gewonnen habe, sehe ich von hier aus mehr denn je, wie wichtig der in Europa geführte Kampf sowie alle anderen Kämpfe für die Menschenrechte sind, für eine

gleiche Verteilung der Reichtümer des Planeten, damit – wie es Frantz Fanon ausdrückte – Europa aufhört, den Menschen überall zu massakrieren, wo er ihn trifft, auf den eigenen Straßen und an allen Ecken und Enden der Welt.

Wie bereits gesagt, ist es uns noch nicht gelungen, ins rechte Licht zu rücken, was die Brisanz der Sache der Sans Papiers ausmacht. Sie treibt die uneingestandensten innersten Prinzipien der entwickelten Gesellschaft an deren Oberfläche: die grenzenlose Legitimität des Geldes und die Degradierung alles Menschlichen zu vernutzbarem Material, das man zu den geringsten Kosten einsetzen und wenn erforderlich wieder wegwerfen kann.

Aber werden wir nicht eines Tages an Grenzen stoßen, wenn es nicht zu einer politischen Bewusstwerdung der Völker des Südens kommt? Die Verbindungslinien unter uns sind noch sehr schwach. Dringendste Aufgabe sowohl hier als auch dort ist es, daran zu arbeiten diese weiter zu intensivieren und zu konsolidieren.

## Nachtrag Mai 2002

Die Sans Papiers stehen zwar nicht mehr im Rampenlicht, als Bewegung aber sind sie auch weiterhin präsent. So haben sie auch im Jahr 2001 mehrere Demonstrationen organisiert, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen: Wichtige Jahrestage wie der 18. März (Besetzung der Kirche Saint-Ambroise 1996) und der 23. August (Räumung der Kirche Saint-Bernard 1996) boten dafür Anlass, am 9. Juni 2001 waren sie in einer Demonstration gegen Entlassungen in mehreren Fabriken nicht zu übersehen, und am 16. Juni 2001 veranstalteten die Kollektive aus der »Provinz« (Lyon, Marseille u.a.) eine landesweite Demo in Paris mit 2-3.000 TeilnehmerInnen. Am 23. Juni startete eine von MRAP und LDH unterstützte **»Tour de France«** der Sans Papiers in dem Pariser Vorort Saint-Denis.

Aber trotz all dieser Aktivitäten wollte es nicht gelingen, so viel Druck zu erzeugen, dass dieser an den realen Kräfteverhältnissen etwas Wesentliches geändert hätte – damit erging es ihnen übrigens nicht anders als anderen Kämpfern, die eine schwere Zeit durchzumachen hatten. Die Ereignisse vom 11. September in New York machten die Dinge auch nicht gerade leichter: Während diese



in den USA als Vorwand für einen endlosen »Krieg gegen den Terrorismus« dienten, mussten sie bei den westlichen Verbündeten dafür herhalten, im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus Ausnahmegesetze zu verhängen, die einen schweren Eingriff in die Freiheitsrechte aller BürgerInnen darstellen. Der bereits erwähnte Plan *Vigipirate*, ein Freibrief für willkürliche Kontrollen, gehört nunmehr zum Alltag. Die Propaganda funktioniert so gut, dass die Demos gegen den Bush-Krieg nur wenige Menschen mobilisieren; am 17. November finden sich gerade mal 2.000 Personen zur Demonstration in Paris ein. Eine Woche später, am 24.11., kommen genau so viele Leute in Paris zu einer Demonstration der Sans Papiers zusammen. So gehen alle ihre eigenen Wege – die Verbindungen, die wir zu Beginn unseres Kampfes geknüpft haben zwischen den Bewegungen der Sans Papiers, der Arbeitslosen, der Obdachlosen und der ArbeiterInnen, sie existieren heute nicht mehr. Eine breite Mobilisierung gegen die unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus verabschiedeten undemokratischen Sicherheitsgesetze hätte womöglich die Chance gehabt, die Sondergesetze gegen MigrantInnen in diesem Kontext mit zu thematisieren.

Für die Sans Papiers geht das Jahr 2001 mit dem Verlust eines ihrer wertvollsten Unterstützers zu Ende. Der Tod von Pierre Bourdieu hinterlässt den bitteren Beigeschmack vom Ende einer Epoche, vom Ende des Engagements der Intellektuellen. Bourdieu hat nicht nur die kritische Analyse der sozialen Ordnung auf die Höhe der Zeit gebracht – immer hat er daraus auch praktische und politische Konsequenzen gezogen. Und so manches Mal ist es ihm gelungen, seine kritischen Analysen in den Dienst der Menschen zu stellen, die sich in Kämpfen engagierten. Für uns bleibt er ein aufrichtiger und zutiefst auf Seiten der Unterdrückten engagierter Intellektueller. In den Nachrufen fiel sein früheres antikolonialistisches Engagement sowie sein Auftreten gegen den Golfkrieg oft unter den Tisch, auch das von ihm organisierte Kolloquium in Paris gegen den Jugoslawien-Krieg fand nicht die gebührende Beachtung.

Seit 1995 war er sehr stark engagiert für die Bewegung, er war einer der ersten, die entdeckten, welche Macht die Rebellion von Gruppen wie Arbeitslosen und Sans Papiers bekommen konnte. Wir konnten dieses Buch über die Bewegung der Sans Papiers nicht

abschließen, ohne Pierre Bourdieus unschätzbare Verdienste ausdrücklich zu würdigen.

Verdienst der Sans Papiers bleibt nach wie vor, dass sie von 1996 bis heute als Bewegung nicht aufgehört haben zu existieren. Ein Marsch, den sie Ende März in Südfrankreich begonnen hatten, kam am 27. April 2002 in Paris an – und machte hier sogleich Furore an der Spitze von diversen Großdemonstrationen. Es war nämlich genau die Zeit zwischen den beiden Wahlgängen für das Amt des Präsidenten, ein paar Tage nach dem für viele schockierenden ersten Wahlgang, der die Rechtsextremen unter Le Pen auf den zweiten Platz hinter Chirac gebracht hatte. Man sprach von einem Erdbeben, dabei hatte in Wirklichkeit die Zahl der Wähler von Le Pen im Vergleich zur Präsidentschaftswahl von 1995 nicht wesentlich zugenommen; entscheidend war der gewaltige Stimmenverlust des Sozialisten Lionel Jospin und des Kommunisten Robert Hue. Damit hatte die Wählerschaft den Regierungsparteien PS und PCF eine klare Absage erteilt, Stimmen hinzugewonnen aber hatten nicht die Rechtsextremen, sondern die Linksradiكالen und – etwas geringer – die Grünen, und der Anteil der Nicht- und Ungültig-WählerInnen hatte zugenommen. So musste die Regierungslinke den Preis dafür zahlen, dass sie seit fünf Jahren auf das Thema »Innere Sicherheit« gesetzt hatte – und die ganz anderen Impulse der eigenen sozialen Basis nicht aufgenommen hatte. Die zahlreichen Demonstrationen gegen Le Pen und die Rechtsextremen trugen leider mit dazu bei, den Misserfolg der linken Regierungsparteien PS und PCF und deren Schuld an den Ergebnissen in den Hintergrund zu rücken.

Auch wenn der Elan nachgelassen hat, kommt den Sans Papiers das unschätzbare Verdienst zu, dass sie auch in schwierigen Zeiten ihren Kampf fortgesetzt haben. Der Kampf der Sans Papiers wird weiterhin auch für **die** Organisationen eine Herausforderung bleiben, die sich in der Vergangenheit bei der erstbesten Gelegenheit davon verabschiedet haben. Bis heute dageblieben sind hingegen die Gewerkschaften CGT, FSU, SUD und die radikale Linke – auch das ist ein exzellentes Ergebnis des Kampfs der Sans Papiers!

# Rede von Madjiguène Cissé

*Anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietszky-Medaille  
am 6. Dezember 1998*

Am 6. Dezember 1995 wurde Madjiguène Cissé und den Sans Papiers in Berlin von der Internationalen Liga für Menschenrechte die Carl-von-Ossietszky-Medaille verliehen. Sie bekamen diese Auszeichnung »für die Zivilcourage, mit der sie in Frankreich den Kampf für die Menschenrechte der OHNE PAPIERE (SANS PAPIERS) Lebenden und in die Illegalität Gedrängten aufgenommen haben. Ihre politische Wirkung geht über das Ziel hinaus, einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu erhalten. Im 50. Jahr der Verkündung der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen bringen die SANS PAPIERS ihre eigene Situation in den Zusammenhang mit dem Nord-Süd-Konflikt und der weltweiten Migration.«

Wir dokumentieren die Dankesrede von Madjiguène Cissé, in der sie die Essentials der Sans Papier Bewegung auf den Punkt bringt:

## ***Der Kampf der Sans Papiers: Ein Kampf für die Menschenrechte***

*Am 18. März 1996 tauchten auf einen Schlag 300 Westafrikaner (aus Mali, dem Senegal, Guinea und Mauretanien) auf; wie aus einem Tunnel kommend, geblendet von den Scheinwerfern der Fernsehkameras, forderten sie mit großer Selbstverständlichkeit ihre Legalisierung ein. So begann ein Konflikt mit dem französischen Staat, der mehrere Monate dauern sollte.*

*Seit zehn Uhr morgens wusste ganz Frankreich, dass sich in der Kirche Saint-Ambroise etwas ereignete: Die »Illegalen«, »les clandestins«, wie man uns nannte, wollten es nicht mehr hinnehmen, ständig schikaniert, gejagt und in die letzte Reihe verbannt zu werden: Wir waren da, leibhaftig mit Fleisch und Knochen, gut sichtbar und entschlossen, unser Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Papiere für alle forderten wir von Anfang an, um ein Aufspalten, Auseinanderdividieren und willkürliche Entscheidungen zu verhindern. Immer haben wir es als unser gutes Recht angesehen, Papiere zu verlangen.*

*Beraubt der fundamentalen Menschenrechte, zumeist illegalisiert durch Sondergesetze, die – vor allem seit 1974 – ständig verschärft*

wurden in dem Maße, wie die Grenzen dichtgemacht wurden – was blieb uns anderes, als Frankreich, seine Institutionen und seine öffentliche Meinung auf den Prüfstand zu stellen?

*Wir attackierten die französischen Gesetze, die uns bestrafen, und wollten so herausstellen, dass eine Gesellschaft nicht einen Teil seiner Bevölkerung auf Dauer ausschließen kann, ohne dass dieser das System selbst in Frage stellt.*

*Der Coup vom 18. März 1996 war, so kann man sagen, eine Rebellion: gegen harte Lebensbedingungen wie Illegalisierung, gegen die Verletzung, die Negation unserer Rechte, gegen die Demütigungen und erniedrigenden Behandlungen, deren Opfer wir waren (Gesichtskontrollen, Festnahmen, Gefängnis, Abschiebungen ...).*

*Drei Dinge waren in unseren Augen von großer Bedeutung:*

- 1. eine eindeutige Forderung: Papiere für alle!*
- 2. unsere Sichtbarkeit, nötig um die Forderung zu stellen, möglich erst mit der Eroberung unserer Autonomie*
- 3. diese Autonomie selbst.*

*Wenn auch jede Person von uns für ihre eigene Forderung nach anderen Lebensumständen stand, so haben wir zusammen, als Gruppe, doch schnell begriffen, dass unser Kampf mehr bedeutete als die Frage der Papiere und sich deshalb nicht darauf beschränken durfte, nur Papiere für unsere Gruppe einzufordern.*

*Wir mussten uns organisieren, das war die Voraussetzung unseres Widerstands. Die Ausweitung der Bewegung wurde zu einer Notwendigkeit, dafür engagierte ich mich besonders, auch um den Preis, von einigen meiner MitstreiterInnen manches Mal Unverständnis zu ernten.*

*Sans-Papiers-Kollektive gründeten sich in ganz Frankreich und koordinierten sich, zunächst auf regionaler Ebene, dann auch landesweit; in der nationalen Koordination waren 48 Nationalitäten vertreten.*

*Unsere Forderungen waren in höchstem Maße politisch. Dass wir uns dermaßen sichtbar machten – durch Demonstrationen, Kundgebungen, Diskussionsrunden, Karawanen durch ganz Frankreich – das störte mit Sicherheit. Alles wurde unternommen, dies zu unterbinden – und zu verhindern, dass sich die Forderungen unserer Gruppe verallgemeinerte: Papiere für alle.*

*Wie oft haben uns nicht Funktionäre der Polizeipräfektur von Paris empfohlen, dass wir uns allein um unsere Anträge kümmern*

sollten. »Kümmert euch doch um eure eigenen Anträge, dann wird alles leichter für euch. Warum denn Papiere für alle fordern?«

Als wir uns in den Zielen einig geworden waren, mussten wir daran gehen, unseren Kampf mit der sozialen Bewegung zu verknüpfen, ihn nicht isoliert zu führen, sondern als Kampf eines Teil der arbeitenden Bevölkerung verständlich zu machen. Das hatte eine Annäherung zu den Gewerkschaften zur Folge. Gewerkschaften übernahmen Patenschaften für alle Sans Papiers von Saint Bernard, und die Bourse du Travail, das Gewerkschaftshaus, bietet uns bis heute seine Räumlichkeiten für unsere Versammlungen an.

Unterstützungskomitees haben sich um jedes unserer eigenen Komitees herum gebildet. Aber so sehr wir diese Unterstützung auch schätzen, ohne die wir gar nicht weitermachen könnten, so sehr legen wir auch Wert auf unsere eigene Autonomie.

Ich war nicht die einzige Immigrantin in unserer Gruppe, die unseren Kampf mit der Hoffnung verband, sich Gehör zu verschaffen: das Wort ergreifen, die Repräsentanten des französischen Staat herausfordern, die nationale und internationale Öffentlichkeit zum Zeugen machen.

Ich selbst war mit sozialen Bewegungen schon lange vertraut, hatte ich doch schon im Senegal an allen bedeutenden Initiativen und Protesten nach den großen Unruhen von 1968 teilgenommen.

Der Versuch, unsere Bewegung in die der Arbeitslosen im Winter 1997 mit einzubringen, all die gemeinsamen Versammlungen und Besetzungen zielten auch darauf, die Argumentation der Rechtsextrremen, die von der Linken wie von der Rechten aufgegriffen wurden, zu entkräften, derzufolge die Ausländer schuld seien an der Arbeitslosigkeit und ihre Ausweisung das Problem der Arbeitslosigkeit lösen würde.

Indem wir Seite an Seite arbeiteten und kämpften, wollten wir die Aufmerksamkeit auf die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit und auf die sozialen Probleme im Allgemeinen lenken. Wir haben erklärt, dass die wahren Gründe all dieser Probleme in der Wirtschaftspolitik der Regierung liegen, einer neoliberalen Sparpolitik und nicht in der angeblichen »Faulheit« der Arbeitslosen oder im vorgeblichen »Schmarotzertum« der »Illegalen«.

Indem wir ans Licht der Öffentlichkeit getreten sind, haben wir uns dafür entschieden, unsere Legalisierung nicht zu erbitten, sondern für eine Veränderung unserer Situation zu kämpfen. Die Pasqua-

*Gesetze von 1993 waren der Höhepunkt in der Aberkennung unserer Rechte. Wir, die Opfer dieser ausländerfeindlichen Gesetzgebung, die in eine Zone des Nicht-Rechts verstoßen wurden, wir haben uns erhoben und die Menschenrechtsverletzungen in Frankreich angeprangert:*

*Recht auf Zuzug, Recht auf Niederlassung, Recht auf Arbeit, auf Wohnung, auf Gesundheit und Bildung, auf Erziehung für die Kinder, auf ein normales Familienleben, denn die Rechte von Frauen mit Kindern werden alltäglich verhöhnt; Recht auf Staatsangehörigkeit, Recht auf Asyl ...*

*Die Ausübung dieser Rechte – von denen einige in nationalen und internationalen Erklärungen aufgeführt sind – wird durch die Gesetzgebung zur Immigration eingeschränkt, durch Bestimmungen, die einzig zum Ziel haben, zu kontrollieren, zu schikanieren, zu unterdrücken.*

*Alles wird daran gesetzt, den in Frankreich lebenden Ausländern vor Augen zu führen, dass sie keine Rechte haben.*

*Für diejenigen, die daran gehindert werden sollen zu kommen, besteht das Recht auf Freizügigkeit nicht mehr.*

*Für diejenigen, die daran gehindert werden sollen sich niederzulassen, besteht überhaupt kein Recht mehr: Alles wird getan, dass sie sich zurückgewiesen vorkommen, dass ihre Lebensbedingungen unerträglich werden.*

*Übergriffe und willkürliche Verwaltungspraxis werden zum Alltag, und für besonders eifrige Beamte wird Denunziation zur Bürgerpflicht. So ist der Terrorismus der Verwaltung mehr und mehr nur der erste Schritt vor der Anwendung des Rechts.*

*Unsere Aktion wirft – über die Forderung nach Papieren hinaus – die Frage nach Bewegungsfreiheit und die Frage der Immigration ganz generell auf.*

*Es ist die Frage der Menschenrechte und ihrer Verletzungen, die Frage der allgemeinen Gültigkeit, der Universalität der Menschenrechte.*

*An der Schwelle zum 3. Jahrtausend macht die Aktion der Sans Papiers in Frankreich die großen internationalen Wanderungsbewegungen zum Thema.*

*Wir kommen zum großen Teil aus Ländern des sogenannten Südens, deren Ökonomien jahrhundertlang ausgeplündert wurden und die heute durch die Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF paralysiert werden. Unser Kampf hier, in einem Land, das zum*

*Norden zählt, setzt die Frage nach den Nord-Süd-Beziehungen, nach der Verteilung des planetaren Reichtums, auf die Tagesordnung.*

*Welche Bedeutung haben Menschenrechte für die Millionen von Analphabeten, die in den armen Ländern leben und diese Rechte nicht in Anspruch nehmen können? Wissen sie überhaupt von deren Existenz?*

*Was bedeuten Menschenrechte für vier Fünftel der Menschheit, die gezwungen sind, in größtem Elend, mit weniger als einem Dollar pro Tag zu überleben?*

*Welche Bedeutung hat die Forderung nach Recht auf Selbstbestimmung für die Völker im Zeitalter der Globalisierung der Wirtschaft?*

*Die Verteidigung der Menschenrechte hätte zu beginnen mit der Verteidigung des Rechts auf Entwicklung, auf Wohlergehen eines jeden Einzelnen. Die Freiheit kann ihren Weg nehmen nur im Kampf gegen das Elend, gegen die offenkundigen weltweiten Ungleichheiten. Unser Kampf ist ein Kampf für gleiche Chancen und für gleiche Rechte, für eine neue Weltwirtschaftsordnung.*

*Wenn unsere Bewegung außergewöhnlich war, in Hinsicht auf die Entschlossenheit ihrer AkteurInnen und in ihrem Hunger nach Autonomie, wenn sie eine gewisse Dynamik in die soziale Bewegung in Frankreich zu bringen verstand – so konnte unser Kampf doch isoliert nicht existieren und wird es auch in Zukunft nicht können.*

*Bauen wir weiter an den Brückenschlägen zu den Bewegungen der Arbeitslosen, der Obdachlosen, der Arbeiter in Frankreich und Europa und in unseren Herkunftsländern!*

*Das ist auch der Grund, weshalb wir die Kampagne »Kein Mensch ist illegal« unterstützen, die derzeit in Deutschland organisiert wird. Aktionen an der Basis zu entwickeln und zu konsolidieren, gegründet auf dem Prinzip der Demokratie – das ist mehr als nötig, das ist längst überfällig. Als Sans Papiers haben wir schnell gelernt, dass wir selbst die ersten Verteidiger unserer Rechte sind. Unsere Bewegung, die kaum drei Monate nach dem Streik der französischen Arbeiter im Winter 1995 entstanden ist, zeigt: Ein ganz anderer Weg ist möglich als der der Unterwerfung und der Fatalität.*

*Unsere Aktionen haben das Ziel, die Menschenrechte Wirklichkeit werden zu lassen – und wenn nötig auch jenseits der staatlichen Gesetzlichkeit.*





# Madjiguène Cissé ist tot

18. Mai 2023

Madjiguène Cissé starb am 15. Mai 2023 im Alter von 72 Jahren in Dakar. Die Aktivist\*innen in Europa verdanken dieser mutigen Frau vieles. Christian Jakob hat in der *taz* den folgenden Nachruf geschrieben, für dessen Abdruckberechtigung wir uns herzlich bedanken.

Christian Jakob

## Die Anführerin der Sans Papiers

In Frankreich wurde sie als Vorkämpferin für die Rechte papierloser Afrikaner:innen bekannt. Jetzt ist Madjiguène Cissé mit 72 Jahren gestorben.

Sie sei „neuerdings öfter im Fernsehen als Chirac“, der französische Präsident, sagten Flüchtlinge im Sommer 1998 über Madjiguène Cissé. „Logisch“, fand sie das. „Wir sind schließlich die wichtigste Nachricht.“

Aus einem Schattendasein von Unsichtbarkeit, Entrechtung und ständiger Angst vor der Polizei hatte Madjiguène Cissé die Sans Papiers, die Hunderttausenden meist aus Afrika stammenden papierlosen Migrant:innen in Frankreich in die Hauptnachrichten gebracht – mit ihr als charismatischer Sprecherin an der Spitze.

Die Senegalesin, die Französisch, Deutsch und drei afrikanische Sprachen sprach, hatte Germanistik in Dakar und Saarbrücken studiert. 1994 ging sie nach Frankreich, damit ihre älteste Tochter Abitur machen konnte. Als ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert wurde, setzte sie sich an die Spitze von rund 300 Familien, die am 18. März 1996 die Kirche Saint-Ambroise im 11. Pariser Arrondissement besetzt hatten und ein Aufenthaltsrecht forderten. Als sie wenige Tage später vertrieben wurden, besetzten sie Plätze in Paris, organisierten Sternmärsche, denen sich immer mehr

Migrant:innen im Land anschlossen. Die Proteste zogen sich über Jahre.

Den Fernsehbildern, auf denen Cissé zu sehen war, folgten bald darauf auch andere – von Polizisten, die bewaffnet Kirchen stürmten, um Afrikaner:innen herauszuholen. Doch die gaben nicht auf – vor allem wegen der Hartnäckigkeit der Frauen, sagte Cissé. „Wir haben angefangen und wir werden weitermachen“, hatten diese gesagt, als ein Teil der Männer den Mut verloren habe. „Ohne die Frauen hätten wir es am Ende nicht geschafft, dass damals fast alle legalisiert wurden.“

## Ein riesiges Frauennetzwerk in Senegal

1998 bekam Cissé dafür die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Liga für Menschenrechte. Der Kampf der französischen Sans Papiers in Frankreich gab den Anstoß für Organisationen in anderen Ländern, etwa der Gründung des Netzwerks Kein Mensch ist illegal in Deutschland.

Dass die Menschen in ihrer Heimat arm blieben, „obwohl sie den ganzen Tag arbeiten“, habe sie nie verstehen können, sagte Cissé. „Das hat mich politisiert.“ Ihr Vater arbeitete als Schulbusfahrer für französische Kinder während der Kolonialzeit. Eine antikonoloniale Haltung war selbstverständlich für Cissé, doch die Entwicklung ihres Landes nach der Dekolonisierung sah sie kritisch. „Frankreich konnte gehen, weil die neue schwarze Bourgeoisie, die immer reicher wurde, Frankreichs Interessen verteidigte.“ Es gebe einen Witz in Senegal, sagte Cissé einmal, der so gehe: Ein paar Jahre nach der Unabhängigkeit fingen die Leute an zu fragen, wann endlich diese Unabhängigkeit zu Ende geht.

2000 gründete sie das „Netzwerk für Frauen für eine nachhaltige Entwicklung“, und wurde dessen Präsidentin. Über zehntausend Frauen organisierten sich im Laufe der Zeit in dem Netzwerk. Es vergab zinslose Mikrokredite, baute eine Frauensiedlung und richtete Frauenmarkthallen ein. Für die taz begleitete Cissé Gruppen der taz-Reisen in die Zivilgesellschaft nach Senegal.

Cissé starb am Montag im Alter von 72 Jahren in Dakar. Die Nationale Koordination der Sans Papiers in Frankreich schrieb, sie sei stolz darauf, eine „Führerin der sozialen, demokratischen und antifaschistischen Kämpfe wie Madjiguène hervorgebracht zu haben“.

(Quelle: *taz*)



# Glossar

- AC! – Agir ensemble contre le chômage (Gemeinsam handeln gegen Arbeitslosigkeit), Arbeitslosenorganisation)
- Act-up – Schwulenorganisation
- ASTI – Association de soutien des travailleurs immigrés (Verein zur Unterstützung von Arbeitsimmigranten)
- CES – Convergence écologie solidarité (Konvergenz Ökologie Solidarität)
- CEFY – Collectif étrangers-Français en Yvelines (Kollektiv Ausländer-Franzosen in Yvelines)
- CFDT – Confédération française démocratique du travail (Demokratische französische Konföderation der Arbeit), Gewerkschaft, steht der PS nahe
- CFDT des cheminots – Eisenbahner-CFDT
- CGT – Confédération générale du travail (Allgemeine Konföderation der Arbeit), Gewerkschaft, steht dem PCF nahe
- CIMADE – Comité inter-mouvements auprès des évacués (1940-1945), Hilfskomitee für Evakuierte, 1939 gegründet für Vertriebene aus Deutschland und Spanien, heute: Service oecumenique d'entraide (Ökumenischer Hilfsdienst), in der Flüchtlingsberatung aktiv
- CNT – Confédération nationale du travail (Nationale Konföderation der Arbeit), anarchosyndikalistische Gewerkschaft
- CADAC – Coordination nationale des associations pour le droit à l'avortement et à la contraception (Nationale Koordination von Organisationen für das Recht auf Abtreibung und Verhütung)
- CRS – Compagnies républicaines de sécurité (Republikanische Sicherheitskompanien), kasernierte Bereitschaftspolizei
- DAL – Droit au logement (Recht auf Wohnung), Obdachlosenorganisation
- Droits devant!! – Vorwärts mit den Rechten!!, Obdachlosenorganisation, die sich für ein Zusammengehen der "sans" (ohne) stark macht, also der *sans travail* (ohne Arbeit), *sans logement* (wohnungslos), *sans papiers* (ohne Papiere)
- FASTI – Fédération de l'ASTI (Föderation der ASTI)
- FSU – Fédération syndicale unitaire (Gewerkschaftliche Einheitsföderation), Gewerkschaft
- GISTI – Groupe d'Information et de Soutien des Travailleurs Immigrés (Gruppe zur Information und Unterstützung von Arbeitsimmigranten)

- JRE – Jeunes contre le racisme en Europe (Jugend gegen Rassismus in Europa)
- LCR – Ligue communiste révolutionnaire (Kommunistische Revolutionäre Liga), Troztkistische Organisation
- LDH – Ligue des droits de l’homme (Liga für Menschenrechte), 1898 nach der Dreyfuss-Affäre gegründet
- MDC – Mouvement des citoyens (Bürgerbewegung), Partei
- MRAP – Mouvement contre le racisme et pour l’amitié entre les peuples (Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft), gegründet 1949 durch Fusion von Organisationen aus der kommunistischen Bewegung zur Unterstützung verfolgter Juden und Roma
- OFPRA – Office français de protection des réfugiés et des apatrides (Französisches Büro zum Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen), gegründet 1952 als Unterinstanz des Außenministeriums, heute zuständig für die Prüfung der Asylanträge
- OMI – Office des migrations internationales (Büro für internationale Migration), Nachfolgeinstanz der ONI
- ONI – Office nationale de l’immigration (Nationales Büro für Immigration), Einwanderungs- und Anwerbebehörde
- OS – Ouvrier spécialisé (Angelernte Arbeiter)
- PCF – Parti communiste français (Französische Kommunistische Partei)
- PS – Parti Socialiste (Sozialistische Partei), sozialdemokratisch orientiert
- RAJFIR – Réseau pour l’autonomie des femmes immigrées et réfugiées (Netzwerk für die Autonomie von Immigrantinnen und Flüchtlingsfrauen)
- RPR – Rassemblement pour la République (Sammlungsbewegung für die Republik), neogaullistische Partei
- SGEN-CFDT – Syndicat général de l’éducation national-CFDT (Allgemeine Gewerkschaft der nationalen Erziehung), Gewerkschaft
- SMIC – Salaire minimum interprofessionnel de croissance, staatlich festgelegter branchenübergreifender Mindestlohn
- SNCF – Société nationale des chemins de fer français, französische Eisenbahngesellschaft
- SOS-Racisme – Antirassistische Organisation, steht der PS nahe
- SUD – Solidaire, Unitaire, Démocratique (Einheitlich, Solidarisch, Demokratisch), unabhängige Basisgewerkschaft

SUD-PTT – Postler in der SUD

UDF – Union pour la démocratie française (Union für die französische Demokratie), liberal-konservatives Parteienbündnis

Verts – (Grüne) Partei

